
Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

3

trafo verlag
dr. wolfgang weist, Berlin
41. Jahrgang 1999

Rolf Badstübner: Vom 'Reich' zum doppelten Deutschland. Resümee und Ausblick	3
Ulla Plener: Zum Mitwirken der SPD Kurt Schumachers an der Spaltung Deutschlands 1945–1949	19
Herbert Mayer: Die internationale Sozialdemokratie und die beiden deutschen Staaten. Aspekte sozialdemokratischer Positionen zur euro- päischen Sicherheit und zur deutschen Frage	29
Günter Benser: DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht	49
Günter Wernicke: Verbündete oder Rivalen? Einige Anmerkungen zur Diskussion über die Friedensbewegung im Kalten Krieg	61
Gerhard Beier: Heinrich Deist (1874–1963). Ein vergessener Minister- präsident der Sozialdemokratie	78
Christine Zarend: Halles erster Arbeiterverein (1848–1950). Ein Beitrag zur Geschichte der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung	97
Berichte	
Elgersburger Konferenz über Marxismus vor der Jahrtausendwende (19.–21. März 1999) (<i>Manfred Behrend</i>)	120
Die Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie (<i>Herbert Mayer</i>)	125
Rezensionen	
Wolfgang Harich: Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie. Hrsg. v. Thomas Grimm (<i>Manfred Behrend</i>)	128
Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte. Hrsg. v. Gerhard Fischer, Hans-Joachim Krusch u.a. (<i>Günter Benser</i>)	131

Horst Dähn, Helga Gotschlich (Hrsg.): “Und führe uns nicht in Versuchung ...”. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirch in der SBZ/DDR 1945 bis 1989 (<i>Siegfried Scholze</i>)	133
Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärhistorischen Instituts der DDR. Hrsg. v. Hans-Joachim Beth, Reinhard Brühl, Dieter Dreetz (<i>Dietrich Eichholtz</i>)	135
Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Rührt Euch! Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee. (<i>Stefan Bollinger</i>)	136
Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. v. Sergej Mironenko, Lutz Niethammer u.a. (<i>Günter Benser</i>)	139
Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. (<i>Stefan Doernberg</i>)	141
Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. (<i>Stefan Bollinger</i>)	142
Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? (<i>Manfred Behrend</i>)	145
 Eingegangene Literatur	 148
Redaktionelles und Impressum	150

Vom 'Reich' zum doppelten Deutschland. Resümee und Ausblick.¹

ROLF BADSTÜBNER

Noch nicht einmal ein Jahrzehnt nach der "Niederlage" und der Befreiung des deutschen Volkes von der nationalsozialistischen Herrschaft hatten sich zwei unterschiedliche deutsche Nachkriegsgesellschaften und Staaten konstituiert. Damit war zugleich das Grundmuster entstanden, das die gemeinsame und getrennte deutsche Geschichte für fast ein halbes Jahrhundert bestimmen und prägen sollte.

Beide Gesellschaften und Staaten waren Produkte zonal unterschiedlicher Nachkriegsentwicklungen sowie des Kalten Krieges, aber ihre industriegesellschaftlichen Grundlagen, ihre Wurzeln und historischen Entstehungsgründe reichten, wie verdeutlicht wurde, sehr viel weiter zurück. Sie standen in Beziehung zu säkularen Trends und deren Verschränkung mit Epochenkonstellationen und geschichtlichen Verläufen, wie sie sich durch und im Gefolge der Jahrhundertkatastrophe des Ersten Weltkrieges herauskristallisiert und Deutschland und die deutsche Frage entscheidend beeinflußt hatten. Im Grunde handelte es sich um zwei unterschiedliche Entwicklungslinien und potentielle Möglichkeiten, wie insbesondere eine stärker gesellschaftsgeschichtlich ausgerichtete Sichtweise verdeutlichen kann.

So gesehen, war nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR primär Bestandteil der deutschen Geschichte und das Urteil von Wolfgang J. Mommsen wäre umzukehren und zu differenzieren, wenn er schreibt, daß "die Geschichte der DDR in erster Linie als Teil der Geschichte der sowjetischen Herrschaft über ganz Ostmitteleuropa zu sehen ist und erst in zweiter Linie als Teil der deutschen nationalen Geschichte ..."²

Die beiden unterschiedlichen deutschen Nachkriegsgesellschaften entstanden im Spannungsverhältnis von Wandel und Kontinuität des deutschen "Sonderweges"³ und in der Nachfolge und Nachwirkung des Nationalsozialismus.

Es erwies sich als folgenschwer, daß Deutschland nicht als einheitlicher Staat oder Staatsverband in die deutsche Nachkriegsgeschichte eintrat, sondern als Zonendeutsch-

- 1 Es handelt sich hierbei um einen Vorabdruck des abschließenden Kapitels des Buches des Verf. "Vom 'Reich' zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch", Karl Dietz Verlag Berlin 1999, ca. 520 S., das im Oktober erhältlich sein wird.
- 2 Wolfgang J. Mommsen: Der Ort der DDR in der deutschen Geschichte. In: Die DDR als Geschichte. Fragen-Hypothesen-Perspektiven. Hg. v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994: 28 (Zeithistorische Studien Bd. 2).
- 3 Siehe Jürgen Kocka: Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts. In: Arnd Bauernkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998: 364ff.

land. Von offizieller alliierter Seite wurde zwar bestritten, daß damit eine Aufteilung Deutschlands verbunden sei oder gar eine Zerstückelungsabsicht bestehe, aber der Potsdamer Ganzheitsgrundsatz kollidierte von Anfang an mit der zonalen Autorität und den spezifischen Zoneninteressen jeder Besatzungsmacht. Abgesehen davon machte Frankreich generelle Vorbehalte in bezug auf Deutschland als Ganzes geltend und blockierte die weit gediehenen Beschlüsse über die Errichtung Deutscher Zentralverwaltungen.

Es kam zu keiner repräsentativen deutschen Willensbildung. Gesamtdeutsche Parteien mit einheitlicher Organisation und Leitung konnten – soweit überhaupt angestrebt – infolge des Nichtzustandekommens eines Parteiengesetzes im Alliierten Kontrollrat offiziell und legal nicht entstehen – ebensowenig gesamtdeutsche Gewerkschaften.

Neben den Parteien erlangten schon bald die von den Besatzungsmächten zunächst eingesetzten, dann auf der Grundlage von Wahlen gebildeten Landesregierungen auch politische Bedeutung, wobei man allerdings davon ausgehen mußte, daß sie in erster Linie ihre Landesinteressen verfolgen würden.

In der Realität geriet die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen schon schnell zur faktischen Aufteilung nach Besatzungszonen bzw. später zur Aufteilung zwischen Ostzone und Westzonen. Die Perspektiven Deutschlands oder des deutschen Volkes wurde durch das Prisma der Zonen bzw. von Westzonen und Ostzone gebrochen und es gab keine im eigentlichem Sinne gesamtdeutsche Nachkriegsentwicklung.

Mit der Höllenfahrt Nazi-Deutschlands endete zugleich der deutsche "Sonderweg" in einer geschichtlichen Katastrophe. Preußen war zusammen mit dem preußisch-deutschen Militarismus geächtet und der preußisch dominierte deutsche Zentralstaat hatte historisch bankrott gemacht. Traditionell antipreußische Einstellungen im Süden und Westen Deutschland bekamen neuen Auftrieb. Man lehnte Berlin als designierte neue Hauptstadt ab oder stellte es zusammen mit der Ostzone überhaupt in Frage.

Die Stunde des deutschen Föderalismus schlug. Die neugebildeten Länder wurden weithin angenommen und vermittelten eine neue Landesidentität. Vor allem jedoch fühlten sich die Deutschen selbst als Zonenbewohner. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Besatzungszone begründete in einem hohem Maße das jeweilige Nachkriegsschicksal.

Das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit war an einem Tiefpunkt angelangt, daher erwies es sich als eine besondere Ironie der Geschichte, daß Stalin und die KPD gerade jetzt glaubten, die nationale Karte als Trumpf-As einsetzen zu können.

Nur eine Minderheit der Deutschen verstand die Besetzung als Befreiung von der faschistischen Diktatur. Die große Mehrheit war Hitler "bis 5 Minuten nach 12" gefolgt und empfand das Kriegsende als Niederlage.

Die Alliierten bekundeten unter diesen Umständen ihre Entschlossenheit, von der von ihnen ausgeübten Obersten Gewalt gemäß den Potsdamer und anderen Beschlüssen im Sinne einer Umgestaltungs-, Umerziehungs- und Demokratisierungsdiktatur Gebrauch zu machen. Eingeschlossen waren ein weitreichender Elitenwechsel, die Besei-

tigung des Großgrundbesitzes durch eine Bodenreform und die Liquidierung der übermäßigen Machtkonzentration in der Wirtschaft in Gestalt von Monopolvereinigungen. Letzteres konnte auch im Sinne einer Sozialisierung interpretiert werden.

Das deutsche Volk war aufgerufen, an der Verwirklichung dieser Ziele mitzuwirken oder anders, die Verwirklichung seiner Ziele mit den Absichten der Alliierten zu koordinieren. Es sollte nicht versklavt werden, ein umgestaltetes Deutschland und ein umerzogenes deutsches Volk sollte perspektivisch in den Kreis der Vereinten Nationen Aufnahme finden.

Der Eindruck von einer Besatzungspolitik, die auf eine radikale Umgestaltung Deutschlands ausgerichtet war, wie er sich den Deutschen anfangs überall vermittelte, gab ohne Zweifel den Bestrebungen der sich reorganisierenden deutschen Arbeiterbewegung und anderer nichtfaschistischer Minderheiten der deutschen Bevölkerung Auftrieb, die 1945/46 in allen Zonen dahin zielten, Nationalsozialismus und Militarismus restlos und nachhaltig, nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich, zu überwinden. Der damit deutscherseits verbundene "Aufbruch" verband sich mit Konzepten von "Dritten Wegen" zwischen Kapitalismus und Kommunismus wie dem "Sozialismus als Tagesaufgabe" in einem sozialistischen Europa der SPD, dem "demokratischen Weg zum Sozialismus" der KPD und dem "christlichen Sozialismus". Der Volksentscheid über die hessische Verfassung und gesondert über Artikel 41 und der Enteignungsvolksentscheid in Sachsen belegten, daß die Sozialisierungsziele mehrheitsfähig waren. Über Sozialisierung und Bodenreform hätte sich eine angenäherte Entwicklung in den Besatzungszonen durchsetzen können, die die Herstellung eines gesamtdeutschen Staatsverbandes ermöglicht und begünstigt hätte.

Aber die deutsche Nachkriegspolitik differenzierte sich nicht nur und, wie deutlich wurde, nicht in erster Linie nach Anhängern der "Dritten Wege" und ihren Gegnern, sondern noch viel grundlegender anders.

Das aus mehrheitlich deutscher Sicht Außergewöhnliche an der alliierten Besetzung Deutschlands bestand zweifellos darin, daß die Sowjetunion zu den Besatzungsmächten gehörte. Für die deutsche Nachkriegsentwicklung ergaben sich daraus vor allem zwei entscheidende Konsequenzen: Einmal mußte man unter diesen Umständen damit rechnen, daß die KPD als anerkannte antifaschistische Kraft einen wesentlichen Einfluß auf die deutsche Nachkriegsentwicklung nehmen würde – auf jeden Fall durch ihre starke Stellung in der SBZ. Und zum anderen konnte man deutscherseits eine unmittelbare und direkte Sowjetisierung befürchten, die so allerdings nicht erfolgte.

Die Brutalitäten und Ausschreitungen, die bei der Eroberung und Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee, in weit größerer Dimension als seitens westalliierten Truppenteile, zu verzeichnen waren, schürten neue Ängste, bestärkten aber auch massenhaft das alte antibolschewistische Feindbild. Das trug sicher wesentlich dazu bei, daß außerhalb der sowjetischen Besatzungszone kaum wahrgenommen wurde, daß sich die Sowjetunion von Sowjetisierungsabsichten öffentlich distanzierte, daß sie sich sozusagen gemäßigt in die Vier-Mächte-Verwaltung einfügte und zu Kompromissen

in Richtung auf ein Deutschland bereit war, das, wie sie die KPD in ihrem Aufruf vom Juni 1945 erklären ließ, einen bürgerlich-demokratischen Entwicklungshorizont nicht überschreiten sollte. Die Praxis gesellschaftspolitischer Umgestaltungen in der SBZ ging allerdings sehr wohl darüber hinaus, blieb aber andererseits weithin im Rahmen alliierter Ziele und Intentionen. Dabei war die Sowjetunion in der für sie günstigen Lage – und das ist eine der größten historischen Paradoxien – als konsequenter Anwalt des im Ursprung amerikanischen Programms von radikaler gesellschaftlicher Umgestaltung der deutschen “Sonderwegs”gesellschaft einschließlich Elitenwechsel auftreten zu können.

Die unterschiedliche Art und Weise, wie die sowjetische Präsenz in Deutschland verarbeitet wurde, erwies sich, wie rückblickend eindeutig erhellt, als der Schlüssel für deutsches Kalkül und für weichenstellende Grundsatzentscheidungen über die Perspektive der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Und hier tat sich schon 1945 ein deutscher Ost/West-Gegensatz auf, der die gesellschaftspolitischen Alternativen zugunsten von ordnungspolitischen sowie außenpolitischen Orientierungen überlagerte.

Das Gros der Eliten und Verantwortungsträger in den Westzonen orientierte sich schon sehr frühzeitig unter dem Motto “lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze halb” auf eine gesonderte Westzonenentwicklung mit der Perspektive einer westzonalen Staatsbildung. In diesem Kontext spekulierte man zugleich auf einen Bruch der Anti-Hitlerkoalition und auf einen damit verbundenen deutschlandpolitischen Kurswechsel der Westmächte. Denn die eigentliche deutsche Katastrophe sah man in der Präsenz der Sowjetunion als Besatzungsmacht und zugleich als Koalitionspartner der Westalliierten auf deutschem Boden.

In der Prioritätenskala avancierte zum obersten Ziel, die sowjetische Besetzung Ostdeutschlands in ihren Auswirkungen einzudämmen, so gut oder schlecht das möglich war. Auf jeden Fall galt es, gegen die sowjetisch beherrschte und kommunistisch in-fizierte Ostzone einen cordon sanitair zu errichten.

Der konservative Konrad Adenauer brachte es schon 1945 auf den Punkt, als er die sowjetisch besetzte Zone für unabsehbare Zeit als verloren erklärte und daraus die Schlußfolgerung zog, man müsse auf eine Weststaatslösung hinarbeiten, und damit stand er keineswegs allein – ganz im Gegenteil!

Auch der Sozialdemokrat Kurt Schumacher teilte aus seiner prononciert antikommunistischen und antisowjetischen Einstellung heraus, die durch die Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ neue Nahrung erhielt, diese Position. Im Mai 1947 war er es, der die Ostzone endgültig abschrieb und das Ziel formulierte, sie in langen Fristen über die ökonomische Magnetwirkung des Westens anzuziehen und einzuverleiben.

Spätestens mit dem Marshallplan setzte sich bei der Bevölkerung der Westzonen diese Orientierung weithin durch. Die ostzonal initiierte Volkskongreßbewegung fand daher in den Westzonen kaum Resonanz und erlangte nur für die ostdeutsche Entwicklung Bedeutung.

Die Ostzone wurde ausgegrenzt und "abgekoppelt" und ihrem Schicksal unter der ihr aufgebürdeten immensen Reparationslast überlassen.

Bei der Beurteilung dieses Kurses auf eine Weststaatsregelung ist allerdings zu berücksichtigen, daß es nicht schlechthin um Teilung, sondern vielmehr um einen Verzicht auf Wiederherstellung des de facto geteilten Deutschlands ging, weil man die Bedingungen, zu denen das eventuell möglich gewesen wäre, ablehnte. Man hat die tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten westdeutscherseits niemals getestet – das bleibt als Versäumnis festzuhalten.

Bei denjenigen, die in der Ostzone lebten und wirkten, konnte demgegenüber von einer frühzeitigen Orientierung auf einen Oststaat und damit auf eine deutsche Zwei-staatlichkeit keine Rede sein. Das lag einfach nicht im Denkhorizont, nicht zuletzt deshalb, weil die Ostzone für sich genommen als kaum lebensfähig eingeschätzt werden mußte. Außerdem war man deutscherseits konfrontiert mit der starken Betonung einer auf Gesamtdeutschland ausgerichteten sowjetischen Option. Hinzu kam noch das Wirken in der traditionellen deutschen Hauptstadt. Im Kalkül von CDU und LDP lag auch noch, daß gesamtdeutsche Beziehungen und Regelungen ihnen einen besseren Rückhalt gegenüber SMAD und SED geben konnten.

Es war daher alles andere als ein Zufall, daß sich die ostzonalen Parteien in Berlin als Reichsparteien mit einer ausgeprägten gesamtdeutschen Orientierung konstituierten.

Das Wirken unter den Bedingungen einer sowjetischen Besatzungsmacht erforderte die Überwindung oder doch Zurückdrängung antisowjetischer Einstellungen, führte zur kritischen Überprüfung traditioneller Positionen und beförderte oder begünstigte auch neue Denkansätze. Exemplarisch ließ sich das bei solchen Politikern wie Wilhelm Külz und Jakob Kaiser verdeutlichen.

Während das bei Külz stärker eine Frage der politischen Haltung blieb, entwickelte Jakob Kaiser ein bedeutsames, innovatives Konzept, das auf Ziele und Lösungen orientierte, die eine Einbindung der Sowjetunion ermöglichen sollten. Vom Ende des bürgerlichen Zeitalters ausgehend, sollte in Deutschland im Zeichen eines "christlichen Sozialismus" eine soziale Synthese zwischen Ost und West verwirklicht werden, wodurch dieses eine Art europäische Brückenfunktion zur Zusammenführung ganz Europas wahrnehmen könnte. Das mochte zwar, angesichts des deutschen Ansehens vermessen sein, aber dieses Konzept enthielt den richtigen Ansatz einer Verbindung zwischen deutscher Frage und europäischem Ausgleich. Und nur so konnte eine Festschreibung der Teilung Deutschlands und Europas verhindert werden.

Die Bestrebungen der ostzonalen Blockparteien richteten sich auf eine in Übereinstimmung mit den alliierten Grundsätzen und Zielen zu schaffende antifaschistisch-demokratische deutsche Republik, die gesellschaftspolitisch von den vier Parteien unterschiedlich, aber doch auch über einen gemeinsamen Grundkonsens definiert wurde. Mit den gesellschaftspolitischen Umgestaltungen, die in den Modalitäten umstritten und kritikwürdig waren, aber im Grundsätzlichen weitgehend bejaht und akzeptiert wurden, entwickelte sich die SBZ zu einem möglichen integralen Bestandteil einer

solchen, über "Weimar hinaus" gehenden, gesamtdeutschen Republik, wenn sie über eine Vier-Mächte-Regelung zustandegekommen wäre. Die 1948 ausgearbeitete gesamtdeutsche Verfassung lag auch auf dieser Linie. Der Weg dazu wurde in einer gesamtdeutschen Willensbildung durch die Verständigung der Parteien gesehen, die westdeutscherseits blockiert wurde. Ein einfacher Anschluß der Länder der SBZ an die Bizone oder später ein Beitritt zum Grundgesetz wurde gemäß der eigenen politischen Positionen ausgeschlossen.

Das Nichtzustandekommen der deutschen Wirtschaftseinheit und gesamtdeutscher Regelungen beförderte einen Prozeß der Verselbständigung auch der SBZ. Damit drängten spezifisch ostzonale Entwicklungsperspektiven in den Vordergrund. Zwischen ihnen und der gesamtdeutschen Perspektive tat sich ein immer größerer Widerspruch auf, je stärker die Entwicklung der SBZ in eine volksdemokratische Richtung gedrängt wurde und in den Westzonen die Faktizität der "verhinderten Neuordnung" zutage trat.

Die alliierte Besatzungspolitik hatte sich schon bald nach zwei unterschiedlichen Grundmustern differenziert: Die sowjetische Besatzungspolitik konzentrierte sich auf die Durchführung gesellschaftspolitischer Umgestaltungen, "Säuberung" und Umerziehung; sie vernachlässigte demgegenüber die Liberalisierung, während die Westalliierten zunehmend die Umgestaltungs- und schließlich auch die Umerziehungsfunktion preisgaben und sich auf die Liberalisierungsfunktion, d.h. auf die schrittweise Einführung von "Freedom and democracy" im Rahmen ihres Besatzungsregimes, konzentrierten. Alle Besatzungsmächte wirkten nicht nur durch ihre Politik, sondern auch und vielleicht mehr noch durch ihre Präsenz und Dominanz auf die deutsche Gesellschaft ein.

In den Westzonen begann und vollzog sich in diesem Kontext ein tiefgreifender, komplexer, nicht nur politischer, sondern auch gesellschaftlich-kultureller Prozeß der "Verwestlichung", vor allem auch in Form der Amerikanisierung, der zugleich Modernisierungstrends einschloß. Dies verband sich mit einer spezifischen Art der "Westverschiebung" und Westorientierung.

Von dem Prozeß der Sowjetisierung ging eine vergleichbare komplexe Tiefenwirkung nicht aus; er verblieb vielmehr, aber dort übermächtig, in politisch-ideologischen Dimensionen verbunden mit der Beeinflussung gesellschaftspolitischer Grundsatzentscheidungen.

Entlang der Aufgabe, Nationalsozialismus und Militarismus in einer weitreichenden gesellschaftspolitischen Dimension zu beseitigen und zu überwinden, polarisierte sich infolge deren unterschiedlicher zonaler Bewältigung bzw. Nichtbewältigung die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Sie konstituierte sich in zwei ordnungs- und gesellschaftspolitisch unterschiedlichen Gesellschaften in den Westzonen einerseits und der Ostzone andererseits.

Dies verband sich mit dem Scheitern der alliierten Versuche, Deutschland als "einheitliches Ganzes" zu behandeln und auf diesem Wege zu einer Vier-Mächte-Regelung der Deutschlandfrage zu gelangen. Die Entscheidung für die "Weststaatslösung"

und damit für die Verfestigung der Ost-West-Polarisierung Deutschlands war unbestreitbar westdeutsch/westalliierten Ursprungs.

Da eine Vier-Mächte-Regelung der Deutschlandfrage nur unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses aller Beteiligten und daher nur im Rahmen eines europäischen Kooperativ- bzw. Sicherheitssystems möglich erschien, minimierten sich mit dem eskalierenden Ost/West-Konflikt die Chancen dafür rapide. Anstelle der "Einen Welt" mit kooperativen Regelungsmöglichkeiten traten Abgrenzung, Konfrontation und "Teilung der Welt".

Hinzu kam, daß es nunmehr zwischen der Gesellschaft der Bundesrepublik und der der DDR, nach ihrer Konstituierung und Verfestigung, objektiv betrachtet keine übergreifende gesamtdeutsche Verständigungs- und Wiedervereinigungsperspektive gab. Die von beiden Seiten betriebene "Wiedervereinigungs"politik zielte, soweit sie ernst gemeint war, einerseits auf einen Beitritt der Länder der DDR bzw. der DDR zum Grundgesetz, verbunden mit einer gesellschaftspolitischen "Angleichung", andererseits auf einen "dritten Weg" für ganz Deutschland. Dieser sollte weitgehende Veränderungen der gesellschaftlichen und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik einschließen oder bewirken, wobei der untaugliche Versuch unternommen wurde, das als verbindliche Forderung aus dem Potsdamer Abkommen abzuleiten. Es ging also deutscherseits nicht um Wiedervereinigung, sondern um eine Neuvereinigung entweder nach der einen oder nach der anderen Variante.

Doch eine Neuvereinigung Deutschlands, wie immer sie aussehen mochte, stieß nicht nur auf gesellschaftspolitische Barrieren, sondern auch auf internationale Hemmnisse. Seine Nachbarn verhehlten jedenfalls nicht, daß sie Deutschland "so sehr liebten", daß sie gerne zwei davon hatten.

Außerdem hatte eine Neuvereinigung unter den Bedingungen eines anhaltenden Kalten Krieges, europäischer Teilung und Konfrontation ohnedies kaum eine Chance. Die deutsche "Wiedervereinigung" blieb zwar auf der Agenda der internationalen Politik, nicht zuletzt auch deshalb, weil keine der Mächte sich öffentlich davon distanzieren mochte, und es schien zeitweise auch, als ob sich etwas in dieser Frage bewegen könnte, aber in Wirklichkeit war man doch sehr weit davon entfernt, den "Rubicon" zu überschreiten.

Eine Neutralisierung wurde von den Westmächten und mehr noch von Adenauer strikt abgelehnt. Ob Stalin für eine Neutralisierung bzw. für welche Art von Neutralisierung die DDR geopfert hätte, ist weiterhin strittig.

Es muß allerdings auch gefragt werden, ob ein neutralisiertes Deutschland mit eigener Armee aus deutscher Perspektive – und nicht nur aus dieser – wünschenswert gewesen wäre, wenn und insoweit das eine Korrektur wichtiger Nachkriegsergebnisse und Perspektiven, erneute Mittellage und sogar die Gefahr einer Rückkehr zum "Sonderweg" eingeschlossen hätte?

Und hätte eine gesamtdeutsche Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, als noch mehrheitlich unverrückbar am Ziel festgehalten wurde, Deutschland in den Grenzen

zumindest von 1937 wiederherzustellen, den Frieden in Europa sicherer gemacht? So gesehen, liegt das Urteil nahe, daß die zunächst westdeutsche und dann auch, wenn gleich uneingestandene, ostdeutsche Option für "das halbe Deutschland ganz" nicht nur das "kleinere Übel", sondern mehr noch die wohl bessere und sogar zu favorisierende Variante gewesen ist.

Die Bundesrepublik war im Stile eines Verwaltungsaktes, ohne plebiszitäres Engagement entstanden, aber sie wurde von der übergroßen Mehrheit ihrer Bevölkerung teils bejaht, teils doch hingegenommen. Viele wünschten sich eine bessere Bundesrepublik, wie auch immer, aber sie stellten mehrheitlich diesen Staat und seine Verfassung nicht in Frage, schon gar nicht, nachdem zunächst das "Wirtschaftswunder" und dann auch die westeuropäische Integration zu greifen begannen. Die Bundesrepublik ruhte sozusagen in sich selbst und war existentiell nicht gefährdet – schon gar nicht durch eine "nationale Einheitsbewegung". Die überwiegende Mehrzahl der Bundesbürger orientierte sich nach Westen und vermißte den Osten Deutschlands kaum.

Die Bundesrepublik erhob den Anspruch, in der Nachfolge des Deutschen Reiches Deutschland zu repräsentieren und betrachtete die SBZ/DDR sowie die ehemaligen deutschen Ostgebiete als Irredenta.

Zwar schien die Zukunft der Bundesrepublik in vielem offen und ungewiß, wie z. B. mit Blick auf die Forderungen von SPD und DGB nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und auch auf eine mögliche Wiedervereinigung, aber in Wirklichkeit waren doch wohl schon ziemlich "unverrückbar" die Weichen in eine andere Richtung gestellt.

Im Kontext von Kaltem Krieg und Marshallplan sowie in Wechselwirkung mit der besatzungsbehördlichen Unterbindung von Sozialisierungsabsichten und mit solchen Anpassungsstrategien wie Entflechtung und Mitbestimmung, hatte sich der Kapitalismus behauptet und war nun dabei, sich als soziale Marktwirtschaft auch "politisch-moralisch" zu restabilisieren. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft regenerierte sich im Zusammenhang mit der wiederkehrenden Alltags"normalität" in ihrer "verwestlichen" Neuprägung. Die Integration der Arbeiter in die Gesellschaft befand sich über Mitbestimmung und "Sozialpartnerschaft", aber mehr noch über Modernisierung und Konsumgesellschaft auf dem Weg.

Der Kapitalismus hatte in seiner (west)europäischen Existenzkrise, in der er sich 1945 befand, offensichtlich beachtliche Regenerierungs- und Reformpotentiale entwickeln können, die nicht nur sein Überleben sicherten, sondern über die industriegesellschaftlichen und massenkulturellen Modernisierungsprozesse den Weg in sein "Goldenes Zeitalter" bahnten. Dieses nahm in der Bundesrepublik mit dem "rheinischen Kapitalismus", der zugleich Aufgaben des "sozialdemokratischen Jahrhunderts" mit erledigte, Gestalt an. Der große Nachkriegsverlierer war die westdeutsche Sozialdemokratie.

Die Bundesrepublik entstand als politische, parlamentarische Demokratie, die als autoritäre "Kanzlerdemokratie" in Erscheinung trat. Das Grundgesetz bekräftigte den

repräsentativen Charakter dieser Demokratie, deren Kehrseite eine gezielte Einschränkung direkter politischer Willensbildung beinhaltete.

Die bundesdeutsche Demokratie war zunächst noch ungesichert und gefährdet, behauptete und bewährte sich jedoch. Sie stieß allerdings an viele unüberwindliche gesellschaftliche Barrieren, brach rückständige Strukturen und Milieus nicht auf und machte vor der Wirtschaft halt. Ihre Reichweite war deutlich begrenzt.

In der Gesellschaft der BRD verschränkten sich somit liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialstaatliche und zivilgesellschaftliche Komponenten mit – trotz "Verwestlichung" – traditionellen Strukturen und Milieus und der wiedererrichteten Diktatur des Kapitals. Letzteres beinhaltete aber auch eine ungebrochene Kontinuität von Banken und Konzernen, Eigentümern und Managern, die insgesamt, wenn gleich mit individuellen Ausnahmen, in einer symbiotischen Verbindung zum Nationalsozialismus, seiner Rüstungs-, Ausrottungs-, Kriegs- und Eroberungspolitik gestanden, die davon und speziell auch von Arisierung und Zwangsarbeit profitiert hatten.

In einem bedeutsamen Bruch mit der Vergangenheit war die Bundesrepublik dabei, die Feindseligkeiten mit ihren westlichen (aber keineswegs mit ihren "östlichen") Nachbarn zu beenden, sich – im gemeinsamen Integrationsboot sitzend – mit ihnen auszusöhnen, und sie befand sich auf den Weg in ein westliches Militärbündnis, das sie wirksam schützen sollte, aber gleichzeitig den Sicherheitsinteressen der anderen Mächte gegenüber Deutschland diene.

Bonn's Zukunft lag "abseits des deutschen Sonderweges."⁴ Doch solche "Sonderwegs"traditionen, wie ein eliminatorischer Antikommunismus, wirkten weiter und die, wie sich allerdings erst längerfristig erwies, erstmals in der deutschen Geschichte gelungene Demokratiegründung litt unter beträchtlichen "altdeutschen" und insbesondere unter enormen NS-Belastungen. Gerade das aber trug – in Wechselbeziehung mit dem "Wirtschaftswunder" – wesentlich dazu bei, daß die Bundesrepublik mehrheitlich "angenommen" wurde.

Die aus der Sicht der DDR und auch des Auslands stark belastenden Relikte von "Sonderwegs"gesellschaft und Nationalsozialismus in Gesellschaft und Staat erschienen in den Augen der meisten Bundesbürger in den 50er Jahren als bejahte Kontinuität und gelungene Integration der "Ehemaligen".⁵

Man empfand sich in der Nachfolge des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches, in einer durch den "Betriebsunfall Adolf Hitler" und die "Niederlage" unterbrochenen und durch "Verwestlichung" gewandelten und angepaßten, aber nun fortzuführenden Kontinuität, die sich ohne Trauerarbeit vom Nationalsozialismus, aber auch vom "Verrat" der Hitlergegner und zunehmend ebenso von denen abgrenzte, die Nazi-Deutschland "verlassen hatten", wie selbst Thomas Mann und auch Marlene Dietrich erfahren mußten.

4 Lutz Niethammer: Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion. In: Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. Hg. von Ludolf Herbst. München 1986: 65.

5 Siehe dazu jüngst insbesondere Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1997².

Den 8. Mai 1945 sah man im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen nicht als Manko.

In Ausführung von Artikel 131 des Grundgesetzes wurde, wie es hieß, das Unrecht der Entnazifizierung wieder gut gemacht. Alle entlassenen Beamten wurden "entschädigt" und/oder kehrten in ihre alten oder vergleichbare Positionen zurück. In den Bonner Ministerien wimmelte es bald bis zur Staatssekretärebene von "Ehemaligen"⁶ und noch schlimmer sah es bei den Richtern und Staatsanwälten aus. Weniger im Blickfeld, aber nicht weniger gravierend, waren die vergangenheitspolitischen Belastungen von anderen Teilen der bundesrepublikanischen Eliten, wie die bei den Historikern, wo belastete Professoren wie Schieder, Conze und Erdmann die Entwicklung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nachhaltig prägten.

Die Bundesrepublik setzte sich, nicht ganz unberechtigt, dem Vorwurf des "Revanchismus" aus. Der offizielle Anspruch auf ein Deutschland "in den Grenzen von 1937" wurde von staatlich unterstützten Vertriebenenverbänden noch lauthals "überboten". Die Wiederbewaffnung unter Leitung von stark belasteten Generalen, wie Heusinger und Speidel, und in enger Anknüpfung an Wehrmachtstraditionen⁷ konnte diesem Anspruch einen bedrohlichen Nachdruck verleihen.

Die Bundesrepublik war nicht neofaschistisch, wie überzogene Kritik vereinzelt artikulierte. Man hatte in den Westzonen und der Bundesrepublik den Faschismus zwar nicht wirklich "bewältigt" und bezog keine dezidiert antifaschistischen Positionen, aber "Freiheit und Demokratie", wie auch immer, standen konträr und auch alternativ zur nazistischen Diktatur und grenzten sich deutlich von ihr ab.

Auch die "Verwestlichung" und die Akzeptanz von liberaler Demokratie beinhalteten, wie sich herausstellte, einen gangbaren und auf längere Zeit letztlich insgesamt erfolgreichen Weg zur Überwindung der deutschen "Sonderwegs"gesellschaft, obwohl deren gesellschaftliche Grundlagen modifiziert erhalten und deren Eliten nicht entscheidend ausgetauscht worden waren.

Doch das war das Ergebnis zukünftiger Entwicklungen, insbesondere auch im Zusammenhang mit 68er Bewegung und sozialliberaler Koalition, und nicht vorher bereits eindeutig zu prognostizieren.

Die faktisch durch "Abkoppelung", im Protest gegen die Irredenta-Zumutung und mit einer gesamtdeutschen Option gewollt oder ungewollt in die Welt gesetzte oder quasi "als Selbstläufer"⁸ entstandene DDR war gegenüber der Bundesrepublik ein ge-

6 Und mit Theodor Oberländer zog gar ein Altnazi ins Bundeskabinett ein. Siehe auch Wolfgang Zank: Adenauers braune Socken. Als der CDU-Kanzler die Altnazis brauchte, zeigte er wenig Bedenken. In: Die Zeit. 24.9.1998: 112.

7 Siehe Wolfram Wette: Neue Form, alter Geist. Die Gründungsgeschichte der Bundeswehr erklärt, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus den Wehrmachtstraditionen zu lösen. In: Die Zeit. 18.3.1999: 98.

8 Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Strukturen und Funktion, Berlin 1999: 429 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hg. v. Institut f. Zeitgesch., Bd. 44).

fährdeterer und in der eigenen Bevölkerung viel umstrittenerer Staat. Das hing nicht nur damit zusammen, daß sie kleiner war und ganz offensichtlich schlechtere Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen hatte, sondern vor allem auch mit dem seit 1945 eingeschlagenen Weg. Hinzu kam, daß sich die Gesellschaft der SBZ/DDR immer im Zustand einer für sie ungünstigen "externen Verflechtungsstruktur"⁹ mit der Bundesrepublik befand.

Die unter Oberhoheit der SMAD und bei intensiver "Anleitung" von KPD bzw. SED unter Mitwirkung auch der anderen Parteien vollzogenen gesellschaftspolitischen Umgestaltungen erreichten zwar im Großen und Ganzen ihr Ziel, schossen aber zugleich weit darüber hinaus. Die Art und Weise ihrer Durchführung war kritikwürdig, belastete sie mit Ungerechtigkeiten und beeinträchtigte die Ergebnisse.

Ähnlich differenziert war das Bild bei der Beurteilung von Umerziehung und Elitenwechsel. Aber, wenn der Antifaschismus, der implantiert, aber auch angenommen wurde, zweifellos mit Mythen und Einseitigkeiten verknüpft war, prägte er dennoch unübersehbar das gesellschaftlich Leben und begründete antifaschistische Haltungen und Einstellungen.

Ein Elitenwechsel war mit dem Ergebnis vollzogen worden, daß Antifaschisten und Widerstandskämpfer die entscheidenden und weithin Schlüsselpositionen besetzten. Das galt auch für das geistig-kulturelle Leben, wie Bert Brecht, Ernst Busch, Hanns Eisler, Anna Seghers und Arnold Zweig exemplarisch belegen, und in der Geschichtswissenschaft Historiker wie Markow, Engelberg und Meusel.¹⁰

Die "Ehemaligen", die durchaus in großem Umfang integriert wurden und zum Teil auch verantwortliche Positionen einnehmen konnten, agierten und lebten in einem veränderten Umfeld und in einer Gesellschaft, die deutlich antifaschistisch geprägt war.

So bildete sich im Zuge gesellschaftspolitischer Umgestaltungen und Elitenwechsel in der Ostzone – alternativ zu der sich regenerierten bürgerlich-kapitalistischen Nachkriegsgesellschaft in den Westzonen – eine antifaschistisch geprägte Gesellschaft eines "Dritten Weges" heraus. Gemäß den verschiedenartigen Voten von SED, CDU und LDPD eröffneten sich für den weiteren Ausbau dieser SBZ-Gesellschaft unterschiedliche Möglichkeiten. Sowjetische Präsenz und Stalinisierung engten allerdings diese Möglichkeiten auf eine Variante ein. Die historische Chance, diese Gesellschaft demokratisch auszubauen und sie in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus weiterzuentwickeln, wurde blockiert.

Die unter Besatzungsbedingungen unvermeidlichen Defizite an Demokratie reduzierten sich beim Übergang zur DDR nicht, sondern nahmen durch die Errichtung

9 Hans Joas/Martin Kohli: Der Zusammenbruch der DDR. In: Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Hg. von Hans Joas und Martin Kohli. Frankfurt am Main 1993: 18.

10 Die herausgehobene Stellung der Genannten schloß allerdings nicht aus, daß sie nicht auch in mehr oder weniger scharfe Konflikte mit stalinistischen Praktiken der SED-Führung gerieten. Nicht wenige Kommunisten und Antifaschisten verließen auch die DDR wieder, wie Bloch und Kantorowicz.

der SED-Diktatur und die Stalinisierungsprozesse eher noch zu. Dennoch konnte der Übergang von einer rigorosen Besatzungsdiktatur zur "eigenen", sich damit zugleich in bestimmten Grad relativierenden und mehr verdeckten SED-Diktatur auch wiederum als eine Art "Fortschritt" empfunden werden.

Diese Entwicklung wurde sicher dadurch begünstigt, daß die gesellschaftlichen Umgestaltungen in der SBZ nicht das Ergebnis autochthoner sozialer Bewegungen waren. Sie hatten sich vielmehr auf dem Wege administrativer Reformen "von oben", wenngleich auch mit Unterstützung "von unten", vollzogen. Das bedeutete faktisch, daß an obrigkeitsstaatliche "Sonderwegs"traditionen angeknüpft und diese gestärkt wurden.

Die SED befand sich – bei Liquidierung ihrer sozialdemokratischen Traditionslinie einschließlich der Drangsalierung ehemaliger, "uneinsichtiger" Sozialdemokraten – auf dem Wege, sich als "bolschewistische" Partei zu profilieren. Sie war unter in Mißachtung demokratischer Erfordernisse und Standards und auch der geltenden Verfassung dabei, ihre uneingeschränkte Macht und – verbunden mit großen Zukunftsvisionen und menschlichen "Veredlungs"programmen – eine Art Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur zu errichten und einen Zick-Zack-Kurs auf einen Sozialismus so-wjetischen Typs zu steuern. Doch das war noch nicht endgültig und konnte durch Reformen oder auch gesamtdeutsch revidiert werden.

Die SED-Diktatur hob den Alternativcharakter der DDR-Gesellschaft und die damit verbundenen Qualitäten nicht auf, schränkte sie aber ein und beschädigte sie. Das Gleiche galt beim Verhältnis zwischen Stalinismus und Antifaschismus.

Die stalinistischen Dogmatisierungen und Deformierungen, die in der Frühzeit der DDR insbesondere das geistig-kulturell Leben beeinträchtigten, eskalierten mit der Zuspitzung des Kalten Krieges, von dem sie gewissermaßen profitierten. Von ihnen ging ein deutlicher, wenngleich keineswegs alles beherrschender Trend von Enge, Sterilität, Unduldsamkeit und Militanz aus.

Die SED-Diktatur präsentierte sich teils offen, teils verdeckt und mit einem "realdemokratischen" Anspruch, mit dem sie der Bonner "Formaldemokratie" übergeordnet wurde. Dies und die Tatsache, die besonders hervorzuheben und zu berücksichtigen ist, daß die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger über keine Erfahrungen mit einer funktionierenden Demokratie verfügte, bereitete den Boden für die Akzeptanz oder Hinnahme dieser Art von Diktatur, deren Charakter, Perspektiven und historischer Stellenwert zeitgenössisch schwer einzuschätzen war. Sie wurde mittels des "demokratischen Zentralismus" in einem "realdemokratischen" Rahmen und in einer Gesellschaft ausgeübt, die – gegenläufig zur tendenziellen "Entdifferenzierung" – durch Parteien, Organisationen und "Gesellschaften" vielfach vernetzt und gegliedert war. Das für die SED-Diktatur typische Unterfangen, durch die Gesellschaft zu herrschen,¹¹ stieß an deutliche Grenzen.

11 Mary Fulbrook: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Richard Bessel/ Ralph Jessen: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996: 292.

Die Inkongruenz von Staat und Gesellschaft führte in der DDR und auch schon in ihrer Frühgeschichte dazu, daß der von Eigensinn geprägte Alltag und das soziale und kulturelle Leben immer inhaltsreicher, "anders" und weitgehend "besser" waren als Politik und politisches System, daß System- und Lebenswelten stark auseinanderdrifteten.

Insofern war Leben in der DDR nicht einfach und schlechthin "Leben in einer Diktatur".

Beachtet man außerdem die jeweiligen Reichweiten und Grenzen von Demokratie einerseits und der spezifischen "realsozialistischen" Diktatur andererseits, so standen sich BRD und DDR keineswegs lediglich in einem abstrakten Gut-Böse-Verhältnis von "Demokratie" und "Diktatur" gegenüber.¹² Und "Systemnähe" schloß auch in der DDR die Möglichkeit für sinnerfülltes und ehrenwertes Leben nicht aus.

Auch für die DDR traf, wenngleich auf andere Art und Weise, zu, daß kein vollständiger Bruch mit der "Sonderwegs"gesellschaft vollzogen wurde. Schließlich gründete sie territorial in starkem Maße auf dem ostelbischen Kernbestand des deutschen Sonderwegs mit seinen protestantisch-preußischen Traditionen und Tugenden, wie "Unterordnung und Pflichterfüllung, Dienst an der Gemeinschaft und maßvolle Zurückhaltung. Geschichtlich schlossen daran die Pflicht zum Antifaschismus, die 'Diktatur des Proletariats' und die Aufbau-Askese an." Dies verband sich außerdem mit der langen "Tradition der 'unterbürgerlichen', 'werktätigen' Schichten, vor allem der in Sachsen und Preußen, den Kerngebieten der deutschen Arbeiterbewegung. Aus ihnen leiteten sich gegenkulturelle Zielvorstellungen von Solidarität, Gleichheit und kollektiven Aufstieg zu besserer Weltordnung her."¹³

Die SBZ- bzw. DDR-Gesellschaft konstituierte sich auf der Grundlage einer Mehrsektorenwirtschaft als stark nivellierte Arbeitsgesellschaft, die auf die (volkseigenen) Betriebe und Institutionen als Lebenszentren konzentriert und darauf ausgerichtet war, bei Aufhebung sozialer Ungerechtigkeiten und Abbau sozialer Ungleichheiten einen (bescheidenen) Wohlstand für alle zu schaffen. *Es war in einem hohen Grade – auch, was das Profil der neuen Eliten bzw. der Aufstiegs- und Aufbaugeneration betraf – eine "Gesellschaft der kleinen Leute" – im Guten wie im Schlechten, mit den damit verbundenen Vorzügen und Nachteilen.*

Die Arbeitsgesellschaft der DDR war zwar einerseits eine tendenziell entdifferenzierte und von oben hierarchisch durchherrschte Gesellschaft, sie entwickelte aber zugleich spezifische Organisationsformen und die Gemeinschaftsbildung befördernde Sozialisationsformen, in denen sich auch basisdemokratische Aktivitäten entfalten konnten. Die Arbeiter in den Betrieben zeigten Eigensinn und selbstbewußte Haltung und

12 In diesem Sinne auch hervorzuhebende Anklänge bei Lindenberger: "Beileibe nicht alles und jedes ist in Demokratien demokratisch geregelt, aber auch: nicht alles in der DDR war Diktatur." Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln-Weimar-Wien 1999: 21.

13 Dietrich Mühlberg: Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen. In: Berliner Debatte. INITIAL 10 (1999). H. 2: 6.

konnten in einer gleichberechtigten Art und Weise gegenüber ihren "Leitern" auftreten, von der die Arbeiter der Bundesrepublik nur träumen konnten.

Den Modernisierungsprozessen gesellschaftlicher Entgrenzung und lebensstilbildender Individualisierung wirkten solche mit gemeinschaftsbildender und gesellschaftsintegrativer Wirkung entgegen. Betrieb und Gesellschaft waren für den DDR-Bürger viel intensiver und auf ganz andere Art und Weise als etwa für den Bundesbürger zentrale lebenswirkliche Bezugsgrößen.

In Gestalt der DDR-Gesellschaft mit ihren Segmenten und Milieus hatte sich eine Gesellschaft mit eigenständiger Qualität, eigenständigem Wertesystem und eigener Entwicklungsperspektive konstituiert, die nicht einfach an der "Norm" und mit der Elle der Bundesrepublik gemessen werden konnte. Ihre Entwicklung war oder schien zumindest nach vorne offen.

Rückblickend schrieb Hans Mayer, der die DDR der 50er Jahre miterlebt und mitgestaltet hat:

"Ende schlecht, alles schlecht?... Das schlechte Ende widerlegt nicht einen möglicherweise – guten Anfang. Die offenkundigen Untaten dieses Staates und seiner mit ihm zugrundegegangenen Lenker können die vielen Hoffnungen, Leistungen, Ausdrucksformen eines demokratischen Gemeinwillens nicht ungeschehen machen.

Jahrelang wurde, um auszugehen vom Gründungsjahr der beiden deutschen Staaten, dem Jahr 1949 ... nach den moralischen Prinzipien des kategorischen Imperativs von Immanuel Kant im Wortsinne 'gearbeitet'. Der einzelne handelte so, daß seine Tätigkeit gleichgerichtet war den Wünschen und Hoffnungen auf ein besseres und neustrukturiertes Gemeinwesen. Demokratisch und antifaschistisch. *Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloß eine Vokabel.* Man lebte und arbeitete mit den Erfahrungen dessen, was man als Drittes Reich hatte kennenlernen müssen. Man nannte es, weil die Kommunisten unfähig gewesen waren, eine befriedigende, schon gar 'marxistische' Analyse zu liefern, einfach 'Faschismus'. Allein dieses Wort war in der Tat nur eine Vokabel. Das Wort vom Antifaschismus dagegen meinte eine Realität, die viele in diesem neuen Staat kannten und herbeiwünschten."¹⁴

Wie die frühe BRD war auch die frühe DDR, wengleich auf andere Art, in einem besonders ausgeprägtem Sinne janusköpfig.¹⁵ Es gab die Deformierungen des Stalinismus, aber zugleich auch Aufbruchstimmung und Engagement für humanistische und sozialistische Ideale und Ziele, die ebenfalls gesellschaftswirksam waren.

Rückblickend, mit dem Erfahrungshorizont der 90er Jahre, erscheint die Lage der DDR gegenüber der Bundesrepublik aussichts- und hoffnungslos. Das nahm sich allerdings in den 50er Jahren mit dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont vor allem derjenigen, die auf den Sozialismus setzten, anders aus.

14 Hans Mayer: Der Turm von Babel. Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik. Frankfurt am Main 1991: 15/6.

15 Ein unbestechlicher Zeuge hierfür: Viktor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher. Bd. 1: 1945–1949. Bd. 2: 1950–1959. Hg. von Walter Nowojski. Berlin 1999.

Sie sahen die Bundesrepublik mit ihren großen vergangenheitspolitischen Belastungen. Das stärkte das Selbstbewußtsein und die Überzeugung, im richtigen Lager zu stehen, und legitimierte zugleich die DDR, trotz ihrer offensichtlichen, aber als "Kinderkrankheiten" eines "Jahrhundertprojektes" reflektierten Deformationen.

Sie sahen den Kapitalismus auf einem absteigenden Ast und – analog zur Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg – auf seine Nachkriegskrise zusteuern. Daß der Kapitalismus sein "Goldenes Zeitalter" erleben würde, war – nicht nur für sie – zunächst unvorstellbar.

Die sozialistische Utopie beflügelte demgegenüber Hoffnungen auf einen stürmische wirtschaftliche Entwicklung des Weltsozialismus. Und diese schienen damals so unrealistisch, wie sie sich im Nachhinein ausnehmen. Unter den Bedingungen des fordistischen Produktionstyps erbrachten die Planwirtschaften bekanntlich bis in die 60er Jahre beachtliche Wirtschaftsleistungen und -ergebnisse.¹⁶

Deutsche Nachkriegsgeschichte war, wenn man den Versuch unternimmt, sie objektiv und vorurteilslos zu betrachten und dabei die ostdeutsche Entwicklung als andere deutsche Möglichkeit ernst nimmt, ziemlich anders, als sie in dem in der Bundesrepublik vorherrschenden Geschichtsbild erscheint.

Es war, wie die Analyse ergab, keineswegs so, wie es heute üblicherweise interpretiert wird, daß sich damals im Westen Deutschlands unter den Auspizien von 'Freedom and democracy' eine sozusagen "normale" und damit zugleich auch normative und legitime Entwicklung vom 'Reich' zur Bundesrepublik vollzogen hat, während sich im Osten eine fremdbestimmte, abnorme und illegitime Entwicklung durchsetzte, die einfach auf den Nenner "Sowjetisierung", "zweite deutsche Diktatur" und "Unrechtssystem" reduziert werden kann. Zwischen dem "3. Reich" und dem doppelten Deutschland stand in Ost wie West eine Besatzungsdiktatur, die zugleich eine Befreiungsdiktatur war, und es gab den Aufbruch auf "Dritten Wegen", wie auch immer. Und man geht auch fehl, wenn man die DDR nur als Fußnote oder Betriebsunfall der deutschen Geschichte betrachtet, war sie doch vielmehr an der Seite der Sowjetunion und als Bestandteil des Weltsozialismus Teil einer Epochenbewegung, die unser Jahrhundert bedeutsam mitgeprägt und mitgestaltet hat – und zwar keineswegs nur im Negativen, wie es auch Eric Hobsbawm in seiner großen Weltgeschichte überzeugend dargelegt hat. So hob er unter anderem hervor und der Verf. kann sich dem nur anschließen:

"Ohne die Oktoberrevolution bestünde die Welt (außerhalb der USA) heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe von autoritären und faschistischen Varianten als aus einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien. Eine der Ironien dieses denkwürdigen Jahrhunderts ist, daß das dauerhafteste Resultat der Oktoberrevolution – deren Ziel es ja war, den Kapitalismus weltweit umzustürzen – ausgerechnet die Rettung ihres Antagonisten im Krieg wie im Frieden war: Sie spornte ihn

16 Siehe Charles S. Maier: Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Berlin 1991: 199ff.; siehe auch Jörg Roesler: 40 Jahre Planwirtschaft in der DDR. In: BzG (Berlin). 33 (1991): 310ff.

an (indem sie angst machte), sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zu reformieren; und sie machte wirtschaftliche Planung in einer Weise gemeinverständlich, daß schließlich sogar einige ihrer Aspekte zum Prozedere dieser Reform gehören sollten. Doch sogar nachdem der liberale Kapitalismus gerade noch die dreifache Herausforderung von Zusammenbruch, Faschismus und Krieg überstanden hatte, schien er noch immer einem weltweiten Vormarsch der Revolution ausgesetzt, die sich nun um die aus dem Zweiten Weltkrieg als Supermacht hervorgegangene Sowjetunion sammeln konnte.

Im Rückblick können wir nun erkennen, daß die globale sozialistische Herausforderung des Kapitalismus auf der Schwäche ihres Gegners beruhte. Ohne den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der Katastrophe hätte es keine Oktoberrevolution und keine Sowjetunion gegeben. Das Wirtschaftssystem, das auf der ruinierten eurasischen Landmasse des einstigen Zarenreichs unter dem Namen Sozialismus improvisiert wurde, hätte anderenfalls weder im eigenen Land noch andernorts als realistische globale Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft gelten können, und seine eigentlichen Errungenschaften ließen sich erst erkennen, als im Kapitalismus schon das Goldene Zeitalter herrschte.¹⁷

So wie das "Goldene Zeitalter" des Kapitalismus einen entscheidenden Entstehungsgrund in der Herausforderung des Weltsozialismus hatte, galt dies doch sehr wahrscheinlich auch für die mit der anderen deutschen Gesellschaft verbundenen Herausforderungen an die Ausprägung des bundesdeutschen Sozialstaates, aber auch für einen Wandel in der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und bei der Verfolgung der Täter sowie in den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Die konsequente Verständigungs- und Aussöhnungspolitik der DDR gegenüber Polen und Tschechoslowakei festigte den Status quo und damit den Frieden gegenüber revanchistischen und revisionistischen Bestrebungen und Forderungen und bereitete so den Boden mit für die von der sozialliberalen Koalition geschlossenen Ostverträge.

Eine um Objektivität bemühte und mit einem ostdeutschen Erfahrungshorizont vorgenommene vergleichende Betrachtung macht auch aus heutiger Sicht deutlich, daß es nach 1945 keine Schwarz/Weiß-Entwicklung zwischen Ostzone und Westzonen, zwischen DDR und BRD gab. Beide deutsche Nachkriegsgesellschaften und Staaten entstanden aus Umbrüchen und Veränderungen, die allerdings zu konträren ordnungs- und gesellschaftspolitischen Ergebnissen mit unterschiedlichen Qualitäten, Versäumnisse und Defizite eingeschlossen, führten. Beide hatten sozusagen ihre historische "Berechtigung".

Erst, wenn in solcher Art an die deutsche Nachkriegsgeschichte herangegangen wird, kann es in der nunmehrigen Berliner Republik gelingen, der "inneren Einheit" im Sinne eines Grundkonsenses im Rahmen der Pluralität den Boden zu bereiten.

17 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München-Wien 1995: 22f.

Zum Mitwirken der SPD Kurt Schumachers an der Spaltung Deutschlands 1945–1949

ULLA PLENER

In der seit 1990 geführten Diskussion um die deutsche Spaltung der Jahre 1945–1990 stellen sozialdemokratische und der SPD nahestehende Autoren heraus, daß die SPD in jenen Jahren ständig und mit hohem Nachdruck für die deutsche Einheit gestritten hätte. Unter anderem wird auf den besonders von Kurt Schumacher in den ersten 50er Jahren geleisteten Widerstand gegen die Integration der westdeutschen Bundesrepublik in die Gremien des USA-geführten Westblocks eingegangen. Auffallend ist dabei, daß das Agieren der SPD und Schumachers *im Vorfeld der staatlichen Spaltung* und der Gründung der Bundesrepublik – also in den Jahren 1945–1949 (bis September) – nicht oder kaum behandelt wird.¹ Christoph Kleßmann hebt in seinem Standardwerk über die doppelte deutsche Staatsgründung² wie auch in seinem Beitrag über die Deutschlandpolitik der SPD von 1945 bis 1976³ die Jahre 1945 bis 1949 nicht als eigenständigen Abschnitt der Spaltungsgeschichte hervor: Als zwei Phasen der SPD-Deutschlandpolitik nennt er “a) von 1945 bis 1960/61 und b) von den 60er Jahren bis zu den Ostverträgen und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) von 1976”. Ebenso verfährt Bernd Faulenbach in seiner Einführung zu den in Anm. 3 genannten “Materialien”.⁴ Tilmann Fichter, Peter Brandt und Peter Merseburger gehen auf die deutsche Spaltung und die Stellung der Schumacher-SPD zu einigen der von den Westmächten ausgegangenen Spaltungsschritten vor 1949 ein, behandeln aber die Jahre 1945–1949 ebenfalls nicht als besonderen Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte; nicht anders Heinrich August Winkler.⁵ Das taten

- 1 Für diesen Beitrag wurden sozialdemokratische und der SPD nahestehende Veröffentlichungen der Jahre 1991–1997 herangezogen, die sich zum größten Teil auf Kurt Schumacher beziehen. Sie werden in den folgenden Anmerkungen im einzelnen genannt.
- 2 Vgl. Ch. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. (Hg.) Bundeszentrale für politische Bildung. 5., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1991.
- 3 Vgl. Ch. Kleßmann: Die Deutschlandpolitik der SPD von der deutschen Teilung bis zur neuen Ostpolitik (1945-1976). In: Materialien: Die deutsche Teilung und ihre Überwindung. Sozialdemokratische Positionen zur Deutschlandpolitik 1945 bis heute. Hrsg. Parteivorstand der SPD. Bonn 1991. Vgl. auch ders.: Wiedervereinigung und deutsche Nation – der Kern der Politik Schumachers. In: Kurt Schumacher und der “Neubau” der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn am 12./13. Oktober 1995. Hg. v. Dieter Dowe. Bonn 1996.
- 4 B. Faulenbach: Die SPD und die deutsche Teilung. In: Materialien: Die deutsche Teilung.
- 5 Vgl. T. Fichter: Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit. Berlin-Frankfurt a. M. 1993; Peter Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit – Europäische Friedensordnung. Kurt Schumacher in der Nachkriegs-

lediglich Dieter Groh und Peter Brandt in ihrem Überblick über das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Nation 1860–1990 sowie Michael G. M. Antoni in seiner umfassenden Studie über die Mitarbeit der SPD am Grundgesetz.⁶

In den genannten und weiteren Veröffentlichungen geht es überwiegend um Schumacher bzw. die SPD und die *Wiedervereinigung*, nicht im einzelnen um die *Spaltung* Deutschlands, die in den Jahren 1945–1949 vollzogen wurde.⁷ So wird das *Mitwirken* Schumachers und der von ihm geführten Partei, deren Deutschlandpolitik von 1945 bis zu seinem Tod 1952 ausschließlich von ihm bestimmt wurde, für die Spaltung Deutschlands *verdeckt*. Tatsache ist aber, daß Schumacher und mit ihm die SPD *alle* von den Westmächten ausgehenden Schritte zur westdeutschen Staatsgründung und damit zur Spaltung Deutschlands befürwortet und mitgetragen haben, was von manchen der genannten Autoren als “unlösbares Dilemma” (P. Brandt) oder “besondere Tragik” (P. Merseburger) Schumachers genannt wird. Die Deutschlandpolitik der SPD in den Jahren 1945–1949 sollte also gesondert behandelt werden.

Ausschlaggebend für diese Politik waren Schumachers prinzipieller Antikommunismus und sein Antirussenkomplex.⁸ Eingebettet in die Konfrontationen des Kalten Krieges, bestimmten diese ideologischen und psychologischen Faktoren die Position Schumachers und mit ihm der SPD von vornherein, also schon 1945, an der Seite der Westmächte.

Hier können nicht alle Schritte zur Spaltung Deutschlands und im besonderen hin zur westdeutschen Staatsgründung im einzelnen verfolgt – nur einige davon sollen genannt und daran erinnert werden, wie Schumacher die Zustimmung zu diesen Schritten begründete.

Im Vorfeld der konkreten Initiativen der Westmächte in Richtung der westdeutschen Staatsgründung vollzog sich in Deutschland die Auseinandersetzung um die Einheit der Arbeiterbewegung, im besonderen um die organisatorische Vereinigung von

politik (1945–1952). In: Kurt Schumacher und der “Neubau”; Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche Kurt Schumacher. Eine Biographie. Stuttgart 1995; H. A. Winkler: Kurt Schumacher und die nationale Frage. In: Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 30. Oktober 1995 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher. Stiftung Haus der Geschichte der BRD in Zusammenarbeit mit der FES. Bonn-Berlin 1996.

- 6 Vgl. Dieter Groh/Peter Brandt: “Vaterlandslose Gesellen”. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992: 233–247; Michael G. M. Antoni: Sozialdemokratie und Grundgesetz. Bd. 1: Verfassungspolitische Vorstellungen der SPD von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948. Berlin 1991, und Bd. 2: Der Beitrag der SPD bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat. Berlin 1992.
- 7 So auch Björn Engholm in einer Rede zum 50. Todestag von K. Schumacher “Das Vermächtnis Kurt Schumachers und die Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie”. In: Kurt Schumacher. Sein politisches Vermächtnis und die Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie. Hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn 1992: 5, 8; sowie Egon Bahr: Die Deutschlandpolitik der SPD nach dem Kriege. In: Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn. Hg. von Dieter Dowe. Bonn 1993: 13. Auch Engholm und Bahr heben den Zeitabschnitt 1945–1949 nicht explizit hervor.
- 8 Vgl. dazu U. Plener: Kurt Schumacher und die Russen. Zu seiner Art des Nationalismus. In: Utopie kreativ. H. 69/70 (1996).

SPD und KPD. Diese Problematik stand im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion 1996 und soll hier nicht noch einmal aufgerollt werden.⁹ Es geht lediglich um ihren Bezug zur Einheit bzw. Spaltung Deutschlands. Ch. Kleßmann, E. Bahr und P. Brandt nennen dabei die Gründung der SED im April 1946 als den ersten Schritt zur Spaltung Deutschlands.¹⁰ Diese zum Teil berechtigte These (da die SED nur in einem Teil des deutschen Territoriums geschaffen wurde, begünstigte das die Spaltung Deutschlands) soll hier nicht diskutiert werden. Zu erinnern ist aber daran, daß *vor der SED-Gründung die Spaltung der SPD vollzogen wurde – und zwar durch Kurt Schumacher* im Oktober 1945 in Wennigsen. In der älteren sozialdemokratischen Historiographie wurde dies vor allem mit Bezug auf das Schicksal der SPD in der SBZ, zum Teil kritisch gegenüber Schumacher, behandelt.¹¹ Ch. Kleßmann meint, Schumacher hätte “1945/1946 noch strikt an der Reichseinheit fest”(gehalten).¹² Dem ist so nicht, es stimmt lediglich für die ersten drei, vier Monate nach der Befreiung vom Naziregime. In der Auseinandersetzung mit den Vertretern des Berliner Zentralaussschusses der SPD in Wennigsen im Oktober 1945 vertrat Schumacher mitnichten die gesamtdeutsche Option. Da hat Peter Brandt recht, der in seinem 1995er Beitrag auf die Kontroverse Schumacher-Grotewohl in jener Zeit eingeht und die gesamtdeutsche Argumentation Grotewohls (!) wiedergibt: “Von zentraler Bedeutung für die Abwehr kommunistischer Hegemonieansprüche und die Herstellung der nationalen Einheit – so meinte Grotewohl – sei die schnelle Bildung der Reichsparteien. Nur ein sozialdemokratischer Reichsparteitag könne über die Vereinigung der Arbeiterparteien entscheiden. Entweder wäre – so sein Hintergedanke – die Aufrechterhaltung einer unabhängigen Sozialdemokratie oder eine sozialdemokratisch dominierte Einheitspartei in Deutschland insgesamt das Ergebnis.” P. Brandt nannte Schumachers damalige Position unflexibel und sagte zu ihr kritisch: “Es bleibt ... der sichere Eindruck, daß nicht alle Möglichkeiten der SPD ausgetestet wurden. Die Vereinigung mit der KPD wurde deshalb gar nicht erst zu einem Problem der gesamtdeutschen Sozialdemokratie, und daran hatte Kurt Schumacher einen maßgeblichen Anteil. Statt sich um Zusammenarbeit mit dem Zentralaussschuß zu bemühen, war er hauptsächlich um Abgrenzung der Operationsgebiete bemüht, um eine Einflußnahme der Berliner auf die Westzonen-SPD zu verhindern.”¹³ Peter Brandt erwähnt (auch in dem genannten Buch

- 9 Vgl. u. a. Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS: In: BzG, H. 1/1996; U. Plener: Kurt Schumacher und die Einheitspartei 1945/1946. In: Ebd. H. 1/1997.
- 10 Vgl. Ch. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung: 41; E. Bahr: Die Deutschlandpolitik der SPD: 12; P. Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit: 46.
- 11 Vgl. u. a. Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin-Bonn 1982: 66ff.; Willi Albrecht: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Berlin-Bonn 1985. Einleitung: 89ff.
- 12 Ch. Kleßmann: Wiedervereinigung und deutsche Nation: 120.
- 13 P. Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit: 46/47. So auch in “Vaterlandslose Gesellen”: 235–238. Vgl. auch Michael G. M. Antoni: 135.

1992) – im Unterschied zu Michael G. M. Antoni – nicht ausdrücklich die in Wenigen von Schumacher durchgesetzte Zonenspaltung der SPD. Aber gerade diese war ein einschneidender erster Schritt auf dem Wege zur Spaltung Deutschlands, ohne den es eventuell die SED-Gründung, so wie sie ein halbes Jahr danach erfolgt war, die Risiken für die Einheit Deutschlands eingeschlossen, nicht gegeben hätte.

Auf den Zusammenhang zwischen Schumachers Nein zur SED und der Spaltung Deutschlands verweist P. Merseburger, wenn er schreibt: “Tatsache ist, daß Schumacher mit seiner klaren Absage an die Einheitspartei praktisch Adenauers Politik der Westorientierung vorwegnimmt und den Grundstein für die Partnerschaft zwischen Westdeutschen und Westalliierten legt, die schließlich zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschland führen wird ... Daß im Zuge des kalten Krieges diese Grundsatzentscheidung (für die Westorientierung – U. Pl.) die Spaltung des Landes, um dessen Einheit er (aber erst nach 1949! – U. Pl.) beinahe verzweifelt kämpft, verstärken muß, gehört zur besonderen Tragik in (s)einem Leben ...”¹⁴ Den nur wenige Wochen nach der SED-Gründung von Schumacher für alle drei Westzonen (und nur für diese!) im Mai 1946 nach Hannover einberufenen ersten Nachkriegsparteitag der SPD (was die Westmächte dulden, obwohl “formell alle zonenübergreifenden Aktivitäten von Parteien im Westen noch untersagt sind”) ordnet P. Merseburger in denselben Zusammenhang ein: “Aus heutiger Sicht wirkt, was er im Mai in Hannover unternimmt, wie eine frühe Weichenstellung für die Bi-, die Trizone und das vereinigte Wirtschaftsgebiet, aus dem schließlich die Bundesrepublik hervorgehen wird.”¹⁵

An der unflexiblen, auf “Abgrenzung der Operationsgebiete” gerichteten Position hielt Schumacher in den folgenden Jahren fest, und so lehnte er alle auf die Einheit Deutschlands gerichteten Initiativen deutscher Politiker, ob sie von der SED oder von den “bürgerlichen” kamen, schroff ab. Dazu noch einmal Peter Brandt: “Der Politiker Kurt Schumacher ... haßte politische Gemengelagen, wagte sich nicht in Konstellationen und Prozesse mit unkalkulierbaren, gar unbekanntem Elementen. Das galt nicht nur für die Vorbereitungsphase der SED, sondern auch für die 1947 im Osten erwogene mögliche Relegalisierung der SPD. Ebenso für die interzonalen Kontakte der Landes-Ministerpräsidenten¹⁶ und für die Bemühungen um eine ‘Nationale (d. h. gesamtdeutsche) Repräsentation’ der Parteien, wie sie neben der SED Teile des bürgerlichen Spektrums (ebenfalls 1947 – U. Pl.) unternahmen, etwa der ostdeutsche CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser, mit einem ähnlichen Motiv wie seinerzeit Grotewohl: nämlich durch gesamtdeutsche Kombinationen den Sowjetisierungsdruck auszubalancieren. In allen diesen Fällen sah Schumacher scharf die Gefahren und leugnete jede echte Chance.”¹⁷ P. Merseburger dazu: “In der Auseinandersetzung um Kaisers und Frie-

14 P. Merseburger: *Der schwierige Deutsche*: 317; vgl. auch H. A. Winkler: *Kurt Schumacher*: 44.

15 P. Merseburger: *Der schwierige Deutsche*: 337.

16 Vgl. u. a. das an Schumachers Position gescheiterte Unternehmen der Münchener (gesamtdeutschen) Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947.

17 P. Brandt: *Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit*: 48. Vgl. auch ders. in: “Vaterlandslose Gesellen”: 241. Zur “im Osten erwogenen” Wiederzulassung der SPD in der SBZ im Vorfeld der Mos-

densburgs¹⁸ ‘Nationale Repräsentation’ werden noch einmal die Fronten deutlich, die Berliner Politiker von Westdeutschen trennen: Sozialdemokraten wie Franz Neumann, Paul Löbe und Otto Suhr neigen dem Gedanken zu, Schumacher bekämpft ihn und enthebt damit Adenauer, den Gegner Kaisers und gewiß keines Freundes der ‘Nationalen Repräsentation’, der Notwendigkeit eines formellen Nein. Da es ohne die SPD keine ‘Nationale Repräsentation’ geben kann, ist Kaisers Gedanke nach Schumachers Veto tot.”¹⁹

Lehnte Schumacher konsequent alle aus dem Osten und von deutschen Politikern kommenden, auf ein ganzes Deutschland gerichteten Initiativen ab, so unterstützte er genauso konsequent, wenn auch verbal nicht immer ganz vorbehaltlos, alle auf die Konstituierung eines Weststaates gerichteten Schritte der Westmächte. Zu diesen Schritten gehörten:

- Die seit Sommer 1946 geplante, im September eingeleitete und im Dezember 1946 vollzogene Bildung der Bizone mit einem Wirtschaftsrat als quasiparlamentarisches Gremium. Die Bizone führte, so Ch. Kleßmann, “de facto weg vom Potsdamer Abkommen, das Deutschland noch als wirtschaftliche Einheit vorsah. Sie war nach der Fusion von KPD und SPD ein weiterer Schritt zur Spaltung Deutschlands.”²⁰
- Die Einbeziehung der Westzonen in den von G. C. Marshall am 5. Juni 1947 verkündeten Plan der “wirtschaftlichen Hilfe für den Wiederaufbau Europas” (ERP). Dieser der Truman-Doktrin (März 1947), die den offenen Beginn des kalten Krieges markierte, folgende Plan spaltete Europa wirtschaftlich und politisch, forcierte die Westblockbildung, leitete endgültig zu dem bereits begonnenen Kalten Krieg über – und vertiefte die Spaltung Deutschlands.²¹
- Der nach dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz der Großmächte (Mitte Dezember 1947) im Januar 1948 mit den “Frankfurter Empfehlungen” der westlichen Militärgouverneure begonnene Ausbau der Bizone zum separaten Staat.

kauer Konferenz der Außenminister vom März/April 1947 vgl. Harold Hurwitz: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949. Opladen 1997: 160–164, 191–202. Hurwitz geht auf die Diskussion darüber in SED-Gremien ein, zitiert Schumachers in einem Interview vom 21. März 1947 ausgesprochene Absage an solche Überlegungen (auch in der eigenen Partei) und bemerkt: “Nach dieser Aussage fiel es der SED leichter, mit der Zulassungsfrage der SPD in der Ostzone umzugehen ...” (197). Vgl. zur möglichen Wiederzulassung der SPD in der SBZ P. Merseburger: Der schwierige Deutsche: 374–376.

18 Westberliner CDU-Politiker.

19 P. Merseburger: Der schwierige Deutsche: 371.

20 Ch. Kleßmann: Die Deutschlandpolitik der SPD: 7.

21 Vgl. dazu Hans-Jürgen Schröder: 50 Jahre Marshall-Plan in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung “Das Parlament”. B 22–23/97. 23. Mai 1997: 21: “Die vielfältigen politischen Wirkungen des ERP für Westdeutschland sind von der neueren Forschung wiederholt herausgearbeitet worden. In innenpolitischer Hinsicht war der Marshall-Plan zunächst ‘Antriebsmoment für die Errichtung der Bundesrepublik als separater Weststaat’ und zugleich ein Vehikel für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im amerikanischen Sinne.” Hier auch Hinweise auf weitere Literatur zu diesem Thema, u. a. die Aufsätze von Manfred Knapp “Deutschland und der Marshallplan ...” (1977).

(P. Brandt: Die Weststaatsgründung habe sich spätestens seit Anfang 1948 abgezeichnet.²²)

- Die von den Westmächten in den Westzonen am 20. Juni 1948 separat durchgeführte Währungsreform, die die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands besiegelte.
- Die im Juli 1948 mit den "Frankfurter Direktiven" der westlichen Militärgouverneure auf der Basis ihrer "Londoner Empfehlungen" vom 1. Juni 1948 eingeleitete Schlußphase zur Bildung des westdeutschen Staates, indem konkrete Maßnahmen zu seiner Konstituierung angeordnet wurden: Ein von den Ministerpräsidenten der Länder zu bildender Verfassungsausschuß hatte den Entwurf einer Verfassung, Grundgesetz genannt, vorzulegen, der von einer verfassungsgebenden Versammlung, dem Parlamentarischen Rat, zu beraten und anzunehmen war.²³

Schumacher und der Parteivorstand der SPD begrüßten schon die Pläne zur Bildung der Bizone und dann die Bizone selbst.²⁴ Zur Begründung formulierte Schumacher im Januar 1947 die "Magnettheorie": Die Bizone sollte wirtschaftlich so attraktiv werden, daß sie eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Ostzone ausübt. Dieses Argument wurde in der Folgezeit immer wieder von Schumacher ins Feld geführt. Ch. Kleßmann dazu: "Die 1947 von Schumacher erstmals vertretene Magnettheorie konnte die Entscheidung für die Bizone konsensfähig machen."²⁵

Darauf gestützt wurde sofort nach der Verkündung und dann auf dem Nürnberger Parteitag der SPD Ende Juni/Anfang Juli 1947 uneingeschränkt der Marshall-Plan bejaht, obwohl klar war, daß diese alle sozialdemokratischen Sozialisierungspläne zunichte machen würde.²⁶

Der Parteivorstand der SPD stimmte schon Ende Dezember 1947 der beginnenden Gründung des Weststaates zu. D. Groh/P. Brandt: "Indem Schumacher Ende 1947 die Priorität (auch die zeitliche) bei der Wiederherstellung (!) der deutschen Einheit auf die Wirtschaftseinheit und anschließende freie Wahlen zu einem Nationalparlament legte, bereitete er – da dieser Weg für die östliche Seite nicht akzeptabel war – schon den Übergang der SPD zur Mitarbeit an der Weststaatsgründung vor."²⁷ Erich Ollenhauer erklärte damals, einer der aktuellen Faktoren der Politik sei "die Möglichkeit

22 P. Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit: 49.

23 Dieser trat am 1. September 1948 in Bonn zusammen, beriet in drei Lesungen den Entwurf des Grundgesetzes und nahm dieses – nachdem die Militärgouverneure zugestimmt hatten – am 8. Mai 1949 an. Am 23. Mai wurde es als Grundgesetz der westdeutschen Bundesrepublik verkündet. Am 14. August wurde der westdeutsche Bundestag gewählt, der sich am 7. September konstituierte und Adenauer zum Bundeskanzler wählte.

24 Vgl. dazu Ernst-Ulrich Huster: Die Politik der SPD 1945–1950. Frankfurt. a. M.-New York 1978; Erich Ott: Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945. Marburg 1978; U. Plener: SPD 1945–1949. Konzeption, Praxis, Ergebnisse. Berlin 1981 (hier bes.: 138, 140/141).

25 Ch. Kleßmann: Die Deutschlandpolitik der SPD: 6/7. Vgl. auch H. A. Winkler: Kurt Schumacher: 46.

26 Vgl. U. Plener: SPD 1945–1949: 150ff.; sowie dies.: Die SPD in den Westzonen 1945–1948. In: Utopie kreativ. H. 107 (1999).

27 D. Groh/P. Brandt: "Vaterlandslose Gesellen": 244.

eines politischen und staatsrechtlichen Provisoriums in einem Teil Deutschlands”, und “wenn sich dieses Provisorium unter dem Zwang der Verhältnisse als unumgänglich erweisen sollte, so werde es von der SPD ... widerwillig hingenommen werden.”²⁸

Hinsichtlich der Währungsreform bekundeten Mitglieder der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat der Bizone schon im September 1947 ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der dafür geplanten Währungsstelle, ohne eine gesamtdeutsche einheitliche Währungsreform zu fordern, obwohl sie sich über die Brisanz einer separaten Währungsreform im Klaren waren!²⁹

Wenn auch der SPD-Parteivorstand in öffentlichen Erklärungen immer wieder vorgegab, für die Einheit Deutschlands zu streiten, beteiligten sich Vertreter der Partei seit dem Sommer 1948 aktiv an allen oben genannten und weiteren organisatorischen Maßnahmen zur Konstituierung des westdeutschen Staates. Zur Mitarbeit der SPD-Politiker im Parlamentarischen Rat schreiben D. Groh/P. Brandt: “So sehr die Sozialdemokraten bemüht waren, im Aufbau und in der Terminologie den Eindruck zu vermeiden, eine regelrechte Staatsverfassung vorzuschlagen, war die Substanz ihrer Vorschläge davon nicht so weit entfernt. Die Ablehnung der Separatstaatsgründung durch die SPD enthielt von vornherein so viele Relativierungen, daß ihre schließliche Akzeptierung in der Sache weniger dramatisch war, als es erscheinen mochte. Bereits auf dem Düsseldorfer Parteitag im September 1948 billigte die SPD im Grunde die Idee des Weststaates.”³⁰

Dabei operierte Schumacher in seiner Antirussenmanier mit der Unterstellung, “die Russen” würden einen ostdeutschen Staat vorbereiten: “Wir wollen den Weststaat nicht. Aber wenn jetzt so viel von ihm gesprochen wird, muß man doch der Wahrheit die Ehre geben und erklären (!), das Gerede vom Weststaat ist bloß die westliche Reaktion auf eine östliche Aktion”, so in einer Rede in Stuttgart am 6. Dezember 1947.³¹ Inzwischen wird auch in Teilen der westdeutschen Historiographie die mit Quellen belegte Wahrheit akzeptiert, daß die Initiativen zu einer separaten Staatsgründung von den Westmächten ausgegangen waren.³²

Die beiden Grundargumente für die Teilnahme der SPD an der Konstituierung der westdeutschen Bundesrepublik bildeten die erwähnte “Magnettheorie” und die These vom “Provisorium”. P. Merseburger: “Wenn sich mit der Gründung und dem Ausbau der Bizone die Spaltung Deutschlands vertieft, ist dies von ihm (Schumacher) nicht gewünscht, aber er nimmt es als revidierbar hin, indem er seine Magnet-Theorie vom

28 Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (Kiel). 29. Dezember 1947.

29 Vgl. U. Plener: SPD 1945–1949: 219–223 mit Faksimile des Dokuments; 264 zur Währungsreform.

30 D. Groh/P. Brandt: “Vaterlandslose Gesellen”: 245.

31 Vgl. Willi Albrecht: Kurt Schumacher: 575ff. Vgl. D. Groh/P. Brandt zu Schumachers Begründung: “Faktisch sei Deutschland durch die Aktivitäten der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED bereits in Spaltung begriffen, die bevorstehende Neuorganisation der Westzonen sei lediglich die Reaktion auf die Aktion des Ostens.” (D. Groh/P. Brandt: “Vaterlandslose Gesellen”: 245.) Vgl. auch P. Merseburger: Der schwierige Deutsche: 389.

32 Vgl. u. a. W. Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994.

Vereinigten Wirtschaftsgebiet auf den westdeutschen Teilstaat überträgt, der bereits in Umrissen sichtbar wird.”³³ Nicht anders die These vom “Provisorium”, das das entstehende “administrative Instrument”, die “Zwischenlösung”, “die staatsrechtliche Konstruktion” (Schumacher “vermeidet zunächst sorgfältig jeden Gebrauch des Wortes Staat”³⁴ sein sollte.³⁵

Schumachers (später auch von Adenauer benutzte) Magnettheorie, so hieß es nach 1990³⁶, habe sich schließlich bewahrheitet. Spricht das wirklich für Schumacher und die damalige SPD? Diese Theorie diene doch seit Januar 1947 dazu, alle seitdem im Westen unternommen Schritte zur westdeutschen Staatsgründung – und damit zur vertieften Spaltung Deutschlands – zu rechtfertigen, einer Spaltung, die mehr als 40 Jahre dauern sollte... So auch die These vom “Provisorium”.

Es ist müßig, heute danach zu fragen, ob Schumacher seinen Willen zur deutschen Einheit 1947–1949 ergebnisreicher hätte vertreten können. Immerhin hat sein “donnerndes Nein” (P. Merseburger) vom 20. April 1949, als es darum ging, die Bundesrepublik als einen Bundesstaat zu konstituieren (und nicht als losen Staatenbund, wie die Westalliierten es vorhatten), “positive Wirkungen” für die BRD gehabt.³⁷ Hätten mehr *solcher Art* “Nein” zu den einzelnen Spaltungsschritten eventuell auch für den Erhalt der deutschen Einheit positive Wirkungen haben können?

Schumacher hat mit der absoluten Westorientierung, seinem Entweder-Oder-Denken und -Handeln, seiner feste Einbindung in den Kalten Krieg an der Seite der Westmächte auch in diesem Fall den Test nicht gewagt. 1948 – im Zusammenhang der Volkskongreß-Kampagne der SED – “hatte die SPD unzweideutig klargestellt, daß sie die ‘Freiheit ohne Einheit’ der ‘Einheit ohne Freiheit’ vorziehe”.³⁸ Das war auch die Position Adenauers und der CDU.

Erst nach Gründung der BRD, also in den Jahren 1950–1952, wurde die Einheit (es ging nunmehr um ihre Wiederherstellung) zum “zentralen Punkt seiner Politik”³⁹, und erst kurz vor dem Tod zeigten sich bei Schumacher – im Zusammenhang der “Stalin-Noten” vom März 1952 – Ansätze für eine flexiblere, der Einheit Deutschlands dienlichere Deutschlandpolitik.

33 P. Merseburger: Der schwierige Deutsche: 387.

34 Ebenda: 388.

35 Vgl. U. Plener: SPD 1945–1949: 207, 213, 217, 249.

36 Willi Albrecht: Kurt Schumacher: 28; T. Fichter: Die SPD und die Nation: 104 (1993), anders dann im Oktober 1995 auf dem Kolloquium der FES (Kurt Schumacher und der “Neubau”: 132).

37 Vgl. P. Merseburger: Der schwierige Deutsche: 417, 418; P. Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit: 49, 54.

38 D. Groh/P. Brandt: “Vaterlandslose Gesellen”: 246. So hieß es z. B. in einem Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD Ostwestfalen im Mai 1948: “Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit! ... Darum keine Stimme dem falschen Volksbegehren!” (Freie Presse [Bielefeld]. 29. Mai 1948); vgl. auch H. A. Winkler: Kurt Schumacher 45.

39 P. Merseburger: Der schwierige Deutsche: 529.

In der Rede am 1. September 1992 zum 50. Todestag Schumachers wollte Björn Engholm dessen Credo der Wiedervereinigung Deutschlands nicht gegen das seiner Nachfolger in der Führung der SPD – Willy Brandt, Helmut Schmidt – ausgespielt wissen, sagte aber zugleich, er sei “der festen Überzeugung, daß erst die Anerkennung der DDR die Voraussetzung schuf, daß die andere Seite sich auf eine Politik der Zusammenarbeit und Entspannung einlassen konnte und mußte, um nicht aus der europäischen Völkerfamilie ausgeschlossen zu werden. Mit Mitteln, die nicht die Mittel Kurt Schumachers waren (sic!), haben seine Nachfolger so einen ebenfalls bedeutenden Beitrag dazu leisten können, daß die Ziele Schumachers letztlich erreicht werden konnten: ein vereinigtes Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa.”⁴⁰ Das “ebenfalls” war fehl am Platz, denn Schumacher hat mit *seinen Mitteln* viel eher einen *Beitrag zur Spaltung als zur Einheit Deutschlands* geleistet. Seine Konfrontations- und Diffamierungsstrategie, sein Entweder-Oder gegenüber der “anderen Seite” waren seinem eigenen und dem seiner Partei Anliegen nicht dienlich.

Zur Bilanz noch einmal D. Groh/P. Brandt: “Angefangen mit der Kontroverse über die ‘Einheit der Arbeiterklasse’ bis zur separaten Staatsgründung in den Westzonen hat die deutsche Sozialdemokratie unter Schumacher die Parteinahme der Westdeutschen im Ost-West-Konflikt mitgetragen, in den frühen Stadien sogar maßgeblich vorangetrieben ... Insgesamt trug die rigorose und in der Taktik unflexibel gehandhabte Abgrenzung der Westzonen-SPD vom Osten Deutschlands dazu bei, die Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Fragmente zu beschleunigen.”⁴¹ Abschließend schreiben D. Groh/P. Brandt: “Wie man diesen Tatbestand bewertet, hängt maßgeblich davon ab, ob man meint, daß der – als solcher sicher unvermeidliche – Ost-West-Konflikt zwangsläufig zur Ausformung fester politisch-militärischer Blöcke führen mußte und, darüber hinaus, ob die Blockbildung automatisch die Einbeziehung Deutschlands auf beiden Seiten der Systemgrenze hätte beinhalten müssen. Nur wenn man diese Fragen uneingeschränkt bejaht, wird man die Grundentscheidungen der Schumacher-SPD, am Maßstab ihrer eigenen Wert- und Zielvorstellungen gemessen, als alternativlos und konsequent einschätzen müssen.”⁴²

Müssen diese Fragen uneingeschränkt bejaht werden?

Die dem Kalten Krieg (1947–1961/1962) vorausgegangenen Jahre der Anti-Hitler-Koalition und die ihm folgenden anderthalb Jahrzehnte hatten bewiesen, daß die rigorose Ost-West-Konfrontation, wie sie in der Form des Kalten Krieges stattgefunden hatte, nicht notwendig sein mußte. Das heißt: Die konfrontative Art der Systemauseinandersetzung mit ihren außen- und innenpolitischen Folgen war nicht objektiv bedingt, sondern ein Ergebnis des Wirkens der damals bestimmenden “historischen Subjekte” – vor allem der beiden Großmächte und der sie repräsentierenden Politiker; aber

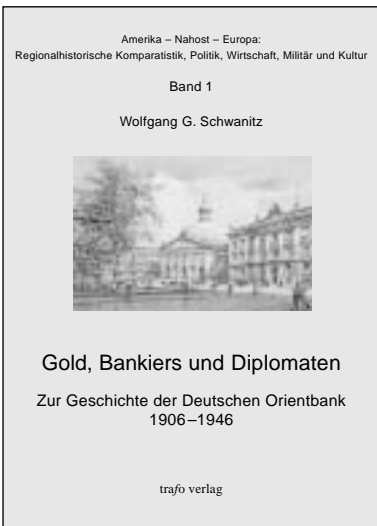
40 B. Engholm: Das Vermächtnis Kurt Schumachers: 9.

41 D. Groh/P. Brandt: “Vaterlandslose Gesellen”: 247.

42 Ebd.

auch der europäischen gesellschaftlichen Kräfte, darunter nicht zuletzt der beiden Teile der Arbeiterbewegung, die sich in den Kalten Krieg voll einbinden ließen. Auch beweist der hohe Anteil sozialdemokratischer Kräfte an der Entspannungspolitik in den 70er Jahren in der Welt, in Europa und in Deutschland, daß und wieviel von ihrer konkreten Politik bei der Gestaltung der Formen des damaligen Systemkampfes, der internationalen Verhältnisse und der Beziehungen in der damaligen Arbeiterbewegung, Deutschland eingeschlossen, abhing.

Man mag Schumachers damaliges Agieren sein Dilemma oder seine Tragik nennen, für die historische Bilanz bleibt: Er und mit ihm die SPD haben in den Jahren 1945–1949 aktiv an der staatlichen Spaltung Deutschlands mitgewirkt.



Wolfgang G. Schwanitz
Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906–1946

trafo verlag, Berlin 2000, ca. 330 S., 120 Ktn., Abb., Tab. u. Dok., Reg., Leinen im Schutzumschlag, ISBN 3-89626-288-2

Subskript.ppreis bis 31.12.99 = 64,80 DM, danach 69,80 DM

Der Titel erscheint im Januar 2000

Deutsche Nahostbeziehungen werden exemplarisch von einem Bankinstitut verkörpert, das Europa und den Nahen Orient ein halbes Jahrhundert lang verband: Die *Deutsche Orientbank*, gegründet 1906 unter Führung der Dresdner Bank.

Das vorliegende Buch umreißt die Geschichte der Orientbank aus dem Blickwinkel der USA, des Dritten Reiches und des Nahen Orients.

Die Deutsche Orientbank hatte Geschäftsbeziehungen mit drei Dutzend Staaten Amerikas, Asiens und Afrikas. Sie hatte auch muslimische und jüdische Direktoren. In ihren Filialen in Kairo und Istanbul wirkten jeweils knapp einhundert Mitarbeiter. Neben ihrer Banktätigkeit gab die Deutsche Orientbank Wirtschaftsberichte für Ägypten und

die Türkei heraus, betrieb Baumwoll- und Immobiliengeschäfte sowie Wirtschaftsauskunfteien. Ihre Tätigkeit verdeutlicht die ganze Komplexität der Beziehungen und Interessen des deutschen Reiches in dieser Region, insbesondere in der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Hier liegt auch einer der besonders brisanten und dramatischen Akzente dieses Buches. Wolfgang G. Schwanitz kann, weltweit erstmalig, eine Vielzahl bisher nicht zugänglicher Dokumente veröffentlichen, die belegen, wie und in welcher Weise die Orientbank als Drehscheibe des Verkaufes des von den Nazis geraubten Goldes auf seinem Weg aus Deutschland und Westeuropa über die Schweiz in den Nahen Orient fungiert hat. Das Buch liefert damit neue Argumente in der Auseinandersetzung um die Entschädigung von Opfern des Dritten Reiches.

Bestellungen und Vorbestellungen über jede Buchhandlung oder direkt bei: trafo verlag, Abt. Versandbuchhandel, Finkenstraße 8, 12621 Berlin, Tel.: 030/5670 1939 Fax: 030/5670 1949
 e-mail: trafoberlin@t-online.de

Die internationale Sozialdemokratie und die beiden deutschen Staaten. Aspekte sozialdemokratischer Positionen zur europäischen Sicherheit und zur deutschen Frage

HERBERT MAYER

Für die internationale Sozialdemokratie standen in ihrer Haltung zu Deutschland bzw. zu den beiden deutschen Staaten in den verschiedenen historischen Abschnitten unterschiedliche Fragen im Vordergrund. Sie reflektierten auf spezifische Weise internationale und nationale Entwicklungsprozesse und Konfliktfelder. Ohne Vollständigkeit und Ausgewogenheit anstreben und beanspruchen zu wollen, soll im folgenden auf einige Probleme eingegangen werden. Skizziert werden sollen einige Positionen der sozialdemokratischen Internationale zum Neuaufbau Deutschlands und zur Wiedenzulassung der SPD in der Nachkriegszeit, zur Wiedervereinigungsproblematik und zu einem europäischen Sicherheitssystem Mitte der 50er Jahre sowie zu einer europäischen Sicherheitskonferenz und zur deutschen Problematik Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre.¹

1. COMISCO, SPD und Deutschland 1945–1955

Während des Zweiten Weltkrieges existierte keine sozialdemokratische Internationale, da die vor dem Kriege bestehende Sozialistische Arbeiter-Internationale sich noch vor Kriegsbeginn als handlungsunfähig erwiesen hatte und 1940 – mit der Besetzung Belgiens, wo sich ihr Sekretariat befand – aufhörte, zu existieren. In den letzten Kriegsjahren gab es verschiedenartige Bestrebungen, die sozialdemokratische Bewegung international neu zu organisieren. Doch hatten die einzelnen sozialdemokratischen Parteien unterschiedliche Vorstellungen, ob und wie eine neue Internationale gegründet werden sollte.² Schließlich wurde im Mai 1946 auf einer Internationalen Sozialistischen Konferenz die Bildung eines Internationalen Sozialistischen Informations- und Verbindungsbüro (SILO) beschlossen, bis dann – schon organisatorisch relativ festgefügt – im November 1947 das Komitee der Internationalen Sozialisti-

- 1 Die internationalen Rahmenbedingungen und die Positionen der Regierungen der vier Mächte, der beiden deutschen und anderer Staaten zu diesem Problemkreis können nicht verfolgt werden und müssen weitgehend ausgeklammert bleiben.
- 2 Die Überlegungen betrafen u. a., eine einheitliche Internationale aller Arbeiterparteien unter Einschluß der Kommunisten zu schaffen, eine Internationale sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften zu bilden oder die Sozialistische Arbeiter-Internationale zu rekonstruieren.

schen Konferenzen (Committee of International Socialist Conferences/COMISCO) entstand. Es initiierte schließlich in einem mehrjährigen Vorbereitungsprozeß die Gründung der Sozialistischen Internationale im Juni 1951 in Frankfurt am Main.

Die Behandlung und Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege war vor allem seit 1943 Gegenstand von Diskussionen und Stellungnahmen sozialdemokratischer Parteien. Auf mehreren Tagungen verständigten sich die vertretenen sozialdemokratische Parteien über ihre Ziele für die europäische Nachkriegsordnung und fixierten auch entsprechende Vorstellungen zu Deutschland. Auf der (Ersten) Internationalen Sozialistischen Konferenz im März 1945 in London, an der 53 Vertreter aus 13 Parteien teilnahmen, bildete die deutsche Problematik eine der zentralen Fragen für die Gestaltung der europäischen Nachkriegsordnung. Die auf dieser und den folgenden Konferenzen angenommenen Grundprinzipien waren bestimmt von der Forderung nach der Überwindung des Faschismus und Schaffung eines antifaschistischen, demokratischen Deutschlands, in dem sozialistische Ziele verwirklicht werden sollten. Einige Positionen wirkten in mancher Hinsicht überzogen und illusionär.

Geprägt wurde die angenommene "Declaration on the German Problem"³ durch die Auffassung von einer Kollektivschuld des deutschen Volks. Die einzelnen Forderungen verlangten die vollständige, bedingungslose Entwaffnung Deutschlands und seine lange und vollständige militärische Besetzung, die strenge Verurteilung der Kriegsverbrecher, Reparationen, die Enteignung der Junker und Schwerindustriellen, die Internationalisierung der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, die Kontrolle des deutschen Industrie- und Kriegspotentials, Finanzkontrolle sowie Kontrolle von Presse, Radio und Bildung. In einer Übergangszeit sollte keine deutsche Regierung bestehen, sondern eine alliierte Militärmacht die Regierungsverantwortung übernehmen. Deutschland sollte einheitlich bleiben, aber dezentralisiert werden. Grenzänderungen wurden für möglich gehalten, ebenso die Rücksiedlung der Deutschen aus fremden Gebieten. Zeitweilig wurde gar die Auffassung vertreten, der Lebensstandard der Deutschen dürfte nicht über dem ihrer Opfer liegen.

Zwar war die Zulassung demokratischer und freier Gewerkschaften in Deutschland vorgesehen. Doch die Auffassung, daß die SPD keinen wirksamen Widerstand gegen Krieg und das NS-Regime geleistet habe, führte zunächst zum Vorbehalt, daß nach Kriegsende in Deutschland keine sozialdemokratische Partei zugelassen werden könne. Entsprechend wurde im Vorbereitenden Ausschuß zur Wiedergründung der Internationale, der von der Konferenz im März 1945 eingesetzt worden war, debattiert. Die Vorschläge sahen nicht vor, daß eine deutsche Partei Mitglied einer künftigen Internationale werden könne.

Die SPD blieb auch unmittelbar nach Kriegsende in der internationalen Sozialdemokratie weitgehend isoliert. Wie stark Mißtrauen und Vorurteile ihr gegenüber waren, zeigte sich auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Clacton-on-

3 Declaration on the German Problem. Abgedruckt in: Rolf Steininger: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation. Bonn 1979: 213ff.

Sea im Mai 1946 in Zweifeln an ihrem demokratischen Charakter, an ihrem Antifaschismus und an ihrem Willen zu einer Erneuerung.⁴ Die SPD wurde zu den Internationalen Sozialistischen Konferenzen weiterhin nicht zugelassen. Eine Positionsänderung erfolgte nur allmählich bis 1947/48.⁵ Ausschlaggebend war, wie auf der Konferenz in Bournemouth im November 1946 betont wurde, daß der Sozialdemokratie in Deutschland Einfluß gesichert werden müsse, weshalb die SPD unterstützt werden müsse. Zudem gab es Hoffnungen, sie könne eine Brücke zwischen Ost und West sein. Die SPD wurde zur nächsten Tagung im Juni 1947 nach Zürich eingeladen, auf der die "deutsche Frage" behandelt werden sollte. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher mußte sich dort einem peinlichen, fünfständigen Kreuzverhör über die SPD, ihre Politik in der Vergangenheit vor 1945 und seit der Neugründung 1945, über ihre Ziele, aber auch über sämtliche Fragen der deutschen Politik unterziehen. Die Reserviertheit gegenüber der SPD blieb, sie resultierte bei vielen Delegierten nicht zuletzt daraus, daß Schumacher sich gegenüber Forderungen nach Grenzänderungen durch das Abtreten von deutschen Gebieten unnachgiebig zeigte. Als Kompromiß beschloß die Konferenz, eine Kontaktkommission zur SPD zu bilden. Diese empfahl dann die Aufnahme der SPD als Mitglied in das COMISCO. Nur mit der SPD, so war nun die Auffassung, könne ein friedliches, demokratisches und sozialistisches Deutschland geschaffen werden; die SPD brauche daher international Unterstützung. Vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus war der SPD eine wichtige Rolle zugeordnet. Die SPD wurde im Dezember 1947 in Antwerpen mit einer Zweidrittelmehrheit in die Internationale Sozialistische Konferenz aufgenommen.⁶ In den Debatten der Tagung über "Weltfrieden" und "wirtschaftlichen Wiederaufbau" bestand weitgehend Übereinstimmung, daß in Deutschland eine Entnazifizierung, eine Bodenreform und eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien unter internationaler Kontrolle erfolgen sollte. Von den Großmächten wurden Garantien gegen eine zukünftige Aggression durch Deutschland erwartet; Deutschland dürfe deshalb auch keine Armee besitzen. Es müsse geeint bleiben, schon um dem Aufkommen des Nationalismus und Revanchismus entgegenwirken zu können. Ein geteiltes Deutschland, so die Labour Party, bedeute Krieg, ein geeintes Deutschland müsse aber demokratisch und sozialistisch sein.

Die gewandelte Position der internationalen Sozialdemokratie zur SPD zeigte sich deutlich auf ihren Konferenzen seit Frühjahr 1948. Die Einbeziehung Deutschlands in die europäische Wirtschaft und die Völkergemeinschaft galten ihr als Grundbedingung für den Wiederaufbau Europas und das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West. Eine Teilung Deutschlands wurde, übereinstimmend mit der SPD, abgelehnt. Ein geeintes demokratisches Deutschland auf der Grundlage eines föderativen

4 Vgl. ausführlich dazu und dem Folgenden ebd.: 60ff.

5 Vgl. dazu die abgedruckten Dokumente 8–13 in: Ebd.: 217ff.

6 Widerstand kam vor allem von sozialdemokratischen Parteien aus Osteuropa.

Systems, das in freier Wahl vom deutschen Volks akzeptiert wird, sah die Konferenz im Juni 1948 als entscheidenden Faktor zur Sicherung des Friedens. Sie appellierte an die vier Besatzungsmächte, gemeinsam eine Lösung zu finden, um eine endgültige Teilung Deutschlands und damit des ganzen Kontinents zu verhindern.⁷ Für die Spaltung Deutschlands und die Herausbildung zweier deutscher Staaten waren zu diesem Zeitpunkt die Weichen bereits gestellt. Mit dem Entstehen der BRD und der DDR 1949 ging es nicht um die Verhinderung der Spaltung, sondern um mögliche Wege zur deutschen Einheit. Im Vordergrund der Diskussion im COMISCO bzw. dann der Sozialistischen Internationale standen aber in den nächsten Jahren vor allem Fragen, die mit der Entwicklung der Bundesrepublik zusammenhingen.

Ruhr-, Saarfrage und damit zusammenhängend Europarat gehörten vor und nach der Staatenbildung zu den heftig und kontrovers diskutierten Fragen im COMISCO. Die SPD, die im COMISCO nicht den erhofften Einfluß erreichte, stand im Gegensatz zu den meisten sozialdemokratischen Parteien und war in der Isolierung geblieben, die sich im Zusammenhang mit dem Schumanplan noch verstärkte.⁸ Während der Schumanplan, eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu bilden, von den Parteien der betroffenen Länder unterstützt wurde, lehnte die SPD ihn ab. Sie begründete dies u. a. damit, daß der Plan keine Gleichberechtigung für Deutschland bot, Politik der Siegermächte sei und die Sozialisierung verhindere. Der Plan diene nicht der Wiedervereinigung Deutschlands, die der SPD wichtiger war als Schritte zur westeuropäischen Integration.

Obwohl die mit der Entwicklung in Deutschland verbundenen Probleme in der Politik der internationalen Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielten, war bis zur Gründung der Sozialistischen Internationale 1951 die Frage der deutschen Einheit bzw. Wiedervereinigung nicht einmal ein besonderer Tagesordnungspunkt ihrer Konferenzen. Sie wurde zwar als notwendig deklariert, aber häufig auch nicht erwähnt. Auch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war lange Zeit kein Thema. Sie kam durch den Plevanplan bzw. die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in die Debatte. COMISCO bzw. nach ihrer Gründung 1951 die SI gaben zur EVG und zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik kein eindeutiges und einheitliches getragenes Bekenntnis ab, obwohl einflußreiche Parteien (vornehmlich die britische LP und die französische SFIO) dies befürworteten.⁹ Andererseits trafen die von der SPD gestellte Vorbedingungen – z. B. die nach voller Gleichberechtigung Deutschlands im Bündnis oder nach vorheriger Vereinigung der beiden deutscher Staaten – nicht auf die Zu-

7 Internationale Sozialistische Konferenz in Wien (4.–7.6.1948): Resolution zur Ruhrfrage vom 7. Juni 1948. Abgedruckt bei Steininger: 348. Zum folgenden ebenda: 98ff.

8 Vgl. zu den Positionen der SPD in diesen Fragen ausführlich Rudolf Hrbek: Die SPD, Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschlandpolitik und Westintegration 1945–1957. Bonn 1972.

9 Vgl. dazu und dem Folgenden D. Hansel: Zur Haltung der Sozialistischen Internationale (SI) zur Wiederaufrüstung der BRD im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). In: Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie. Halle 1987. H. 16: 82ff.

stimmung der anderen Parteien. Die SPD war gegen den Plan, da sie in ihm eine Gefahr sah, daß die Bundesrepublik dadurch militärisch an die westlichen Alliierten gebunden werde und die Wiedervereinigungsaussichten gefährdet werden, nach gesamtdeutschen Wahlen hoffte die SPD auf einen von ihr regierten gesamtdeutschen Staat. Nur einmal, zwei Jahre nach der Unterzeichnung der EVG, im Frühjahr 1954 setzten sich in der SI die Befürworter der EVG durch, gegen die Stimmen der SPD. Nach dem Scheitern der EVG hatten die Parteien der SI gegensätzliche Standpunkte zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, die Mehrheit unterstützte oder tolerierte sie. Auf den SI-Tagungen war – schon durch die Haltung der Parteien aus bündnisfreien Staaten – zu keinem Zeitpunkt ein offenes, direktes und mehrheitlich getragenes Bekenntnis zur Aufrüstung und Einbeziehung der BRD in die NATO ausformuliert. Andererseits trugen Mitgliedsparteien der SI den Ausbau des westlichen Militärsystems unter Einbeziehung der BRD mit und unterstützten oder tolerierten Schritte zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Zugleich bekräftigte die SI ihre Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands, die in der SI stärker als bisher in den Mittelpunkt der Diskussion gelangte.

2. Wiedervereinigung, Abrüstung und Sicherheit in den fünfziger Jahren

Die Sozialistische Internationale betrachtete in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und darüber hinaus eine deutsche Wiedervereinigung als Kernproblem der Sicherheit und als Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Nach ihrer Auffassung fiel die Wiedervereinigung allein in die Kompetenz der vier Mächte. Auf ihrem Kongreß 1955 verlangte sie “die Wiedervereinigung in Freiheit” durch freie Wahlen parallel zur Bildung eines europäischen Sicherheitssystems. Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte die Gewähr für einen sicheren Frieden bieten, aber nicht verpflichtet sein, einer militärischen Gruppierung beizutreten.¹⁰ Das Ziel einer deutschen Wiedervereinigung sollte über einen langfristigen, stufenweisen Prozeß in einer international entspannten Situation erreicht werden. Über die dabei einzugehenden Kompromisse bestanden Kontroversen zwischen den Parteien der SI. Die SPD selbst plädierte Mitte der 50er Jahre für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, in das das wiedervereinigte Deutschland gleichberechtigt einbezogen ist und zur Erhaltung des Frieden beiträgt.

Auch nach Einbeziehung der Bundesrepublik und der DDR in die bestehenden Militärbündnisse, in NATO und Warschauer Vertrag, hielt die SPD am Ziel der Wiedervereinigung fest. Den Anschluß eines vereinten Deutschland an die NATO sah sie als unrealistisch an. Das wiedervereinigte Deutschland sollte weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag angehören, sondern mit Nachbarstaaten ein Sicherheitssystem bilden. Die deutsche Wiedervereinigung und der Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems sollten parallel erfolgen. Die Wiedervereinigung hatte bei ihr das

10 Vgl. Socialist International Information (London) (im Folgenden: SII). 49/1955: 869.

Primat vor der militärischen Bindung der BRD an die NATO. Der Deutschlandplan der SPD von 1959 bildete, ähnlich wie der Ollenhauerplan von 1957, einen Stufenplan zur Wiedervereinigung.¹¹ Sie sollte nach Verhandlungen der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten durch eine allmähliche Annäherung in drei Etappen über die Bildung einer gesamtdeutschen Konferenz, eines gesamtdeutschen Parlamentarischen Rates und einer verfassunggebenden Versammlung erfolgen. Freie Wahlen (bildeten nicht wie bisher die Voraussetzung der Einheit, sondern) standen am Schluß des Einigungsprozesses. Der Deutschlandplan wurde bereits innerhalb eines Jahres, insbesondere mit dem Godesberger Programm 1959 und der außenpolitischen Erklärung von Herbert Wehner im Bundestag 1960, wieder aufgegeben.

Kennzeichnend für die Positionen der SI Ende der 50er Jahre war eine Verkettung von europäischer Sicherheit, Abrüstung und deutscher Wiedervereinigung. Der Kongreß 1957 erklärte "Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands sind heute unlöslich miteinander verknüpft".¹² Das geriet in Widerspruch zu der mehrheitlich getragenen Linie der SI, daß die Lösung politischer Fragen und Abrüstungsmaßnahmen nicht voneinander abhängig gemacht werden dürfen. Unterschiedliche Auffassungen bestanden insbesondere darüber, ob ein Sicherheitssystem die Vorbedingung für die Wiedervereinigung sei oder umgekehrt. Die SI und viele Mitgliedsparteien befürworteten ein europäisches Sicherheitssystem, ohne eindeutig dessen Bedingungen, Entstehen und Inhalt zu fixieren. Vorschläge der Sowjetunion stießen auf ihre Ablehnung.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre, insbesondere seit 1956/57, wurde in der SI die Frage eines europäischen Sicherheitssystems vor allem im Hinblick auf die Schaffung einer rüstungsreduzierten, entspannten und bündnisfreien Zone, eines Disengagement, in Mitteleuropa debattiert. Der Gaitskellplan der britischen Labour Party und der Ollenhauerplan der SPD waren bekannte Disengagement-Pläne in der SI.¹³ Ein Disengagement sollte die Voraussetzung sowohl für umfassende Abrüstungsabkommen als auch für die Lösung politischer Probleme – darunter der deutschen Wiedervereinigung – schaffen. Sein Kern bestand darin, daß aus einer Zone, die mehrere Staaten Mittel- und Osteuropas umfaßt, sich ausländische Truppen zurückziehen, in ihr nationale Streitkräfte begrenzt werden sowie die Grenzen und Sicherheit der beteiligten Staaten durch einen von den vier Mächten garantierten Vertrag gesichert werden. Disengagementpläne fanden im Frühjahr 1958 erstmals mehrheitlich die Befürwortung der SI, insbesondere durch LP, SPD und nordeuropäische Parteien.¹⁴ Gegen Ende der 50er Jahre, vornehmlich nach Vorlage des polnischen Rapacki-Planes, war in die

11 Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59. Hannover - Bonn o. J.: 397ff.

12 Report of the Fifth Congress of the Socialist International, held in Vienna, 2–6 July, 1957. London 1957. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte. Amsterdam. Archiv der Sozialistischen Internationale (im Folgenden: IISG. SI-Archiv). Congresses. 1957.

13 Vgl. dazu die Referate von Erich Ollenhauer und Hugh Gaitskell auf dem SI-Kongreß 1957 in: SII. 33/1957: 559f., 565f.

14 Vgl. ebd.: 25/1958: 380.

Disengagementpläne die Idee einer atomwaffenfreien Zone integriert. Die Kopplung von Disengagement und deutscher Wiedervereinigung wurde in der SI mehrheitlich befürwortet, unterschiedlich gesehen wurde, ob das Disengagement eine Vorstufe oder die Voraussetzung der deutschen Einheit bilde. Diese Pläne stießen auch auf Widerstand – insbesondere durch die französische, niederländische und andere SI-Parteien aus NATO-Staaten. Sie hielten diese Pläne nicht genügend mit einer deutschen Wiedervereinigung verbunden, auch bestanden unterschiedliche Auffassungen darüber, ob sie Veränderungen im Gesellschaftssystem der osteuropäischen Länder zur Vorbedingung haben müßten.

Die Disengagementpläne beinhalteten die Suche nach Wegen, die militärische Konfrontation und Rüstung zu reduzieren, die internationale Atmosphäre zu entspannen und den Boden für die Lösung politischer Probleme zu verbessern. Sie bildeten eine sozialdemokratische Alternative zu den von der NATO damals gefaßten Beschlüssen über die atomare Ausrüstung der Armeen westeuropäischer NATO-Staaten, die von der Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteien abgelehnt wurde, aber auch Befürworter fand. In den 60er Jahren wurde die Verknüpfung eines Disengagement mit einer deutschen Wiedervereinigung aufgegeben, doch verloren in dieser Zeit Disengagementpläne in der SI und in der internationalen Politik an Bedeutung. Die SI befürwortete – unterschiedlich klar – in der Folge weiterhin die Schaffung atomwaffenfreier Zonen.

Ende der 50er Jahre wurde in der SI bei internen Diskussionen auch erstmals die Frage nach der polnischen Westgrenze aufgeworfen. Deutlich trat zutage, daß in der SI unter Wiedervereinigung zumeist eine Vereinigung von BRD und DDR verstanden wurde und zwar ohne Einschluß der polnischen Westgebiete. Auf Ablehnung der SI stießen Vorstellungen, die 1957–1959 die Sowjetunion und die DDR über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und zur Bildung einer freien entmilitarisierten Stadt Westberlin unterbreiteten. Am sowjetischen Friedensvertragsentwurf wurde besonders kritisiert, daß er nicht die Wiedervereinigung Deutschlands voraussetze und nicht mit freien Wahlen verbunden war. Als gemeinsamer Konsens schälte sich in der SI heraus: Der Zugang nach Westberlin müsse gesichert werden, der gegenwärtige Status dürfe nicht verändert werden und Westberlin nicht dem Kommunismus “ausgeliefert” werden. Im April 1959 fixierte das SI-Büro als gemeinsame Linie: Über alle Fragen der Sicherheit und der deutschen Wiedervereinigung sei geduldig zu verhandeln; die Berlinfrage könne nur durch die Regelung weitergehender Fragen, insbesondere der deutschen Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit als Ganzes, gelöst werden; für Verhandlungen müßten die Westmächte konkrete positive Vorschläge unterbreiten.¹⁵ Der Kongreß der SI 1959 in Hamburg einigte sich auf folgende Grundposition: freie Wahlen seien nicht Beginn und Voraussetzung für eine

15 Vgl. Europäische Sicherheit und das Problem Deutschland. In: IISG. SI-Archiv. Bureau 1959. Vgl. auch SI. 16/1959: 223f.; 18/1959: 256. Vgl. zum SI-Kongreß Report of the Sixth Congress of the Socialist International, Hamburg, 14–17 July 1959, London. In: Ebenda. Congresses. 1959.

schrittweise Lösung der deutschen Frage, die als Wiedervereinigung verstanden wurde. Ein direktes Junktim zwischen Wiedervereinigung, Abrüstung und europäischen Sicherheit lehnte der Kongreß ab. Zugleich kehrte er hervor, daß die Berlinfrage nicht von Wiedervereinigung und Friedensvertrag getrennt werden dürfe.

3. Die SI und die deutsche Frage nach 1961

Die Maßnahmen der DDR und des Warschauer Vertrags vom 13. August 1961 betrachtete die SI auf ihrem Kongreß in Rom vom Oktober 1961 in der "Resolution über Berlin und die Deutschlandfrage" als einen "Akt unmenschlicher Brutalität" und sah in ihnen eine Bedrohung Westberlins. Nachdrücklich hat die SI, erstmals in einer Resolution, betont, daß die Grenzen Deutschlands nicht durch Gewalt geändert werden dürfen, die Teilung Deutschlands bilde eine Gefahr für den Frieden, die Wiedervereinigung dürfe aber nicht durch Gewalt erfolgen. Die SI trat für eine "Zusammenarbeit in technischen Fragen zwischen und mit den Behörden im geteilten Deutschland im Interesse seiner Bewohner" ein.¹⁶ Einige Parteien, so die LP, die Belgische SP oder der internationale Bund, forderten eine Verhandlungsinitiative der Westmächte, die eine de-facto-Anerkennung der DDR sowie eine Akzeptierung der Oder-Neiße-Grenze beinhalte und auch eine isolierte Lösung der Westberlinfrage ermögliche. Diese Ansätze, die politisch-geographischen Realitäten in Europa in dieser Weise zu akzeptieren, konnten sich zu Beginn der 60er Jahre in der SI noch nicht durchsetzen.

In der SI verlor die deutsche und Berlin-Frage nach Beginn der 60er Jahre unter den Problemen der internationalen Politik allmählich als eigenständige Frage an Bedeutung, bis sie Ende der 60er Jahre in die Gesamtsproblematik der europäischen Sicherheit eingebettet war. Erstmals seit Jahren nahm die SI auf ihrem Amsterdamer Kongreß 1963 keine Stellung zur deutschen und Berlin-Frage. Das einigende Band der sozialdemokratischen Führungskräfte bestand auf dem Kongreß darin, auf die Veränderung des politischen Status quo hinzuwirken. In dieser Hinsicht stimmten sie mit Brandts Forderung auf dem Kongreß überein, "den Status quo durch graduelle Veränderungen mit friedlichen Mitteln abzuwandeln"¹⁷.

Willy Brandt hatte wiederholt betont, daß sich der 13. August 1961 als jener Wendepunkt erwiesen habe, auf dessen Grundlage man neue ost- und deutschlandpolitische Vorstellungen entwickeln mußte.¹⁸ Entscheidende konzeptionellen Grundlagen legten Brandt auf seiner USA-Reise im Herbst 1962 bzw. in seinem darauf basierenden Buch "Koexistenz – Zwang zum Wagnis" sowie Egon Bahr mit seiner Rede in Tutzing 1963, die mit der Losung "Wandel durch Annäherung" bekannt wurde.¹⁹ Brandt

16 SII. 44–45/1961: 680. Deutscher Text in: Eilt. Sozialdemokratischer Brief (Bonn). 11/1961.

17 Tatsachen – Argumente (Bonn). 70/1963: 18. Vgl. auch Willy Brandt in: Berliner Stimme. 14.9.1963.

18 Vgl. z. B. W. Brandt: Rede zum 13. August 1961. In: Sozialdemokratischer Pressedienst (Bonn). 198. 1986; W. Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975. Hamburg 1976.

19 W. Brandt: Koexistenz – Zwang zum Wagnis. Stuttgart 1963; E. Bahr: Wandel durch Annäherung. In: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945–1977. T. 2. Köln 1979: 550ff.

erklärte, "wegen Deutschland darf es keinen Krieg geben", doch gelte es die "die andere Seite" friedlich und dynamisch zu transformieren. Es gebe keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung, als den Versuch, die erstarrten Fronten zwischen Ost und West aufzubrechen. Brandt stellte ausdrücklich in Rechnung, daß für eine Wiedervereinigung legitime Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und der Nachbarländer berücksichtigt werden müßten und ebenso die inneren Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands für eine Wiedervereinigung reif sein müßten. In Übereinstimmung mit der US-amerikanischen "Strategie des Friedens" von Kennedy hielten Brandt und Bahr eine Politik zum direkten Sturz der Regierungen im Osten für aussichtslos. Bahr hatte in seiner Rede eine flexiblere Haltung gefordert, um Veränderungen – einen Wandel durch Annäherung – in Gang zu setzen und zu fördern. Die Wiedervereinigung sei nicht ein einmaliger Akt, sondern ein geschichtlicher Prozeß mit vielen Schritten, die DDR müsse mit Zustimmung der UdSSR transformiert werden. Es sei weder die Einverleibung der DDR in die BRD noch eine kurzfristige deutsche Wiedervereinigung möglich, daher müsse der Status quo verändert werden, indem er zunächst nicht verändert werde. Die ost- und deutschlandpolitische Konzeption Brandts und Bahrs war darauf gerichtet, international die Ost-West-Konfrontation zu mindern, langfristig im Osten die politischen Verhältnisse zu verändern und hinsichtlich Deutschlands die Option auf eine Wiedervereinigung beizubehalten.

Zugleich führten in den 60er Jahren vorhandene Bestrebungen aus der SPD, die deutsche Problematik unter dem Aspekt der Wiedervereinigung weiterhin zum Gegenstand von Tagungen der SI zu machen, nicht mehr als nur zu allgemeinen Bekenntnissen. Der 1964 neugewählte Vorsitzende der SI, Bruno Pittermann, betonte z. B. deklarativer, es notwendig sei, eine "Wiedervereinigung in Freiheit" zu erreichen.²⁰ Hingegen verstärkten sich Auffassungen, wie sie der Brite C. Attlee vortrug, es sei unreal, eine deutsche Wiedervereinigung dadurch erreichen zu wollen, indem die DDR ihr Gesellschaftssystem preisgebe.²¹ Zugleich trugen die führenden Kräfte der internationalen Sozialdemokratie den Positionen der SPD weiterhin Rechnung. So hieß es in einer Erklärung des Verbindungsbüros der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft 1965, daß eine Hauptgarantie für den Frieden in Europa sei, "daß es dem deutschen Volk ermöglicht wird, wie andere Völker in ein und demselben Staat zu leben und über seine Angelegenheiten selbst zu bestimmen."²² Die Widersprüchlichkeit der Entwicklung in der SI verdeutlichte ihr Kongreß im Mai 1966. Die deutsche Problematik spielte auf dem Kongreß überhaupt keine Rolle, dennoch wurde in der Resolution ein Passus verankert: "Der Kongreß, der die Fortsetzung der Spaltung Deutschlands als eine Bedrohung des Friedens in Mitteleuropa ansieht, anerkennt das Recht auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk und unterstützt alle Bemühungen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, die zur Sicherung des Friedens

20 SII. 22/1964: 249.

21 Vgl. ebenda: 18–19/1964: 216.

22 Zit. nach Tatsachen – Argumente. 1965. Nr. XXVIII: 1. Vgl. auch SII. 13/1965: 145.

unerlässlich ist".²³ Entgegen dieser Passage, die die deutsche Einheit zur Voraussetzung für einen gesicherten Frieden, für Entspannung und Abrüstung, erhob, bildete die Basis der SI-Politik immer mehr die Orientierung am Status quo, sollten Entspannung sowie Abrüstung nicht mit Schritten zur deutschen Wiedervereinigung verbunden werden. Seit Mitte der 60er Jahre traten jene Kräfte in der SI, die die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, zumindest eine de-facto-Anerkennung der DDR und eine Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten für erforderlich hielten, deutlicher hervor. Es mehrten sich entsprechende Forderungen an die SPD bzw. BRD-Regierung, z. B. von den Mitgliedsparteien der SI aus Finnland, Frankreich, Belgien, der Niederlande, Schweden und Norwegen, aber auch aus anderen Parteien, so der britischen LP, der italienischen PSI, der SP Österreichs und Schweiz.²⁴ Der britische Außenminister G. Brown erklärte intern auf der Parteiführerkonferenz der SI Anfang 1967, daß die SPD für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eintreten müsse, er aber das nicht öffentlich erklären wolle, da dies die Sache der SPD sei.²⁵ In der SI blieb vorherrschend, daß die Regelung der deutschen Grenzen erst nach der Wiedervereinigung in einem Friedensvertrag erfolgen werde.

Bis Ende der 60er Jahre war führenden Kräfte der SI klar geworden, daß die Lösung europäischer Sicherheitsfragen die Anerkennung des politischen und territorialen Status quo, einschließlich der Grenzen und der Existenz zweier deutscher Staaten, erforderte. Obwohl sich verschiedene SI-Parteien in dieser Richtung bemühten, scheuten sich Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung vor konkreten Schritten. Bestimmend für die Stellung der SI zu den beiden deutschen Staaten blieb die Ablehnung des Gesellschaftssystems der DDR und die Rücksichtnahme auf Positionen der SPD (modifizierter Alleinvertretungsanspruch der BRD, der Anspruch besonderer innerdeutscher Beziehungen, die Nichtanerkennung der DDR). Entscheidend waren daher die Entwicklungsprozesse in der SPD selbst.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag vom Juni 1966 in ihrer Resolution zur Deutschlandpolitik erstmals von der Notwendigkeit eines "qualifizierten, geregelten und zeitlich begrenzten Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands" gesprochen.²⁶ Sie löste sich offiziell von der engen Verknüpfung der Entspannung und Rüstungsbegrenzung mit Schritten zur Wiedervereinigung. Kontakte zur DDR sollten zur Verbesserung der innerdeutschen Lage unterhalb der Schwelle der diplomatischen Anerkennung der DDR und damit der deutschen Zweistaatlichkeit genutzt werden. Der Parteitag vermied eine eindeutige Aussage zu den Grenzen, sprach sich aber für die Nichtigkeit des Münchener Abkommens aus. Im Dezember 1966 setzten mit der Mitwirkung der SPD an der Regie-

23 SII. 9-10/1966: 108.

24 Vgl. dazu entsprechende Positionsbestimmungen in ebenda: 14–15/1966, 22/1966, 3/1967, 5/1967; Die Zukunft (Wien). 9/1967; Rote Revue (Zürich). 11/1966.

25 Vgl. IISG. SI-Archiv. Conferences. Party Leaders. 1967.

26 Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Protokoll der Verhandlungen. Hannover - Bonn o. J.: 80.

rung der Großen Koalition erste konkrete Schritte zu einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik ein. Der SPD-Parteitag im Mai 1968 ging davon aus, daß die deutsche Frage nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu lösen wäre, die Spaltung Deutschlands werde mit der Spaltung Europas überwunden. Zwischen beiden Teilen Deutschland wurde ein "Höchstmaß an Kooperation" verlangt, die Deutschen gehörten in "beiden Teilen des Landes einer Nation" an und seien nicht Ausländer.²⁷ Auf dem Parteitag 1969 akzeptierte die SPD die Staatlichkeit der DDR: "Es wäre wirklichkeitsfremd, die staatliche Existenz des anderen Teils Deutschlands leugnen oder nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen."²⁸ Die Bundesregierung wurde aufgefordert, mit der DDR ohne Diskriminierungsversuche auf Regierungsebene zu verhandeln, die BRD müsse bereit sein, Abkommen über den Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt und zur Anerkennung der territorialen Integrität und Unverletzbarkeit der "Demarkationslinien in Deutschland und der Grenzen im Osten" abzuschließen.²⁹ Damit wurde letztlich die Lösung der deutschen Frage als Bestandteil und als Ergebnis einer europäischen Friedensordnung gesehen.

4. Eine europäische Sicherheitskonferenz und die beiden deutschen Staaten 1966–1969

Im Mai 1966 trat die SI auf ihrem Kongreß in Stockholm dafür ein, "jede Möglichkeit zur Verminderung von Spannungen und zur Beseitigung des Mißtrauens, das immer noch Ost und West voneinander trennt, zu nutzen".³⁰ Sie setzte sich für den Ausbau und die Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten ein. Doch waren darin Beziehungen von BRD und DDR nicht ausdrücklich eingeschlossen. Brandt hielt in seinem Referat neue Formen der Sicherheitsgarantien für erstrebenswert und die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz für prüfenswert.

Eine europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) gehörte im Juli 1966 zu den Vorschlägen, die die Staaten des Warschauer Vertrags in ihrer Bukarester Erklärung unterbreiteten. Die Idee einer solchen Konferenz war zu dieser Zeit Gegenstand der internationalen Diskussion und bilateraler Konsultationen. Der Vorschlag des Warschauer Vertrags fand bei sozialdemokratischen Parteien Zustimmung, traf aber auch Einwände und Vorbehalte. Verschiedene Parteien, z. B. Belgiens, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Italiens, Norwegens und Schwedens, sprachen sich deutlich für Entspannung, für die Überwindung des Kalten Kriegs und für die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten aus. Sozialdemokra-

27 Vgl. zu den Beschlüssen des Parteitags Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1968/69. Hannover-Bonn o. J.: 338ff., 365ff.

28 Vgl. dazu und dem Folgenden v.a. Außerordentlicher Parteitag der SPD vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen. Hannover-Bonn o. J.: 443ff., 489ff.

29 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1968/69: 436.

30 Zitiert nach Tatsachen – Argumente. Sonderausgabe XXX/1966: 16. Vgl. zu Brandt ebd.: 6f.

tische Regierungen bemühten sich um den Ausbau und Verbesserung der Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Vertrags und griffen die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz auf. Über eine mögliche Konferenzteilnahme der DDR differierten die Meinungen in der SI.

Zunächst stellten die LP und die SPD als Vorbedingung für eine solche Konferenz, daß die DDR nicht zugelassen werde und die deutsche Wiedervereinigung einen Tagesordnungspunkt bilden müsse. Die sozialdemokratische (Regierungs-)Partei Finnlands sprach sich hingegen für eine gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten aus. Die dänische Partei hielt eine Konferenz der Staaten des Warschauer Vertrags und der NATO mit nichtpaktgebundenen Ländern für möglich. Der SI-Vorsitzende B. Pittermann plädierte für eine Konferenz zunächst der Mitgliedsstaaten der UNO, was sowohl BRD als auch DDR ausgeschlossen hätte. Als mögliche Tagesordnungspunkte betrachteten viele Parteien die Ost-West-Beziehungen, Abrüstung und deutsche Wiedervereinigung. Unklar blieb das anzustrebende Ergebnis.³¹

Die erste, positive Stellungnahme eines internationalen sozialdemokratischen Gremiums auf den Vorschlag zur Vorbereitung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit kam im November 1966 vom Kongreß der sozialdemokratischen Parteien der EWG-Länder. Er fixierte, "daß alles getan werden muß, um in Europa und auf dem Gebiet der Ost-West-Beziehungen die Möglichkeiten einer Entspannung zu prüfen und zu verbessern, auch mittels einer Konferenz aller interessierten Länder".³² Auf einer Tagung der Abrüstungskommission der SI im April 1967 legte Lord Chalfont eine im Auftrag des SI-Büros erarbeitete Denkschrift vor. Von den Kommissionsmitgliedern im wesentlichen akzeptiert, wurde eine Konferenz befürwortet, die zum einen sorgfältig vorbereitet sein müsse, zum anderen politische und Abrüstungsfragen behandeln sollte. Der französische Vertreter Jules Moch hielt die "Anerkennung der äußeren Grenzen Gesamtdeutschlands" als konkreten Schritt zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit für vorrangig. Von der SPD erwartete er, daß sie zu "de-facto-Beziehungen" zwischen Bundesrepublik und DDR beitrage, d. h. ohne völkerrechtliche Anerkennung.³³ Im Februar 1968 plädierte die damals bestehende Arbeitsgruppe der sozialdemokratischen Parteien der NATO-Länder dafür, daß die NATO aktiv an der Einberufung einer Sicherheitskonferenz mitwirken müsse und die Länder beider Militärbündnisse sowie die bündnisfreien Ländern Europas teilnehmen sollten.

Auf der Züricher Ratstagung im Oktober 1967 setzte sich W. Brandt für ein europäisches Sicherheitssystem als Vorstufe zu einer europäischen Friedensordnung ein und ordnete die Lösung der "deutschen Probleme" in eine gesamteuropäische Ent-

31 Vgl. zum obigen u. a. SII. 4/1967: 43f., 11/1967: 28, 16-17/1967: 161.

32 Ebenda: 3/1967: 34.

33 Vgl. zum obigen Europäische Sicherung. Denkschrift überreicht durch Lord Chalfont. Staatsminister für Äußeres mit besonderer Verantwortung für Abrüstungsfragen. 17. April 1967; Gedanken zur Denkschrift von Lord Chalfont (Rundschreiben B 19/67) von Jules Moch von der Französischen Partei (SFIO) für die Sitzung der Abrüstungskommission am 22. April 1967. In: IISG. SI-Archiv. Various Files. Disarmament.

spannung ein. Die Delegierten äußerten sich zu dieser Problematik in unterschiedlicher Bewertung. Victor Larock (Belgien) meinte, daß eine Wiedervereinigung das Hauptproblem wäre, Pietro Nenni (Italien) sah in einer Ost-West-Entspannung die einzige Möglichkeit zur Lösung der deutschen Probleme, der finnische Delegierte hingegen erblickte eine Hauptfrage in der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten.³⁴

Auf ihrer Ratstagung im August 1968 hielt die SI-Führung auch in der gespannten internationalen Situation, die durch den Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei entstanden war, ihr Bekenntnis zu Entspannung und Abrüstung aufrecht; Brandt bekräftigte diese Linie nachdrücklich auf der Bürotagung im November.

Die SPD und LP behielten ihre insgesamt zurückhaltende Position zu einer europäischen Sicherheitskonferenz bei, erklärten sich aber prinzipiell für ihre Vorbereitung. Für eine baldige Konferenz traten u. a. die Parteien aus Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Österreich sowie die Regierungsparteien in Belgien, Italien, Finnland, Schweden und der Schweiz ein.³⁵ Einmütigkeit bestand in der SI daher darüber, wie z. B. die Parteiführerkonferenz am 30. März 1969 dokumentierte, daß sie den Budapester Vorschlag des Warschauer Vertrags für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz aktiv unterstützt.³⁶ Als die sozialdemokratisch geführte Regierung Finnlands im Mai 1969 den europäischen Staaten sowie den USA und Kanada ein Memorandum unterbreitete, um die Haltung der Länder zu einer Sicherheitskonferenz und ihrer Vorbereitung zu sondieren, traten die Vorbereitungen zur Einberufung einer solchen Konferenz in ein entscheidendes Stadium.

In der SI wurden die Differenzen über eine Teilnahme der DDR an einer europäischen Sicherheitskonferenz 1969 überwunden. Ihr Kongreß im Juni 1969 plädierte für eine gründlich vorbereitete Konferenz ohne Vorbedingungen, an der alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags und der NATO sowie alle bündnisfreie Staaten Europas teilnehmen sollten.³⁷ Brandt, der in seinem Einführungsreferat den Budapester Vorschlag positiv bewertete, sprach sich ebenfalls in diesem Sinne aus. Er fand darin Unterstützung anderer Rednern. Zwar hatte Brandt einerseits versichert, die SPD trete für eine Konferenz ohne Vorbedingungen ein, doch verlangte er als Vorleistung eine Klärung der innerdeutschen Verhältnisse. Damit sollte das "heikle Problem" der Anerkennung der DDR umgangen werden.³⁸

Eine Sicherheitskonferenz wurde von den Delegierten als ein Beitrag gesehen, der die Lösung der "dringenden Sicherheitsfragen und politischen Probleme" Europas

34 Vgl. zum obigen IISG. SI-Archiv. Council. 1967; zu den veröffentlichten Materialien SII. 22–23/1967; 26/1967.

35 Vgl. dazu u. a. SII. 18/1968, 19–20/1968, 14/1969.

36 Vgl. ebd.: 7–8/1969: 78.

37 Vgl. ebd.: 14/1969: 142. Vgl. weiter zum Kongreß und dem Folgenden ebenda: 15/1969, 16–17/1969; auch Eastbourne Congress 1969. In: IISG. SI-Archiv. Congresses. 1969.

38 Die Zukunft (Wien). 13–14/1969: 4.

ermöglichen sollte. Im Abschnitt der Resolution "Europäische Sicherheitskonferenz" war hinsichtlich Bedingungen und Teilnehmerkreis der Entwurf revidiert worden. Ursprünglich, im April 1969, war bei der Erarbeitung der Resolutionsentwürfe noch gedacht, daß an ihr nur die USA und die europäischen Staaten teilnehmen, "die völkerrechtlich anerkannt" waren.³⁹ Damit wäre die Mitwirkung der DDR ausgeschlossen worden. Mit der angenommenen Resolution akzeptierte die SI hingegen deren Teilnahme.

Die Meinungsunterschiede in der SI über Ziel und Tagesordnung einer Sicherheitskonferenz blieben ungeklärt. Auch umging die SI weiterhin Dissenzpunkte zwischen Ost und West in der europäischen Sicherheitsproblematik: die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, den Verzicht der BRD auf Alleinvertretung, den Status Westberlins. Die Delegierten der SPD betrachteten diese als Maximalforderungen der UdSSR und sahen die DDR als Störenfried der Entspannung und der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Für die Anerkennung der bestehenden Grenzen und der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten als Voraussetzung für eine dauerhafte europäische Friedensordnung trat in der Diskussion nur der finnische Vertreter prononciert ein. Insgesamt fand die Ostpolitik der SPD Unterstützung. Wie ein sozialdemokratischer Kommentar vermerkte, wurde die Bereitschaft der SPD zu Gesprächen mit der Regierung der DDR in der SI als ein weiteres Abgehen von den "starren Positionen der Adenauer-Ära ... mit Erleichterung" aufgenommen.⁴⁰

Seit Mitte der 60er Jahre wuchs das politische Gewicht der SPD in der SI weiter an, auch hatte sie die drohende Isolierung abgewendet. Eine wesentliche Ursache dafür war, daß sich die SPD von erstarrten ostpolitischen Vorstellungen der früheren Bundesregierungen löste und eigene Überlegungen und Aktivitäten zu einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Ost und West in die Diskussion einbrachte.

5. Auf dem Weg nach Helsinki

Nach der Regierungsbildung unter Kanzler Willy Brandt 1969 setzte die SPD ihr ost- und deutschlandpolitisches Konzept in praktische Politik um. Ausgehend von zwei Staaten in "Deutschland", waren der DDR Verhandlungen ohne Diskriminierung auf Regierungsebene angeboten, um zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit zu gelangen. Auf dem SPD-Parteitag 1970 bekräftigte Brandt, die Lösung der deutschen Probleme sei nur mit einer Überwindung der europäischen Spaltung denkbar, von deutschem Boden müsse eine europäische Friedensordnung gefördert werden und dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen. Eine Parteitagsentschließung verlangte nun einen verbindlichen Vertrag beider Staaten.⁴¹

39 Vgl. Resolutionsentwurf "Die internationale Lage" vorgelegt durch den Resolutionsausschuß und vom Bureau approbiert (Sitzung Amsterdam, am 19. April 1969). Vgl. auch IISG. SI-Archiv. Circulars. Member Parties. 1969.

40 Profil (Zürich). 9/1969: 267. Vgl. auch SI News Release (o. D.): Speech of G. Brown: 3.

41 Vgl. dazu Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken. Protokoll der Verhandlungen. Hannover - Bonn o. J. u. a.: 928f., 1108.

Die Konsequenz dieser Politik führte zu den Verträgen der Bundesrepublik mit der UdSSR und mit Polen 1970, mit der DDR zum Transitabkommen im Dezember 1971, zum Verkehrsvertrag im Mai 1972 und zum Grundlagenvertrag im Dezember 1972. Der Vertrag mit der DDR bedeutete ihre faktische Anerkennung unter Achtung voller Souveränitätsrechte, ohne die Staatsbürgerschaft anzuerkennen und Botschafter auszutauschen. Sie eröffnete 1973 die Aufnahme beider Staaten in die UNO. Im selben Jahr folgten Verträge bzw. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der CSSR, Bulgarien und Ungarn. Damit war zusammen mit dem Vierseitigen Abkommen der Alliierten über Berlin das Vertragssystem zur Normalisierung der politischen Beziehungen zu den Ländern des Warschauer Vertrags im wesentlichen abgeschlossen. Mit ihnen war faktisch der Status quo im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges akzeptiert. In den Ostverträgen sah die SPD die Grundlage für das Erreichen ihres Fernziels, einer europäischen Friedensordnung, in der die Möglichkeit bestünde, zur deutschen Wiedervereinigung zu gelangen. In Briefen zur deutschen Einheit bekundete die Bundesregierung, daß die Verträge nicht in Widerspruch dazu stehen, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“⁴². Zum zentralen Band der Deutschlandpolitik der SPD wurde nun die Einheit der Nation: Die beiden „voneinander unabhängigen Staaten einer Nation“ sollten international den KSZE- und Abrüstungsprozeß fördern. Brandt hatte 1973 über das Verhältnis von BRD und DDR bekundet: „Beide müssen den Frieden höher stellen als alle Differenzen. Das bedeutet für uns: die Erhaltung des Friedens rangiert noch vor der Frage der Nation.“⁴³ Die Regierung Schmidt, die 1974 gebildet wurde, setzte die begonnene Deutschlandpolitik fort, die darauf abstellte, in Deutschland zu einem „geregelten Miteinander“ zu kommen.

Die Ostverträge galten in der Sozialdemokratie als Ausgangspunkt für eine weitere Phase der Entspannung, insbesondere für die Erlangung einer europäischen Friedensordnung, für Fortschritte bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und in den Verhandlungen über Truppen- und Rüstungsverminderung (MBFR) in Europa. Der unter dem Signum „neue Ostpolitik“ in der Außenpolitik der Bundesrepublik und in der SPD vollzogene Wandel förderte den Entspannungsprozeß in Europa. Die SI hatte die Ostpolitik der SPD aktiv mitgetragen, sie richtete ihr Augenmerk zunehmend auf die KSZE.

Die Bürotagung am 4. Mai 1970 beschloß, eine Studiengruppe zur europäischen Sicherheit zu bilden und die Thematik der Sicherheitskonferenz auf die Tagesordnung der Ratstagung in Helsinki für Frühjahr 1971 zu setzen. Die Studiengruppe begrüßte auf ihrer ersten Tagung im Oktober 1970 den Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion unterstützte die SPD „in ihrer mutigen Initiative“.⁴⁴ Im Unter-

42 Brief zur deutschen Einheit. Zitiert nach: Dokumente zu Deutschland 1944–1994. München 1996: 141,

43 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 18.1.1973. Bd. 81: 124.

44 M 22/70. 18.12.1970: 2. In: IISG, SI-Archiv. Circulars. Member Parties. 1970. Folgende Zitate ebd.: 3.

schied zur SPD war sie der Ansicht, auch wenn "die Frage von Berlin bisher ungeklärt bleibt, sollten doch Vorbereitungen für eine europäische Sicherheitskonferenz getroffen werden". Die Tagung beschloß, daß keine Erklärung über die Beratungen der Studiengruppe herausgegeben werde und daß die Mitgliedsparteien vorläufig keine Erklärungen in ihren eigenen Ländern abgeben sollten. Auf der Bürositzung am 26. Oktober 1970 begrüßten die Teilnehmer in der Debatte "den Fortschritt, den die Koalitionsregierung Brandt in der sogenannten Ost-Frage gemacht" hat, gleichzeitig kritisierten einige, daß die "SPD über diese Frage nicht hinausgekommen (sei) zur größeren Frage der Europäischen Sicherheit". Es zeigten sich deutlich die Rücksichten auf die SPD. Die Sitzung der Studiengruppe zur europäischen Sicherheit fixierte entsprechend am 27. Februar 1971, daß erst dann über die Einberufung einer Konferenz zur europäischen Sicherheit beraten werden sollte, wenn "ein zufriedenstellender Fortschritt über Berlin ... und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten" erreicht sei.⁴⁵

Die SI bekräftigte auf ihrer Generalratstagung im Mai 1971 ihre Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz. In der angenommenen Resolution hieß es ausdrücklich: "Die siebziger Jahre sollten eine Zeit der Zusammenarbeit werden. Das Ziel muß die Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West sein", nachdem die Bundesrepublik unter Kanzler Brandt – der als "Architekt der Entspannung" gefeiert wurde – in Europa das politische Klima bereits geändert habe.⁴⁶ Die SI erklärte wiederholt, daß sie die "Bemühungen und Versuche der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten, eine Verbesserung der Lage in und um Berlin zu erreichen" unterstütze, da deren Erfolg die multilateralen Anstrengungen zur Entspannung und Zusammenarbeit in Europa fördern werde.⁴⁷

Die Partei der Arbeit aus den Niederlanden hatte in ihrem Resolutionsentwurf die Ostpolitik der Brandt-Regierung als einen echten Beitrag zur Reduzierung der Spannung gewertet und zugleich verdeutlicht, daß "ein weiter reichender Standpunkt" von Parteien der SI in dieser Frage bestehe, es sei ein Arrangement über Berlin auszuarbeiten und die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten müßten normalisiert werden.⁴⁸ Verschiedene Redner hatten ausdrücklich betont, daß sie die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung von Bundesrepublik und DDR als Bestandteil der europäischen Entspannung betrachten.

Auf ihrem Kongreß im Juni 1972 in Wien bestätigte die SI ihre Unterstützung für eine europäische Sicherheitskonferenz mit der Bildung einer Arbeitsgruppe "Europäische Sicherheit". Im Bericht an den Kongreß hieß es, die SI-Parteien seien überzeugt,

45 Circular B 12/71. 12.03.1971: 2; ähnlich der Resolutionsentwurf für das Resolutionskomitee R 2/71 sowie E 2/71. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn. Archiv der sozialen Demokratie. Zeitgeschichtliche Sammlung. Sozialistische Internationale (im folgenden: FES. SI). Zirkulare.

46 E 6/71. Anhang. In: Ebd. Vgl. *Socialist Affairs* (London). 5–6/1971: 109; im weiteren zur Tagung ebd.: 94ff.

47 Europäische Sicherheit. Revidierter vorläufiger Text-Entwurf, ausgearbeitet von der Sitzung des Resolutions-Komitees am 24. April 1971 in Wien. R 5/71. In: FES. SI. 1971.

48 Resolutionsentwurf über die internationale Lage, vorlegt von der PvdA. R 5/71: In: Ebd.

“daß die Minderung der Spannungen und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West bessere Möglichkeiten schaffen, um den Frieden für die einfachen Menschen sowohl in Europa als auch in der ganzen Welt zu gewährleisten”⁴⁹. Bruno Pittermann, der namens der SI die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen befürwortete, würdigte gleichermaßen den Beitrag der Beteiligten, die SI habe schon immer eine Politik der Entspannung an Stelle des Kalten Krieges gefordert.⁵⁰

Brandt hielt eines der Einführungsreferate zum Tagesordnungspunkt “Die Internationale Situation”. Er selbst bewertete die Verträge wie folgt: Sie “bedeuten nicht nur einen Strich unter die Vergangenheit. Sie sollen verbesserte Beziehungen zwischen den Staaten bewirken und der europäischen Sicherheit insgesamt zugute kommen”. Zugleich verwies er darauf, daß das, “was man unsere ‘Ostpolitik’ genannt hat”, von der NATO voll mitgetragen wurde, sonst wäre ein Erfolg nicht möglich gewesen. Wenn Brandt “friedliche Koexistenz, sachliche Zusammenarbeit, menschliche Kommunikation” als grundlegend für die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten ansah, so bezog er die Bundesrepublik und DDR darin ein. Sozialdemokratische Politik habe dazu beigetragen, “ein friedliches Nebeneinander organisieren zu helfen, jetzt gilt es, sich auf die Gestaltung des Miteinander einzustellen.”⁵¹

In der Kongreßresolution “Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit” wurden die abgeschlossenen bzw. ratifizierten Verträge nachdrücklich befürwortet.⁵² Verschiedene Redner, darunter James Callaghan, Bruno Kreisky und Pietro Nenni, sahen in ihnen Zeichen für die Beendigung des Kalten Kriegs. Olof Palme, der der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle beimaß, um Wege zu Stabilität und Kooperation auf breiter Basis zu finden, sah darin ein Beispiel, wie die Sozialdemokratie praktisch für den Frieden arbeiten kann. Callaghan meinte, das Werk von Brandt biete Aussichten, über eine KSZE die Minderung der Kriegsgefahr und die Zusammenarbeit verschiedener politischer Systeme in Europa zu erreichen, um eine Zone des Friedens zu schaffen und die Konfrontation durch Kooperation zu ersetzen.

Die Ostpolitik der bundesdeutschen Regierung galt in SI-Kreisen als Beweis, daß schwierige politische Probleme im Zentrum Europas beseitigt und das Mißtrauen zwischen Ost und West gemindert werden können.⁵³ Insgesamt schätzte die SI die Ostpolitik der SPD hoch ein, ja überhöhte sie. So hieß es, die Fortschritte einer Entspannung

49 General Secretary's Report to the Council Conference of the Socialist International, Vienna, 1972, June 26. London 1972.

50 Vgl. Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Bruno Pittermann: 2.

51 [Rede Willi Brandt vor dem Kongreß der SI. In:] SPD-Pressemitteilungen und Informationen (Bonn). 27.6.1972: 2, 3 und 5.

52 Vgl. Socialist Affairs. 6–8/1972. 115. Vgl. weiter zum Kongreß und dem Folgenden Report of the 12th Congress of the Socialist International, held in Vienna, June 26–29, 1972; auch Vorlage für das Präsidium. Zur Information: Betr. 12. Kongreß der Sozialistischen Internationale vom 26.–29. Juni 1972 in Wien. In: FES. Pressearchiv. II 2-2c-1970-1973.

53 Vgl. u. a. Socialist Affairs. 5/1973: 88.

seien hauptsächlich der Regierung Brandt zu verdanken, die "ihre Entspannungs- und Versöhnungspolitik mit Osteuropa mit einer Hartnäckigkeit und einem Mut verfolgt hat, die die Bewunderung der Sozialisten in aller Welt verdienen".⁵⁴ Weitgehende Einigkeit herrschte, daß mit den Ostverträgen erst der Weg zu einer europäischen Sicherheitskonferenz geebnet worden sei. Der Begriff Ostpolitik fand Eingang in die internationale Sprache, er wurde in den Kongreßmaterialien unübersetzt in französische und englische Texte übernommen. Allerdings hat die SI nicht die Entspannungspolitik der SPD übernommen.⁵⁵ Vielmehr liefen hier Prozesse parallel und gegeneinander. Unhaltbare Positionen der SPD erwiesen sich einerseits als Hemmschuh für eine entspannungsfördernde Politik der SI. Andererseits förderte die SPD die Herausbildung konstruktiver entspannungspolitischer Positionen der SI.

Hinsichtlich der europäischen Sicherheitskonferenz stellte die SI auf ihrem Kongreß mit Genugtuung fest, daß multilaterale Vorbereitungen beginnen können. Sie forderte eine frühest mögliche Einberufung der Konferenz und ihrer vorbereitenden Konferenzen. Als Tagungsgegenstand zog sie ein breites Themenfeld in Betracht: Sicherheitsfragen einschließlich Gewaltverzicht, Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen verschiedener sozialer und politischer Systeme, Rüstungskontrolle und Abrüstungsmaßnahmen, Richtlinien für Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung, ökonomische, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation auf kulturellem Gebiet.⁵⁶ Brandt erklärte nachdrücklich, daß die Sozialdemokratie in der Entwicklung von der "Konfrontation zur Kooperation" zur Aufgabe habe, aktiv zum Zustandekommen der KSZE und zur Aufnahme von Verhandlungen über gegenseitige, ausgewogene Reduzierung der Rüstungen beizutragen.⁵⁷ Die Schwerpunkte einer europäischen Sicherheitskonferenz hatten die einzelnen Redner unterschiedlich gesetzt. Der britische Labourführer James Callaghan sah als Ziel der KSZE vor allem die Lösung militärischer Probleme, der Österreicher Bruno Kreisky betonte die Wechselbeziehungen mit den SALT-Verhandlungen. Der Finne Kalevi Sorsa wollte sie nicht zur Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten dienen lassen. Olof Palme betonte ausdrücklich: "Die Konferenz ist mit Sicherheit und Zusammenarbeit befaßt. Sie allein wird keine ideologischen Systeme ändern. Wenn das versucht würde, wäre die Konferenz zum Scheitern verurteilt."⁵⁸ Der Zusatzantrag der SPD für die Entschließung über die europäische Sicherheit, in den Themenkatalog einer KSZE die Forderung nach Freizügigkeit der Menschen aufzunehmen, wurde, wenn auch nicht einhellig, gebilligt, vornehmlich die nordeuropäischen Parteien stimmten dagegen.⁵⁹

54 Die Sozialistische Internationale 1971–1972. Bericht des Generalsekretärs an die Generalratskonferenz der Sozialistischen Internationale. Wien, 26. Juni 1972: 5; vgl. auch Circular 24/72. June 25, 1972.

55 So bereits in den 70er Jahren K.-L. Günsche/K. Lantermann: Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale. Bonn-Bad Godesberg 1977: 134f.

56 Vgl. Socialist Affairs. 6–8/1972: 115.

57 [Rede Willi Brandt vor dem Kongreß der SI. In:] SPD-Pressemitteilungen 2, 6.

58 Excerpts from the Speech by Olof Palme. Vienna. 27 June 1972.

59 Vgl. Vorlage für das Präsidium. Zur Information: Betr. 12. Kongreß ..., a. a. O.

Als Teilnehmer einer Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit betrachtete die SI alle Mitglieder der NATO und Warschauer Vertrags wie auch alle neutralen und nichtpaktgebundenen Länder in Europa. Als langfristiges Ziel der Vorbereitung einer solchen Konferenz sah sie die Schaffung einer Situation, die gesamt-europäische Zusammenarbeit ermögliche und auf voller Respektierung der Gleichheit und Souveränität aller Staaten Europas basiere. Callaghan hatte darauf hingewiesen, der Erfolg der Politik von Brandt schaffe nun neue Möglichkeiten in Europa. Ausdrücklich nannte er die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten selbst und zwischen diesen Staaten und den anderen Staaten der Welt.⁶⁰

Ihre Zielsetzung, ausgehend von den politischen und territorialen Realitäten, die in den osteuropäischen Ländern bestehen Gesellschaftsordnung langfristig zu transformieren, hielt die SI aufrecht, ohne sie als Bedingung für den Entspannungsprozeß zu stellen. Auf dem Kongreß 1972 und danach behielt die SI die Hoffnungen, über Entspannung und "ideologische Koexistenz" zu einer Veränderung des Gesellschafts-systems im Osten zu gelangen. Brandt z. B. hatte hervorgehoben, daß bei allen Bestrebungen zu Friedensregelungen man die unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze zu den Kommunisten nicht verwischen dürfe. "Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann die Gegensätze der Systeme beseitigen oder darf sie übersehen... Unsere Politik der aktiven Friedenssicherung und der internationalen Partnerschaft ist der Versuch, unter Respektierung der grundverschiedenen inneren Ordnungen, die Beziehungen zwischen den Staaten und für die Völker zu verbessern ... all unser Streben muß weiterhin darauf gerichtet sein, Kriege nicht nur zu begrenzen, sondern überhaupt abzuschaffen." Und er fügte hinzu: "Eine Politik für den Frieden ist die wahre Realpolitik dieser Epoche."⁶¹

6. Exkurs

Im Dezember 1972 begann mit allen europäischen Staaten (ausgenommen Albanien) sowie den USA und Kanada Vorgespräche für die KSZE, im Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags über beiderseitige Truppenreduzierung in Europa. Die USA und Sowjetunion befanden sich in den SALT-Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen. Die SI, die in jenen Jahren bis zu ihrem Kongreß 1976 in Genf innerorganisatorische Schwierigkeiten zu überwinden hatte, wirkte dennoch aktiv und konstruktiv an der europäischen Friedenssicherung mit. Die Parteien aus den NATO-Staaten blieben dabei weiter in die Bündnisse ihrer Länder eingebunden.

Die KSZE in Helsinki 1975 wurde zum Höhepunkt der Entspannungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Beide deutsche Staaten nahmen gleichberechtigt teil. Zugleich

60 Speech by James Callaghan, British Shadow Foreign Minister, to the 12th Congress of the Socialist International, Vienna, June 27, 1972.

61 [Rede Willi Brandt vor dem Kongreß der SI. In:] SPD-Pressemitteilungen ...: 7.

zeigte sie die gegensätzliche Interessenlage der Beteiligten, z. B. maß der Osten der Unantastbarkeit der Grenzen und der Existenz der DDR, der Westen den Menschenrechten eine große Bedeutung zu. Die SI wertete die Schlußakte von Helsinki als wichtigen Abschnitt für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen und für die Stärkung der europäischen Sicherheit. Sie stellte, um den Entspannungsprozeß auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, militärischem und humanitärem Gebiet zu vertiefen, auf die Tagesordnung ihres Kongresses 1976 die Frage "Helsinki – was ist das Nächste?".

Die SI hielt auch in der zweiten Hälfte der 70er und Anfang der 80er Jahre, in Zeiten neuer Hochrüstung, an ihrer Politik der Entspannung fest. Die deutsche Problematik bildete hinsichtlich der Rüstungsbeschränkung und Friedenssicherung im Zentrum Europas einen Teilaspekt. Daß die Positionen in der SI zur Hochrüstung differenziert waren, zeigten unterschiedliche Positionen ihrer Parteien namentlich in den NATO-Ländern und in der Haltung zur Friedensbewegung.

Die SPD band ihre Deutschlandpolitik in die weltweiten Probleme von Entspannung und Abrüstung, in eine gesamteuropäische Friedensordnung, langfristig ein. Die Friedenspolitik wurde zur zentralen Prämisse deutschlandpolitischer Überlegungen, um die sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen BRD und DDR und ihren Bürgern verbessern zu können. Beide deutschen Staaten könnten ihrer Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Fragen stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten behandeln und ihre Sicherheitsinteressen respektieren.

Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West, einer gemeinsamen Sicherheit, als Alternative zur Strategie der nuklearen Abschreckung und der drohenden gegenseitigen Vernichtung war in der SI unter maßgeblichen Einfluß der SPD ausgearbeitet und verbreitet worden. Von der Einsicht, daß die Sicherung des Friedens Vorrang vor ideologischen Auseinandersetzungen hat, zeugten zahlreiche Kontakte und Arbeitsgruppen von SI-Parteien mit Regierungen und kommunistischen Parteien in Osteuropa. Die Sozialdemokratie behandelte diese als Partner im gemeinsamen Ringen um Frieden, wenn auch die Gesellschafts- und Staatsordnung in diesen Ländern sozialdemokratischen Vorstellungen nicht entsprachen, sondern sogar widersprachen. Zur Friedenssicherung für das Überleben der Menschheit gab es keine vernünftige Alternative, sie war vorrangig gegenüber der erhofften, aber nicht erwarteten Transformation der DDR, der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder.

DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht¹

GÜNTER BENSER

Aus dem Vorwort

Über die historischen Vorgänge, für welche die Buchstaben DDR stehen, wird gegenwärtig mehr geschrieben, gesprochen und vor allem gestritten als über die Geschichte der Bundesrepublik. Sicher hat dies damit zu tun, daß hier die archivalische Überlieferung in einem Maße offenliegt, wie das in Deutschland noch niemals der Fall gewesen ist und auch kein zweites Mal erwartet werden darf. Ohne Zweifel hängt dies damit zusammen, daß sich drei Generationen von Ostdeutschen über Gewinn und Vergeudung in ihrem Leben klarzuwerden suchen. Wir beobachten zwar Verdrängungen beim Umgang mit der eigenen Biographie, doch – trotz gegenteiliger Behauptungen – auch einen begrüßenswerten Drang nach Aufklärung, nach Ursachenforschung und selbstkritischer Auseinandersetzung mit eigener und gemeinschaftlicher Vergangenheit. Wir registrieren politisch gesteuerte Beeinflussungen, aber auch Abwehrhaltungen gegen neuverordnete Sichten auf unsere Geschichte.

Auf Dauer dürfte sich indes als wichtiger erweisen, daß DDR für den spanneren, mehr aufwühlenden, zur Parteinahme herausfordernden Teil des deutschen Nachkriegsgeschehens steht. In der Summe gehören betroffen machende, für alle Zukunft auszuschließende, Menschenrechte verletzende Akte der DDR-Geschichte durchaus zum Wesen dieses Staates und dieser Gesellschaft. Und dennoch: Wann wurde in der neueren deutschen Geschichte sonst einmal ernsthaft – nicht nur in Gedanken und Absichten, sondern in der Praxis; nicht nur für Wochen, sondern über Jahrzehnte hinweg – versucht, ausgetretene Pfade zu verlassen und große gesellschaftspolitische Entwürfe zu wagen? Das Interesse an Geschichte und die Aufmerksamkeit der Historiker haben sich bislang immer weit mehr auf die Ausbruchsversuche gerichtet als auf die in Bahnen geordneten Entwicklungen – auch wenn und obwohl solche Ausbruchsversuche mit Schmähhlichem belastet und häufig fehlgeschlagen sind.

Das Interesse an der Deutschen Demokratischen Republik ist mit ihrem unrühmlichen Ende keineswegs erloschen, zumal der 50. Jahrestag ihrer Gründung bevorsteht. Es läuft aber Gefahr, von einem herrschenden Zeitgeist fehlgeleitet zu werden. Denn wir erleben, daß DDR-Geschichte oft nur noch als negative Kontrastfolie benutzt wird, auf der das Ausreifen der Bundesrepublik Deutschland um so heller und schöner

1 Es handelt sich um einen Vorabdruck von Abschnitten aus dem Buch des Verf. "DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht". Das Buch wird demnächst erscheinen.

erstrahlt. Lassen sich 41 Jahre DDR wirklich als Wahnwitz von Anfang an verbuchen? Oder zwingen uns Werden und Vergehen des ostdeutschen Staates und der DDR-Gesellschaft nicht zu immer neuem Nachdenken über das tatsächliche Geschehen, seine erhofften und seine realen Wirkungen? Dazu müssen die Ereignisse und Geschehnisse erst einmal zur Kenntnis genommen werden, und zwar in ihren Abläufen, ihren Zusammenhängen und ihrem Wesen und nicht nur (aber auch) in ihren Verkrümmungen, Verkümmierungen und Freveln.

In diesem Buch sollen reales Geschehen, eigenes Erleben und persönliche Sichtweisen miteinander verbunden werden. Denn sein Autor hat DDR-Geschichte dreifach erfahren. Ich habe sie als Zeitgenosse miterlebt und zu einem gewissen Grade mitgestaltet und mitzuverantworten. Ich habe als Historiker, der seit Mitte der fünfziger Jahre mit Zeitgeschichte befaßt war, mit Engagement und Parteilichkeit an der DDR-Geschichte mitgeschrieben. Schließlich bin ich heute dabei, mit dem Abstand, den das Wendejahr 1989/1990 und die Folgezeit gebracht haben, auf neue Weise um Klarheit zu ringen.

Dieser dreifache persönliche Bezug zur DDR-Geschichte hat zu der Überlegung geführt, eine eigenwillige Anlage dieses Buches zu probieren. Der Text, der einen Überblick des Werdeganges und des Abganges der DDR bietet, gruppiert um die Marksteine dieses Entwicklungsweges, wird unterbrochen durch Schilderungen, wie ich als Zeitgenosse diese Vorgänge erlebt und gesehen, wie ich sie als Historiker behandelt und später kritisch überprüft habe. Diese persönlichen Reflexionen sind kursiv gedruckt. Ich habe manches erinnert, aber keine Memoiren geschrieben.

Einundvierzig Jahre DDR – das ist für Zeitgeschichte ein langer Zeitraum. Und angesichts der internationalen Verknüpfungen und der deutsch-deutschen Beziehungen und Konflikte ist es auch ein mit Geschehnissen prallgefüllter Geschichtsabschnitt. In den 120 Jahren von der Gründung des Deutschen Reiches im Januar 1871 bis zum Ausrufen der erweiterten Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 haben die Deutschen gemeinsam in drei und anschließend geteilt in zwei Staatstypen und gegensätzlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen gelebt. Jede dieser Strukturen hat sich für bestimmte Generationen als prägend erwiesen. Tragen wir die Jahre von 1871 bis 1990 auf einer Zeitschiene ein, so entfallen etwa 40 Prozent dieser Strecke auf das preußisch-deutsche Kaiserreich, 12 Prozent auf die Weimarer Republik, 10 Prozent auf den NS-Staat und 38 Prozent auf die deutsche Zweistaatlichkeit, die vorausgegangene Besatzungszeit 1945 bis 1949 eingeschlossen. Die DDR ist also mehr als eine Episode jüngerer deutscher Geschichte, und sie wird auch nie zur bloßen "Fußnote" der Geschichte werden.

Der 7. Oktober 1949

"Der 7. Oktober 1949 war ein Freitag, ein Tag an dem die meisten Bürger unseres Landes wie gewohnt ihrer Arbeit nachgingen, an dem Schüler und Studenten wie gewohnt lernten. Aber jeder politisch Informierte war sich im klaren, daß an diesem Tage Bedeutendes geschehen würde. 'Neues Deutschland' war mit der rot unterstri-

chenen Schlagzeile erschienen, ‘Tag der Geburt der Deutschen Demokratischen Republik’.” Mit diesen Worten hatte ich 1984 einen zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR verfaßten Aufsatz begonnen. Sie schienen mir geeignet, auch dieses Buch zu eröffnen, weil sie ankündigen, daß sich in dieser Publikation das Nachzeichnen historischen Geschehens mit dem Nachdenken über eigenes Mittun verbindet, weil sich früher und heute Erlebtes und Geschriebenes durchdringen sollen. Der rote Faden der Darstellung indes ergibt sich nicht aus meiner Biographie, sondern aus der Geschichte der DDR. Allerdings war ich selbst überrascht, wie sehr die Stationen meines Lebens den Stadien des Werdens und Vergehens der DDR entsprechen.

Zur Mittagsstunde des 7. Oktober 1949 tagte der Deutsche Volksrat unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck. Er verabschiedete das Manifest “Die Nationale Front des demokratischen Deutschland”. Dieser Volksrat konstituierte sich zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Am gleichen Tage trat die so gebildete Volkskammer zu ihrer 1. Sitzung zusammen. Sie legitimierte sich aus sich selbst heraus, indem sie das Gesetz über ihre Konstituierung beschloß. Zum Präsidenten wählten die Mitglieder dieses Parlaments den Liberaldemokraten Johannes Dieckmann. Danach setzten sie die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Sie nahmen das Gesetz über die Provisorische Regierung und das Gesetz über die Provisorische Länderkammer an. Als stärkste Fraktion beauftragte gemäß Artikel 92 der Verfassung die SED ihren paritätischen Parteivorsitzenden Otto Grotewohl mit der Regierungsbildung. Soweit die nackten Tatsachen.

Daß die Sowjetische Besatzungszone auf die Konstituierung der Bundesrepublik mit analogen Maßnahmen antworten würde, hatte sich angekündigt. Seit Anfang Oktober berichteten Rundfunk und Presse über Kundgebungen, Betriebsversammlungen, Erklärungen von Verbänden und Persönlichkeiten, die gegen die westdeutsche Staatsgründung protestierten und forderten, die im Osten Deutschlands erreichten gesellschaftlichen Veränderungen staatlich zu verankern. Es handelte sich um eine organisierte Bewegung, mit der das politische Klima für die Gründung der DDR geschaffen werden sollte.

Einer der Studierenden, auf die eingangs verwiesen wird, hieß Günter Benser. An einem der letzten Septembertage rief mich der Pförtner zum Werktor unseres volkseigenen Betriebes, in dem ich eben meine Lehre als Industriekaufmann abgeschlossen hatte. Mutter stand hier und drückte mir ein Schreiben – einen unscheinbaren halbseitigen maschinenschriftlichen Durchschlag – in die Hand: “Die Immatrikulationskommission bei der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Technischen Hochschule Dresden hat Ihre Bewerbung ordnungsgemäß verhandelt und den Beschluß gefaßt, ihr zu entsprechen ... Damit übernehmen sie eine gesellschaftliche Verpflichtung, die mit hoher Verantwortung verbunden ist. Es wird von Ihnen erwartet, daß Sie sich dieses Vertrauensbeweises bewußt sind und Ihr Studium im wahrhaft demokratischen Sinne zum Wohl der Allgemeinheit durchführen werden.” Studienbeginn – 1. Oktober 1949, also Hals über Kopf. Bald bezog ich in Dresden Quartier zur Untermiete, gemeinsam

mit einem Studienfreund aus meinem Heimatort. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik fiel mit einem neuen Abschnitt in meinem Leben unmittelbar zusammen: Lehrabschluss, Studium, Abnabelung vom Elternhaus und Wechsel des Wohnsitzes ...

Ohne den Zuspruch mir wohl gesonnener, klassenbewußter Arbeitskollegen, die ihresgleichen auf den Universitäten wissen wollten, hätte ich den Absprung zur Universität kaum gewagt. Im Verwandten- und Bekanntenkreis unserer Großfamilie gab es keinen einzigen – und natürlich erst recht keine einzige – mit Abitur, geschweige denn mit Hochschulabschluß. Von den “Gebildeten” trennten uns Welten. Als Kinder “kleiner Leute” verachteten wir die Gymnasiasten so wie diese uns. Und nun ich selbst auf diesem Pfade? Das ging nur auf, weil wir im Wagnis Universität mehr als einen persönlichen Karriereschritt sahen, nämlich einen gesellschaftlichen Auftrag. Vielleicht hätte sich für mich auch im deutschen Westen ein Bildungsweg eröffnet. Meiner begann aber im Osten, just im Oktober 1949 und unter Voraussetzungen, wie sie mit der Gründung der DDR entstanden sind.

Vom hohen Stellenwert der Geschichte

Der VI. Parteitag der SED sollte die Weichen für die Höherentwicklung der DDR stellen. Die führende Partei der DDR und Walter Ulbricht persönlich arbeiteten an einem Konzept, das auf vier Säulen ruhte: erstens einem neuen Parteiprogramm, das zugleich als Richtschnur für die Entwicklung des ganzen Landes galt; zweitens einem neuen Parteistatut, das die allgemein verbindlichen Prinzipien des “demokratischen Zentralismus” vorexerzierte und die Führungsposition der marxistisch-leninistischen Partei weiter ausbaute; drittens einem Wirtschaftskonzept, mit dem sich die DDR neuer Mechanismen bedienen und ökonomisch nach vorn katapultieren wollte; viertens einer verbindlichen Interpretation der jüngeren Geschichte, mit der sich der Werdegang der DDR als historisch gesetzmäßig begründen und die Überzeugung vermitteln ließ, auf dem richtigen Wege zu sein. Demgegenüber erschien die Wiedervereinigung Deutschlands – am besten auf dem Wege über eine Deutsche Konföderation – als ein nicht aufgegebenes, aber in die Ferne gerücktes Ziel.

Der VI. Parteitag der SED leistete, was ihm aufgetragen war. In die vor dem Parteitag eröffnete Programmdiskussion hatten die anderen Blockparteien und Vertreter der Kirchen Meinungen und Vorschläge eingespeist. Nachdem – wie es schien – unumkehrbare Entscheidungen gefallen waren, erwuchs ein gesamtgesellschaftliches Interesse, aus der gegebenen Situation das Beste zu machen – jeder für sich und alle miteinander. Dies schälte sich zunehmend als einigende Auffassung der Mehrheit der DDR-Bevölkerung heraus. Die SED und damit die offizielle Terminologie der DDR gewannen nun auch wieder Sicherheit in den Begriffen. Der erreichte Entwicklungsstand der DDR wurde als “Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse”, ihre neue Entwicklungsetappe als “vollständiger und umfassender Aufbau des Sozialismus” definiert.

Zunächst sah sich die SED allerdings erst einmal in der Pflicht, neuerlich ein von der KPdSU vorgegebenes, unbesonnenes administratives Experiment nachzuvollziehen. Chruschtschow war dazu übergegangen, die Partei und damit die Leitungspyramide der Gesellschaft in einen industriellen, einen landwirtschaftlichen und einen ideologischen Bereich aufzugliedern. Das nannte sich Organisierung der Leitung der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip. Die Überlegung, so dichter an die ökonomischen Aufgaben und Probleme heranzurücken, hatte manches für sich. Praktisch stellte sich jedoch kaum Nutzen ein. Dafür geriet unmittelbar nach Verkünden der anspruchsvollen Ziele des VI. Parteitages der SED erst einmal vieles durcheinander, als auf verschiedenen Ebenen Büros für Industrie und Bauwesen, Büros für Landwirtschaft, Kommissionen für Agitation und Ideologische Kommissionen aus dem Boden gestampft wurden. Leute, die eigentlich Wichtigeres zu tun hatten, beschäftigten sich mit Strukturen, Zuordnung von Aufgaben, Neuverteilung von Kadern. Regionale Zusammenhänge wurden vernachlässigt. Dieses hektische Unternehmen endete so überraschend, wie es begonnen hatte. Im Oktober 1964 zwang der konservative Flügel der sowjetischen Führungsspitze Chruschtschow zum Rücktritt und ersetzte ihn durch Leonid Iljitsch Breschnew. Damit war auch das Urteil über das "Produktionsprinzip" gefällt. Nicht ohne Grund wurden Chruschtschow Subjektivismus und ein eigenmächtiger Führungsstil vorgeworfen. Doch letztlich zielte seine Ablösung gerade auf jene Seiten seiner Politik, mit denen er Dynamik in die Entwicklung der UdSSR und in die internationalen Beziehungen gebracht hatte.

Chruschtschow genoß bei uns einen besseren Ruf als im eigenen Lande, wo seine Attacken meist nicht die erhofften Erfolge zeitigten. Die Führung der SED, die sich hinter die Entscheidung der sowjetischen Partei stellte und auf Kontinuität der Politik der UdSSR vertraute, registrierte "sehr gefühlsbetonte Reaktionen" unter der Bevölkerung, die von Sympathie für Chruschtschow und von Unverständnis für dessen Ablösung zeugten. Gleichwohl gewann in diesen Jahren die DDR sichtlich an Selbstbewußtsein, auch gegenüber der Sowjetunion. Mir steht noch eine Versammlung vor Augen. Die Organisierung der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip Chruschtschowschen Typs war wieder abgeblasen. Lotte Ulbricht verkündete auf einer unserer Parteiversammlungen – auf ihren Mann anspielend –, dies sei das letzte Mal gewesen, daß wir alles mitmachen, was in Moskau ausgedacht wird.

Zu keiner Zeit hat die DDR ihre politische und programmatische Orientierung so stark aus der Geschichte heraus begründet und Staatsbewußtsein so prononciert als Geschichtsbewußtsein verstanden wie in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Dies trug die unverkennbare Handschrift Walter Ulbrichts. Die DDR war in eine neue Entwicklungsstufe eingetreten. So lag es nahe, daß sie ihren historischen Standort neu zu bestimmen suchte. Damit hatte das ZK der SED bereits im Oktober 1961 begonnen. Es formulierte knallhart: "Die nationale Frage in Deutschland heißt: den Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland überwinden! Erst wenn diese Aufgabe erfüllt sein wird, haben wir das Unglück endgültig von Deutschland abgewendet.

Erst dann ist der Weg frei für die Wiedervereinigung Deutschlands. Es gibt keinen anderen und auch keinen kürzeren Weg.“ Der IV. Nationalkongreß der Nationalen Front trug dieses politische Credo im Juni 1962 mit einem “Nationalen Dokument” als gemeinsame Erklärung aller politischen Kräfte der DDR in die Öffentlichkeit.

Dem Geist dieses Dokumentes entsprach es, wenn die Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf Hochtouren gebracht wurde. Denn – so hieß es: “Seitdem die Arbeiterklasse in Deutschland als geschichtliche Kraft auftritt, kämpft sie gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften des Volkes um die Schaffung eines demokratischen und friedliebenden deutschen Nationalstaates, in dem die moderne Industrie, Wissenschaft und Technik dem ganzen Volk dienen und Wissen und Kultur dem ganzen Volk offenstehen.” Zwei Tagungen des Zentralkomitees der SED befaßten sich ausführlich und detailliert mit einem “Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung” und einem nach dessen Leitlinien zu schreibenden mehrbändigen Geschichtswerk. Solch eine Intensität politischen Umgangs mit Geschichte hat es in der DDR weder zuvor noch danach jemals gegeben.

Einschnitte in der Entwicklung der DDR waren stets mit Veränderungen in meinem Leben zusammengefallen. Dies trifft auch auf die Zäsur des Jahres 1961 zu. Ich rückte in den Kreis jener Historiker auf, die in die Erarbeitung der zentral gesteuerten Kollektivwerke einbezogen wurden, in denen das offizielle Geschichtsbild der DDR seinen Niederschlag fand. Was die neueste Geschichte nach 1945 betraf, so war die Zahl der hierfür in Frage kommenden Historiker nicht groß. Noch galten die historischen Repliken in Parteibeschlüssen, die Reden Walter Ulbrichts und anderer Mitglieder des Politbüros, Ulbrichts Schriften “Zur Geschichte der neuesten Zeit” und “Des deutschen Volkes Weg und Ziel” als die besten Orientierungen und Vorbilder, denen nachzueifern war. Ich gehörte zwar nicht zum Autorenkollektiv des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aber zu einem erweiterten Kreis, der zunehmend in die Diskussion der Entwürfe und die Bearbeitung von Meinungsäußerungen und Zuschriften einbezogen wurde.

So nahm ich im Juni 1962 auch zum ersten (und vorletzten) Male an einer Tagung des Zentralkomitees der SED teil, zumindest an jenem Tagesordnungspunkt, unter dem der Entwurf des besagten Grundrisses beraten wurde. Ich erlebte eine nahezu nahtlose Verknüpfung von Geschichte und Politik. Das Zentralkomitee erteilte einem Autorenkollektiv unter Leitung Walter Ulbrichts den Auftrag, eine mehrbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verfassen. Im Gefolge entstanden unterhalb dieses Autorenkollektivs, das eigentlich eine Redaktionskommission darstellte, Arbeitsgruppen für einzelne Bände. Ich hatte das Kapitel 1945 bis 1949 zu entwerfen.

Während sich die anderen führenden Parteien sozialistischer Länder in der Regel mit dem Erarbeiten von Gesamtdarstellungen ihrer Parteigeschichte befaßten, konzentrierte sich die SED bewußt auf eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie wollte damit ihrer eigenen Politik wie dem Wege der DDR die Weihe historischer Berechtigung geben und Zukunftsgewißheit ausstrahlen. Sie wollte zugleich eine

gesamtdeutsche Debatte herausfordern, mit dem Ziel, eine nationale Mission der deutschen Arbeiterklasse zu begründen, deren staatliche Basis Deutsche Demokratische Republik hieß. Wie Ulbricht auf der 16. Tagung des Zentralkomitees eingangs darlegte, sollte der Entwurf des "Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" nach Erörtern im Zentralkomitee fertiggestellt und dann vor der Partei und vor der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten zur Diskussion gestellt werden. Und er wiederholte in seinem Schlußwort, daß die Diskussion in der DDR begonnen, aber schnell nach Westdeutschland getragen werden müsse. Dies erhielt zusätzliches Gewicht, da sich die SPD zu dieser Zeit auf ihre Jahrhundertfeier vorbereitete, auf den 100. Jahrestag der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Führung von Ferdinand Lassalle.

Wir begannen mit einer in meinem Leben nie wieder erreichten Konzentration und Intensität zu arbeiten. Im Frühjahr 1966, am Vorabend des 20. Jahrestages der Gründung der SED, lag das vom Dietz Verlag betreute achtbändige Geschichtswerk vor. Seine Grenzen ergaben sich aus den politisch-ideologischen Prämissen, die ihm gesetzt wurden, aus dem verbindlichen Auftrag, eine soziale und nationale Mission der deutschen Arbeiterklasse zu begründen, die Leistungen und Erfahrungen des linken, kommunistischen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Wege zur Macht und bei der Ausübung der Macht zu beschreiben. Wir standen unter dem Druck, eine Gesamtdarstellung vorlegen zu müssen, obwohl für einzelne Perioden und Felder – vor allem der jüngsten Geschichte – kaum Forschungsvorlauf gegeben war.

Für mich stellt dieses Ergebnis der DDR-Geschichtswissenschaft trotz politisch-ideologischer Überfrachtungen alles in allem einen Schritt nach vorn dar, hin zu einer stärker mit empirischen Forschungen verbundenen, auf Tatsachen beruhenden Geschichtsbetrachtung. Dafür sprach nicht zuletzt der jedem Bande beigegebene ausführliche Dokumentenanhang, in dem auch gewichtige Verlautbarungen der SPD und des DGB nicht fehlten. Dies eröffnete Chancen für monographische Untersuchungen, Quellenveröffentlichungen und Nachschlagwerke, in denen reales Geschehen, Fakten und Sachverhalte stärker in den Mittelpunkt rückten und die sich unter Berücksichtigung ihrer Entstehungsbedingungen auch heute noch als in vieler Hinsicht zuverlässige Wissensspeicher erweisen. Die Crux bestand darin, daß dieser Ansatz nicht permanent und zielstrebig ausgebaut wurde. Ohne den hohen Stellenwert, den die Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR besaß, wäre dieser Gegenstand in der BRD vermutlich nie aus seinem Schattendasein herausgetreten und eine respektable Thematik auch für die universitäre Forschung und Ausbildung geworden. Heute läßt sich die Umkehrung beobachten. Ohne die Herausforderung durch die Geschichtswissenschaft der DDR läuft der Gegenstand Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland wieder Gefahr, in die Nebensächlichkeit abzustürzen.

Für Walter Ulbricht ging es nicht schlechthin um Traditionspflege und auch nicht um bloße ideologische Indoktrination auf dem Felde der Historie. Er leitete die verstärkte Beschäftigung mit Geschichte nicht zuletzt aus der seit Beginn der sechziger

Jahre veränderten Lage ab. Er wertete den 13. August 1961 als Vorwegnahme wesentlicher Elemente des von der DDR angestrebten Friedensvertrages. Er sprach von einer heranreifenden Situation, in der es bei Vorhandensein fester Grenzen zu offenen Auseinandersetzungen auf allen Gebieten kommen werde. Darauf müsse sich die DDR ökonomisch, politisch und ideologisch vorbereiten, um auch große Manöver durchführen zu können. Sie müsse mit komplizierten taktischen Situationen rechnen, weil die westdeutsche Großbourgeoisie nicht immer so grob handeln werde wie unter Adenauer, bei dem man nur das Gegenteil zu tun brauche.

Das klang nicht nach Einigeln hinter der Mauer auf hundert Jahre oder länger. Hier lebte noch die Vision einer deutschen Wiedervereinigung im Zeichen des Sozialismus, herbeigeführt durch eine in der DDR machtausübende von der SED geführten Arbeiterklasse im Bündnis mit einer sich in der BRD erneuernden Arbeiterbewegung. Da läßt sich durchaus ein Alleinvertretungsanspruch der DDR herauslesen. Wer indes über etwas politische Phantasie verfügt, der kann sich unschwer vorstellen, daß eine tatsächliche in Gang gekommene deutsch-deutsche Öffnung ihre Eigendynamik angenommen und nicht einfach nach dem Drehbuch der SED abgelaufen wäre. Von daher ist schwer zu begreifen, woraus eigentlich die politische Zaghaftigkeit der Bundesrepublik und ihrer Parteien, vor allem der SPD, gegenüber jenen Offerten resultierte, die von der DDR und der SED in den fünfziger und sechziger Jahren nahezu pausenlos vorgetragen wurden. Jedenfalls fungierte Deutschland im damaligen Konzept der SED nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern als Schauplatz nationaler Auseinandersetzungen mit welthistorischem Gewicht. Diejenigen, die sich damals in der Bundesrepublik mit dem "Geschichtsfälscher" Ulbricht anlegten und mehr oder weniger zutreffend Auslassungen, Fehldarstellungen und Verzeichnungen im Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung anprangerten, hatten sich nicht auf das Zentrum seiner Geschichtsoffensive eingeschossen.

Walter Ulbricht hielt das Projekt Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung selbst straff in der Hand und steuerte es über den bald zum Direktor des IML² aufsteigenden Sekretär des Autorenkollektivs Lothar Berthold. Ulbricht hat die Manuskripte im Endstadium Seite für Seite gelesen und leitete persönlich tagelange Sitzungen des Autorenkollektivs mit den Bandredaktionen. Wenn wir Jüngeren – schon etwas erschöpft – insgeheim dachten, für heute könnte es eigentlich genug sein, zog er noch den nächsten Packen Papier zu sich herüber und eröffnete die Diskussion über weitere Abschnitte. Verdiente das wirklich den Namen Diskussion? Meinungsäußerungen erfolgten von verschiedensten Seiten und wurden auch herausgefordert, Texte änderten wir permanent. Nur waren dies Diskussionen, die einer verbindlich beschlossenen Leitlinie in Gestalt des "Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" folgten und bei denen letztlich alle in die gleiche Richtung dachten. Es war eine Art Sport, bei dem alle die verbindlichen Spielregeln einhielten und die Entscheidungen des

Schiedsrichters respektieren. Der Schiedsrichter hieß – wie konnte es anders sein – Walter Ulbricht.

Ulbrichts historischer Ehrgeiz ging noch weiter, denn er trug sich überdies mit dem Gedanken, seine Memoiren zu schreiben. Bereits zuvor hatte er begonnen, sich all seine archivierten Papiere und die stenographischen Mitschriften seiner Reden nochmals zur Autorisierung vorlegen zu lassen. Davor lag ein Arbeitsgang der von Lotte Ulbricht geleiteten Arbeitsgruppe, in dem nicht nur verstümmelte Textstellen wiederhergestellt und sprachliche Glättungen vorgenommen wurden, sondern auch Streichungen und Angleichungen an damals aktuelle Sprachregelungen und Sichtweisen erfolgten. Es ist Archivaren des Zentralen Parteiarchivs zu danken, daß nach solchen aufwendigen Prozeduren nicht die Originale kassiert und durch Texte “von letzter Hand” ersetzt worden sind.

Jürgen Kuczynski hat sich in einem seiner Erinnerungsbände darüber erheitert, daß Ulbricht bei seinem Memoirenprojekt vom “Vorbild Churchill” gesprochen habe. Solch eine Bemerkung mag gefallen sein. Doch die politische Bezugsperson, auf die Ulbricht auch bei seinen geplanten Memoiren fixiert war, hieß Konrad Adenauer. Das weiß ich aus seinem eigenem Munde. Vom Bundeskanzler a. D. war 1965 der erste Band seiner Lebenserinnerungen erschienen, dem bis 1968 drei weitere Bände folgten.

Am 2. Februar 1968 war ich zu Walter Ulbricht bestellt. Gewiß hatte mich der Direktor unseres Instituts für die vorgesehene Aufgabe benannt, fiel doch die Bearbeitung der Geschichtsperioden nach 1945 in meinen Aufgabenbereich. Was mir als erstes auffiel – Ulbricht gebrauchte nicht das in der SED übliche genossenschaftliche Du, sondern sprach mich mit Sie an. Wahrscheinlich hatte er als Staatsratsvorsitzender mit so unterschiedlichen Personen zu tun, daß er sich nicht immer der Mühe des Differenzierens unterziehen wollte. Womöglich zog er auch die so betonte Distanz vor. Er erläuterte mir, Adenauers Memoiren würden eine Antwort herausfordern, und zwar von ihm als Adenauers politischen Gegenspieler. Hierzu sollte ihm eine Gruppe von Historikern authentisches Material zusammenstellen. Ihn interessierten nicht die Ergebnisse unserer historischen Untersuchungen, sondern die Quellen, die völkerrechtlichen Vereinbarungen, diplomatischen Noten, Programme und Beschlüsse von Parteien, die Erklärungen führender Politiker der Großmächte und deutscher Führungskräfte, die Reflexionen in den Memoiren von Churchill, de Gaulle, Truman, Adenauer, Lemmer und anderen. Unser Angebot sollte sich um Komplexe wie Krim-Konferenz, Potsdamer Konferenz, Alliiertes Kontrollrat, Währungsspaltung, Teilung Berlins, Gründung der BRD, NATO, Remilitarisierung, EWG usw. gruppieren.

Die darauf hin gebildete und von mir zu leitende Gruppe blieb in ihrer personellen Zusammensetzung nicht durchgängig konstant. Die Hauptarbeit an der viele Monate währenden Materialsammlung, bei der auch zahlreiche Übersetzungen aus dem Russischen, dem Englischen und dem Französischen in Auftrag gegeben wurden, leisteten Heinz Heitzer, Wilhelm Ersil, Rolf Badstübner und ich. Wir erhielten jeder die Bände von Adenauers Memoiren ausgehändigt, die später von Ulbrichts kleinlichem Apparat

wieder eingesammelt wurden. Der Bezug zu Adenauers Vorgabe ging so weit, daß wir die Struktur seiner Memoiren entschlüsselten und – nicht nur, aber wesentlich doch – das von uns zusammengetragene Material um die von Adenauer bevorzugten Themenkomplexe gruppierten.

Nachdem Ulbricht im Gefolge seiner Ablösung mehr Zeit für sein Memoirenprojekt gewann, verlor er sich leider in der Beschäftigung mit seinen frühen Jahren. Es ist fraglich, ob er sich mit dem von uns unterbreiteten umfangreichen Material überhaupt gründlich befaßt hat. Als Historiker wie als DDR-Bürger habe ich es bald bedauert, daß er sich seinem Memoiren-Projekt nicht voll und ganz gewidmet und seine Funktionen 1968 – auf dem Höhepunkt seines Ansehens – in jüngere Hände gelegt hat. Sein Nachfolger mußte ja nicht unbedingt Erich Honecker heißen.

DDR ade

Zu Mitternacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 war es so weit. Am Platz vor dem Deutschen Reichstag stieg die Flagge der Bundesrepublik Deutschland von Scheinwerfern angestrahlt in den nächtlichen Himmel, und das Deutschlandlied erklang. Die sich dort Versammelten hatten, schwankten zwischen Rührung und Begeisterung. Deutschland gab es fürderhin nur noch als Bundesrepublik Deutschland. Und die Deutsche Demokratische Republik? Es war einmal...

Ich konnte in den Jubel nicht einstimmen. Emotional nicht, weil mein ganzes Leben viel zu sehr mit dieser nun vergangenen DDR verwoben war. Rational nicht, weil die Chance ungenutzt blieb, Besseres als eine vergrößerte BRD zu schaffen. Der realbeschrittene Weg zur Einheit in der erweiterten Bundesrepublik Deutschland stellte und stellt sich für mich dar als die drittschlechteste aller denkbaren Varianten zur Lösung der deutschen Frage. Die schlechteste wäre gewiß eine militärische Lösung durch einen Krieg gewesen. Dieser hätte – da nur als Krieg zweier atomwaffenstarrer Welt-systeme vorstellbar – mit der deutschen Frage die Mehrheit der Deutschen gleich mit erledigt. Die zweitschlechteste Variante wäre der Export des Hochstalinismus in Richtung Westen gewesen. Sie hätte auf lange Dauer zivilisatorischen Fortschritt in Zentraleuropa blockiert, viel menschliches Leid und Unrecht heraufbeschworen. Sie blieb indes in extremer Form – trotz mancher Propagandafeldzüge – wenig wahrscheinlich. Die drittschlechteste Variante ist das Überstülpen eines selbst in vieler Hinsicht brüchigen, ungerechten und reformbedürftigen westlichen Regimes auf eine ganz andersgeartete ostdeutsche Wirklichkeit, ohne oder mit geringer Rücksicht auf die betroffenen Menschen. Diese Variante wurde erkaufte mit einem politisch-sozialen roll back auch im deutschen Westen, mit dem Unterhöhlen des Sozialstaates, mit Privatisieren gesellschaftlichen Eigentums nicht bloß in den neuen Bundesländern, mit Demokratieschwund und so verursachter Politikverdrossenheit, mit Abmagerungskuren für Kultur und Bildung, mit dem Abschied von deutscher militärischer Selbstbeschränkung und Teilnahme an einem Angriffskrieg, mit dem Mißwuchs feudalaristokratischer Anachronismen, mit dem Wuchern der neofaschistischen Szene und rassistischer

Ausländerfeindlichkeit, mit dem Errichten politischer, ökonomischer, sozialer und mentaler Mauern zwischen den Deutschen in Ost und West. Natürlich besitze ich genügend Phantasie, um mir vorzustellen, daß es im Jahr der deutschen Einheit auch hätte entschieden rabiater und weniger gesittet zugehen können. Und ich bin dankbar, daß es so nicht gekommen ist. Doch dies sind Varianten innerhalb einer Variante.

Die Chance, aus dem neuvereinigten Deutschland etwas Besseres zu machen, als es die DDR und die BRD(alt) je gewesen sind, wurde nicht schlechthin vertan, nein, sie wurde von den Planungsstäben eines hochgestimmten Bundeskanzlers gar nicht erst in Betracht gezogen. Selbstverständlich wird die Bundesrepublik gut abschneiden, wenn wir sie an stalinistischen Strukturen und Repressionen messen, an der Mangelwirtschaft, am technischen Rückstand, an den Listenwahlen der Nationalen Front, an der politischen Zensur über Kunst und Wissenschaft, an Reisebeschränkungen, an provinzieller Abgeschiedenheit. Legen wir indes eine andere Elle an, steht es weniger erfreulich um dieses Land. So, wenn wir nach der Spanne zwischen den reichsten und den ärmsten Mitbürgern fragen, nach nachbarlichem Zusammenleben und kollegialem Zusammenarbeiten, nach Kinderfreundlichkeit, nach Zugang zu Kultur und Bildung unabhängig vom Geldbeutel, nach Mäßigung angesichts unsinniger, von Konsumdiktatoren vorgegebenen Trends, nach Identifikation des einzelnen mit dem Ganzen, nach freiwilliger Übernahme gesellschaftlicher Pflichten im Interesse der Gemeinschaft, nach solidarischem Verhalten, nach Offenheit und Bescheidenheit der Menschen. Und was ist aus dem Gebot geworden, daß von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen darf?

Wissenschaftler beider Berliner Universitäten gelangten bei ihren Untersuchungen über die Folgen des per Einigungsvertrag legalisierten Anschlusses ostdeutscher Länder an die Bundesrepublik zu der Einschätzung, daß dieser Vorgang eine "Kolonialisierung" genannt werden müsse. Dieser Terminus beschreibe "eine reale Seite des Vereinigungsprozesses, nämlich die westlichen Dominanzprozesse, die den Demokratisierungsprozeß der ostdeutschen Gesellschaft be- bzw. verhindern." Das mag historisch-soziologisch zutreffend beobachtet sein – das Lebensgefühl der neuen Bundesbürger ist damit nur zum Teil getroffen.

Gewiß haben die DDR-Bürger die deutsche Zweistaatlichkeit und den deutschen Einigungsprozeß anders erlebt als ihre westdeutschen Nachbarn. Zurück in die Vergangenheit DDR will allenfalls eine verschwindende Minderheit, und auch diese hat sich bereits an viele Annehmlichkeiten des neuen Lebens gewöhnt. Die Neu-Bundesbürger sind jedenfalls gut beraten, wenn sie sich nicht wie Kolonialisierte demoralisieren lassen, sondern sich vielmehr bewußt machen, daß sie ihren westdeutschen Zeitgenossen dreierlei voraus haben: Erstens ihre unmittelbare Erfahrung eines demokratischen Umbruchs im 41. Jahr der DDR, das Wissen, es gibt gegenüber jeder Obrigkeit ein von unten entgegengeschleudertes: Bis hierher und nicht weiter! Zweitens der Umstand, daß sie zwei deutsche Gesellschaftssysteme erlebt haben beziehungsweise erleben und zu vergleichen vermögen. Drittens, daß sie gezwungen wurden, sich

in unerhörtem Tempo in radikal veränderten Verhältnissen zurechtzufinden und eine enorme Lernfähigkeit entwickeln mußten. Wollen wir schauen, ob und wie dies auf den Fortgang der deutschen Geschichte einwirkt.

Natürlich stand ich in meiner Distanz zum Einheitsjubiläum abseits von jenen, die bei jedem Schritt des Anschlusses frohlockten und dem "Tag der deutschen Einheit" entgegenfieberten. Dies störte mich insofern wenig, als ich allzulange mit dem Strom geschwommen war und mich nach der Widerborstigkeit meiner frühen Jugend zurücksehnte.

Ich hatte nie verstanden, wie Friedrich Engels – übrigens in Geistesverwandtschaft mit Goethe – dereinst über die Jahre 1813 bis 1815 schreiben konnte, "die 'glorreichste Periode der deutschen Geschichte' etc., wie sie genannt worden ist, war ein Wahnsinn, der jedem ehrlichen und intelligenten Deutschen noch manches künftige Jahr das Blut in die Wangen treiben wird. Gewiß, es gab damals großen Enthusiasmus, aber wer waren diese Enthusiasten?" So einseitig urteilte Engels in reiferen Jahren nicht mehr, und er hat den DDR-Historikern schließlich Zitate geliefert, die ihrem sozialistisch-patriotischen Geschichtsverständnis mehr entgegenkamen. Heute verstehe ich Engels besser – es war der nationale Taumel, der ihn entsetzte. Und 1990 entsetzte er mich auch, jedenfalls so, wie er sich offenbarte nach der Grenzöffnung, in der Silvesternacht am Brandenburger Tor, in den "Helmut"-Rufen, beim Empfang der D-Mark nach stundenlangem Anstehen – ein Ereignis, das ausgerechnet noch mit dem Endsieg der BRD bei der Fußballweltmeisterschaft zusammenfiel.

Wozu sollte dieser rauschhafte, aber letztlich inhaltslose deutsche Jubel gut sein? War es nicht symptomatisch, wenn die Frau von der Straße und der Wahlsieger de Maizière kein anderes Wort fanden, um ihre Gefühle zu beschreiben, als "Wahnsinn"? Waren die deutschen Dinge nun wohlgeordnet? War wirklich Zukunft gewonnen? Waren die Barrieren zwischen unten oben gefallen? Hatten jemand den Jubelnden sinnerfülltes Leben in Arbeit, Mitverantwortung und Frieden garantiert?

Ich verabschiedete mich von der DDR mit einer historischen Rückschau. Ich schrieb diese im Arbeitszimmer des Direktors des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, am Schreibtisch, an dem als erster Otto Grotewohl gesessen hatte, in einem Zimmer mit einfach-gediegener Ausstattung, an der im Laufe der Jahre kaum etwas verändert wurde. Hier hatte sich Otto Grotewohl dereinst mit der Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik beschäftigt, deren Untergang nun besiegelt wurde. Auch der begabteste Hellseher hätte mir eine solche Endstation nicht prophezeit, als ich 1949 in die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät eintrat und hoffnungsfroh mein eigenes Schicksal mit dem der DDR verband. Dem Aufsatz gab ich die Überschrift: "Einheit – Spaltung – Einheit. Wird der Normalzustand deutscher Geschichte wiederhergestellt". Er erschien am 3. Oktober 1990 im "Neuen Deutschland". Später wurde er in eine Anthologie aufgenommen, die – der Optik wegen – neben zwei Dutzend Stimmen des Westens auch zwei Stimmen des Ostens enthält.

Ich begann mit der Frage: "Am heutigen Tag scheint sich – historisch gesehen – ein Kreis zu schließen ... Es vereint sich, was widernatürlich getrennt war. Die Deutschen haben wieder eine Währung, einen Staat, ein Parlament, eine Regierung, eine Armee, eine Gesetzgebung. Sind sie damit auch schon ein Volk ...?" Ich erinnerte daran, daß die Deutschen in ihrer tausendjährigen Geschichte die geringste Zeit in einem Nationalstaat gelebt hatten und daß es vor allem die Selbstzerstörung des Deutschen Reiches durch Weltherrschaftsansprüche und zwei Weltkriege gewesen war, die zur deutschen Teilung geführt hatte.

Schließlich wollte ich etwas Mut machen und verwies abschließend auf Erfahrungen der deutschen Linken mit der Reichseinigung unter Bismarck: "Als 1871 das Deutsche Kaiserreich gegründet wurde, quitierten die deutschen Linken, die für die einheitliche demokratische deutsche Republik gekämpft hatten, die Vereinnahmung durch Preußen als ihre Niederlage ... Friedrich Engels indes riet ihnen, das Faktum zu akzeptieren, ohne es zu billigen. Er verwies darauf, daß die Bewegung nun auch vieler Hemmnisse ledig sei und sich endlich in nationalem Maßstab organisieren könne ... Die Zukunft ist offen. Vieles ist möglich. An Herausforderungen ist kein Mangel. Fühlen wir uns also herausgefordert! Gestalten wir es mit, dieses Deutschland! Doch vergessen wir darüber nicht Europa und die Welt."

Ingeheim bemächtigten sich meiner jedoch ähnliche Gefühle wie weiland den Schauspieler und Stückeschreiber Curt Goetz beim Anblick der Freiheitsstatue im Hafen von New York: "Die Göttin der Freiheit ist nicht, wie du dir vorgestellt hast, eine leichtbeschwingte, liebliche, einladende, schwerelose Erscheinung, sondern ein Monstrum von einem Weibsbild, mit tausend Tonnen Blei im Hintern und einer Fackel in der Hand, um besser sehen zu können wer kommt. Sie sieht ziemlich wütend aus, und es gibt Leute die behaupten, sie hätten sie flüstern hören: 'Auch auf Sie haben wir hier nicht gewartet.'"

Es ist nie angenehm unter Siegern zu leben: Besonders dann nicht, wenn diese ihren Sieg unbedingt auskosten wollen, weil sie im Verborgenen so verunsichert sind, daß es ihnen an Großmut und Fairneß gebricht. Denn sie haben nicht vergessen, und sie werden nicht vergessen, worin die eigentliche Unverschämtheit der DDR bestand: Im fehlenden Respekt vor Seiner Majestät Privateigentum.

Doch schließlich kam die Freiheit auch zu mir. Das Losschlagen der US-Army im Golfkrieg stand unmittelbar bevor. Ich saß vor dem Fernseher und verfolgte den Talk einiger – mir überwiegend auch persönlich bekannter – westdeutscher Historiker über den bevorstehenden Krieg. Sie redeten mehrheitlich so staatsmännisch daher, daß ich mich fragte, wo sie ihren gesunden Menschenverstand gelassen hatten. Schlagartig begriff ich, daß sie eben das taten, was ich jahrzehntelang auch betrieben hatte. Während sie ihre Worte verströmten, dachten sie zugleich daran, was sich – aus welchen Gründen auch immer – in der gegebenen Situation zu sagen ziemte. Ich lehnte mich befreit in meinem Sessel zurück und besann mich: Bei allem, was dir zum Unguten ausgeschlagen ist, das hast du Gott sei Dank nie mehr nötig.

Verbündete oder Rivalen?

Einige Anmerkungen zur Diskussion über die Friedensbewegungen im Kalten Krieg

GÜNTER WERNICKE

Die nachfolgenden Anmerkungen sollen verstanden werden als ein Beitrag zu einer längst überfälligen Diskussion über Rolle, Platz und Funktion der Friedensbewegungen während des Kalten Krieges. Im Allgemeinen muß konstatiert werden, daß dieser zweifelsohne komplexe und in sich sehr widersprüchliche Problemkreis ein bis dato weitgehend vernachlässigtes Terrain der Geschichte des Kalten Krieges darstellt. Partiiell gibt es einige internationale Ansätze vor allem im englischsprachigen Raum sowohl zu komparativen Analysen, die überwiegend deskriptiv vorgehen, als auch bei selektiven, primär organisationspolitischen und -soziologischen Untersuchungen einzelner internationaler und nationaler vor allem pazifistischer Netzwerke und Koalitionen bzw. ihrer organisatorischer Zusammenhänge.¹ Das entscheidende Defizit historischer Friedensforschung findet sich in der Untersuchung des Ost-West-Beziehungsgefüges der Friedensbewegungen in der Periode des Kalten Krieges. Dabei ist insbesondere eine kritische Geschichte des kommunistisch dominierten Weltfriedensrates (WFR) im Allgemeinen wie des Friedensrates auf dem Boden der ehemaligen DDR und der mit dem WFR vernetzten Gruppen in der alten BRD im Besonderen dringendst geboten.² Denn unbestritten dürfte sein, daß im Zuge des Eskalation der

- 1 Exemplarisch seien hier genannt: April Carter: *Peace Movements. International Protest and World Politics since 1945.* London-New York 1992; Lawrence S. Wittner: *The Struggle Against the Bomb*, Vol. 1: *One World or None. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1953.* Stanford 1993; Vol. 2.: *Resisting the Bomb. A History of the World Disarmament Movement 1954–1970.* Stanford 1997; verschiedene Aufsätze in: Guido Grünewald, Peter van den Dungen (Hg.): *Twentieth-Century Peace Movements. Successes and Failures*, Lewiston, Queenston, Lampeter 1995, sowie Beiträge im Jahrbuch für Historische Friedensforschung, insbesondere: Arnold Sywottek (Hg.): *Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden?* 2. Jg. Münster-Hamburg 1993; Andreas Gestrich, Gottfried Niedhart, Bernd Ulrich (Hg.): *Gewaltfreiheit. Pazifistische Konzepte im 19. und 20. Jahrhundert.* 5. Jg. Münster 1996. Für die Geschichte der Friedens- und Antikriegsbewegung der Bundesrepublik (bis 1990) liegen eine Vielzahl von Monographien und Aufsätze vor, die hier nicht genannt werden können.
- 2 Einen diskussionswürdigen Absatz bietet: Rudiger Schlaga: *Die Kommunisten in der Friedensbewegung – erfolglos? Die Politik des Weltfriedensrates im zur Außenpolitik der Sowjetunion und zu Friedensbewegungen im Westen (1950–1979)*, Studien zur Friedensforschung, Bd. 2. Münster-Hamburg 1991. Ausgewählte Aufsätze z. B.: Fritz Klein: *Der Einfluß von Friedensbewegungen auf das Ende des Kalten Krieges.* In: Jürgen Kocka u. a. (Hg.): *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat.* Festschrift Gerhard A. Ritter. München 1994: 479–494; Günter Wernicke: *The Communist-led World Council of Peace and Western Peace Movements: The Fetters of Bipolarity and Some Attempts to Break Them in the Fifties and Early Sixties.* In: *Peace & Change. A Journal of Peace Research.* Vol. 23. No. 3. July 1998: 265–311.

Block-Konfrontation Deutschland zum Paradigma einer geteilten Welt wurde wie auch Fokus im Denken der Friedensbewegung über Alternativen zur Bipolarität und zum Rüstungswettlauf, vor allem auf nuklearen Gebiet.

Der Begriff Friedensbewegung wird bezüglich seiner konkreten Faßlichkeit sehr kontrovers diskutiert, worauf hier nicht eingegangen werden soll. Insbesondere sehr umstritten ist die terminologische Zuordnung des Weltfriedensrates zur Friedensbewegung, wobei m. E. bekannte Stereotypen sehr undifferenziert en passant übernommen werden und er mehr als eine kommunistische Frontorganisation weltweiter Dimensionen, mit all ihren Positiva für den Kampf um den Stopp im atomaren Rüstungswettlauf und eine Überwindung der Spannungen zwischen den Blöcken, kategorisiert wird. Es gilt hier als erstes das Phänomen des Kalten Krieges als einen konkret-historischen Zustand zwischenstaatlicher Beziehungen in Gestalt der Block-Konfrontation zu fassen, in den eine Vielzahl von Traditionen eingingen, d. h. es verwoben sich sowohl die strategischen und politischen Optionen des Klassenkampfes als auch traditionelle Formen zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen auf einem qualitativ neuen Niveau, das sich unter dem nuklearen Damoklesschwert in seinen Schwingungen bewegte. Daraus leiteten sich zum ersten der neue Charakter wie auch die Handlungsspielräume der Friedensbewegungen ab. Nach Cerny "gleicht der Kalte Krieg einem Syndrom: Dieses Krankheitsbild der internationalen Beziehungen weist viele Symptome auf, die, nimmt man jedes für sich oder in anderen Kombinationen, auch anders zu diagnostizieren sind: Gerade der proletarische Klassenkampf erlangte im Kontext des Kalten Krieges einen neuen (niedrigeren!) Stellenwert, indem ihn die großen Arbeiterorganisationen der zwischenstaatlichen und Block-Konfrontation mehr oder minder weit unterordneten (für die quasi verstaatlichten kommunistischen Parteien und Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern gilt das nahezu uneingeschränkt), so daß die sozialen Widersprüche in ihrer Bewegung behindert wurden."³ Daraus folgt zweitens, daß Friedensbewegung im Allgemeinen zu begreifen ist als Konglomerat von in sich organisierter Friedensbefürwortung, Friedenszeugnis, Dissens, Protest und Widerstand und primär relativ informell strukturiert war, ungeachtet des Faktes, daß an Schnittpunkten des Kalten Krieges Friedens- und Abrüstungsgruppen sich in Kampagnen und Koalitionen verbanden, um in die öffentliche und institutionelle Debatte über die außen- und sicherheitspolitischen Grundlinien einzugreifen und sie zu beeinflussen suchten.

Und gerade hier artikulierten sich die grundlegenden Unterschiede im Handeln und im Wirken der Friedensbewegungen in den beiden sich zunehmend verfestigenden Machtblöcken. Objektiv und von den handelnden Aktivisten auch subjektiv verarbeitet, ergab sich im staatssozialistischen System um die UdSSR eine ideologisch determinierte Identität von Kampf um Frieden und dem Ringen um eine friedliche und sozial ge-

3 Jochen Cerny: DDR und Kalter Krieg. In: Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden? In: Jahrbuch für Historische Friedensforschung. 2. 1993: 93

rechte Welt und den außen- und sicherheitspolitischen Grundlinien des Blockes. Sie wurde trotz aller notwendigen Differenzierungen auch von den unter kapitalistischen Bedingungen wirkenden kommunistischen Parteien adaptiert, was Grenzen implizieren mußte. Denn erstens waren Ausmaß, Umfang und Intensität von Bündnissen im Friedenskampf wie auch Erfolge, Grenzen und Fehler in der Bündnispolitik wesentlich bestimmt von der Prioritätensetzung des Bündnissystems um die UdSSR in der globalen Auseinandersetzung sowie den mitunter drastische Formen annehmenden Differenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung über Strategie und Taktik, was sich insbesondere im sino-sowjetischen Konflikt ab 1963 zeigte. Insofern führten innersystemare Divergenzen zu teilweise abrupten Brüchen im Kalten Krieg bezüglich der außenpolitischen Gewichtungen des Ostblocks und zu nicht zu unterschätzenden Problemen, sei es Ungarn 1956 bzw. die CSSR 1968 oder Afghanistan 1979 bzw. Polen 1981. Zweitens implizierte der absolute Führungsanspruch, der neben einer objektiv gegebenen Militanz dem Marxismus-Leninismus immanent war, die Tendenz zur Monopolisierung von politischer Macht im Staatssozialismus wie der unter seinen Auspizien agierenden Friedensbewegung. Sie wurde zunehmend einer staatspolitischen Instrumentalisierung unterworfen, ohne jedoch völlig in Anbetracht der globalen Friedensbedrohung ihre nach wie vor existenten, wenn auch fast intervallartig immer wieder begrenzten Handlungsfreiräume zu verlieren, was auch einer gewissen Eigendynamik der handelnden Akteure zu verdanken war. Symptomatisch war als logische Folge dieser Gemengelage ein "von Furcht und Haß geprägtes Zerrbild vom Feind, die Lager- und Festungsmentalität, die aus beidem erwachsende krankhafte, selbstzerstörerische 'Wachsamkeit', die unbedingte Parteilichkeit, die über vieles hinwegsehen ließ, was im eigenen Lager geschah, das Meiste verteidigte und alles entschuldigte."⁴ Der Kalte Krieg bestimmte wesentlich die Rahmenbedingungen der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung und nötigte ihr seine Regeln auf. Damit setzte er auch Grenzen und determinierte Möglichkeiten für das Wirken der Friedens- und Antikriegsbewegungen sowohl innerhalb des jeweiligen Systems als auch im Sinne eines blockübergreifenden Zusammengehens, dessen Grundkonsens in der Bewahrung des Weltfriedens als ein allem übergeordneter zivilisatorischer Wert bestand und wo konkret das Ringen gegen das atomare Wettrüsten mit seiner permanenten Gefahr eines nuklearen Holocaust für die Menschheit als zentrale Aktionsachse gesehen wurde.

Im Folgenden sollen einige Segmente aus der Entwicklung des Weltfriedensrates und des Deutschen Friedensrates (DFR) bis Anfang der 60er Jahre herausgenommen werden, die auch eine entscheidende Schnittstelle in der Geschichte des WFR und des DFR markieren; denn hier begann verstärkt der Prozeß einer dezidierten Instrumentalisierung auch strukturelle Konsequenzen zu zeigen, beispielsweise die 1962 per Politbürobeschuß des ZK der SED verfügte Neustrukturierung des DFR mit all ihren positiven wie negativen Konsequenzen. Die hier zu skizzierenden Entwicklun-

gen sollen die eingangs formulierten Positionen anhand der von Widersprüchen und beiderseitigen Ressentiments gekennzeichneten Ost-West-Beziehungen der Friedensbewegungen illustrieren und eine Diskussion anregen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte ein Prozeß des Überdenkens der Ursachen von Krieg und Frieden, der Notwendigkeit dringender sozialer Reformen, der Suche nach realistischen Alternativen, Bündnissen und mobilisierungsfähigen Taktiken innerhalb der bestehenden und mehr formal funktionierenden pazifistischen Internationalen begonnen. Der Krieg hatte das Vertrauen in die Friedensbewegung erschüttert und sie größtenteils auch international von der breiten Öffentlichkeit isoliert. Teile der Friedensbewegung hofften auf einen Impuls seitens der UNO als perspektivischer friedenserhaltender Institution, um langfristig ein qualitativ neues Weltsicherheitssystem zu schaffen. Es bildete sich die ca. 50.000 Anhänger in 30 Ländern umfassende Weltföderalistenbewegung als Kern einer "Weltbewegung für eine Weltregierung".⁵ Ebenso orientierten weite Kreise der vor allem von amerikanischen Atomwissenschaftlern getragenen nuklearpazifistischen Strömung auf eine internationale Kontrolle des Atoms.

Der ab 1947 eskalierende Kalte Krieg begann auch seine Auswirkungen auf die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung zu zeigen. Er schuf Trennlinien, schwächte sie und bewirkte eine Art Konsens zwischen liberalen Friedensorganisationen, der nichtkommunistischen Linken und den pazifistischen Gemeinschaften. In der öffentlichen Meinung wurden freiwillige Friedensbemühungen "als suspekter – wenn nicht sogar als subversiver – Bemühungen" gesehen.⁶ Dieses Verständnis half ein System der Kalten-Kriegs-Mentalität zu installieren, das grundlegend Wesen und Grenzen des Friedensaktivismus veränderte.

Vor diesem Hintergrund war die versuchte Koordinierung von 20 internationalen Organisationen der Friedensbewegung (wie der Weltföderalisten, Kriegsdienstgegner, Versöhnungsbund, Quäker) im September 1949 im Genfer "International Liaison Committee of Organizations for Peace" (ILCOP) ein "in der Desillusion geborenes Kind".⁷

Im Selbstverständnis der Friedensbewegung begehrte man spontan auch unter der eskalierenden antikommunistischen Hysterie gegen die NATO-Gründung auf, die Alfred Hassler als Herausgeber der Zeitschrift des Versöhnungsbundes (FOR) in den USA als "Pakt mit dem Tod" definierte.⁸ Am 10. April 1949 wurde eine Anti-NATO-Erklärung von über 300 Vertretern von Friedensgruppen, Kirchen und demokratischen Organisationen, darunter auch Thomas Mann, dem US-Kongreß vorgelegt. Die Quäker

5 Charles Chatfield with the assistance of Robert Kleidman: *The American Peace Movement. Ideals and activism.* New York 1992: 95.

6 Charles DeBenedetti: *The Peace Reform in American History.* Bloomington 1980: XV.

7 Rainer Santi: *100 years of peace making. A history of the International Peace Bureau and other international peace movement organisations and networks.* Geneva 1991: 36.

8 Fellowship. No. 5. May 1949.

forderten mit der Sowjetunion die Felder besonderer Spannungen zu klären, um einer möglichen Konfrontation präventiv entgegenzusteuern. Die FOR unterbreitete dem Senat 1949 einen sechs Punkte umfassenden Friedensplan, der u. a. die vollständige Abrüstung unter Kontrolle der Vereinten Nationen sowie die Garantierung der vollständigen Befreiung Deutschlands und die Fixierung eines Status als demilitarisiertes, neutrales und wiedervereinigtes Land vorsah.⁹

Deutlich sah die Mehrheit der pazifistischen Organisationen und Netzwerke die wachsende Ost-West-Konfrontation als die Hauptgefahr für einen möglichen Dritten, einen nuklearen Weltkrieg an. Mit der forcierten amerikanisch-sowjetischen Konfrontation wurde Deutschland ab Ende der 40er Jahre zum Fokus des Ost-West-Konfliktes. Stalins Machtpolitik Ende der 40er Jahre (Tschechoslowakei Februar 1948, Berlin-Blockade, sowjetischer Atombombentest 1949) half mit, die Atmosphäre des Kalten Krieges zu verschärfen und riß erneut Gräben auf. Wo Anknüpfungspunkte für den Widerstand und Protest der westlichen Friedensbewegung gegen die kriegsgefährliche Machtpolitik der USA bestanden, wurden demonstrativ machtpolitische Akzente vom Gegenpart gesetzt, die objektiv die blockübergreifende Einheit für den Weltfrieden konterkarieren mußten. Zum Brennpunkt wurde die Frage einer Kooperation zwischen den verschiedenen nichtkommunistischen Flügeln der Friedensbewegung und der von den Kommunisten dominierten Friedensbewegung, die getreu der ideologischen Einheit die von der Sowjetunion ab 1948 initiierten "Friedensoffensiven" unterstützten. Gerade nach Kominform-Gründung und der 1949 erfolgten Exkommunizierung der regierenden jugoslawischen Kommunisten wurde damit objektiv der Prozeß der Instrumentalisierung und Ausrichtung der kommunistischen Parteien im Westen und der Volksdemokratien seitens der sowjetischen Machtgruppe um Stalin eingeleitet, was von den gegen einen neuen Weltbrand kämpfenden Kommunisten in der Friedensbewegung nicht subjektiv reflektiert wurde.

Fundierend auf dem noch existenten antifaschistischen Konsens und der Ablehnung der Kriegsgefahr, die aus dem Atombombenmonopol der USA erwuchs, übernahmen linke Intellektuelle und Kommunisten die Initiative zur organisatorischen Formierung der internationalen Friedensbewegung. Sie war als block-, parteien- und konfessionsübergreifend konzipiert, sollte sich aber in Affinität zur politischen Gesamtstrategie der kommunistischen Bewegung in der Friedensfrage bewegen. De facto eine den grundlegend veränderten internationalen Rahmenbedingungen angepaßte internationalisierte Modifikation der Volksfrontstrategie der 30er Jahre, war sie aber ebenso von vornherein mit den Geburtsfehlern der von der Komintern gleichfalls internationalisierten bolschewistischen Parteikonzeption, dem ihr immanenten Monopolanspruch und der Hegemonielegitimation belastet. Der Wroclawer "Weltkongreß der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens" im August 1948 mit seiner Option des Brückenschlages zwischen Ost und West zur Verhinderung eines nuklearen

9 Fellowship. No. 7. July 1949.

Infernos traf die Intentionen breiter Teile der Weltöffentlichkeit. Er korrespondierte mit dem aus objektiven sowjetischen Sicherheitserwägungen für das eigene, zunehmend bedrohte System resultierenden Streben nach Schaffung einer breiten Antikriegskoalition insbesondere zur Verhinderung einer Atlantischen Westallianz, die in der Perspektive die Teilung und eine Wiederbewaffnung Deutschlands implizieren mußte.

Die parallel stattfindenden Gründungskongresse des späteren Weltfriedensrates (WFR, offiziell konstituiert auf dem Warschauer Kongreß November 1950) in Paris und Prag im April 1949 atmeten die weltumspannende Sehnsucht nach einem stabilen Frieden. Der französische Hochkommissar für Atomenergie, Prof. Frédéric Joliot-Curie, forderte ostentativ das Verbot aller Atomwaffen durch die UNO. Die 1784 Delegierten aus 72 Ländern verabschiedeten ein konsensfähiges Programm, das sich weitgehend sowohl mit der Charta der Vereinten Nationen als auch mit Prämissen sowjetischer Außenpolitik deckte. Gefordert wurde u. a. das Verbot aller Atomwaffen wie die Kontrolle der friedlichen Nutzung der Kernenergie, eine Remilitarisierung Deutschlands und Japans wurde abgelehnt. In seiner Adresse an die UNO definierte sich der WFR als "ein rechtsfähiger Ausschuß der Vertreter aller Völker der Welt".¹⁰

Unter der Ägide des Kulturbundes hatte sich im Osten Deutschlands bereits 1948 ein Organisationskomitee für den Weltfriedenskongreß in Paris/Prag konstituiert, dem Arnold Zweig vorstand und dem sich der Rat der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Frankfurt am Main mit Delegierten anschloß.¹¹ Unmittelbar nach dem Kongreß, am 11. Mai 1949, bildete sich in Berlin das "Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden", zu dessen Vorsitzenden Johannes R. Becher, Arnold Zweig und die aus dem mexikanischen Exil zurückgekehrte Anna Seghers gewählt wurden. Bereits am 5. Mai hatte sich in Bonn um den erblindeten Schriftsteller Adolf von Hatzfeld (1918 Mitbegründer der "Rheinischen Liga für Menschenrechte") das "Westdeutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden" gegründet, das sich im Verlaufe des Jahres in das "Westdeutsche Friedenskomitee" (WFK) unter Edith Hoereth-Menge (vor 1933 in der "Deutschen Friedensgesellschaft" [DFG] und der "Internationalen Frauen-Föderation für Frieden und Freiheit", SPD-Mitglied und Stadträtin in München) und Erwin Eckert (bis zu seinem Ausschluß 1931 Mitglied der SPD, dann KPD, Mitbegründer des "Bundes religiöser Sozialisten" in der Weimarer Republik, 1950 bis 1962 Mitglied des WFR) umbenannte.¹² Das WFK wurde zu einem wesentlichen Aktions-schwerpunkt der KPD im Kampf gegen die Remilitarisierung in der Bundesrepublik,

10 Adresse des II. Weltfriedenskongresses (Warschau, 16.–22.11.1950) an die Organisation der Vereinten Nationen: 3. In: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Bestand: Deutscher Friedensrat (DZ 9), 325.1707.

11 Siehe detaillierte deutsche Teilnehmerlisten am Weltfriedenskongreß. In: Ebenda: 605c.2996.

12 Vgl. Eckart Dietzfelbinger: Die Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland von 1948–1955. Inaugural-Dissertation. Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 1985: 55.

was andererseits antikommunistische Ressentiments in Kreisen pazifistischer Organisationen wie der DFG mit ihren ca. 35.000 Mitgliedern begünstigen mußte.¹³ Die Westkommission bei der SED-Parteiführung "empfahl" den Aufbau einer Westabteilung im Sekretariat des (Ost-)Deutschen Komitees und "in Westdeutschland dem vorhandenen Friedenskomitee (Hatzfeld) ein starkes Büro anzugliedern", für das ein "qualifizierter Genosse als verantwortlicher Leiter dieses Büros durch das Sekretariat des PV" (Parteiorganisationsrat der KPD – G.W.) zu bestimmen war.¹⁴ Eine solche Praxis, diktiert von Parteirichtlinien, die noch einer gesamtdeutschen Option folgten, konnte weder objektiv noch subjektiv die Front derer verbreitern, die gegen die Remilitarisierungspläne Adenauers Sturm liefen, noch konnte sie eine günstige Atmosphäre für eine konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung schaffen. Auch war die restriktive Vorgehensweise der ostdeutschen Behörden in der sowjetischen Besatzungszone wie im Falle des Landes Sachsen-Anhalt, das die im Juli 1948 zugelassene DFG im Januar 1949 wieder auflösen ließ,¹⁵ der Bereitschaft eines konstruktiven Miteinanders von Kommunisten und Pazifisten nicht sehr förderlich. Um so bemerkenswerter ist die Haltung solcher pazifistischer Persönlichkeiten wie z. B. Heinz Kraschützki (ehemaliger Kapitänleutnant im Ersten Weltkrieg, im Bremer Arbeiter- und Soldatenrat, DFG-Mitglied, bis 1932 Schriftleiter der pazifistischen Zeitung "Das Andere Deutschland", 1932 Emigration nach Spanien, bis 1945 inhaftiert und 1945 bis 1948 Geschichtsdozent an der Potsdamer Lehrerakademie, die er wegen seiner pazifistischen Auffassungen verlassen mußte), der Mitbegründer der radikalpazifistischen "Internationale der Kriegsdienstgegner" (IdK) wurde. Kraschützki blieb trotz seiner politischen Distanz gegenüber dem System im Ostblock immer ein aktiver Protagonist einer Kooperation mit dem Osten und war dabei heftigen Angriffen aus den eigenen Reihen ausgesetzt.¹⁶ Andererseits gab es in den Reihen der traditionellen pazifistischen Organisationen wie der DFG realistisch denkende Persönlichkeiten wie den aus einem preußischen Adelsgeschlecht stammenden Offizier, Schriftsteller und Publizisten Paul Freiherr von Schoenaich, der bereits seit 1922 Mitglied der DFG, ab 1929 deren Vorsitzender und nach Wiedezulassung der DFG ab 1946 ihr Präsident war. Er hatte mit seiner Unterschrift unter den Aufruf des "Hauptausschusses für Volksbefragung" gegen die Remilitarisierung Deutschlands, die im April 1951 verboten worden war, sich den Protest der DFG-Führung gegen seinen Schritt für eine "von der SED gesteuerte Friedenspropagandaaktion"¹⁷ zugezogen, auf den er entgegnete: "Ich bin weder Kommunist noch Kapitalist, sondern Freiwirt, und mache das mit, was

13 Stefan Appellius: Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945–1968. Bd. 1. Mainz-Aachen 1991: 161.

14 Westkommission, 1.12.1949. Protokoll über die Vorbereitungen zur Organisierung der Friedensbewegung in Westdeutschland mit dem Ziel eines Friedenskongresses: 1f. In: SAPMO-BArch, DZ 9, 73.360.

15 Siehe Appellius. Bd. 1: 195–199.

16 Vgl. Guido Grünewald: Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Ihre Geschichte 1945 bis 1968, Köln 1982: 53f.

17 DFG "Informationsdienst". Nr. 5 1951: 9, Zit. nach: Appellius: Bd. 1: 264.

ich für vernünftig halte. Und da stehe ich zur Zeit den Russen näher als den Amerikanern. Die Russen sind für die Abrüstung, die amerikanische Rüstungsindustrie aber will den Krieg, um daran zu verdienen. Wenn ich meinen Standpunkt klar ausdrücken soll, dann sage ich, daß ich Stalin näher stehe als Adenauer.”¹⁸ Dieses Beispiel zeigt sehr anschaulich die widersprüchliche Mentalität in der heterogenen Friedensbewegung, die andererseits nur den dominanten Antisowjetismus und Antikommunismus im westlichen Lager reflektierte. Zunehmend vorsichtiger agierten aber nunmehr pazifistische Organisationen, um sich des Vorwurfs kommunistischer Steuerung zu erwehren. Stärker als bisher wurden als das Kriterium für wirkliches Friedensengagement die Ablehnung von Militarismus und Kriegsvorbereitungen in beiden Lagern betont und kritische Positionen zur “Außenpolitik beider Länder und Ablehnung aller Formen von Totalitarismus einschließlich des kommunistischen” artikuliert.¹⁹

Das Welt pazifistische Treffen im Dezember 1949 lehnte strikt jegliche Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat ab. Der Weltrat der Kirchen und die Weltförderalisten empfanden nicht die geringste Sympathie für den WFR und dessen Aktivitäten.²⁰ Analog verhielt sich das ILCOP und die War Resisters’ International (WRI), die im Juli 1953 beschloß, nur noch auf individueller Grundlage zu kooperieren.²¹ Ausdruck dieser gewissen Wende war u. a. auch die Distanzierung amerikanischer Nuklearpazifisten um Rabinowitsch im “Bulletin of Atomic Scientists”, der “Internationalen Frauengliga für Frieden und Freiheit” oder Niels Bohr vom “Stockholmer Appell”, initiiert vom Weltfriedensrat ab März 1950.²² Über 500 Millionen Menschen weltweit unterschrieben die Forderung nach dem “absoluten Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung” unter “einer strengen internationalen Kontrolle”.²³ Trotz aller positiver Anerkennung half der “Stockholmer Appell” nicht die Gräben zu schließen, sondern vertiefte sie nur; denn er lieferte den Kräften wertvolle Munition, die mit der paranoiden Kommunistenangst zunehmend an Einfluß zu gewinnen vermochten. Jean-Paul Sartre nannte auf dem Wiener Völkerkongreß für den Frieden 1952 prägnant das bisherige Ergebnis des Kalten Krieges, “ein Niemandsland” geschaffen zu haben, das dazu beitrug “aus unseren Ländern jeden Tag Faktoren des Krieges und nicht Faktoren des Friedens zu machen und dieses Niemandsland ist der Antikommunismus.”²⁴

18 26.4.1951. Dr. Paul von Schoenaich an Harald. Abatz Zit. in: Ebd.: 266

19 FOR. Peace Fronts Today. May 1951. In: Swarthmore College Peace Collection (SCPC). Fellowship of Reconciliation (FOR), MSS, Box 4.

20 Vgl. Wittner: The Struggle Against the Bomb. Vol. 1: 186–190.

21 War Resisters’ International, 8th Trinnial Conference. Report by Secretary: 2. In: Internationaale Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) Amsterdam. File III, Box 6, War Resisters’ International (WRI)

22 Vgl. Wittner: The Struggle against the Bomb. Vol. 1: 182ff.

23 Bericht über den 1. Kongreß der Kämpfer für den Frieden, Berlin 4./5. November 1950: 28. In: SAPMO-BArch. DZ 9. 137.677. Detaillierte Zahlenangaben siehe: Deutscher Friedensrat (DFR), Ergebnis der Unterschriftensammlung zur Ächtung der Atombombe. In: Ebd.: 28.136

24 Jean-Paul Sartre in Wien (Völkerkongreß 1952 – G. W.): 10. In: Ebd.: 137.681.

Seinem Grundsatz verpflichtet, hielt der Weltfriedensrat, international wie national, an seiner Offenheit und Meinungsfreiheit fest, was gerade auch seine Resonanz in den 50er Jahren erklärt. Er wuchs bis Mitte der 50er Jahre zu einer anerkannten Massenbewegung an, die in 74 Ländern präsent war,²⁵ wobei die Gräben des Kalten Krieges objektiv hemmend wirken mußten, trotz der weitestgehenden Übereinstimmung in den Grundfragen der Friedenssicherung mit den Intentionen pazifistischer und auch anderer nichtkommunistischer Kräfte im Westen. Seine offenen internationalen Versammlungen wurden auch von Nichtkommunisten wie Radikalpazifisten genutzt, um sowohl die Gemeinsamkeit in den Grundzielen zu dokumentieren als auch Widersprüche in der Sowjetunion und den Volksdemokratien aufzuzeigen. Der belgische Pazifist van Lierde forderte so z. B. auf dem Wiener Völkerkongreß 1952: "Da wir diese seltene Gelegenheit einer universellen Zusammenkunft zwischen Aktivisten des Ostens und Westens haben, ist es absolut notwendig, daß wir loyal miteinander sprechen und gemeinsam gewisse Mißverständnisse zerstreuen." Er sprach das ungelöste Problem der Kriegsdienstverweigerung in der Sowjetunion an und wandte sich auch explizit gegen politische Prozesse im Westen wie im Osten (Petkow, Rajk, Slansky, Clementis).²⁶

Wenngleich Dissonanzen spür- und hörbar wurden, prinzipiell bestand Übereinstimmung in den Kernfragen jener Zeit, die sich vor allem um den Kampf gegen den unter UNO-Mandat geführten Koreakrieg, den Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und das Ringen um einen Fünfmächte-Friedenspakt zur Lösung der deutschen Frage gruppierten. Erwin Eckert betonte für das WFK die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit allen Friedensfreunden und Verbänden, mit der Weltbürger-Bewegung, mit den Quäkern, mit den kirchlichen Kreisen und den Pfarrern gerade in der Frage der Remilitarisierung und des Friedenspaktes für Deutschland.²⁷ Eine Verschärfung der Lage in Deutschland mußte nach Auffassung der Pazifisten auch die Konfrontation zwischen den Blöcken eskalieren lassen. Um eine Zuspitzung der internationalen Lage zu verhindern und Wege für eine langfristige Deeskalation zu finden, war man trotz aller bestehenden Meinungsverschiedenheiten willens, den Dialog mit der kommunistisch-geführten Friedensbewegung nicht abbrechen zu lassen. Der schwedische Senator George Branting erklärte auf der "Internationalen Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage" im November 1952 in Berlin: "Aber, Herr Präsident, lassen Sie uns versuchen, unsere Völker von den falschen Gedanken zu befreien, die die Kampagne gegen die Kommunisten in Westeuropa hervorgerufen haben und die zu dem Umstand geführt haben, daß jeder internationale, wenn auch inoffizielle Gedankenaustausch zu den Problemen des Friedens als von Moskau inspiriert und von

25 Von 1953 bis 1955 war die Zahl der Mitglieder des WFR von 296 auf 433 gestiegen, wobei aus beiden deutschen Staaten jeweils 20, der UdSSR 18 und den USA 16 sowie Indien 30, Italien 29, Frankreich 25, Großbritannien und Japan je 24 kamen. Allein 30 Theologen und Geistliche gehörten dem WFR an. Siehe: Prof. D. Herz: Die tatsächliche Zusammensetzung und Haltung des Weltfriedensrates. In: SAPMO-BArch. DZ 9, 71.348.

26 Jean van Lierde (belgische Sektion der WRI) auf Völkerkongreß in Wien 1952: 1. In: Ebd.: 137.681.

27 WFK. Protokoll der Sitzung der Landessekretäre am 17.3.1951: 1. In: SAPMO-BArch. DZ 9.442.2323.

Kommunisten dirigiert ausgegeben wird, was zu einer vollständigen Konfusion der Gedanken geführt hat, die uns in wachsendem Maße weiter und weiter entfernt von dem freien Meinungs austausch, der eigentlich das Wesen der Demokratie sein sollte. Um es unverblümt zu sagen: Moskau hat Westeuropas Nerven getroffen.”²⁸

Das bestärkte die westlichen Machteliten weiter, alles Erdenkliche zu tun, um Pazifisten und Andersdenkende als subversive kommunistische Helfershelfer zu diffamieren und zu kriminalisieren. In den USA waren in der Hochzeit des McCarthyismus auf der Verbots- und Überwachungsliste des HUAC 733 Organisationen, Gruppen und Publikationen gesetzt worden. Lawrence S. Wittner bezeichnete diese Praxis sehr treffend als “den innenpolitischen Gegenpart amerikanischer Außenpolitik.”²⁹ Die Frage der Zusammenarbeit bzw. Mitgliedschaft von Kommunisten in pazifistischen Gruppen bewirkte innerhalb des pazifistischen Spektrums tiefgreifende, mitunter die Gruppierungen paralysierende Differenzierungs- und Aufspaltungsprozesse. Das bundesdeutsche Innenministerium folgte dem amerikanischen Vorbild buchstabengetreu. Bereits im September 1950 hatte Bonn 13 insbesondere Friedensgruppen als “staatsfeindlich” eingestuft, wozu das Westdeutsche Friedenskomitee gehörte. 1952 waren schon 775 Organisationen und Gruppen gegen die Wiederaufrüstung auf einer speziellen Liste erfaßt und Ende der 50er Jahre wurden eine Reihe von Friedensorganisationen verboten und Prozesse angestrengt.³⁰

Die Polarisierung der Welt, die de-facto-Institutionalisierung der Ost-West-Blockkonfrontation in der strukturierten Form von NATO (1949) und Warschauer Pakt (1955) unter der militärischen Ägide der USA und der UdSSR, markierte eine Trennungslinie innerhalb der Friedensbewegung. Trotz Antikommunismus und Repressionen im Westen und der Festungs- und Lagermentalität im Osten existierte ungebrochen in Grundfragen der Verhinderung eines atomaren Weltkrieges und im Abbau der Spannungen zwischen den hochgerüsteten Militärblöcken ein grundlegender Konsens.

Hoffnungen keimten Mitte der 50er Jahre als nach dem Waffenstillstand in Korea, der Verkündung der Prinzipien von Bandung, der beginnenden Verurteilung des Stalinismus und der Deklaration der Politik der friedlichen Koexistenz als Grundlage der sowjetischen Außenpolitik auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, sich erste Anzeichen einer Tendenz zur Entspannung abzeichneten, deren vorsichtige Anfänge auf dem Genfer Gipfeltreffen im Juli 1955 gelegt worden waren. Der “Geist von Genf” ließ ein beiderseitiges Erkennen der Nichtakzeptierbarkeit eines allgemeinen Kernwaffenkrieges wachsen, es mehrten sich die Zeichen einer Entkrampfung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und wuchsen Hoffnungen auf die Beilegung

28 Address of Mr. George Branting, Sweden, Senator, International Conference for the Peaceful Solution of the German Problem, Berlin, November 8–10, 1952. In: Ebd.: 176.872.

29 Lawrence S. Wittner: *Rebels Against War. The American Peace Movement 1941–1960*. New York 1969: 213.

30 Berlin. 12.1.1961. Polizei- und Justizmaßnahmen gegen Friedensvereinigungen in der Deutschen Bundesrepublik (handschriftlich – Denkschrift an den Weltfriedensrat), 10 S. In: SAPMO-BArch. DZ 9, 107.530.

der Differenzen zwischen den Machtblöcken auf dem Verhandlungswege. Doch sie waren überschattet von der ungebremsen nuklearen Rüstungsspirale. Die steigende Zahl der Kernwaffenversuche multiplizierte die Ängste der Menschen drastisch. Düstere Wolken zogen mit der Detonation der Wasserstoffbombe auf den Bikini-Inseln am 1. März 1954 auf. Sie provozierte einen bislang nicht gekannten internationalen Aufschrei über die andauernden Nuklearwaffenversuche; denn die Entwicklung einer neuen destruktiven Nuklearwaffengeneration signalisierte eine schreckliche neue Dimension in der Ost-West-Konfrontation. Die außerordentliche Ratstagung des WFR im Mai 1954 in Berlin spiegelte die neue Existenzangst für die Menschheit wider, und der Vizepräsident des WFR, der polnische Professor Infeld, forderte ultimativ das sofortige Verbot aller Atom- und Wasserstoffbomben.³¹

Es entstand eine nicht gekannte breite Bewegung gegen die Nuklearwaffen und die atomaren Tests, die sich aber weitgehend außerhalb der Strukturen sowohl der pazifistischen Netzwerke wie auch des Weltfriedensrates entfaltete, die faktisch aber die organisatorischen Hüllen für neue Bündnisse und Kampagnen bildeten.

“Der erste Bruch des Schweigens des Kalten Krieges” stellte der dringliche Appell von Albert Schweitzer und Bertrand Russell im Juli 1955 dar, dem sich eine Erklärung von 52 Nobelpreisträgern von Mainau (Schweiz) anschloß, in der sie alle Regierungen aufforderten, “friedliche Mittel und Wege zur Beilegung aller Streitfälle zwischen ihnen zu finden.”³² “Wir müssen es lernen, neu zu denken. Wir müssen es lernen, uns nicht zu fragen, was getan werden muß, damit das Lager, dem wir angehören, einen militärischen Sieg erringt, denn das ist nicht mehr möglich. Wir müssen uns vielmehr die folgende Frage stellen: Was kann man tun, um einen Waffengang zu verhindern, dessen Ausgang katastrophal für alle seine Teilnehmer sein muß.”³³ Die Antwort auf diesen Appell der Wissenschaft an die politische Vernunft war u. a. die Geburt der internationalen Pugwash-Konferenzen, benannt nach der ersten im Juli 1957 in Pugwash (Nova Scotia – Kanada) veranstalteten Konferenz, an der 20 Wissenschaftler aus zehn Ländern beider Seiten teilnahmen, um zu versuchen, eine Brücke zwischen Ost und West zu bauen.

Um die Kampagne für die Einstellung der Kernwaffentests entwickelte sich eine qualitativ neue Form des direkten Aktionismus in der Friedensbewegung, die eine Reihe von Barrieren und Hemmnissen in beiden Blöcken zu überwinden hatte, wollte sie ihr Ziel erreichen. In Großbritannien entstand im Februar 1958 die “Kampagne für Nukleare Abrüstung” (CND), deren Präsident Bertrand Russell wurde und die ab 1958 die Ostermarschbewegung ins Leben rief, die sich dann sehr schnell nach Westeuropa ausdehnte. In den USA wurden auf der Basis verschiedener liberal-, religiös- und radikalpazifistischer Organisationen die neuen Formen um das “Nationale Komitee für

31 Prof. Infeld from Poland at the Extraordinary session of the WCP, Berlin, 23.–28. May, 1954: 4. In: Ebenda: 152.744.

32 Linus Pauling: No more wars. New York 1958: 235, 159.

33 The Einstein-Tussell-Statement, In: Fellowship, Vol. 21. No. 8. September 1955: 18–21.

eine Gesunde Nuklearpolitik" (SANE) und das "Komitee für Gewaltfreie Aktion" (CNVA) formiert, deren Fokus der Kampf gegen die Atomwaffentests und das nukleare Wettrüsten war und die teilweise mit sehr spektakulären Aktionen – z. B. das Eindringen in Raketenstützpunkten, die Blockade von Atom-U-Booten oder das Hineinsegeln in gesperrte Nukleartestgebiete im Pazifik – die Öffentlichkeit zunehmend zu mobilisieren verstanden. Analog restriktiv wie die US-Behörden oder die Briten gegenüber solchen Aktionen, verhielt sich auch die sowjetische Seite gegenüber geplanten Aktionen in ihren Testgebieten, was die eingangs erwähnte komplizierte Gemengelage eines Zusammenwirkens von Kommunisten und Pazifisten für das gemeinsame Ziel nicht gerade entlastete. Dennoch wirkten Kommunisten wie Pazifisten gemeinsam vor Ort, womit eine Reihe von Kontroversen verknüpft und auch Ausgrenzungserscheinungen nicht die Ausnahme waren. Der Präsident des WFR, Prof. John D. Bernal, hingegen war unbestritten zugleich auch Führungsmitglied der britischen CND. Dem Wissenschaftler und Kommunisten Bernal lag der den Kommunisten immanente politische Führungsanspruch in der Bewegung sowie die politisch-ideologische Striktheit fern, die Probleme für die Zusammenarbeit mit den unabhängigen Friedensgruppen und -netzwerken im Westen von vornherein schuf. Insofern genoß er nicht nur eine große Reputation in pazifistischen Kreisen, sondern war auch in den eigenen Reihen ein unbequemer Denker.

In der Bundesrepublik entstand nach dem "Göttinger Manifest" von 18, vor allem deutschen Atomphysikern um Carl Friedrich von Weizsäcker, Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue 1958 auch die Kampagne "Kampf dem Atomtod", die parteiübergreifend eine Volksbefragung gegen die geplante Atomwaffnung verfolgte, die vom Bundesverfassungsgericht im Juli 1958 verboten wurde. Auf deren Boden begann sich ab 1960 die bundesdeutsche Ostermarschbewegung zu entwickeln, die bis Ende der 60er Jahre an die 200.000 Menschen auf die Straße brachte. Insgesamt war weltweit eine Bewegung entstanden, die sich unabhängig voneinander formierte, aber dem gleichen Fokus zuwandte, der Einstellung der Atomtests. Neue Schichten der Bevölkerung erfassend, parteipolitisch übergreifend wie auch Christen der unterschiedlichsten Konfessionen vereinigend, begann sie sich international zu vernetzen. Sie versuchte auch die Blockgrenzen zu durchbrechen, was partiell gelang, aber es gelang nicht eine vergleichbare Bewegung in Osteuropa aufzubauen. Damit erhielt aber erneut der dem Kalten Krieg innewohnende Antikommunismus Nahrung. In den USA erlebte der Terminus "kommunistisch gesteuert" und "subversiv" eine neue Konjunktur wie auch in der Sowjetunion und Osteuropa wiederholt von diesen pazifistischen Aktivitäten als "agents provocateurs" gesprochen wurde. Als beispielsweise der amerikanische WRI-Aktivist Arlo Tatum 1958 Chruschtschow den Besuch einer pazifistischen Delegation ankündigte und sich auch auf die russische Tradition der Gewaltlosigkeit im Sinne Tolstois berief,³⁴ reagierte man mit der wiederholt prakti-

34 Philadelphia, Lyle Tatum, Chairman Non-Violent Action Against Nuclear Weapons to Premier Nikita S. Khrushchev, 10 April 1958. In: Folder: CNVA Projects. Golden Ruleprinted releases. Box 11. Series VI, CNVA, SCPC.

zierten Methode der Visaverweigerung, was übrigens von den NATO-Ländern par excellence insbesondere gegenüber Delegationen des DDR-Friedensrates in NATO-Staaten praktiziert wurde.³⁵ Wie ungebrochen stereotyp das Kalte-Krieg-Denken auch das offizielle Denken im Staatssozialismus dominierte, zeigte die Haltung zu einer von britischen Pazifisten des "Direct Action Committee" um Pat Arrowsmith und April Carter, die zum radikalen Flügel in der CND gehörten, geplanten Aktion gegen Nuklearwaffen in beiden deutschen Staaten. Seitens des DFR wurde als deren Ziel eingeschätzt, "die DDR international zu diskreditieren und einen Propagandafeldzug gegen die Weltfriedensbewegung zu organisieren. Der provokatorische Charakter der geplanten Demonstration geht eindeutig aus der Absicht hervor, im Falle der Ablehnung von Einreisegenehmigungen durch die Regierung der DDR zu versuchen, die Grenze trotzdem 'gewaltlos' zu überqueren."³⁶

Dieses und andere Beispiele verdeutlichen aber das eigentliche Dilemma, in dem sich gerade der WFR stärker denn je bewegte: Unter Bewahrung des den Kommunisten immanenten politischen Führungsanspruchs, ihrer politisch-ideologischen Striktheit wie auch des sprachlichen Duktus sollten Friedensaktivisten außerhalb des kommunistischen Spektrum gewonnen und dabei eine öffentliche Sprache genutzt werden, die die Gefahr einer eindeutigen Zuordnung zu Moskau ausschloß. Andererseits implizierte die Gewinnung von außerhalb des ideologischen Einflßbereichs stehender Friedenskräfte die Gefahr auch der Kritik an bestimmten Schritten, Aktionen und Positionen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, was wiederum bei offener Artikulation zu Isolation und Ausgrenzung innerhalb des WFR führen konnte. Das galt insbesondere für das komplizierte und widersprüchliche Beziehungsgeflecht mit den neuen, unabhängigen Friedensgruppen und -netzwerken im Westen. Trotz aller partiellen Ansätze gelang es dem WFR nicht, stabile Brücken zu bauen; denn das hieß auch existente Ressentiments auf beiden Seiten abzubauen und neue Formen des Miteinanders zu suchen, wobei es auch galt, tradierte Methoden des Kampfes ad acta zu legen. Joliot-Curie hatte schon 1955 an den WFR appelliert, "die Zahl der Entschließungen und Appelle zu beschränken", da sie "stets denselben Stil (haben) und ... die Gefühle der Menschen, an die wir uns wenden, nicht an(sprechen)."³⁷ Und Pierre Cot brachte es dezidiert auf den Punkt, indem er dringendst dazu aufrief, die zu vordergründige Dominanz von Kommunisten zu vermeiden, um nicht permanent sich des Vorwurfes einer kommunistischen Steuerung ausgesetzt zu sehen. Trotz der objektiven Übereinstimmung in wesentlichen Punkten der Friedensbewegung mit den Forderungen

35 Lawrence Scott. Memo to those concerned about disarmament and world peace, re: We have been and what should be our next step toward peace, July 28, 1958: 3. In: Folder: Memoranda 1957-1961. Series III, ebd.

36 Angaben über eine geplante Demonstration verschiedener westdeutscher und britischer pazifistischer Organisationen "gegen die Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland und in der DDR", Berlin, 21.10. 1960. In: SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/2028/68.

37 Paris, 9.12.1955, Frédéric Joliot-Curie: An die Mitglieder des Büros des Weltfriedensrates. In: SAPMO-BArch DZ 9. 104.513.

sowjetischer Außenpolitik, sollte man aber nicht deren Sprache und Stil unkritisch kopieren.³⁸ Auch wurde im WFR sehr selbstkritisch über eine Veränderung in den bisherigen Aktionsformen nachgedacht, die entsprechend der sogenannten "Tonnenideologie", massenhafte Unterschriftenkampagnen, Massenmeetings, Einbeziehung von mehr und mehr Persönlichkeiten und Organisationen zu den internationalen und nationalen Kongressen und Konferenzen zum Inhalt hatten. Doch kam dieser Selbstüberdenkungsprozeß auf Grund der dominanten kommunistischen Parteistrukturen nicht über ein Anfangsstadium hinaus, suchte aber den Dialog mit der nichtkommunistischen Friedensbewegung zu intensivieren.

Prof. Bernal betonte auf der Sitzung des WFR im Mai 1959, die einen neuen Stockholmer Appell initiierte, die unbedingte Notwendigkeit des Dialogs innerhalb der verschiedenen Sektoren der internationalen Friedensbewegung und setzte sich offensiv mit der These von Kreisen der westlichen Friedensbewegung auseinander, daß der Kampf gegen bestimmte NATO-Schritte automatisch eine Parteinahme für die andere Seite wäre. "Sie betrachten folglich den Weltfriedensrat und seine offensichtlich lobenswerten Ziele, seine Forderung nach Verhandlungen, seine Opposition gegen die Kernwaffen als gefährliche und trügerische Alternative zu der permanenten Aufrechterhaltung der Kalten Kriegsfront im Interesse der Feindesmächte. ... Wir vertreten diese Politik, weil wir überzeugt sind, daß wir nur auf diese Weise imstande sein werden, den gegenwärtigen Strom zum Krieg aufzuhalten, und wir werden jede Regierung oder Partei ermutigen, die diese Politik unterstützt, gleichgültig auf welcher Seite des Kalten Krieges sie sich befinden mag. ... Unsere Arbeit geht nicht dahin, daß die eine oder andere Seite den Kalten Krieg gewinnt. Wir sind gegen den Kalten Krieg in allen seine Formen und Erscheinungen, wir wollen ihn beiseitegefegt und ersetzt sehen durch eine Ära des friedlichen Wettstreits zwischen Staaten, die die Prinzipien der Koexistenz billigen."³⁹

Obwohl dieses Aufeinanderzugehen nicht geradlinig verlaufen konnte, Rückschläge an der Tagesordnung waren, Widersprüche auf beiden Seiten die Möglichkeiten unterminierten, gewann doch an der Wende zu den 60er Jahren ein besseres Verständnis füreinander sich in verschiedenen Formen des Meinungs austausches auszuprägen. Beispiel dafür waren u. a. die vom Deutschen Friedensrat und der Internationale der Kriegsdienstgegner im Juli 1959 unterzeichnete "Gemeinsame Erklärung", die auch offiziell den Weg zu einer verstärkten direkten Zusammenarbeit öffnete, u. a. in Form gemeinsamer Seminare wie im September 1960 zusammen mit der IdK und DFG zum Thema: "Was ist der Kalte Krieg und was haben wir zu tun, um ihn zu überwinden". Doch erwiesen sich in Folgezeit die auf diesem Weg vermuteten Steine als mitunter schwer umgehbarer Brocken. Allein für die Beziehungen zur Friedensbewegung in der

38 Pierre Cot auf der 3. Sitzung der Bürotagung des Weltfriedensrates am 23.–25. Juni 1956 in Paris. In: DFR (Hrsg.): Auszüge aus den wichtigsten Diskussionsbeiträgen: 6. In: Ebd.: 44.420.

39 Prof. J. D. Bernal, F. R. S.: Die Arbeit und die Perspektiven der Sitzung des 10. Jahrestages des Weltfriedensrates, Stockholm, 8.–13. Mai 1959: 7. In: Ebd.: 84.414.

BRD wurde im Jahresbericht des DFR für 1960 über 900 Treffen mit 25.000 westdeutschen Teilnehmern und ca. 5.000 westdeutsche Bürger, die an vom DFR organisierten Studienreisen in der DDR teilnahmen, vermerkt.⁴⁰ Man suchte zu vermitteln und aufzuklären über das Wettrüsten, die Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten, die wachsende Gefahr eines nuklearen Holocaust, einen notwendigen Deutschen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Eines der wohl prägnantesten Beispiele für die Konfliktgeladenheit jener Zeit, wo sich die Spannungen zwischen den Blöcken unmittelbar auf Aktionen der Friedensbewegung niederschlugen, war der am 1. Dezember 1960 in San Francisco begonnene Marsch für Frieden von Pazifisten, der mit einer Kundgebung auf dem Roten Platz am 3. November 1961 endete. Gerade an diesem Marsch zeigte sich die Abhängigkeit konkreter Friedensaktivität von den jeweiligen politischen Bedingungen: Einreiseverbot der internationalen Marschteilnehmer nach Frankreich, Behinderungen in der Bundesrepublik und der erzwungene Abbruch des Marsches in der DDR just an dem 13. August 1961, als laut abgestimmten Marschplan mit den DDR-Behörden und dem Deutschen Friedensrat Aktionen für Frieden und Abrüstung in beiden Teilen Berlins stattfinden sollten. Gerade dieser Fall zeigte unmißverständlich die durch den Kalten Krieg objektiv gesetzten Grenzen für das Handeln der Friedensbewegung. Auch warf der Bruch des nuklearen Teststopp-Moratoriums durch die Sowjetunion, zeitgleich mit der Wiederaufnahme des internationalen Marsches an der polnischen Grenze, berechnete Fragen über die sowjetische Friedenspropaganda auf. Wenngleich dieser Marsch auch in seinem blocküberschreitenden Charakter half, antikommunistische Ressentiments zu entkräften, zeigte er aber auch die zunehmende Instrumentalisierung der Friedensräte in den staatssozialistischen Ländern.

Der hier nur kurz angerissene Komplex verdeutlicht eines der grundlegenden Probleme in dem Mit- bzw. Gegeneinander der Friedenskräfte in Ost und West, dessen historische Aufarbeitung noch aussteht. Die Friedensbewegung war in ihren – auch von den offiziellen Strukturen des Weltfriedensrats im Osten geteilten – generellen Zielen und Anliegen permanent mit dem Syndrom behaftet, kommunistisch gesteuert zu sein. Die in sich sehr heterogene Friedensbewegung in den westlichen Ländern wie auch gegen Ende des Staatssozialismus die inoffiziellen Ansätze einer unabhängigen Friedensbewegung im Osten waren mit dem Syndrom imperialistischer Steuerung behaftet. Das korrespondierte mit der Kalten-Kriegs-Mentalität in beiden Systemen, die nur partiell und zeitlich sehr unterschiedlich in einigen Ländern und konzentriert auf bestimmte Schwerpunktfragen durchbrochen wurde. Hier gilt es insbesondere näher die Entwicklung der Bewegung gegen die US-Aggression in Vietnam, die Haltung zum europäischen Entspannungsprozeß ab Mitte der 60er Jahre wie auch die Fragen der Positionierungen zu den antikolonialen nationalen Befreiungsbewegungen zu

40 Deutscher Friedensrat, Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Friedrich – Präsident –, Heinz Willmann – Generalsekretär –, Berlin, 25. November 1960, Betr.: Die Arbeit des Friedensrates der DDR. In: SAPMO-BArch. DZ 9.397.2141.

untersuchen, um nur einige Schlüsselprobleme zu nennen, die die grundsätzliche Frage von Krieg-Frieden unter den radikal veränderten internationalen Kräftekonstellationen neu stellten. Beide Seiten im Ost-West-Gefüge der Friedensbewegungen waren – ob direkt oder indirekt, ob bewußt oder unbewußt – den Sachzwängen einer Abgrenzung unterworfen, die zweifelsohne ihre Eigendynamik hatte. Doch war eine mitunter offene bzw. größtenteils getarnte Instrumentalisierung nicht auszuschließen. Das erklärt auch gewisse Experimentierphasen in der Kooperation, die von einem permanenten Auf und Ab gekennzeichnet waren, wobei die Brüche in der Mehrzahl der Fälle aus der Sicht der Agierenden insbesondere um den Weltfriedensrat herum nicht logisch nachvollziehbar waren und sich mit der offiziellen Außenpolitik der Sowjetunion im Widerspruch befanden, zumal die von machtpolitischen Hegemonieabsichten der UdSSR geprägte Friedenspolitik in sich widersprüchlich war.

Die hier nur fragmentarisch beleuchteten Ausschnitte aus der ersten Phase der Nachkriegsgeschichte der Friedensbewegung, die faktisch auch den Höhepunkt des Kalten Krieges einschloß, zeigen anschaulich, daß es sich bei der Friedensbewegung um keine kurzlebigen Modeerscheinungen gehandelt hat. Sie sind als soziale Bewegungen zu verstehen, die aufgrund ihrer Breite und stabilisierter organisatorischer Strukturen und Netze sowohl relativ unabhängig von der politischen Großwetterlage und abrupten aktuellen Brüchen als auch unabhängig von den Parteistrukturen und staatlichen Institutionen aktions- und handlungsfähig sind. Als wirkender Kern besitzen sie eine relative Stärke. Dazu gehören in eingeschränktem Maße auch wesentliche Sektoren der kommunistisch dominierten Bewegung um den WFR, der trotz aller aufgrund des politischen Trägerkreises existenten weitestgehenden politisch-ideologischen Identität mit dem Marxismus-Leninismus und damit mit den außenpolitischen Prioritäten des Staatssozialismus, Momente der Eigenständigkeit entwickelte, die sich in objektiv bestehenden Freiräumen bewegten.

Veranstaltungshinweis

Werkstattgespräch: Globalisierung und Geschlecht.

– Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien –
veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Zeit: 21./22. Januar 2000, Freitag 17.00 bis Samstag 17.00 Uhr

Ort: Alte Feuerwache e. V., Axel-Springer-Straße 40/41, 10969 Berlin

Kosten: DM 80,-DM (40,- DM ermäßigt)

Weitere Informationen und Anmeldung:

Silke Veth, T.: 030/29781163 Fax: 030/2978-4222

Referentinnen: Petra Bläss / Christa Wichterich / Christina Thürmer-Rohr /

Frigga Haug / Gisela Notz / Ulla Peters / Eva Bulling-Schröter /

Ingrid Kurz-Scherf u.a.

Heinrich Deist (1874–1963). Ein vergessener Ministerpräsident der Sozialdemokratie

GERHARD BEIER

Mit dem Volksstaat Anhalt regierte Heinrich Deist ein Land, dessen gedeihliche wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung in mancher Hinsicht modellhaft für sozialdemokratische Politik in Mitteleuropa wurde. Wie das Bauhaus Dessau Modellcharakter für Kunst und Architektur gewann, so der kleine Staat für sozialdemokratische Landespolitik. Dieser standhafte Regierungschef, der über zwölf Jahre die Geschicke des kleinen Landes Anhalt als Ministerpräsident und zugleich als Finanzminister in Händen hatte, fehlt in Franz Osterroths "Lexikon des Sozialismus"¹ ebenso wie im "Biographischen Lexikon zur deutschen Geschichte"². Osterroth wußte durch den Sohn Heinrich (1902-1964), daß der Vater noch in der Dessauer Gegend lebte, aber kein Aufsehen wünschte. Inzwischen findet sich eine Kurzbiographie des älteren Deist in der Sammlung "Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten" von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel.³ Freilich enthält der kurze Text von Torsten Kupfer einige Fehler, die korrigiert werden sollten, bevor sie sich in der Literatur festsetzen.

Heinrich Deist stammte aus der Familie des Kleinbauern Georg Deist und seiner Ehefrau Elisabeth, geborene Storch.⁴ Er wurde als ältester Sohn in Mitterode im Kreis Eschwege des damaligen Bezirks Kassel geboren, war also preußischer Untertan. Mitterode ist heute Ortsteil von Sontra im Werra-Meißner-Kreis, Regierungsbezirk Kassel des Bundeslandes Hessen. Die knapp 10.000 Einwohner Sontras verteilen sich heute auf insgesamt 15 ähnliche, ehemalige Dörfer im Richelsdorfer Gebirge, einem Teil des Hessischen Berglands. Die Bevölkerung ist überwiegend evangelisch (80 Prozent) und bis heute politisch von absoluten Mehrheiten der Sozialdemokratie geprägt.

Mit dem Geburtstag am 9. Juli 1874 wurde Deist mitten in die erste Wirtschaftskrise des Bismarckreiches hinein geboren, aus der die erste Weltwirtschaftskrise werden sollte, die fast 20 Jahre anhielt und als Große Depression in die Wirtschaftsgeschichte

1 Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus. Hannover 1960.

2 Gerhard Hass, Karl Obermann u. a.: Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte, von den Anfängen bis 1945. Berlin 1971.

3 Manfred Asendorf und Rolf von Bockel (Hg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart und Weimar 1997: 120f.

4 Soweit nicht anders angemerkt, entsprechen diese Daten und Fakten dem maschinenschriftlichen Lebenslauf vom 12. Februar 1951 aus dem Nachlasssplitter Heinrich Deist im Landesarchiv Oranienbaum, Signatur Nr. 11, Bl. 7–12.

einging. Der Vater mußte seinen Hof verkaufen und ging als Fabrikarbeiter nach Kassel, wo mit der Firma Henschel ein Schwerpunkt des deutschen Maschinenbaus, insbesondere des Lokomotiv- und Eisenbahnbaus entstand, später auch der Luftfahrtindustrie und des militärisch-industriellen Komplexes.

Heinrich Deist besuchte in Mitterode zunächst einige Jahre die einklassige Dorfschule und in Kassel die größere Volksschule. Der Schulabgänger mußte ein Jahr in der Fabrik arbeiten, um dann vier Jahre den Beruf des Schriftsetzers bzw. des Typographen zu erlernen. Der Setzer arbeitete damals im Blei- und Handsatz. Es gab noch keine Setzmaschinen in Deutschland. Die Bleitypen wurden auf dem "Winkelhaken" zu Zeilen gesteckt, auf "Schiffen" gesammelt und in Formen umbrochen – fast in der gleichen Technik wie zu Gutenbergs Zeiten. Die Lehrstellen waren begehrt und gingen mit Vorliebe an begabte Jungen aus dem Proletariat. Sie gewannen dadurch Zugang zu einem gebildeten Beruf, ohne Akademiker zu werden. Im Zeitungsbetrieb arbeitete der Setzer Hand in Hand mit Journalisten und Redakteuren, weil Korrekturen und Umbruch anders nicht zu leisten waren. Oft mußte der Setzer redaktionell improvisieren, damit der Umbruch paßte. Etliche Setzer dienten zunächst als "Sitzredakteure" und bildeten eine Rekrutenschule der Arbeiterpresse. Weibliche Schriftsetzer gab es nicht. Bestrebungen des liberalen Lettevereins, Frauen in den Setzerberuf einzufädeln, wurden vom Buchdruckerverband und den organisierten Kollegen konsequent abgelehnt und aktiv bekämpft.

Bei Auslaufen des Sozialistengesetzes nahm Vater Deist den Jungen mit in eine Volksversammlung, auf der ein Reichstagskandidat der Sozialdemokratie sprach. In seinen "Erinnerungen" von 1962 nannte Heinrich Deist als Redner den Kandidaten "Melzinger"⁵. Ein solcher Mann ist in der einschlägigen Literatur unbekannt.⁶ Vermutlich handelte es sich um eine Fehlleistung des alten Mannes oder seiner Schreibkraft⁷. Zehn Jahre vorher nannte er Wilhelm Pfannkuch, der sehr genau in das angegebene Profil paßt.

Der Tischler Wilhelm Pfannkuch (1841–1923) stammte aus Kassel und blieb auf Wanderschaft in Berlin hängen. Er zählte zu den eindrucksvollsten proletarischen Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, war zugleich kommunalpolitisch und gewerkschaftlich aktiv. Der Veteran der Arbeiterbewegung amtierte noch 1919 als Alterspräsident der Weimarer Nationalversammlung. Pfannkuch war vor dem Sozialistengesetz Redakteur beim Kasseler "Volksblatt" gewesen. Er kandidierte 1890 u. a. für den Wahlkreis Kassel 2 und Waldeck.⁸ Es mußte also eine Wahlversammlung vom Frühjahr 1890 gewesen sein, als die Sozialdemokratie nach Auslaufen des Schandgesetzes reichsweit einen triumphalen Wahlsieg erringen konnte.

5 H. Deist: Sozialismus in Anhalt, Erinnerungen, maschinenschriftlicher Durchschlag mit handschriftlichen Marginalien des Verfassers, 25 S. [Dessau 1962]: 1.

6 Siehe Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918, biographisch-statistisches Handbuch. Düsseldorf 1986.

7 Das Wort könnte aus dem Ortsnamen Melsungen verballhornt sein.

8 Präzise Angaben bei W. H. Schröder: 177.

Pfannkuch mußte einen prägenden Eindruck auf den fünfzehnjährigen Lehrjungen gemacht haben, denn Deist schrieb noch 60 Jahre später: “Ich wurde von dem Redner und seinem Vortrag dermaßen gepackt, daß ich von da ab jede Versammlung besuchte, in die ich hineinkommen konnte.⁹ Alle sozialistische und naturwissenschaftliche Literatur verschlang ich, die ich nur bekommen konnte und an jeder Flugblattverteilung nahm ich teil, die stattfand.”¹⁰

Zur politischen Prägung kam in dieser sensiblen Phase des heranwachsenden jungen Mannes die Erfahrung eines harten Arbeitskampfes. Der große Streik der deutschen Buchdrucker von 1891/92 ist in seiner historischen Bedeutung mit dem nationalen Ausstand der englischen Maschinenbauer von 1852 verglichen worden.¹¹ Es handelte sich um den Versuch der deutschen Buchdrucker, die sich als “Unterstützungsverband” durch die Jahre der Verfolgung hindurchlaviert hatten, endlich wieder Gewerkschaftspolitik in großem Rahmen zu betreiben. Die Gutenbergjünger wollten als erste in Deutschland – entsprechend der Maifeierresolution der Internationale von Paris 1889 – einen Schritt in Richtung auf den Achtstundentag wagen, und zwar nicht auf politisch-gesetzlichem Wege, sondern durch tarifliche Vereinbarung mit den Unternehmern. Die bis dahin geltende zehnstündige Arbeitszeit sollte auf neun Stunden verkürzt werden.

Der Arbeitskampf begann am 31. Oktober und hätte bis kurz vor Weihnachten gewonnen werden müssen, weil anschließend die chronisch flauere Zeit anbrach. Fast die Hälfte der über 30.000 Kollegen im Reich war organisiert. 6.300 bekamen ihre Forderungen sofort bewilligt. 8.600 traten reichsweit in den Ausstand und wurden durch großzügige Streikgelder unterstützt. Die übrigen verhielten sich neutral. Sie wurden durch Streikbrecher verstärkt, die insbesondere aus Österreich und Ungarn angeworben wurden.

Der Unterstützungsverband besaß gut gefüllte Kassen. Es flossen reichlich Spenden, auch aus England und Nordamerika. An Unterstützungen und Streikgeldern wurden insgesamt mehr als 2 Millionen Goldmark aufgebracht, zu damaliger Zeit ein unvergleichbar hoher Betrag. Wilhelm Liebknecht hatte durch Empfehlungsschreiben die Spendenfreude der Internationale angeregt. Trotzdem brach der Streik nach 10 Wochen zusammen, nachdem die Unternehmer eine Sequestrierung der Unterstützungskassen erreicht hatten. Diese Niederlage stürzte den Verband in eine schwere organisatorische Krise. Viele Gewerkschafter zogen daraus die Konsequenz, daß allein der revolutionäre politische Kampf zum Erfolg führen würde.

Der greise Friedrich Engels beobachtete Kampf und Niederlage aus England mit größter Skepsis. Er fühlte sich und auch Eduard Bernstein durch Emil Döblin (1853–

9 Nach damaligem Vereinsrecht durften Jugendliche nicht an Parteiversammlungen teilnehmen.

10 Landesarchiv Oranienbaum, Nachlasssplitter Heinrich Deist, Nr. 11, Bl. 7.

11 Nach Thomas von der Vring: Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg und in der Inflationszeit (1914–1924). Die Geschichte einer Gewerkschaft während zehn Kriegsjahren. Frankfurt a. M. 1965: 36ff. Dort auch die weiteren Daten und Fakten.

1918), den deutschen Druckerpräsidenten, bei dessen Bettelreise durch die britische Gewerkschaftswelt übergangen. Engels kritisierte die großspurigen Streikunterstützungen der deutschen Kollegen und weckte durch einen langen Beschwerdebrief an Karl Kautsky jenes Vorurteil gegen die “Arbeiteraristokraten”, das durch Kautsky auf Lenin und Stalin übertragen wurde und bis weit in die Geschichte der DDR negative Auswirkungen für die Akzeptanz der Gutenbergjünger in der politischen Linken gewinnen sollte.¹²

Anders der Effekt beim jungen Deist, der sich 1951 noch erinnerte: “In dem Buchdruckerstreik des Jahres 1891/92 war meine ganze Sympathie auf der Seite der Streikenden. Ich brachte wichtige Mitteilungen aus dem bestreikten Betrieb nach dem Streikbüro und nach der sozialdemokratischen Zeitungsredaktion und weigerte mich, Überstunden zu machen. Das brachte mir in diesem Falle die damals üblichen Ohrfeigen des Lehrmeisters ein. Als geohrfeigt ging ich nun überhaupt nicht wieder in den Betrieb, sondern strengte vor dem Gewerbeschiedsgericht [...] einen Prozeß auf Lösung des Lehrverhältnisses an. Den Prozeß gewann ich und beendete dann meine vierjährige Lehrzeit in der Buchdruckerei ‘Gutenberg’, welche das sozialdemokratische “Volksblatt” druckte.”¹³

Am Tage der Beendigung seiner Lehrzeit trat Heinrich Deist dem Buchdruckerverband bei. Ein halbes Jahr später war er arbeitslos und begab sich auf Wanderschaft, wie es damals noch üblich war. Der Verband unterstützte die Gehilfen auf der Walz durch ein “Viaticum”, ein Wegegeld, das zugleich eine Arbeitslosenunterstützung bedeutete. Laut Wanderbuch reiste Deist am 12. Februar 1894 nach Butzbach und wanderte Tag für Tag weiter nach Groß Karben, wohnte in Frankfurt am Main in der “Herberge zur Heimat”, kam nach Offenbach, zog am 17. Februar weiter nach Groß-Gerau, übernachtete beim Armen-Verein in Mainz, nahm die schöne Rhein-Route über Rüdesheim und St. Goarshausen bis Braubach, wo er für einige Wochen Arbeit gefunden zu haben scheint. Ende April mußte Deist wieder auf die Landstraße, kam am 26. April nach Herford, dann nach Hameln und weiter die Weser abwärts nach Setzen, Stolzenau, Nienburg und Stade. In dieser Gegend wurde er für das Militär gemustert, bekam einen Landsturmschein für die Infanterie ausgefertigt, und zwar im ersten Aufgebot, ohne daß er tatsächlich gedient hätte. Womöglich half ihm ein Aufenthalt in Dänemark, um der dreijährigen Dienstpflicht zu entgehen.

Es zog ihn jedenfalls nach Norden: Neumünster, Bordsesholm, Burg in Dithmarschen. Am 1. August wurde ihm in Hadersleben an der dänischen Grenze eine Bescheinigung in dänischer Sprache ausgestellt, daß er als Mitglied des “Dansk Typograph Forening” zu gelten habe.¹⁴ Zwischen dem deutschen und dem dänischen Verband bestand ein Gegenseitigkeitsvertrag, wechselseitig an Mitglieder das Viaticum zu zah-

12 Friedrich Engels an Karl Kautsky. 27. Dezember 1891. In: MEW, Bd. 28: 241–243.

13 LA Oranienbaum, Nachlasssplitter Heinrich Deist, Nr. 11, Bl. 7.

14 Ebd., Nr. 2, Bl. 17.

len. Das war keine reine Wohltätigkeit, sondern diente dem Schutz vor billigen Wanderarbeitskräften. Bei den dänischen Kollegen scheint Deist sich nicht wohl gefühlt zu haben. Der Grenzstreit um Nordschleswig beeinträchtigte den Umgang zwischen Dänen und Deutschen.

Deist nannte auch Koblenz, Leck, Harburg, Hamburg, Oldenburg, Berlin und Tangermünde als Stationen seiner Wanderschaft. Er trat 1895, als er volljährig wurde, der Sozialdemokratischen Partei bei. Überall in Gewerkschaft und Partei, in Turn- und Stenografenvereinen stand er nach eigenen Angaben in der ersten Reihe. Der begeisterte Sozialist wollte Redakteur und Volksredner werden.¹⁵ Am Ende seiner Wanderschaft blieb er in Bant bei Wilhelmshaven hängen, wo er in der Buchdruckerei Paul Hug und Co. in Kondition stand.

Die Arbeitsmarktlage spitzte sich zu, denn mit der "Linotype" brach für Schriftsetzer die permanente industrielle Revolution des eigenen Faches an. Schon 1890 war in Manchester die erste Linotypenfabrik in Europa gegründet worden. 1894 stand die erste Setzmaschine aus dieser Produktion auf dem Kontinent, und zwar in Amsterdam. Am 1. Mai 1896 wurde die Linotype erstmals in Deutschland gezeigt, und zwar in Berlin in der Gewerbeausstellung am Treptower Park. 1897 ging die Linotype als "Königin der Setzmaschinen" aus einem Wettbewerb während der Leipziger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung hervor.¹⁶ Der Rationalisierungsdruck erreichte die Schriftsetzer in Deutschland. Sie wehrten sich – wie schon 1848 gegen die Schnellpressen – nicht durch Maschinenstürmerei, sondern durch tarifliche Vereinbarungen, um die unvermeidliche technische Umwälzung möglichst sozialverträglich zu gestalten. Mit Linotype und Monotype drangen Maschinen in das Gewerbe, die bereits einen hohen Grad der Automatisierung zeigten, auch wenn es noch keine elektronische Steuerung gab.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Verelendung traf mit den Setzern einen bis dahin als privilegiert geltenden Teil der Arbeiterschaft. Deist führte mit seinen Wanderpapieren eine Abschrift des Gedichtes von Friedrich Wilhelm Fritzsche: "Das Proletariat" mit den Eingangszeilen¹⁷:

*Hohläugig, gramdurchfurcht die Wangen, / die Blöße kaum noch halb verhüllt,
kommt schleichend es dahergegangen ... / Und am Ende der Schwur:
Drum zum Verzweigungskampf geschritten: / Sieg oder Tod! – das ist mein Rath;
Ich bin das Proletariat.*

Wer als klassenbewußter Buchdrucker für die gemeinsame Sache agitierte und Dissident war, der wurde gleichwohl von zwei sozialen Mythen bewegt, dem des Proletariats, wie er in Fritzsches Gedicht beispielhaft zum Ausdruck kam, und vom Mythos Gutenbergs, der eine klassenkämpferisch und revolutionär, der andere sozialintegrativ

15 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 2f.

16 Daten nach Willi Mengel: Die Linotype erreichte das Ziel. Berlin und Frankfurt a. M. Mainz 1955: 89.

17 LA Oranienbaum, Nachlaßsplitter Heinrich Deist, Nr. 2. Der Text weicht von den gedruckten Fassungen ab, ist also "zersungen", was für eine starke mündliche Überlieferung dieses Mythos vom Proletariat spricht.

und reformbewußt. Die starke gesellschaftspolitische Energie der Gutenbergjünger in den sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts erklärt sich durch die Verbindung beider Mythen, die um die Jahrhundertwende einen Höhepunkt erreichte, in den sich die lebendige Erinnerung an die Revolution von 1848/49 mischte.

Obwohl die Persönlichkeit Gutenbergs als realhistorische Erscheinung des Erfinders der Buchdruckerei, genau genommen des Schriftsatzes mit beweglichen Bleilettern, in Mainz 1440 auszumachen ist, kommt dem Mythos Gutenberg die größere sozial- und kulturgeschichtliche Bedeutung zu als der konkreten Biographie des Erfinders. Er repräsentiert die integrale Schöpfergestalt der ganzen Branche, ist der Demiurgos der Schwarzen Kunst und zugleich die Projektionsfläche aller branchenspezifischen Sehnsüchte. Allein der Name verleitet schon zur Apotheose. Die Synthese des Täufers vom Jordan mit dem guten Berg des neuen Evangeliums – welche heilsgeschichtlichen Erwartungen knüpfen sich nicht allein an diese Worte? Johannes Gutenberg konstituiert die Dreieinigkeit der graphischen Integration aus Schöpfer, Gehilfe und Prinzipal wie Geist, Sohn und Vater in einer Gestalt.

Wer die Johannisfestschriften durchsieht, bekommt den Eindruck einer förmlichen Sucht nach Jubiläumsdaten, die der weiteren Überhöhung dieser Schöpfergestalt dienen konnten. Zu den "runden" Geburtstagen, die sich an das fiktive Jahr 1440 als Jahr der Erfindung der Schwarzen Kunst klammerten, kam der noch rundere und ebenso fiktive leibliche Geburtstag Gutenbergs im Jahre 1400, der mit der Jahrhundertwende das halbe Jahrtausend erfüllte.

Am 1. Januar des Jahres 1900 wurde der erste Setzmaschinentarif der Geschichte in Deutschland vereinbart. Zum Johannisfest erschien die erste umfassendere Geschichte der deutschen Buchdruckergewerkschaft, wobei der Verfasser nachdrücklich auf die zahlreichen Fünfhundertjahrfeiern des Gutenbergjahres Bezug nahm. In 117 Städten wurden besondere, teils zweitägige Gutenbergfeiern veranstaltet. In Mainz wurde das Gutenbergmuseum gegründet.¹⁸

Heinrich Deist war als Typus kein ausgeprägter Enthusiast, aber die Johannisfeier des Jahres 1900 muß ihn gepackt haben, denn unter den wenigen ganz persönlichen Hinterlassenschaften findet sich eine Postkarte, die er wie seinen Augapfel hütete, so daß sie über seinen Tod hinaus im Nachlaßsplitter erhalten blieb. Die Postkarte zeigt das Porträt Gutenbergs, medaillenartig im Lorbeerkranz mit Eichenlaub und Efeu und der Inschrift "Zum fünfhundertjährigen Gutenberg-Jubiläum". Auf dem freien Schriftfeld finden sich freimütige Liebesgrüße, die nach damaligen Sitten wie ein Heiratsantrag gewirkt haben müssen. Dazu die dringende sommerliche Einladung an den Jadestrand. Die Adressatin: L. Breitzmann in Stettin.¹⁹ Wenig später eine Postkarte mit Rosen und Vergissmeinnicht und zahlreichen Liebesgrüßen, wiederum an Fräulein L. Breitzmann, diesmal in Neu Brandenburg.²⁰

18 Weitere detaillierte Angaben bei Willi Krahl: 335ff.

19 LA Oranienbaum, Nachlaßsplitter Deist, Nr. 12/3.

20 Ebd., Nr. 12/1.

Am 28. Dezember 1901 heirateten Heinrich Deist und Luise Breitzmann. Am 10. Dezember 1902 kam mit dem ältesten Sohn Heinrich ein begabter Junge zur Welt, der ein halbes Jahrhundert später unter Erich Ollenhauer (dem Magdeburger!) und Willy Brandt zum führenden Wirtschaftspolitiker der deutschen Sozialdemokratie aufstieg. Die Söhne Karl, Hermann und Franz folgten. Es muß eine ungewöhnlich glückliche Ehe gewesen sein, die unter dem Segen Gutenbergs gestiftet wurde.

In seinen verschiedenen Lebensläufen und Erinnerungen nannte Deist immer wieder eine weitere Postkarte, die für ihn schicksalhaft wurde. Diesmal kein bunter Blumen Gruß, sondern eine Dienstpostkarte aus der Redaktion des "Korrespondenten" für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, der traditionsreichsten deutschen Gewerkschaftszeitung. Die Karte datierte vom 28. Mai 1903 und trug als Aufkleber eine kleine Stellenanzeige aus dem "Volksblatt für Anhalt": "Geschäftsführer gesucht". Mit Antrittstermin am 1. Oktober 1903 wurde eine Position mit 1.800 Mark Jahresgehalt ausgeschrieben. Das war mehr als ein Setzer zu dieser Zeit verdiente.

Dazu eine handschriftliche Empfehlung: "Die Genossen in Dessau sind ziemlich nette Leute, mit denen Sie wohl auskommen würden. Versuchen Sie es einmal, man will einen Buchdrucker haben, und da ist es immer besser, es kommt ein *Mann* an diese Stelle als einer, der *in jedem Betracht* mit all und jedem in der Partei durch dick und dünn geht. Wenn es bei mir möglich wäre, würde ich mich selbst melden, denn ich hab diesen undankbaren Posten bis zum Hals ran satt." Am Ende "Herzliche Grüße!" und "Ihr Rex".

Diese Postkarte brachte Deist den entscheidenden Hinweis für seine erfolgreiche Bewerbung, die seine Karriere vom Geschäftsführer eines "Käseblattes", wie er selber es zunächst nannte, zum erfolgreichen Lokalpolitiker und schließlich zum Ministerpräsidenten des Landes Anhalt begründete. Deist nannte den Absender noch nach Jahrzehnten seinen "Freund". Das "Sie" in der Anrede darf nicht irritieren. Die Gutenbergjünger pflegten einen formal besonders korrekten Umgang untereinander, redeten sich geradezu mit "Herr Kollege" an, wie es auf dem Bau oder in der Fabrik undenkbar war. Sie standen wegen dieser Steifheiten im Verdacht des "Stehkragenproletariats".

Wer aber war dieser "Rex", der beinahe selber nach Dessau gegangen wäre? Es handelte sich um Ludwig Rexhäuser, den überaus begabten und zugleich außerordentlich schwierigen Chefredakteur des "Korrespondenten", zugleich Historiker des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Rexhäusers Biographie ist bis heute ungeschrieben und soll hier jedenfalls in Stichworten angedeutet werden.

Er wurde am 5. Januar 1863 in München geboren und starb am 22. Januar 1914 in Füssen nach einem unglücklichen Unfall oder Selbstmordversuch in den letzten Stunden des Jahres 1913 bei Pfronten im bayrischen Allgäu. Um seine Person und seinen Lebenslauf woben sich unauslöschliche Legenden.

"Rex", wie er sich selbstbewußte zu nennen pflegte, hatte die Redaktion des "Korrespondenten" im Jahre 1896 übernommen, als die Organisation sich nach der Niederlage von 1892 einigermaßen konsolidiert hatte und konsequent den Weg der

Tarifpolitik bis hin zur Tarifgemeinschaft ging, während die Generalkommission der Gewerkschaften sich erst auf dem Frankfurter Kongreß von 1899 zur Tolerierung der Tarifpolitik als eines gewerkschaftlichen Instruments zur Hebung der Klassenlage durchringen konnte. Klassenkämpferische Gewerkschaften lehnten diese Form der “Konfliktpartnerschaft”, wie es modern heißen würde, noch bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus ab.

Rex stand selbstverständlich auf der Seite Eduard Bernsteins im Revisionismusstreit gegen Karl Kautsky, war also auch Gegner August Bebels. Seine besondere “Liebe” galt den Parteizeitungen “Vorwärts” und insbesondere der “Leipziger Volkszeitung”. Es gab nicht nur den Grundsatzstreit über die Führungsrolle der Partei und die Autonomie der Gewerkschaften, sondern auch viele kleinliche Häkeleien mit den kapital-schwachen Parteiblättern, die sich nicht an tarifpolitische Errungenschaften halten wollten bzw. konnten. Rex nahm dabei kein Blatt vor den Mund und erhielt schon 1898 die Quittung durch Ausschluß aus der Leipziger Parteiorganisation. Er war zu stolz, in die Revision zu gehen. Er suchte Gegner auf allen Seiten, auch bei den Liberalen und insbesondere bei den Christlichen Gewerkschaften, die sich im “Gutenbergbund” gegen den Verband gestellt hatten.

Nach jahrelangen, teils bizarren Querelen schied Rexhäuser 1912 aus der Redaktion des Verbandsblattes aus und versuchte sich an erfolglosen Gründungen von eigenen Zeitschriften und Zeitungen. Er war ein Beispiel für die Überproduktion publizistischer Talente unter den “Arbeitern im Weinberg des Geistes”, wie Robert Blum die Gutenbergjünger einst genannt hatte. In der politischen Richtung gab es zwischen Deist und Rexhäuser durchaus Ähnlichkeiten, aber sie waren gewiß völlig verschiedene Temperamente, der eine ein frühexpressionistischer Feuerkopf, der andere ein Wegbereiter der neuen Sachlichkeit.

Unter den Freunden in Dessau dürfte Rexhäuser am ehesten mit Heinrich Peus (1862–1937) harmoniert haben, aber auch nur aus der Ferne.²¹ Im täglichen Umgang wären Peus und Rex gewiß rasch aneinander geraten. Insofern war Rexhäusers Kartengruß an Deist nicht nur persönlich nützlich, sondern auch politisch zweckdienlich, um in Dessau ein erträgliches Betriebsklima zu schaffen. Rex und Peus gemeinsam hätten entweder das “Volksblatt” gesprengt oder sich gegenseitig das Leben unerträglich schwer gemacht.²²

Deist hatte einen guten Start in Dessau. Er enthielt sich ideologischer Streitigkeiten und persönlicher Querelen. Stattdessen konzentrierte er sich auf die Infrastruktur der

21 Kurzbiographie von Torsten Kupfer in: M. Asendorf u. a.: Demokratische Wege: 474ff. Der Nachlaß Peus liegt im Stadtarchiv Dessau. Er enthält Gedenkartikel u. a. von Gustav Jeuthe und ein kaum ausgewertetes Tagebuch, das von 1893 bis 1936 führt. Bei F. Osterroth: 237f. findet Peus sich in zwei Spalten gewürdigt.

22 Eine problematisierende Charakteristik Rexhäusers, die sich auf jahrelanges Miteinander gründete, findet sich bei Willi Krahl: Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft, zweiter Band, von der Sitzverlegung nach Berlin im Jahre 1988 bis zum fünfzigjährigen Bestehen im Jahre 1916, Berlin 1933: 383 bis 386.

sozialen Bewegung am Ort. Für das "Volksblatt" als Parteizeitung schuf er auf genossenschaftlicher Basis eine eigene Druckerei, die am 1. Oktober 1904 im eigenen Gebäude auf eigenem Grund und Boden betriebsfertig war. Durch genossenschaftliche Anteilscheine wurden in zwei Jahren 60.000 Goldmark Betriebskapital aufgebracht. Das alles funktionierte mit "großer Begeisterung und Arbeitsfreude", wie Deist selber berichtete.²³ Das Anwesen Askanische Straße 107 wurde zum Sitz von Druckerei und Redaktion. Dort residierte zugleich der Parteisekretär der SPD, der Bildungsausschuß, das Arbeitersekretariat, das Gewerkschaftskartell und Heinrich Deist persönlich mit seiner Frau und den vier hoffnungsvollen Söhnen.

Das praktische Talent des Geschäftsführers bewährte sich nochmals, als Deist 1910 im Auftrage der Gewerkschaften das größte und schönste Gartenlokal, das berühmte "Tivoli" für eine viertel Million Goldmark erwarb. Er zog Arbeiterdruckerei und Konsumverein in seine Transaktion mit hinein, überlistete das lokale Besitzbürgertum, und schuf auf diese Weise die Basis einer aufblühenden proletarischen Versammlungskultur. Die Genugtuung über den gelungenen Coup schwingt noch mit, wenn er in seinen Erinnerungen schreibt: "Mit der Verlegung aller Veranstaltungen in dieses Lokal machte die Dessauer Arbeiterbewegung einen bemerkenswerten ruckartigen Aufstieg, besonders in kultureller Beziehung. Der Betrieb ergab im ersten Jahre einen so großen Überschuß, daß Zentralheizung, eine Doppel-Kegelbahn und neue Versammlungszimmer gebaut werden konnten."²⁴

Der politische Weg, den Deist beschritt, war konstruktiv und reformistisch. Er setzte auf vernünftige Zusammenarbeit mit den sozial aufgeschlossenen Teilen des liberalen Bürgertums und auf den parlamentarischen Weg zur Macht mit Hilfe des Verhältniswahlrechts²⁵. Er ließ sich schon 1904 in Dessau zum Stadtverordneten wählen und gehörte dem Gemeinderat bis 1919 an, zuletzt als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Er verband seine kommunalpolitischen Möglichkeiten geschickt mit der Arbeit für Partei und Gewerkschaft. Im Ersten Weltkrieg übernahm er im Nebenamt die Geschäfte des Tivoli und leitete gegen Kriegsende zugleich das Lebensmittelamt und die Kriegsküche der politischen Gemeinde.

Das "Volksblatt" für Anhalt erschien im Verlag von Heinrich Deist und wurde von 1907 bis 1918 durch seinen Freund Hinrich Linneweber redigiert. Linneweber war am 29. April 1874 in Abbehausen bei Nordenham geboren und hatte Schriftsetzer gelernt. Beide hatten sich schon in der Wilhelmshavener Gegend an der Jade als Gesinnungsfreunde getroffen. Deist holte ihn 1905 nach Dessau, ließ ihn zunächst als Berichterstatter arbeiten und machte ihn zwei Jahre später zum Redakteur. Diese enge Verbindung von Verleger und Redakteur läßt darauf schließen, daß in den redaktionellen Beiträgen der Zeitung auch die politischen Positionen von Deist zu erkennen sind. Linneweber starb am 23. November 1918 plötzlich und unerwartet nach einer

23 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 2.

24 Ebenda: 3.

Volksblatt für Anhalt

Organ zur Wahrung der Interessen
des arbeitenden Volkes

Verlag: Carlomag Orth, Erfurt. Druck der Arbeiter-Druckerei, Dessau

Abonnementpreis vierteljährlich 1.50 Mark, monatlich 50 Pf. Bei Abnahme in der Quartale ersichtlich 10 W. vorangeh. bei Nichtabnahme bei jeder Zustellung nach der Sendung monatlich 14 Pf. nach. Erhalten monatlich

Abonnementpreis vierteljährlich 1.50 Mark, monatlich 50 Pf. Bei Abnahme in der Quartale ersichtlich 10 W. vorangeh. bei Nichtabnahme bei jeder Zustellung nach der Sendung monatlich 14 Pf. nach. Erhalten monatlich

Verleger: Carlomag Orth, Erfurt. Druck der Arbeiter-Druckerei, Dessau

Nr. 269

Dessau, Freitag, den 15. November 1918

29. Jahrg.

Mitbürger des Landes Anhalt! Arbeiter und Soldaten!

Der anhaltische Staat hat, unterstützt durch die Volkskraft der Bauern, die Stellung des Königtums zu sich angenommen. Arbeiter und Soldaten, die heute die Herrschaft und Macht der Monarchie ersetzen in, helfen bereits auch bei in diesem herrschen. Das herrschende Geschlecht hat sich in diesem Staat verhalten.

Wir bitten alle Arbeiter und den anhaltischen Staat in Arbeit und Staat ohne Unterbrechung der Volksherrschaft. Die Elemente der Staatlichkeit, was die Herrschaft an Menschen und mit der Arbeit der Arbeiter, die unterdrücken, sind der Herrschaft der Monarchie, die unterdrücken, sind der Herrschaft der Monarchie, die unterdrücken, sind der Herrschaft der Monarchie.

Wir bitten alle Arbeiter und den anhaltischen Staat in Arbeit und Staat ohne Unterbrechung der Volksherrschaft. Die Elemente der Staatlichkeit, was die Herrschaft an Menschen und mit der Arbeit der Arbeiter, die unterdrücken, sind der Herrschaft der Monarchie, die unterdrücken, sind der Herrschaft der Monarchie.

Kopf der von Heinrich Deist verlegten Zeitung "Volksblatt für Anhalt", Ausgabe vom 15. Nov. 1918. (Archiv Dr. Gerhard Beier).

Magenoperation, die ihn aus der Redaktionsarbeit mitten in der revolutionären Umwälzung herausgerissen hatte. In einem Nachruf hieß es über sein Verhältnis zur Novemberrevolution: "Mit großer Sorge betrachtete er das Treiben der Extremisten, er war ganz nahe bei seinen Kollegen in der Redaktion und die Genossen in der Parteileitung des ganzen Landes tief erfüllt von der Notwendigkeit, daß die Kunst des Regierens gelernt werden müsse, und daß, wer an verantwortungsvoller Stelle stehe, mit Eifer, Gewissenhaftigkeit und Bescheidenheit zu arbeiten verpflichtet sei. Er war kein Phantast, sondern ein Freund wirklich erfolgreicher Arbeit."²⁶ Damit wurden Tugenden und Charaktereigenschaften genannt, die gewiß auch auf Deist zuträfen. Linneweber, Deist und die ganze Redaktion vertraten ein und dieselbe politische Richtung: "... immer fanden wir uns auf der Linie, die für die anhaltische Arbeiterbewegung seit vielen Jahren festliegt."²⁷

Hier ist nicht der Platz, um das politische Profil des Blattes darzustellen und zu analysieren. Nur einige Hinweise mögen zeigen, wie interessant eine Rekonstruktion der Haltung von Deist und seinen Freunden wäre.

Kurz vor der Revolution in Rußland plädierte das Blatt für ein vereinigt Europa auf dem Kontinent. Es sah eine unüberwindliche Feindschaft gegen England und

25 H[einrich] Deist: Verhältniswahl für die anhaltinischen Gemeinden. Dessau 1910.

26 Linneweber tot. In: Volksblatt. 24. November 1918: 2.

27 Ebd.

Amerika, aber die Perspektive eines vereinigten Kontinentaleuropa unter Einschluß Rußlands. Das Blatt berichtete über europa-freundliche Äußerungen des Staatssekretärs von Kühlmann und über einen Aufsatz von Heinrich Wollheim: "Europas Schicksalsstunde". Friedrich Naumanns Buch über "Mitteleuropa" wurde als zu aggressiv gegen andere Staaten auf dem Kontinent abgelehnt. Die Redaktion sprach sich eindeutig für ein konföderiertes Kontinentaleuropa aus und knüpfte Hoffnungen an einen "Europäischen Kongreß", der in Zürich stattfinden sollte.²⁸ Auf derselben Seite berichtete das Blatt über eine zweite große "Massendemonstration für den Verständigungsfrieden", die in Frankfurt am Main 30.000 Teilnehmer mobilisiert hatte, eingeladen von der Sozialdemokratie mit Beteiligung von Liberalen und Zentrumspolitikern.

Die Oktoberrevolution 1917 wurde in den ersten Meldungen widersprüchlich geschildert. Nur zögernd erkannte die Redaktion den Erfolg der Bolschewiki. Es gab Zweifel an Lenin, wobei Trotzki die entscheidende militärische Aktion zugeschrieben wurde. Am Ende stand eine pauschale Verurteilung all dieser gewaltsamen Aktionen: "Auf alle Fälle ist dieser Bürgerkrieg das Furchtbarste des Furchtbaren. Die Verbrecher aber, die das russische Volk nicht zur Neuordnung des Landes kommen lassen, sitzen in London und Washington."²⁹ Auf derselben Seite wurde die Reichsregierung in Berlin ermahnt, endlich die versprochene Wahlrechtsreform durchzuführen. – Zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hieß es im Januar 1918, daß weiterhin ein Frieden ohne gewaltsame Annexionen und ohne Entschädigungen angestrebt werde. Auch im Osten sollte der Grundsatz des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" gelten.³⁰ Die "Gewaltsame Auflösung der Konstituante" am 18. Januar 1918 stieß auf eindeutige Kritik: "Diese Gewaltherrschaft der Bolschewiki kann uns Sozialdemokraten natürlich nicht imponieren. Wo ist da von Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung des russischen Volkes die Rede?"³¹

Anfang Oktober 1918 ging es in Anhalt los. Die Redaktion des "Volksblattes" richtete einen offenen Brief an Prinz Aribert, den Prinzregenten von Anhalt. Darin wurde zunächst nicht die Aufhebung der Monarchie, sondern die Herstellung einer konstitutionellen Monarchie auf der Basis einer demokratischen und parlamentarischen Staatsverfassung, und zwar im Einklang mit der Entwicklung in Preußen wie im Reich, gefordert. Die Redaktion nannte sowohl das alte Wahlgesetz, nach dem 1913 gewählt worden war, als auch das in Aussicht gestellte Landtagswahlgesetz und die neue Gemeindeordnung "eine Art Drahtverhau zum Schutze der bevorrechteten Besitzenden"³². Von den 46 Landtagsabgeordneten könnten günstigstenfalls kaum ein Viertel aus der Arbeiterklasse hervorgehen. Stattdessen forderte die Redaktion den Prinzregenten auf,

28 Bund Europa. In: Ebd. 3. Oktober 1917: 1.

29 Bürgerkrieg in Rußland. In: Volksblatt, 15. November 1917: 1.

30 Friedensfragen. In: Ebd. 18. Januar 1918: 1.

31 Gewaltsame Auflösung der Konstituante. In: Ebd. 22. Januar 1918: 1.

32 Offener Brief an Prinz Aribert, Prinz-Regenten von Anhalt. In: Ebd., 6. Oktober 1918: 2.

der Demokratie in Anhalt zum Durchbruch zu verhelfen. Zur Drohung hieß es abschließend: “Das Volk wird den Kampf um sein Recht führen, bis es sein Ziel erreicht hat. Es kämpft nicht für neue Klassenvorrechte, sondern nur für das gleiche Recht aller. Keine Macht der Welt kann die Entwicklung aufhalten, auf dem ganzen Erdenrund geht sie unaufhaltsam ihren Gang.”³³

Drei Tage später trat der Landtag zusammen. Der Prinzregent zeigte Wirkung, indem er eingestand, daß eine “anderweitige Zusammensetzung der Volksvertretung” erfolgen sollte. Die Redaktion ging weiter, indem sie darauf bestand, “daß die Abänderung des Wahlrechts und die Neuwahl des Landtages unverzüglich” notwendig seien, und zwar im Sinne des “allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts”.³⁴ Dazu erschien auf derselben Seite des “Volksblattes” die “Wahlrechtspetition der anhaltischen Sozialdemokratie” wie sie gleichzeitig im Landtag eingebracht wurde.

Es gibt keinen Zweifel, dass die Arbeiterbewegung in Anhalt auf eine revolutionäre Demokratisierung drängte, aber der bolschewistischen Form der gewaltsamen Umwälzung von Anfang an klar ablehnend gegenüberstand. Was Rosa Luxemburg in ihrem seinerzeit unveröffentlichten Manuskript vom Sommer 1918 über die russische Revolution kritisch anzumerken wagte,³⁵ stand klarer und deutlicher Ende Oktober 1918, vermutlich aus der Feder von Heinrich Peus, im “Volksblatt” für Anhalt zu lesen.³⁶ Auf die Frage: “Wollen wir bolschewistische Zustände?” hieß es dort: “In Rußland hat die Diktatur der Bolschewisten zu himmelschreienden Zuständen geführt, die noch jetzt anhalten. Kein Mensch ist seines Lebens mehr sicher. Die Revolutionsgerichte urteilen, und sofort wird der Verurteilte abseits geführt und niedergeknallt. Die Zustände der französischen Revolution von 1789 bis 1793 wiederholen sich zur Zeit in Rußland in zehnfach und hundertfach grauenerflicher Form. Die Raserei ist in Rußland einfach über alle Begriffe unmenschlich. Die weitere Folge davon entsetzliche Not. Der Hunger rafft jetzt mehr Menschen besonders unter den Schwachen und Kindern dahin als vorher im Krieg. Eine spätere Geschichte der russischen Revolution wird ein furchtbares Denkmal menschlicher Sinnlosigkeit darstellen.” An die Leser und Wähler in Dessau gerichtet, folgte eine klare Handlungsanweisung: “Tun wir alles, dass es bei uns nicht zu solchen Zuständen komme. Wir wollen keine Diktatur, weder eine militärische noch eine proletarische, weder eine von oben noch eine von unten. Wir wollen Demokratie, Gleichberechtigung aller, und auf solcher Gleichberechtigung aufgebaute Ordnung. Wir wollen auch nie die Nerven verlieren und alles tun, dass wir zum Frieden kommen.”³⁷

33 Ebd.

34 Zusammentritt des Landtages. In: Ebd., 9. Oktober 1918: 2.

35 Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg, herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi. [Berlin] 1922. Bei aller Kritik beharrte Luxemburg auf ihrem Wohlwollen für die Boschewiki.

36 Wollen wir bolschewistische Zustände? In: Volksblatt. 27. Oktober 1918: 1. Der Name “Peus” ist im Exemplar der Stadtarchivs Dessau handschriftlich nachgetragen.

37 Ebd.

“Die Demokratie sitzt fest im Sattel” lautete Ende Oktober die Schlagzeile des “Volksblattes”.³⁸ Das bezog sich auf die Wirkung der Note des amerikanischen Präsidenten Wilson in Berlin, dass nicht mehr der Kaiser, sondern der Reichstag den Reichskanzler wählte, der dem Reichstag verantwortlich blieb. Die Militärgewalt wurde wieder der Zivilgewalt unterstellt. Ludendorff mußte gehen. Das Blatt verwies auf die Übereinstimmung der Forderungen Wilsons mit dem Programm der Sozialdemokratie. Die Redaktion orientierte auf “Volksstaat”, “Völkerbund” und “vereinigte Staaten Europas”. Dazu hieß es: “Europa wird sich zusammenfinden, vereinigte Staaten Europas sind das Ende einer sich sehr rasch vollziehenden Entwicklung.”³⁹

Von Sozialisierung und Räteverfassung war nicht die Rede. Zur inneren Neuordnung hieß es programmatisch: “Die Schule wird so eingerichtet, dass sie den Aufstieg der Begabten gewährleistet. Der ganze Inhalt dessen, was in der Schule gelehrt wird, wird wesentlich anders werden. Alle Verherrlichung des Krieges wird aus den Schulbüchern verschwinden, aller ekle Byzantinismus, Verherrlichung von Fürsten und Fürstenhäusern, für alle Zeiten abgetan sein. Es wird dafür mehr gelehrt werden, wie man sich gesund hält, wie man seine wirtschaftliche Wohlfahrt fördert, die Organisation, die wirtschaftliche wie die politische, wird schon in der Jugend als etwas dringend Notwendiges dem Bewußtsein nahegebracht. Die Ordnung der gesellschaftlichen Arbeit in aller und jeder Beziehung wird der Volksstaat sich angelegen sein lassen. Die Gemeinde wird als Wirtschaftskörper hervorragende Bedeutung gewinnen. Natürlich wird auch in ihr das gleiche Wahlrecht alle Kräfte des Volkes nutzbar machen. Gemeinnützigkeit wird das allgemeine Gesetz. Daneben werden alle Arten Genossenschaften sich, ungehemmt durch die Vorurteile, die vor dem Kriege bestanden, entwickeln. Jedem Tüchtigen wird ohne alle materiellen Mittel in Reich, Staat, Gemeinde und Genossenschaft der Aufstieg in die seiner Fähigkeit angemessene Position ermöglicht werden. Der Wetteifer um die größte Zweckmäßigkeit aller Einrichtungen der Gesellschaft wird bisherige Energievergeudung in ungeahntem Maße ausschalten.”⁴⁰

Zusammenfassend erkannte die Redaktion einen allgemeinen Sieg der Sozialdemokratie auf allen Gebieten: “Die Sozialdemokratie geht aus dem Kriege als die wahre Siegerin hervor. Sie ja ist es gewesen, die schon seit Jahrzehnten den Volksstaat und den Völkerbund erstrebte. Ihre Arbeit wird nunmehr erst eigentlich beginnen.”⁴¹ Das klingt, als hätte dieser Enthusiasmus bis in die Schlußworte der Regierungserklärung Willy Brandts von 1969 hineingewirkt: “Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Inneren und nach außen.”⁴²

38 Ebd. 29. Oktober 1918: 1.

39 Volksstaat und Völkerbund. In: Ebd. 30. Oktober 1918: 1.

40 Ebd.

41 Ebd.

42 Erklärung des Bundeskanzlers, 28. Oktober 1969. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 71: 34.

Was sich in Dessau und Anhalt als sozialdemokratisches Modell anbahnte, kann sehr wohl als Vorspiel der sozialliberalen Ära unter Willy Brandt verstanden werden, wobei im Sohn Heinrich Deist als einem der Väter des Godesberger Programms ein wichtiger Vermittler zu sehen ist. Allerdings war es ein mühsamer Weg voll heftiger Unterbrechungen, Rückfälle und Abstürzen. Dem autobiographischen Bericht von Heinrich Deist ist noch im Abstand einiger Jahrzehnte anzumerken, mit welcher Überraschung ihn die Rätebewegung traf:

“Am 9. November erschien in aller Frühe ein Trupp Soldaten aus den Kasernen vor dem Haus, in dem ich wohnte, Askanische Straße 107. Sie riefen: Wir haben unseren Offizieren die Achselstücke abgerissen und verlangten von mir, dass ich ihre Führung übernehmen sollte. Ich war bestürzt. Ich hatte nie daran gedacht, Führer eines militärischen Aufstandes zu werden. Ich war nicht Soldat gewesen. Ich ließ den Soldaten, die auf der Straße warteten, sagen, sie möchten nach dem Tivoli gehen. Ich würde gleich kommen. Ich rief zunächst noch den Bürgermeister der Stadt Dessau an, teilte ihm mit, was geschehen war, und bat ihn, sogleich nach dem Tivoli zu kommen. Als ich nach Tivoli kam, hatte sich eine Menschenmenge um die Soldaten versammelt. [Bürgermeister Fritz] Hesse kam, auch die Redakteure des “Volksblattes” erschienen. Ich improvisierte eine Volksversammlung und ließ den Arbeiter- und Soldatenrat wählen. Auch Hesse wurde gewählt, und zwar als Vorsitzender. Der Arbeiter und Soldatenrat tagte nun im Rathaus []”⁴³

Nach dem Bericht des “Volksblattes” waren es tatsächlich 500 Soldaten, die früh um 8 Uhr vor das Druckerei-, Verlags- und Wohnhaus an der Askanischen Straße zogen und weiter die Versammlung im Tivoli bestritten. Nach der Rede des Bürgermeisters erklärten die Soldaten sich bereit, “mit aller Energie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu wirken”.⁴⁴ Der provisorischen Arbeiterrat setzte sich aus dem Arbeitersekretär Arzberger, dem Geschäftsführer Deist, dem Metallarbeiter-Geschäftsführer Fischer und dem Redakteur Paulick zusammen. Die folgenden Verhandlungen zwischen Militärbehörden, Arbeiter- und Soldatenrat fanden im Rathaus statt und führten zu einer Vereinbarung in 14 Punkten, die den Ordnungsdienst der Soldaten regelten, darunter Punkt 13: “Der Soldatenrat ersucht alle Soldaten und Arbeiter sowie die übrige Bevölkerung, ruhig zu bleiben und von allen Ansammlungen auf den Straßen abzusehen. Die Arbeit in den Fabriken und Werkstätten darf nicht unterbrochen werden.”⁴⁵

Deist ging aufs Schloß, um den Prinzen zur Abdankung zu bewegen. “Er weigerte sich zunächst und meinte, die jetzigen Zustände werden nicht von Dauer sein. Wenn die Soldaten aus dem Felde zurückkehrten, werde sich das ändern.”⁴⁶ Deist widersprach,

43 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 13f.

44 Arbeiter- und Soldatenrat in Dessau. In: Volksblatt, 10. November 1918: 1.

45 Ebd.

46 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 15.

aber der Prinz blieb zäh. Deist reagierte mit der Geduld des Stärkeren, der abwarten kann. Er ging zu seinen Genossen in die Redaktion, berichtete über die Verhandlungen und sagte: “Wenn ihr eine Herzogskrone haben wollt, im Schloß liegt eine auf dem Tisch, die könnt ihr euch holen.” Erklärend fügte er in seinen Erinnerungen hinzu: “Wir haben die herzogliche Familie während dieser Zeit mit Höflichkeit und Rücksichtnahme behandelt, aber auf dem Thronverzicht mußten wir bestehen.” Als wollte er sich nachträglich mit revolutionärem Jakobinertum schmücken, setzte Deist noch einen starken Spruch drauf: “Höflichkeit bis zur letzten Leitersprosse, aber gehenkt wird!”⁴⁷

Der kluge Taktiker hielt sich zurück, denn er kannte seine Grenzen und wußte, wie leicht ein Mann der ersten Stunde im schwankenden Volkswillen unterging. Drei Tage später, am Dienstag nach dem revolutionären Wochenende, erklärte der Prinzregent den Thronverzicht, stellvertretend für den jungen Herzog. Die Arbeiter und Soldaten wollten ihren Triumph demonstrativ feiern. Ohne öffentliche Ankündigung, nur durch telefonische Botschaften mobilisiert, verließen die Arbeiter ihre Fabriken mittags 1 Uhr. Trommelwirbel und Marschmusik in den Straßen. An die 20.000 Menschen kamen zusammen. Voran ein paar Matrosen, dann der Soldatenrat, hinterher die Bataillonsmusik, die Parteileitung, die Offiziere, die Mannschaften und nachfolgend die endlose Reihe der Arbeiter aus den Fabriken. Die Arbeiterjugend fehlte nicht. Bescheidener Fahnschmuck entsprach der elenden Versorgungslage. An diesem 14. November bewegte sich der Massenzug vom Tivoli aus durch die Mariannenstraße, Friedrichstraße, am Behördenhaus vorbei, durch die Kavalierrstraße, vorbei am Schloß, von dessen Turm eine rote Fahne wehte, durch die Askanische Straße, Steinstraße, um das Rathaus herum, aus dessen Ehrenbürgermeisterzimmer, wo der Arbeiter- und Soldatenrat tagte, gleichfalls eine rote Fahne herausschaute, dann weiter durch die Muldstraße, Breite Straße und über den Friederikensplatz hin zum Friedrichsgarten nach derselben Stelle, wo acht Jahre vorher die große Wahlrechtsdemonstration stattgefunden hatte – mit Kurt Eisner, Heinrich Peus und Rudolf Breitscheid redeten. Eisner war inzwischen Präsident der “bayerischen Volksrepublik”, wie das “Volksblatt” in seinem Bericht von der Massenkundgebung stolz vermerkte.⁴⁸

Vom gleichen Tag datiert die Übernahme der Staatsgewalt in Anhalt durch einen “Staatsrat”, bestehend aus vier Sozialdemokraten, zwei Mitgliedern der Fortschrittspartei und einem Nationalliberalen. An der Spitze des Staatsrates stand Dr. Wolfgang Heine (1861–1944), der seit 1912 Reichstagsabgeordneter für den Dessauer Wahlkreis war. Der Reserveleutnant, studierte Jurist und erfahrene Rechtsanwalt Wolfgang Heine stand auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie. Er galt zugleich als ein leidenschaftlicher Verteidiger der Geistesfreiheit und der modernen Kunst gegen konservative Bevormundungsgesetze. Außenpolitisch war er im Kriege mit dem Ruf nach einem Völkerbund hervorgetreten. Er verfügte über all jene Fähigkeiten, die Deist sich

47 Ebd., handschriftlicher Zusatz zum Durchschlag der Maschinenschrift.

48 Machtvolle Demonstration des Volkes in Dessau für die freie Republik. In: Volksblatt. 15. November 1918: 1.

noch aneignen wollte, während er zunächst als stellvertretender Vorsitzender in den Staatsrat ging. Dieser kleine Staatsrat übernahm zunächst die drei Funktionen des Herzogs, des Landtags und der Verwaltungsspitze. Unter Heines sachkundigem Vorsitz sollte die Verfassung ausgearbeitet werden. Allein Heine wurde hauptamtlicher Politiker, alle anderen Kabinettsmitglieder taten ihre Arbeit ehrenamtlich. Durch Heine ergab sich schon am 27. November eine starke Verklammerung mit der Entwicklung in Preußen, denn an diesem Tag trat Heine auch als Justizminister in die preußische Revolutionsregierung ein, so daß die Hauptlast in der Führung in Anhalt sehr bald bei Deist zu suchen war – unterstützt von seinen Genossen Hesse und Paulick.

Wochen bevor Berlin und das Reich durch kommunistischen Putsch und militaristische Reaktion in jahrelange Unruhen gezogen wurden, die bis Ende 1923 andauerten, fand Dessau bereits jene stabile Konstellation, die bis an das Ende der Weimarer Republik tragfähig blieb. Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung wurden auf den 15. Dezember festgelegt. “Es gab in Anhalt keinen Streit über den Wahltermin, auch keinen Streit über die Frage Rätediktatur oder Demokratie. Die Arbeiter gingen mit einer Einheitsliste in den Wahlkampf”, so Deist, und das “war die Liste der sozialdemokratischen Partei.” Nicht ohne Genugtuung fügte Deist in seinen Erinnerungen hinzu: “Es gab niemanden, der eine andere Liste hätte empfehlen können und keine Kommunisten.”⁴⁹

Diese jedem politischen Abenteuer vorbeugende Politik entsprach offenbar den Neigungen und Erwartungen einer überwältigenden Mehrheit in Anhalt. Die Wahlen brachten einen klaren Sieg der Sozialdemokratie, die in dem kleinen Anhalt 92.229 Stimmen auf sich vereinigen konnte, gefolgt von den liberalen Demokraten mit 54.507 Stimmen.⁵⁰ Die Konservativen erzielten mit 9.255 Stimmen nur ein Zehntel der Sozialdemokraten und die Mittelständler mit 3.249 Stimmen standen noch deutlicher hinter den Liberalen zurück. Mehr als 90 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf Sozialdemokraten und Liberaldemokraten, die zusammen reichsweit das Rückgrat der Weimarer Republik bildeten.

Aus guten Gründen konnte das “Volksblatt” schreiben: “Anhalt ist gemäß dem Willen des Volkes eine sozialdemokratische Republik.” Allerdings nutzten Deist und seine Freunde diese hervorragende Stellung nicht aus, sondern gingen einen Weg, der dem des späteren Godesberger Programms und der Wirtschaftspolitik unter Heinrich Deist junior recht ähnlich sah. Kurz nach seinem 16. Geburtstag konnte der Realgymnasiast und angehende Jungsozialist im “Volksblatt” lesen: “Wir sind nicht gewillt, brutale Mehrheitstyannei zu errichten. Wir wollen einzig und allein die Wohlfahrt des anhaltischen Volkes sichern. Wir werden jetzt zeigen, dass es Wahrheit ist, was wir immer gesagt haben, dass die Sozialdemokratie keine Klassenherrschaft betreibt, sondern das Wohl des ganzen Volkes sich angelegen sein läßt. Wir haben bewiesen, dass wir nur

49 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 15. Die letzten drei Wörter in Handschrift hinzugefügt.

50 Die sozialdemokratische Republik Anhalt. Hoch flattert die rote Fahne über dem Volksstaat Anhalt! In: Volksblatt. 17. Dezember 1918: 1.

umgekehrt jedwede bisherige Klassenherrschaft aufgeben, dass das gleiche Recht für alle nun zur vollen Wahrheit wird. Und zwar in einer Weise zur Wahrheit wird, dass jeder Vernünftige und Gerechte damit zufrieden sein kann. Nur der Egoismus wird nicht auf seine Rechnung kommen. Jedes Privatkapital bekommt nach wie vor seine Zinsen. Nur vom Profit raucht der Schornstein, das hat auch August Bebel schon gesagt. [...] Da blüht das Wirtschaftsleben am besten, wo es nicht Millionäre einerseits und Hungerleider andererseits gibt, sondern wo ein gesunder Durchschnitt allgemeinen wirtschaftlichen Wohlergehens für möglichst das ganze Volk besteht.”⁵¹

Deist senior zeigte sich gleichwohl entschlossen, von den erzielten Mehrheiten entschieden Gebrauch zu machen. Er brachte Gesetze ein, die den 1. Mai und den 9. November zu staatlichen Feiertagen erklärten, um zweimal jährlich für Arbeiterrechte und die soziale Republik zu demonstrieren. Es blieb nicht bei dieser Symbolpolitik. Die Bodenreform wurde in Angriff genommen. Als die Reichsgewalt mit ihrer Prärogative nicht die notwendige Handhabe zur Enteignung des Großgrundbesitzes hergab, gingen Deist und Peus einen Weg, der Jahrzehnte später unter Alfred Kubel in Niedersachsen ähnlich erfolgreich war. Ihre “Bodenreform”, so Deist, “brachte allen Kleinbauern, die bei gutem Boden eine Fläche von weniger als 30 Morgen bewirtschafteten, eine Auffüllung auf diese Größe. Die hierfür erforderliche Bodenmenge gaben die Pächter staatlicher Domänen aus ihrer Pachtung ab. Es gab in Anhalt keine Kleinbauern mehr mit ungenügendem Landbesitz. Die Grundsteuer enthielt Steuersätze, die sich mit der Größe des bewirtschafteten Landes, auch Waldes, steigerten, so dass die Bauern wenig, der Großgrundbesitz aber sehr hohe Steuern zu zahlen hatte.”⁵²

Im März 1919 übernahm Wolfgang Heine das Amt des preußischen Innenministers. Dadurch war er in Berlin so stark in Anspruch genommen, dass er den Staatsratsvorsitz in Anhalt aufgeben mußte. Deist ließ sich zum Nachfolger und damit zum Staatspolitiker im Hauptamt wählen. Unter seinem Vorsitz wurde die Verfassung vollendet und ein Ordentlicher Landtag gewählt, der wiederum Deist am 23. Juli 1919 zum Präsidenten des Staatsrates wählte, so dass dieses Datum zum offiziellen Antrittstermin seiner Präsidentschaft wurde, obwohl Deist faktisch bereits seit dem 31. Januar 1919 die Geschäfte des Staatsratsvorsitzenden ausübte.⁵³

Deist führte sein Amt mit Geduld und Augenmaß, wobei ihm das notwendige Quäntchen Glück – andere würden sagen Fortüne – zum Gelingen half. Ein Beispiel war die Abfindung des anhaltinischen Fürstenhauses. Es wollte Bargeld und Deist war Realist genug, um auf Grundbesitz zu setzen. Das Fürstenhaus bekam Inflationsmark und das Land Anhalt behielt die wertbeständigen Immobilien.⁵⁴ Ähnlich glücklich ging

51 Ebd.

52 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 16.

53 So die Angaben zum zehnten Jahrestag. Vgl. Deist zehn Jahre Ministerpräsident, gez. H. Peus. In: Volksblatt. 27. August 1929: 1f.

54 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 17f.

Deist mit der Kali- und Salzindustrie um. Das Land profitierte dabei von der industriellen Entwicklung bis in den Raum von Halle, Bitterfeld und Merseburg. Vor allem schufen die Junkers Flugzeugwerke einen Schwerpunkt friedlicher Luftfahrtindustrie. Die Ju 52 ("Tante Ju") wurde zum Erfolgsmodell ziviler Verkehrsfliegerei. Der private Eigner, der später von den Nazis verdrängt wurde, neigte zur Zusammenarbeit mit der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Umgekehrt zählte die ikarische Utopie von der futuristischen Nutzung des Luftraumes zu den großen Visionen des utopischen Sozialismus seit Etienne Cabet. Durch den "Sturmvogel" im Arbeitersport der zwanziger und frühen dreißiger Jahre lebten solche Vorstellungen wieder auf.

Schließlich ist die Ansiedelung des staatlichen Bauhauses, das aus Weimar vertrieben wurde, in Dessau als eine weitreichende Pioniertat der Ära Deist zu würdigen. Namen wie Walter Gropius, Paul Klee, Wassily Kandinsky, Mies van der Rohe, Oskar Schlemmer, Lionel Feininger, Hermann Meyer u. a. machten den Namen der kleinen Stadt Dessau weltberühmt. Stärker noch als Deist stand Heinrich Peus zur Ansiedelung des Bauhauses, das in der Bevölkerung eher reserviert aufgenommen wurde.

Das alles kann hier nur angedeutet werden, um zu zeigen, wie dieses kleine Anhalt, dessen Einwohnerschaft die einer mittleren Großstadt kaum überstieg, als verfaßter Flächenstaat zeitweise wie eine Insel der Seligen an Elbe und Mulde zwischen Preußen und Reich herausgehoben erscheint. Selbst eine mehrmonatige Unterbrechung der Regierungszeit des Präsidenten Deist, bedingt durch den vorübergehenden Verlust der Landtagsmehrheit 1924, konnte dem positiven Gesamtbild seiner Regierungszeit nichts anhaben.

Auch die Nachfolge von Peus als Chefredakteur des "Volksblattes" wurde hervorragend geregelt. Mit Gerhart Seger (1896–1967), einem gelernten Steindrucker, wurde 1928 ein Mann engagiert, dem ein friedliches Deutschland nach dem Vorbild der Schweiz als eine Vision vorschwebte, die er von Dessau aus propagieren konnte. Seger wurde rasch zum geistigen Führer der Sozialdemokratie in Anhalt.⁵⁵ Er zählte zu den führenden Propagandarednern der Linken gegen den Faschismus. Die Nazis sperrten Seger 1933 in das KZ Oranienburg. Aber die Dessauer Genossen verhalfen ihm zur Flucht, so dass er als erster Deutscher im Ausland über die Konzentrationslager berichten konnte.⁵⁶

Wenn die Entwicklung des Deutschen Reiches den Vorgaben in Anhalt gefolgt wäre, hätte die deutsche Geschichte eine andere Richtung genommen. Als Ministerpräsident gehörte Deist dem Reichsrat an. Aber der Einfluß des kleinen Landes war zu gering. Er pflegte gute Beziehungen zu Reichspräsident Friedrich Ebert, der im Oktober 1922 zum Staatsbesuch in Anhalt weilte.⁵⁷ Ebenso zu Carl Severing, der Wolfgang Heine als preußischer Innenminister gefolgt war. Severing gratulierte Deist 1929 per-

55 Kurzbiographie von Torsten Kupfer in: M. Asendorf u. a.: Demokratische Wege: 580f.

56 Gerhart Seger: Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann. Karlsbad 1934.

57 LA Oranienbaum, Nachlaßsplitter Heinrich Deist, Nr. 4,1.

sönlich zum Regierungsjubiläum. Aus dem Schreiben geht hervor, dass beide miteinander auf Duzfuß standen.⁵⁸

Ähnlich wie Preußen unter Ministerpräsident Otto Braun und Innenminister Severing gelang es Anhalt unter Deist nicht, den notwendigen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu mobilisieren. Resigniert und wortkarg schrieb Deist in seinen Erinnerungen: “Bei den Wahlen im Jahre 1932 waren die Nationalsozialisten so stark geworden, dass sie mit den Rechtsparteien die Mehrheit bekamen. Es wurde eine nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung gebildet.” Das Bauhaus flüchtete aus Dessau nach Berlin.

Die diktatorische Herrschaft der Nazis brach erst an, nachdem Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte. In Anhalt wurden die Deutschnationalen aus der Regierung verdrängt. Deist war bereits 1932 zurückgetreten, verlor nun seine Pension als Ministerpräsident und zog sich mit seiner Frau auf ein kleines Einfamilienhaus im Dorf Mosigkau zurück. Durch Kleingärtnerei konnte er sich und seine Frau mit bescheidenen Mitteln ernähren. Die vier Söhne wohnten nicht mehr im Elternhaus. Einer ging als Schauspieler nach Magdeburg und Dortmund. Der älteste Heinrich hatte zunächst Jura studiert und wurde 1933 in Berlin als Regierungsrat entlassen. Er schlug sich als selbständiger Kaufmann durch, wurde Wirtschaftstreuhänder und studierte bis 1944 Volkswirtschaftslehre in Köln, wo er promovierte.

Deist meint, er habe seine Tage während der Diktatur “in bescheidener Zurückgezogenheit” verlebt.⁵⁹ Tatsächlich blieb er von KZ-Haft verschont. Im Jahre 1933 nahmen die Nazis ihn mehrmals in kürzere Schutzhaft. Er unterlag einer regelmäßigen polizeilichen Meldepflicht und wurde polizeilich beobachtet. Als er Ende November 1933 nach Düsseldorf reiste, wurde die Polizei in Oberkassel alarmiert: “Da die Vermutung besteht, dass sich Deist in der dortigen Gegend politisch gegen das neue Deutschland betätigt, bitten wir, so wie dies auch hier geschieht, Deist dementsprechend kontrollieren zu wollen.”⁶⁰

Wer so genau beobachtet wurde, mußte sich im Widerstand zurückhalten, denn er gefährdete jeden Genossen, der ihn besuchte, allein durch die Tatsache der Überwachung. Gleichwohl zeigte Deist sich nicht anpassungswillig. Der Schmied Theodor Ramann, der Wiegemeister Willi Becker und die Hausfrau Charlotte Friedrich, alles Dorfbewohner in Mosigkau, traten 1936 als Zeugen gegen Deist auf. Daraufhin erließ das Amtsgericht am 8. März 1937 einen Strafbefehl: “Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, am 27. November 1936 in Mosigkau groben Unfug verübt zu haben. Sie haben anlässlich des Abschiedsabends des in der Gastwirtschaft ‘Anhalter Hof’ durchgeführten Luftschutzkursus beim Hoch auf Deutschland und dem Führer und Reichskanzler nicht den Arm zum Gruß erhoben und sich nicht am Gesange der

58 Ebd., Nr. 5, 1 und 2.

59 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 19.

60 LA Oranienbaum, Nachlaßsplitter Heinrich Deist, Nr. 8, 5 und 6.

Nationalhymnen beteiligt. Ihr Verhalten hat in der Öffentlichkeit große Unruhe und Empörung ausgelöst.”⁶¹ Mit anderen Worten: Deist hatte sich geweigert, bei einem Gelage der Dorfgemeinschaft neben dem Deutschlandlied das Horst-Wessel-Lied zu singen. Die Folge war eine Haftstrafe über drei Wochen, die Deist tatsächlich ab 20. April 1937 im Haftgefängnis Dessau absitzen mußte. Dazu erging eine Kostenrechnung über 31,62 Reichsmark.⁶²

Über die Befreiung 1945 berichtete Deist in seiner wortkargen Art: “Im Jahre 1945 nach dem Zusammenbruch des tausendjährigen Reiches, meldete ich mich zum Aufbau des neuen Staates und wurde vom General Kotikoff, dem Chef der Sowjetischen Administration in Halle, zum Bezirkspräsidenten des Bezirkes Dessau ernannt.”⁶³ Die Ernennungsurkunde datierte vom 3. November 1945 und ist von Dr. Hübner, Präsident der Provinz Sachsen, “im Einverständnis mit der SMAD” gezeichnet.⁶⁴ Deist stand damit praktisch wieder auf demselben Posten, den er 1932 geräumt hatte, allerdings als Befehlsempfänger der Besatzungsmacht in einem ruinierten Land.

In seinen Erinnerungen schrieb er kaum etwas über seine Beziehung zu Erhard Hübner (1881–1958), dem Mitbegründer der LDPD in Halle, der bis 1949 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt blieb. Deist erzählte von einigen Operationen beim Wiederaufbau von Brücken, von Hintergründen der Entnazifizierungspraxis und vom Kampf gegen Demontagen. Aber er schwieg sich aus, wo es um Probleme der Einheitspartei, des Stalinismus, der Ulbricht-Diktatur und des 17. Juni 1953 geht, der in Anhalt besonders heftig ausgefochten wurde.

Durch Gesetz vom 29. Januar 1947 wurde die Bezirksorganisation gegen den Willen von Deist aufgelöst. Innenminister Robert Siewert (1887–1973) übertrug Deist die “Oberleitung der Verwaltungsschulen”. Dabei wurde er keineswegs schlecht behandelt. Er behielt Dienstwagen mit Chauffeur und sein Gehalt als Bezirkspräsident. Die endgültige Pensionierung des mittlerweile Fünfundsiebzigjährigen erfolgte durch Beschluß der Kabinettsitzung vom 16. März 1949. Deist bekam eine Pension in Höhe von 700 DM, dazu die Lebensmittelkartengruppe 1 und Sonderzuteilungen für “Vertreter der Intelligenz”.⁶⁵ Die beiden im Osten verbliebenen Söhne sollen im Zusammenhang der undurchsichtigen Affaire um Erich Jungmann (1907–1986) Anfang der fünfziger Jahre in den Westen gezogen sein.⁶⁶

In der folgenden Zeit kam es gelegentlich zu kleinen Anfeindungen in der regionalen Presse. Deist wurde mit Heinrich Peus und anderen alten Dessauer Sozialdemokra-

61 Ebd., Nr. 8,1.

62 Wenn Deist in seinen Erinnerungen von drei Monaten Haft schreibt, muß das ein Irrtum sein, denn er wurde am 11. Mai aus der Strafhaft entlassen.

63 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 20.

64 LA Oranienbaum, Nachlaßsplitter Heinrich Deist, Nr. 9,1.

65 Ebd., Nr. 10.

66 Mündlicher Hinweis von Wilfried Lübeck, Magdeburg.

ten unter die “Lakaien des Kapitalismus” gerechnet.⁶⁷ Deist revan- schierte sich nach der maschinenschriftlichen Endfassung seiner klei- nen Erinnerungen aus dem Jahre 1962, indem er auf den Rändern präzise handschriftlich nachtrug, wo die KPD der zwanziger Jahre durch ihre wilden Ma- növer zum Untergang der Republik beigetra- gen hatte.

Inzwischen stand die Berliner Mauer. Zur Frage der Flucht in den Westen meinte Deist ab- schließend: “Zum Verlassen der DDR habe ich mich nie entschließen können. In den letzten Jahren habe ich fast jedes Jahr einen Paß zum Besuch im Westen erhalten. Zweimal für jedesmal 6 Wochen, damit ich mit meiner Frau zur Kur nach Bad Wiessee in Bayern fahren konnte. Ich hatte jedesmal beste Gelegenheit, die DDR zu verlas- sen, indem ich einfach drüben blieb. Ich habe diese Gelegenheit nie benutzt, bin je- desmal zurückgekehrt. Man soll auf dem Posten, auf den man gestellt ist, versuchen, sich zu behaupten.”⁶⁸

Deist starb im 90. Lebensjahr am 19. Juli 1963. Die bescheidene kleine Anzeige deutet auf eine zahlreiche Familie bis hin zu Urenkeln, nennt aber nur den Namen der Witwe Luise Deist, die ihn bis an sein Lebensende umsorgte. Er liegt mit ihr an der Kirche von Dessau-Mosigkau begraben. Die Trauerfeier fand am 25. Juli 1963 im dortigen Krematorium statt.⁶⁹ Die Medien im Westen nahmen keinerlei Notiz.

Am 8. und 9. Juli 1999 erinnerte Ministerpräsident Reinhard Höppner in Dessau an das Leben seines vergessenen sozialdemokratischen Amtsvorgängers, dessen Le- benslauf einige politische Lehren bereithält. Anlaß war der 125. Geburtstag von Heinrich Deist, der mit dem 70. Geburtstag des Bauhauses fast auf den Tag genau zu- sammen fiel. Ob es nunmehr gelingt, dieses Leben der Vergessenheit zu entreißen?



Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner bei seiner Gedenkrede für Heinrich Deist am 9. Juli 1999 in Dessau. (Foto: Dr. Gerhard Beier).

67 Wir wollen freie demokratische Wahlen, die der Arbeiterklasse dienen, gez. Gunter Hoffmann. In: Frei- heit. 24. Februar 1954.

68 H. Deist: Sozialismus in Anhalt: 25.

69 LA Oranienbaum, Nachlaßsplitter Heinrich Deist, Nr. 15.

Halles erster Arbeiterverein (1848–1850) Ein Beitrag zur Geschichte der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung¹

CHRISTINE ZAREND

Auch um die preußisch-sächsische Salz- und Universitätsstadt Halle machten die demokratischen Bestrebungen des Jahres 1848 keinen Bogen. Der Verlauf der revolutionären Bewegung und die Organisation der in ihr wirkenden Kräfte spiegeln in dieser mitteldeutschen Provinzstadt ebenso die Breite der Einheits- und Freiheitsbestrebungen wider, wie sie in ganz Deutschland am Werke waren.² Das hallesche Proletariat bildete hierbei keine Ausnahme. Nach langer Zeit des Duldens und Leidens trat es mit eigenen Forderungen und einer ersten selbständigen Organisation hervor. Halle zählte im Jahre 1848 etwa 32.000 Einwohner. Ungefähr ein Drittel davon gehörte den proletarischen Unterschichten in ihrer ganzen Differenziertheit an. Das Proletariat der Stadt bestand zu dieser Zeit vorwiegend aus Arbeitern kleiner Werkstätten und Betriebe mit nur wenigen Beschäftigten, vor allem aus Tagelöhnern und Handarbeitern, verarmten Handwerksmeistern und -gesellen. Der geringste Teil der Arbeiterschaft war in Fabriken im eigentlichen Sinne beschäftigt, denn Halle schickte sich erst an, eine "Industrie- und Fabrikenstadt" zu werden. Erste Anfänge der Industrialisierung in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts, wie die 1835 gegründete Zuckersiederei-Compagnie auf Aktien, die Kröllwitzer Papiermühle mit damals 178 Arbeitern, die – noch vor den Toren der Stadt gelegenen – ersten Maschinenbaubetriebe in Giebichenstein, die beiden 1842 eröffneten (Eisenbahn-)Wagenbaufabriken und der noch in den Anfängen steckende industriemäßige Abbau von Braunkohle, reichten bei weitem nicht aus, die Nachfrage nach Arbeit zu decken und gaben nur etwa 700 Arbeitern dauerhaft Lohn und Brot. Dazu kam, daß sich ein großer Teil der Handwerksmeister und -gesellen durch den Verfall der traditionellen Gewerbe wie Tuch- und Handschuhmacherei in seinen Einkommens- und Lebensverhältnissen kaum von dem der eigentlichen proletarischen Schichten unterschied. Allgemein beklagten die Bürger die "Nahrungslosigkeit" in Halle. Die materielle Not wurde durch unwürdige Wohnverhältnisse und geistig-kulturelles Elend noch verschärft.

- 1 Der nachfolgende Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojekts "Frauen- und Menschenrechte in der bürgerlichen Revolution von 1848/1849" des Courage e.V. Halle/Saale.
- 2 Vgl. E. Neuß: Zur Geschichte der demokratischen Linken in der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 in Halle. In: Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte. Hrsg. von Hans-Joachim Bartmuß u. a. Berlin 1962: 175 (im folgenden E. Neuß: Zur Geschichte der demokratischen Linken).

Besonders elend war die Lage der Proletarierinnen, deren Löhne ein Drittel, im günstigsten Falle circa die Hälfte der Männerlöhne betrug. Zur Ausbeutung durch den Arbeitgeber kam in der Ehe vielfach die Unterdrückung durch den proletarischen Ehemann. Aufgrund der Rechtlosigkeit der Frau konnte auch der “am meisten unterdrückte Mann ... ein anderes Wesen unterdrücken – seine Frau. Die Frau ist die Proletarierin ihres eigenen Proletariats”³, wie die Französin Flora Tristan, das Los ihrer proletarischen Mitbürgerinnen vor Augen, bereits 1843 schrieb. Ende Februar 1847 führte die hallesche Armendirektion 807 “Almosengenossen” im Etat der Armenkasse, darunter rund 560 Frauen.⁴ Die Familienangehörigen hinzugerechnet, lebten in Halle etwa 4.500 Personen ganzjährig oder zeitweise von Almosen. Das Ausmaß des Pauperismus unterschied sich nicht von dem anderer vergleichbarer Städte, wenn nicht gar schlimmere Zustände herrschten. Seit Jahrzehnten gab es zwar in der Stadt eine gut organisierte private Wohltätigkeit, deren Wirken jedoch lediglich die ärgste Not linderte. Sie bekämpfte die Symptome, nicht die Ursachen des allgemeinen Elends.

Trotz des offensichtlichen “permanenten Verhungerns”⁵ hatte es seit dem Sommer 1805 keine Empörungen der Proletarier gegen ihre unmenschlichen Lebensbedingungen gegeben. Im Frühjahr 1847 schlug die Situation um. Die Auswirkungen der ersten kapitalistischen Wirtschaftskrise, die Verteuerung des Roggens und der Kartoffeln, der wichtigsten Nahrungsmittel des Volkes, aufgrund der Mißernte des Vorjahres sowie steigende Erwerbslosigkeit brachten auch in Halle das Faß zum Überlaufen. Am 22. April 1847 brach eine vom Besitzbürgertum schon lange befürchtete Hungerrevolte aus, obwohl seit den Wintermonaten der Magistrat und ein Hilfsverein wohlhabender Bürger versucht hatten, das Schlimmste zu verhindern. Der Aufstand trug Züge einer gewissen organisatorischen Vorbereitung. Bereits am Vortag tauchten in der Stadt Plakatschläge⁶ auf, die zum Aufbegehren aufriefen. Träger der Hungerrevolte waren hauptsächlich Frauen aus den untersten proletarischen Schichten, “elende und in Lumpen gehüllte Weiber, aber weniger solcher Männer”, die die Not am härtesten traf. In den folgenden Stunden, bis zum Eingreifen des Militärs, plünderte das aufgebrachte Volk die Mehrzahl der Bäckerläden und verschaffte sich gewaltsam Zutritt zum Speicher des Ökonomen Beyer in der oberen Großen Steinstraße, wo man gehortete Getreidevorräte vermutete. Als sich dies nicht bewahrheitete, nahm die aufgebrachte Menge von einer Plünderung Abstand. Auch Tote und Verletzte gab es nicht. Dennoch wurden 87 Frauen, Männer und Kinder am selben Tage verhaftet und die meisten von ihnen kurze Zeit später zu Freiheitsstrafen von 14 Tagen bis zu ei-

3 Flora Tristan: Arbeiterunion. Sozialismus und Feminismus im 19. Jahrhundert. Einführung von Yolanda Marco (1977). Frankfurt/M. 1988: 35 (im folgenden F. Tristan: Arbeiterunion).

4 Vgl. Hallisches patriotisches Wochenblatt (im folgenden HPW). 1. Beilage zu Nr. 21 vom 25. Mai 1847, Anlage: Verzeichnis der Almosengenossen.

5 Vgl. A. Ruge: Aus früherer Zeit. Vierter Band. Berlin 1867: 507–508.

6 Vgl. H. Peters: Die preußische Provinz Sachsen in der Revolution von 1848/49. Phil. Diss. B. Halle 1978: 41–41a (im folgenden H. Peters.: Die preußische Provinz Sachsen).

nem Jahr verurteilt.⁷ Den erwachten Willen zum Widerstand brach dies nicht. Unmißverständlich hatten die Ausgebeuteten ihre Kampfbereitschaft demonstriert.

In Halle machten sich wie in anderen Städten der preußischen Provinz Sachsen seit Mitte der 1840er Jahre erste demokratische Bestrebungen bemerkbar. Im Jahre 1844 konstituierte sich, von der Provinzhauptstadt Magdeburg ausgehend, die Bewegung der Bürger- und Volksversammlungen. Am 16. Oktober 1844 fand in der Saalestadt die erste Bürgerversammlung statt. Zulauf hatten die Bürgerversammlungen nicht nur aus dem Kleinbürgertum, sondern am Anfang auch aus der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter. Gern gesehen war ihre Teilnahme nicht, besonders dann nicht, wenn "Fragen des sozialen Lebens" zur Debatte standen.⁸ Man legte den Arbeitern indirekt nahe, den Versammlungen fern zu bleiben.⁹ Es ist ziemlich sicher, daß das hallesche Proletariat in das Jahr 1848 als "ein politisch stummer und zu keiner Meinungsäußerung zugelassener noch williger Teil der Einwohnerschaft"¹⁰ eintrat. Als seine Fürsprecher galten die beiden konstitutionellen Demokraten und Redakteure des "Bürgerblattes" Julius Hasemann¹¹, Diakon an der Marienkirche, und Friedrich Körner, Realschullehrer am Waisenhaus (den Franckeschen Stiftungen – d. V.). Sie nahmen sich der Sache des halleschen Proletariats an.¹² Im Verlaufe der Revolution gesellte sich ihnen der Weinhändler und Herausgeber der "Halleschen Demokratischen Zeitung" Gustav Rawald, einer der entschiedensten Demokraten der Stadt, hinzu. Er öffnete seine Zeitung den Arbeitern. Besonders im Beiblatt "Der Wächter an der Saale" äußerten sich Arbeiter zu den sie interessierenden Themen. Vor allem die beiden Erstgenannten brachten einen Teil der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade zum Bewußtsein seiner Lage. Sie genossen nicht nur die Achtung der Arbeiter, sondern trugen zu den Anfängen jener politischen Konzentration bei, "... deren Keim der Volksverein mit seinen ... 700 Mitgliedern, deren Früchte aber der Kreisausschuß sächsischer Demokraten-Vereine, in gewissem Sinne auch der hallische Arbeiterverein und dessen 'militärischer' Parallelverband, das Lancierkorps, waren"¹³.

7 Vgl. E. Neuß: Entstehung und Entwicklung der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in Halle. Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Band 51. Berlin 1958: 272–273 (im folgenden E. Neuß: Entstehung und Entwicklung).

8 Vgl. ebd.: 274.

9 Vgl. ebd.

10 Ebd..

11 Hasemann veröffentlichte 1847 in Halle seine Schrift "Die Armuthsfrage. Ursachen und Heilmittel des Pauperismus unserer Zeit. Den Preußischen Ständen gewidmet". Darin prangert er zwar das Elend der Proletarier als solches an, geht jedoch nicht näher auf die Zustände in Halle ein. Aus der Abhandlung geht hervor, daß er Engels' "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" kannte.

12 Vgl. E. Neuß: Entstehung und Entwicklung: 275.

13 Ebenda. Das Lancierkorps wurde am 4. Juli 1848 vorwiegend von Arbeitern gegründet. Es war, worauf der Name hinweist, nur mit Lanzen bewaffnet und eine selbständige Abteilung außerhalb der Bürgerwehr. Ihm traten circa 100 Arbeiter, Handwerksgelesen und auch einige Lehrer bei. Seine hohe Disziplin beruhte auf der Solidarität der Mitglieder untereinander. Sein erster Führer war der Maurer Carl Meyer. Als dieser am 23. Oktober 1848 aus persönlichen Gründen zurücktrat, übernahm der Jäger Carl Fischer das Kommando über das Korps.

Im Verlauf der Revolution wuchs unter jenen Proletariern Halles, die bereits ein Gefühl für den Interessengegensatz gegenüber den ausbeutenden Kapitalisten entwickelten, die Erkenntnis der Notwendigkeit proletarischen Zusammenhaltens und organisatorischer Vereinigung. Solidarität und Organisation sollten in ihrem Selbstverständnis die Positionen der Arbeiter gegen die Kapitalmacht stärken, um ökonomische und soziale Interessen durchsetzen zu können. Dieser Erkenntnisprozeß wurde durch die Rezeption von Theoriegut unterstützt.¹⁴ Es setzte sich in der elementaren Arbeiterbewegung die Auffassung durch, daß es notwendig war, sich organisatorisch, politisch und ideologisch von der Bourgeoisie und dem demokratischen Kleinbürgertum zu trennen. So war das "charakteristische Merkmal des Jahres 1848 ... für Deutschland der Eintritt der arbeitenden Klassen in die politische Welt"¹⁵.

In den Monaten September und Oktober 1848 gewann die elementare Arbeiterbewegung ein deutlich kämpferisches Profil. Vom 23. August bis 3. September 1848 fand der Berliner Arbeiterkongreß statt, als sein wichtigstes Ergebnis wurde die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung gegründet. Das Entstehen der Arbeiterverbrüderung war Ausdruck des spontanen Strebens der deutschen Arbeiter, die in zahlreichen Gebieten Deutschlands isoliert bestehenden lokalen und regionalen Arbeiterorganisationen zu einem einheitlichen Verband zusammenzuschließen und eine vom Bürgertum unabhängige nationale Organisation der Arbeiter zu schaffen. Das Hauptziel des neugegründeten Verbandes lag naturgemäß zunächst vorrangig auf sozialökonomischem Gebiet. Das Kernproblem der erstmals organisatorische Formen annehmenden elementaren Massenbewegung der Arbeiter war im umfassenden Sinne die Abschaffung ihres Elendsdaseins und die Abschaffung jedweder Ausbeutung. Der Kampf um die Lösung der sozialen Frage trat auf die Tagesordnung.¹⁶

Bedeutsam im Hinblick auf die Lage der Proletarierinnen und für die damalige Zeit keineswegs selbstverständlich war, daß die Delegierten des Berliner Arbeiterkongresses in § 7 des "Statuts für die Organisation der Arbeiter" festschrieben, die spezifischen Interessen der Arbeiterinnen in den Bezirkskomitees durch gesonderte Abteilungen zu vertreten. § 29 der Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses besagte, daß von allen Bestimmungen die "weiblichen Arbeiter" nicht ausgeschlossen seien und gleiche Rechte bei gleichen Pflichten genießen würden. Ausdrücklich war den Arbeiterinnen das Vorrecht gesichert, die in den Lokalkomitees für soziale Notlagen wie Krankheit, Unfälle und Arbeitslosigkeit zu bildenden Unterstützungskassen in Anspruch zu nehmen. Daß sie jedoch den Lokalkomitees als Mitglieder beitreten konnten, legten die Berliner Beschlüsse nicht eindeutig fest.

14 Vgl. M. Schneiderheinze: Zur Entwicklung der Arbeiterdiskussion 1848–1850. Erkenntnisprozesse bei der Herausbildung proletarischen Klassenbewußtseins. (Unter besonderer Berücksichtigung der "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung" und des Kölner Arbeitervereins). Diss. A. Leipzig 1983: II–V.

15 St. Born: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. Leipzig 1898: 29.

16 Vgl. H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig. Weimar 1979: 46 (im folgenden H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung).

Die Gründung der Arbeiterverbrüderung und deren Beschlüsse strahlten auch auf die preußische Provinz Sachsen aus. Diese war mit zwei Vertretern auf dem Kongreß vertreten gewesen. Magdeburg wurde Sitz eines der 27 Bezirkskomitees der Arbeiterverbrüderung. Die Neugründung der Arbeitervereine in Halle und Halberstadt ging unmittelbar auf den Berliner Arbeiterkongreß zurück.¹⁷ So unternahmen im September 1848 in Halle Handarbeiter den ersten Versuch, einen eigenen Verein zu gründen. Wer die Begründer und Mitglieder waren, ob sie kurze Zeit später mit der Gründung des Arbeitervereins einen erneuten Versuch des Zusammenschlusses wagten, ist nicht überliefert. Der Vorstand dieses "Handarbeiter-Vereins" verwies in einer Anzeige vom 30. September auf das Verbot einer Versammlung durch die Polizei und vertröstete die Teilnehmer am Verein auf einen späteren Termin.¹⁸

Mit sichtlicher Genugtuung veröffentlichten die Redakteure der Halleschen Demokratischen Zeitung am 18. Oktober 1848 folgende Notiz: "Halle, 16. Octr. [Arbeiterverein]. Endlich hat sich bei uns unter Leitung des Bürgers Traxdorf neben den hiesigen Gesellen-, Meister- und Handwerkerbildungsvereinen auch ein Arbeiterverein gebildet. Es ist dies um so wichtiger, da in einem großen Theile unserer Handarbeiter und Handwerker noch wenig Bewußtsein über ihre Lage und ihre Interessen eingedrungen war. Der Arbeiterverein hat bereits 130 Mitglieder und hat sich mit dem Centralcomité in Leipzig in Verbindung gesetzt."¹⁹

Die Gründungsversammlung und einige weitere Zusammenkünfte fanden im Gasthof "Goldene Rose" in der Rannischen Straße statt. Dort kam auch das Lancierkorps der Arbeiter zusammen. Nach dem 19. November 1848 tagte der Verein im Saal des "Grünen Hofes", einem damals noch vor den Toren der Stadt gelegenen Gasthof. Ab November 1849 traf man sich in der "Demokratischen Speise- und Schankwirtschaft" von Louis Reinhold Voigt in der Kleinen Ulrichstraße Nr. 977 nach alter, Nr. 37 nach späterer Numerierung. Gastwirt Voigt und seine Ehefrau gehörten zu den Gründungsmitgliedern des Vereins. Der letzte Versammlungsort, ab Mai 1850, befand sich im Hintergebäude des "Hôtels de Prusse".

An der Gründung des halleschen Arbeitervereins hatte auch das Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Arbeiter, Franz Schwenniger, teilgenommen und den Anwesenden die Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses erläutert. Wie der Kontakt zum Zentralkomitee der Arbeiter in Leipzig zustande kam, warum ihn die halleschen Arbeiter suchten und wer ihn knüpfte, läßt sich nicht rekonstruieren. Am 18. Oktober trat der Arbeiterverein der Arbeiterverbrüderung bei und "constituierte sich als Localcomité für Halle im Anschluß an das Bezirkscomité in Leipzig"²⁰.

17 Vgl. H. Peters.: Die preußische Provinz Sachsen: 191.

18 Vgl. HPW. Nr. 40 vom 30. September 1848: 1507. Vgl. auch W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 22.

19 Hallesche Demokratische Zeitung (im folgenden HDZ). Nr. 82 vom 18. Oktober 1848.

20 Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Nr. 7 vom 18. Oktober 1848: 27 (im folgenden: Die Verbrüderung); vgl. auch M. Tullner: Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt. Halle 1998: 134–135.

Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder den siebenundzwanzigjährigen Handarbeiter Johann Rockstroh, genannt Traxdorf. Er war weder für die Arbeiter noch für die Bürgerschaft Halles ein Unbekannter. Johann Traxdorf gehörte zu jener „vorwärtsdrängende(n) Jugend der arbeitenden Klassen“, die, wie Stefan Born, der selbst dazu gehörte, später schrieb, „in vorderster Reihe in der freiheitlichen Bewegung stand“²¹. Traxdorf besaß das Vertrauen der halleschen Arbeiter. Er wurde am 1. Mai 1848 als einziger Arbeiter in der Stadt als Wahlmann für die eine Woche darauf stattfindenden Wahlen zur Preußischen und zur Frankfurter Nationalversammlung gewählt.²² Bereits am 26. März 1848 trat er in Halle auf einer großen Volksversammlung zu Ehren der Berliner Märzgefallenen als Redner auf. Zu seinen Beisitzern an der Spitze des Arbeitervereins wurden Friedrich Moog und Gottlieb Henze, beide ebenfalls Handarbeiter, gewählt. Zwar war der Verein kein reiner Handarbeiterverein wie zum Beispiel in Dessau.²³ Doch überwogen die Handarbeiter unter den zunächst 93 männlichen Mitgliedern.

Auf seiner nächsten Versammlung am 25. Oktober 1848 beschlossen die Mitglieder, „daß der Bürger Herr Rawald folgende Punkte für uns in Berlin im Democratencongreß zur Sprache bringen und an die National-Versammlung gelangen lassen sollte. Wir verlangen vom Staat und bitten, daß unsre heiligsten Rechte, die wir in unseren Forderungen ansprechen, ins Auge gefaßt und darauf gehalten werde, daß uns in allen Stücken eine schnelle und gründliche Gewähr geleistet werde. 1) Garantie ununterbrochener Arbeit; 2) Feststellung der Arbeitszeit von täglich zwölf Stunden incl. ½ Stunde Frühstück 1 Stunde Mittag und ½ Stunde Vesperzeit, dazu ein Lohnminimum, was in den einzelnen Theilen des Landes von praktischen Vorstandsmitgliedern der Arbeitervereine und anderen Männern, die das öffentliche Vertrauen genießen, festzusetzen ist, nach den verschiedenen Bedürfnissen der Zeit, dem Ort und der verschiedenen Arbeit gemäß; 3) Vorzugsrecht der angesessenen Arbeiter bei Ertheilung der Arbeit; 4) Lezitationen und Submissionen von Seiten der Staats- und Communalarbeiten sind unzulässig und müssen bei der Ertheilung der Arbeiten dem Beamten praktische Arbeiter zur Seite stehen. Auch soll die Veranschlagung solcher Arbeiten den Arbeitervereins-Vorständen zur Begutachtung bekannt gemacht werden; 5) verlangen wir, daß der Staat mittellose Arbeiter, die sich entschließen, auszuwandern, die Kosten der Ueberfahrt und zum ersten Anbau vorschußweise gewährt; die Rückzahlung des Kapitals verbürgt die Kolonie. Wir haben diese Forderungen reiflich geprüft und halten sie als die heiligsten, weil sie aus dem Grundsatz entsprungen sind, den Natur und Vernunft selbst stellt, nämlich auf dem Recht zu leben und menschlich zu leben.“²⁴

21 St. Born: Erinnerungen eines Achtundvierzigers: 29.

22 Vgl. HPW. 2. Beilage zu Nr. 19 vom 11. Mai 1848: 727.

23 Vgl. W. Grossert: Die Entwicklung der Arbeiterklasse, ihrer Lage und ihres Kampfes in Anhalt bis 1871. Phil. Diss. Halle 1970: 107–108.

24 HDZ. Nr. 91 vom 28. Oktober 1848.

Diese fünf Punkte, die sich an den Grundsätzen der Arbeiterverbrüderung orientierten, waren zugleich Programm des Vereins.

Keineswegs typisch für einen der Arbeiterverbrüderung angeschlossenen Arbeiterverein war sicherlich, daß sich bereits unter den 130 Gründungsmitgliedern des Vereins 37 Proletarierinnen, Arbeiter- und Handwerkerfrauen befanden,²⁵ obwohl die Programmatik des Berliner Arbeiterkongresses vom 23. August bis 3. September 1848 die Arbeiterinnen ausdrücklich einbezog. Erst im Februar 1850 jedoch wurde der Zutritt von Arbeiterinnen zum Verband offiziell gestattet.²⁶ Arbeiter sahen in den Frauen oft nur zusätzliche Konkurrentinnen um die raren Arbeitsplätze. Dies zeigten die Versuche von Zigarrenmachern und Schneidern, Kolleginnen aus ihren Gewerben zu verdrängen. Daß dies in Halle anscheinend nicht der Fall war, dafür kann es mehrere Gründe geben. Vielleicht war in Halle die Bereitschaft, mit den Arbeiterinnen Solidarität zu üben, größer als in anderen Orten. Wahrscheinlicher ist aber, daß die hiesige Deutsch-katholische und die Freie christliche Gemeinde als Vorbild dienten. Beiden Dissidentengemeinden strömten Mitglieder vor allem aus kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten zu. Das geistige und theologische Haupt der Freien christlichen Gemeinde, Gustav Adolph Wislicenus, genoß die uneingeschränkte Achtung eines Großteils der halleschen Arbeiterschaft. In beiden Gemeinden konnten Frauen relativ gleichberechtigt am Gemeindeleben teilhaben. Möglicherweise strahlte dies auf den Arbeiterverein aus, denn nicht wenige seiner Mitglieder waren in den Jahren seit 1845 einer der beiden Gemeinden beigetreten. Auch existierte wahrscheinlich zu jener Zeit in proletarischen Schichten teilweise noch eine "Übereinstimmung im Normenkanon von Mann- und Frausein"²⁷, auf Grund dessen Proletarierinnen mit Billigung ihrer Männer oder Väter öffentlich Dinge tun und sagen durften, von denen Bürgerfrauen nicht einmal zu träumen wagten.

Auch hatten im Frühjahr 1848 einige hallesche Näherinnen versucht, einen eigenen Verein zu gründen. Ein mit A. T. und W. St. unterzeichnetes Inserat lud am 20. April 1848 "das weibliche Nähpersonal" zu einer Besprechung in den Gasthof "Prinz Karl" ein.²⁸ Allerdings waren die Bemühungen der beiden Näherinnen, ihre Kolleginnen zu organisieren, nicht von Erfolg gekrönt. In der Mitgliederliste des am 16. Oktober 1848 gegründeten Arbeitervereins ist keine Näherin verzeichnet.

Nur wenigen der Arbeiterinnen, die dem halleschen Arbeiterverein beitraten, mag die Tatsache bewußt gewesen sein, daß sie weit mehr als die Männer ausgebeutet wurden, selbst wenn sie noch so viel leisteten. Da bei verheirateten Frauen der Verdienst nur als "Zubrot" zum Lohn des Mannes angesehen wurde, galt ihre Arbeit als weit

25 Vgl. Stadtarchiv Halle (im folgenden STA), Historische Handschriftenabteilung, B. 24, Mitgliederbuch des Arbeitervereins von 1848.

26 Vgl. M. Qarck: Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Leipzig 1924: 201.

27 Gabriella Hauch: Frauen zielen auch auf Männer: 29.

28 HPW. 2. Beilage zu Nr. 16 vom 20. April 1848: 612.

weniger wert. Daraus resultierten auch die wesentlich geringeren Frauenlöhne. Eine unverheiratete Arbeiterin, die keinem Familienverband angehörte und völlig auf sich allein gestellt war, konnte von dem Hungerlohn nicht existieren. Für die Arbeiterinnen, die täglich zwölf bis vierzehn Stunden hart arbeiteten, ging es 1848 nicht um ein Recht auf Arbeit oder Erwerb, wie es ihre männlichen Kollegen forderten. “Dieses Recht war für sie zu einer unerbittlich zu erfüllenden Pflicht geworden, von der selbst Kinder nicht verschont blieben, um sich und die eigene Familie vor dem Untergang zu bewahren.”²⁹ Es ging für die Arbeiterinnen schon in den 1840er Jahre um weit mehr – um die Befreiung aus doppelter Ausbeutung. In der 48er Revolution stellte sich erstmals mit aller Schärfe die – auch nach 150 Jahren noch nicht gelöste – Frage, daß die Befreiung der Frau, nicht nur der Arbeiterin, die Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung voraussetzt.³⁰

Einige wenige wohlhabende Bürger nahmen sich in Halle der Nöte der Arbeiterinnen an. Zu ihnen gehörte der Fabrikant Ludwig Wucherer, auf den maßgeblich die Gründung der ersten Kinderbewahranstalt mit zwei Häusern in den Jahren 1837 und 1839 zurückgeht.³¹ Ebenfalls eine bürgerliche Frau, die seit Jahrzehnten sozial engagierte Professorenwitwe Louise Bergener, unternahm in den Jahren 1840/41 einen ersten Versuch, etwas zur Verbesserung des Loses von Arbeiterinnen durch bessere Bildung zu tun. Sie gründete eine Sonntagsschule für Dienstmädchen und orientierte sich dabei an der Sonntagsschule für Handwerksgesellen und -lehrlinge, die im Jahr zuvor ins Leben gerufen worden war. Allerdings scheiterte Louise Bergeners Unternehmen.³²

Eine solch glühende Verfechterin ihrer Rechte wie die junge Schriftstellerin Louise Otto aus Meißen hatten die Arbeiterinnen in Halle nicht. Louise Otto war die einzige der damaligen Kämpferinnen für die Emanzipation der Frauen, die nicht nur mit Begeisterung die Gründung der Arbeiterverbrüderung in ihrem “Sendschreiben an alle ‘Verbrüdeten’” begrüßte, sondern die sich mit ihrem Wirken für die Rechte der Arbeiterinnen einsetzte. Sie erkannte, welche Bedeutung § 29 der Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses zukam: “Mit diesem habt Ihr es ausgesprochen, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind, nach der Gleichheit der Arbeit. Ihr habt mit diesem § den unsinnigen Fluch aufgehoben, der auf der einen Hälfte des Menschengeschlechts liegt: u n b e r e c h t i g t zu sein und unterdrückt von der andern Hälfte nach dem sogenannten Recht des Stärkern, welches Nichts ist als die roheste Gewalt und also nicht ihr Recht, sondern Unrecht ... Ihr habt es nicht vergessen, daß Ihr nicht nur Brüder

29 Astrid Franzke/Gisela Notz: Nachbetrachtung zu “Das Recht der Frauen auf Erwerb” von Louise Otto-Peters. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahre 1866. Leipzig 1997: 128.

30 Vgl. F. Tristan: Arbeiterunion. Vorwort von Paul B. Kleiser zur deutschen Erstausgabe: 23–24.

31 In der Kinderbewahranstalt I, an der Neuen Promenade/Ecke Töpferplan gelegen, wirkte 1848 auch die erste von Friedrich Fröbel ausgebildete Kindergärtnerin Halles, Amalie Krüger.

32 Vgl. C. Zarend: Lazareth. Suppenanstalt. Dienstmädchen-Institut. Johanne Christiane Louise Bergener (1774–1851). Unveröffentlichtes Manuskript: 31–34. Louise Bergener unterstützte auch die – damals erfolglosen – Bemühungen des Diakons der Moritzkirche, Friedrich Hesekeel, bereits im Jahre 1830 eine Kinderbewahranstalt nach englischem Vorbild in Halle zu gründen.

seid untereinander, sondern daß Ihr auch S c h w e s t e r n habt ... die wie Ihr leiden unter den Herrenrechten des Geldes, ... die nicht nur gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für einen kargen Lohn, der zum Leben nicht ausreicht, zu verkaufen, sondern die oft nur zu leben vermögen, indem sie sich der Schande preisgeben, den fluchwürdigen Sündensold zu erwerben.”³³

Auf diesen § 29 der Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses konnten die halleschen Arbeiterinnen ebenfalls bauen. Zwar hatten die Frauen im halleschen Arbeiterverein keine eigene Wortführerin in ihren Reihen und schienen auf die Fürsprache der Männer angewiesen zu sein. Jedoch trat die Mehrheit von ihnen aus eigenem Antrieb, als selbstbestimmtes Individuum, und nicht als Ehefrau eines Arbeiters oder Handwerkers, dem Arbeiterverein bei. Elf Frauen ließen als “Gewerbe” Arbeiterin eintragen, je drei (Hand-)Arbeiterfrau und Händlersfrau, je zwei Hökerin und Schneidersfrau. Mitglied des Vereins war auch die Ehefrau des Gastwirts Voigt, der selbst dem Verein angehörte. Bei 15 Frauen fehlen die Angaben über ihre Profession. Es liegt die Vermutung nahe, daß sie Handarbeiterin, Tagelöhnerin, Näherin oder Dienstmagd waren. Bei zwanzig Frauen stand als Familienstand “verwitwet”. Diese Proletarierinnen waren ohnehin gezwungen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und für sich selbst einzustehen. Im Arbeiterverein genossen sie als weibliche Mitglieder nicht nur “unter gleicher Verpflichtung gleiche Rechte”, sondern erfuhren im Verlauf des weiteren Bestehens des Vereins auch die Solidarität der Männer.

Über das Vereinsleben, vor allem aus dem Jahr 1848, sind nur spärliche Nachrichten überliefert. Einige Fakten kann man der “Halleschen Demokratischen Zeitung”, anderes den Berichten des Vereins an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung in Leipzig entnehmen. Diese Briefe, einige wurden in der “Verbrüderung” veröffentlicht, beschlagnahmte die sächsische Polizei im April 1850 zusammen mit dem Schriftgut des Zentralkomitees.³⁴ Eine weitere Quelle sind die Polizeiberichte, die der hallesche Magistrat über den Verein für die Preußisch-Königliche Regierung in Merseburg anfertigen mußte.

Es ist auch schwierig nachzuvollziehen, wie viele Arbeiter sich überhaupt im Verein einschrieben. Wiederholt beklagte der Vorstand, daß angesichts der zahlreichen proletarischen Einwohnerschaft Halles der Zustrom nicht den Erwartungen entsprach.³⁵ Dieses Problem teilte der hallesche mit den meisten Arbeitervereinen, die sich in der Arbeiterverbrüderung zusammenschlossen. Nach eigenen Angaben wuchs die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder bis Mitte November 1848 auf 300 an,³⁶ die jedoch nicht alle im Mitgliederbuch verzeichnet waren. Im Dezember 1848 hatte der Verein etwa 200 Mitglieder.³⁷ Im Februar 1849 gab der Vorstand die Mitgliederzahl mit 204

33 Louise Otto: Sendschreiben an alle “Verbrüdeten”. In: Die Verbrüderung. Nr. 8: 31.

34 Vgl. H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung: 2.

35 Vgl. ebenda. Brief an das Leipziger Zentralkomitee vom 20. Februar 1849. Dok. 129: 249, und Brief vom 10. Juli 1849, Dok. 133: 253.

36 Vgl. Die Verbrüderung. Nr. 33 vom 18. Mai 1850: 152.

37 Vgl. HDZ. Nr. 136 vom 20. Dezember 1848.

an.³⁸ Bedingt durch verstärkte Repressionen seit dem 19. November 1848 und vor allem aufgrund der seit Dezember 1848 in Halle grassierenden Cholera, die auch das Vereinsleben stark beeinträchtigte, trat ein Mitgliederschwund ein. Als der Arbeiterverein schließlich aufgelöst wurde, zählte er „jetzt 211 Mitglieder in den Listen ... davon sind aber nach und nach circa 70 abgesprungen, ohne daß sie in dem Mitgliederverzeichnis gestrichen waren, und es befinden sich unter den 211 ungefähr 60 Frauen, so daß in runder Summe 80 männliche Individuen sich noch zu dem Verein bekennen, von denen wieder nur 50–60 thätige, d. h. steuernde und die Mitgliederversammlungen besuchende Mitglieder sind.“³⁹

Das im Stadtarchiv Halle aufbewahrte Mitgliedsbuch erfaßte 235 Namen im Register. Für die Arbeiter waren folgende Gewerbe eingetragen: 94 Hand- oder Fabrikarbeiter, je 9 Maurer, Schneider und Händler, 6 Zimmerer, 5 Ziegeldecker, je drei Tuch-, Schuh- und Hutmacher, je zwei Tischler, Schlosser, Gastwirte, Musiker und Lehrer, außerdem je ein Böttcher, Kutscher, Lohgerber, Aufläder, Nagelschmied, Tapezierer, Steinbrecher, Seiler, Bäcker, Buchdrucker, Buchbinder, Uhr-, Korb- und Kammacher.⁴⁰ Unter den oben genannten 60 Frauen⁴¹ befanden sich 13 (Hand-)Arbeiterinnen, je 5 (Hand-)Arbeiter- und Händlersfrauen, je zwei Hökerinnen und Schneidersfrauen sowie je eine Gastwirts-, Lohgerbers- und Ziegeldeckersfrau. Von 30 Frauen fehlt die Angabe zum Erwerb. Verwitwet waren 24 Frauen, aber offenbar in der Lage, den Mitgliedsbeitrag aufzubringen.⁴² Die Mehrzahl der Vereinsmitglieder, sowohl Männer als auch Frauen, lebte dort, wo die Wohnverhältnisse am schlechtesten waren: in der Altstadt, in den ehemaligen Vororten Glaucha, Neumarkt und Petersberg sowie auf dem Stroh Hof.⁴³

Die Mitgliedschaft blieb nicht zuletzt deshalb an der Zahl der halleschen Proletarier gemessen relativ gering, weil der Vorstand, auch im Hinblick auf die an das Zentralkomitee in Leipzig abzuführende Unterstützung, darauf bedacht war, nur Mitglieder aufzunehmen, die bereit waren, den monatlichen Beitrag von 1 Silbergroschen und bei Bedarf weitere freiwillige Beiträge zu entrichten.⁴⁴ Einerseits hielt der besonnene Teil der Mitgliedschaft selbst darauf, die „rohesten Elemente, die nur den politischen Scandal unterstützten, und unter Verweigerung persönlicher Beisteuer zu den später gebildeten Kassen“⁴⁵ dem Ansehen des Vereins in der Öffentlichkeit nur scha-

38 Vgl. H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung. Dok. 129: 249.

39 Landesarchiv Merseburg (im folgenden LA Merseburg), Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 88.

40 STAHL, Historische Handschriftenabteilung, B. 24, Mitgliederbuch des Arbeitervereins von 1848; vgl. auch W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 23 und E. Neuß: Die Entstehung und Entwicklung: 290.

41 Vgl. STAHL, Historische Handschriftenabteilung, B. 24, Mitgliederbuch des Arbeitervereins von 1848; vgl. auch W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 48.

42 Vgl. STAHL, Historische Handschriftenabteilung, B. 24, Mitgliederbuch des Arbeitervereins von 1848.

43 Vgl. E. Neuß: Die Entstehung und Entwicklung: 290.

44 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 43 und Bl. 44; vgl. auch H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung. Dok. Nr. 129: 249.

45 LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 90.

deten, nach und nach auszuschließen, wie aus dem Bericht des Magistrats an das Ministerium des Innern im Merseburg vom 31. August 1850 hervorgeht. Andererseits taten augenscheinlich die "Obrigkeit" und das liberale Bürgertum ihr Bestes, um dem Arbeiterverein Steine in den Weg zu legen. Im selben Bericht bestätigte Stadtrat Heise, daß der Beschluß, nicht steuernde Mitglieder auszuschließen, sich auf das zahlenmäßige Wachstum des Vereins negativ auswirkte und er "über eine, für die hiesigen Verhältnisse so enorm geringe Ausbreitung nicht hinauskam."⁴⁶ Außerdem war es gelungen, "die schon eingeleitete Verbindung mit den zahlreichern Gesellen der Bauhandwerker"⁴⁷ zu hintertreiben.

Der Arbeiterverein blieb nur auf die Stadt Halle beschränkt. Es gelang dem Vorstand nicht, in Städten und größeren Ortschaften des umliegenden Saalkreises Fuß zu fassen. Zwar hatte er anfangs zwei auswärtige Mitglieder. Diese traten jedoch wieder aus oder wurden ausgeschlossen. In dem bereits oben genannten Bericht an das Merseburger Innenministerium hieß es mit sichtlicher Genugtuung, der "Versuch, in Löbejün und Mücheln (im Saalkreis – d. V.) abhängige Localvereine zu gründen, ist dem Traxdorf vereitelt worden"⁴⁸. Eine ernst zu nehmende Konkurrenz allerdings stellte für den Arbeiterverein der reaktionäre Preußenverein dar. Jener hat "mit seinem Unterstützungsverein einen Teil der Arbeiter an sich gelockt und damit dem Arbeiterverein entzogen"⁴⁹.

Bereits im November 1848 verschlechterten sich die politischen Bedingungen für den Arbeiterverein zunehmend. Er hatte rückhaltlos die Demokraten und die Sache der Republik unterstützt, denn im engen Anschluß an die demokratische Partei sahen seine Mitglieder die Gewähr für die Verbesserung ihrer Lage und die Sicherung der erkämpften bürgerlichen Grundrechte. Nicht zuletzt deshalb erhielt, wie bereits erwähnt, der Demokrat Gustav Rawald das Mandat des Arbeitervereins für den Zweiten Demokratenkongreß in Berlin und den Auftrag, die programmatischen Forderungen der Arbeiter dort zu vertreten. Ebenso bedingungslos unterstützten die Mitglieder des Arbeitervereins die Steuerverweigerungskampagne. Im November 1848 bestand weder im Volks- noch im Arbeiterverein Zweifel darüber, daß die Demokraten in Kürze bereit sein mußten, die errungenen Freiheiten auf den Ruf der Frankfurter Nationalversammlung hin nötigenfalls mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Dazu war vor allem das Lancierkorps der Arbeiter bereit, dessen Mitglieder in der Mehrheit auch im Arbei-

46 Ebenda, Bl. 88.

47 Ebenda, Bl. 8; vgl. auch H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, Dok. 129: 249 und Dok. 133: 254. Die Maurergesellen waren die ersten Arbeiter Halles, die im April 1848 mit Lohnforderungen den Arbeitgebern gegenüber auftraten. Sie waren im sogenannten "Frankfurter Gesellenkongreß", dem der Maurergeselle Heinrich Jordan vorstand, organisiert. Gottlieb Henze, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitervereins, hatte im "Gesellenkongreß" die Funktion des Schriftführers inne und vertrat dort die Positionen der Arbeiterverbrüderung.

48 LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 88 und Bl. 156.

49 A. Schmiedecke: Die Revolution von 1848–49 in Halle. Halle 1932: 181 (im folgenden A. Schmiedecke: Die Revolution von 1848–49 in Halle).

terverein organisiert waren. Am 15. November 1848 forderte Gottlieb Henze, Beisitzer im Vorstand des Arbeitervereins, in der „Halleschen Demokratischen Zeitung“ dazu auf, sich in mobile Kolonnen einzutragen, wozu die Listen bei ihm, Kleine Klausstraße Nr. 915, bereit lägen. Am gleichen Tag wurde in Halle ein Sicherheitsausschuß gebildet, in dem der Arbeiterverein durch seinen Vorsitzenden Traxdorf vertreten war.

Die revolutionäre Bewegung erreichte am 19. November 1848 in Halle ihren Höhepunkt. An diesem Tag sollte die Landwehr eingekleidet und mit der Eisenbahn nach Magdeburg gebracht werden, um später am Krieg gegen Schleswig-Holstein teilzunehmen. Dies trachteten die demokratischen Kräfte zu verhindern. Bereits am Vorabend riefen mehrere Redner auf einer Volksversammlung zum Ungehorsam gegen die Behörden auf. Es wurde festgelegt, am folgenden Morgen früh sieben Uhr erneut eine Volksversammlung auf dem halleschen Markt abzuhalten, um dort über die Verhinderung der Einkleidung der Landwehr, über die Absetzung der Behörden und über die Durchführung des Steuerverweigerungsbeschlusses zu beraten.⁵⁰ Im Verlaufe des Tages kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und dem als „praetorianische Leibgarde der Anarchie“⁵¹ beschimpften Lancierkorps, in dessen Folge die Arbeiter entwapnet, ihre militärischen Führer, der Jäger Carl Fischer und der Lehrer Heinrich Weißgerber, verhaftet wurden. Einige Mitglieder des Lancierkorps flohen aus Halle. Auch Gustav Rawald, der Herausgeber der „Halleschen Demokratischen Zeitung“, wurde noch am selben Tag in Arrest genommen. Johann Traxdorf blieb zunächst unbehelligt.

Von da an gab sich der hallesche Arbeiterverein – wie andere nach der Niederlage der revolutionären Kräfte – den Anschein, unpolitisch, auf soziale Belange, Selbsthilfe und Bildung ausgerichtet zu sein, um sein Weiterbestehen zu sichern. Vielfach konnten sich die Arbeiter nur auf diese Weise dem stärker werdenden Druck der Reaktion erwehren. Als sich der Verein am 3. Juni 1849 ein Statut gab, wurde im § 1 ausdrücklich vermerkt, daß „alle politischen und religiösen Fragen den Verhandlungen des Vereins“ soviel „als möglich“ ausgeschlossen bleiben; bekannte man sich in § 2 trotzdem ausdrücklich zu den Beschlüssen des Berliner Arbeiterkongresses vom 23. August bis 3. September 1848, „soweit solche die Arbeiterfragen betreffen, für sich als bindend an“⁵². Außerdem wurde jedem Mitglied in § 13 die Verhaltensnorm auferlegt, „auch außerhalb des Vereins durch ein ehrenhaftes Betragen, durch Sittlichkeit und Ordnungsliebe dem Zwecke des Vereins nachzukommen.“

Trotz des wachsenden politischen Druckes von außen fand am 17. Dezember 1848 eine Sitzung statt, die „wohl interessanteste, welche seit der Gründung des Vereins gehalten worden war.“⁵³ An diesem Abend sprach Stefan Born, der führende Kopf der

50 Vgl. ebd.: 112f.

51 LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 86.

52 Ebd., Bl. 94.

53 HDZ. Nr. 136 vom 20. Dezember 1848.

Arbeiterverbrüderung. Born sollte “die Nothwendigkeit, die Grundsätze und die näheren Bedingungen der Arbeiter-Association”⁵⁴ darlegen. Sein Vortrag war durch “ruhige Klarheit von einer überzeugenden, bleibenden Wirkung”, wie es in dem Bericht in der “Halleschen Demokratischen Zeitung” hieß. Stephan Born vertrat in Halle noch den später von ihm verworfenen utopisch-sozialistischen Standpunkt, durch eine Vergenossenschaftung der Arbeit “nach und nach in nicht zu langer Zeit durch die regelmäßig gemeinsam verwalteten Ersparnisse der Arbeiter die Arbeit von der Knechtschaft des Capitals zu befreien und endlich die Arbeiter mit Beseitigung der Mittelspersonen zu Eigenthümern des Marktes für ihre Produktion zu machen”⁵⁵. Allerdings teilte Stefan Born mit Karl Marx die Ansicht, und legte das auch in jener Arbeiterversammlung dar, daß die Arbeiter, um sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, zunächst die politische Macht erobern müßten.

Im Frühjahr, vermutlich im Mai, 1849 wurde auch Johann Traxdorf, der Vorsitzende des Arbeitervereins, verhaftet und nach Magdeburg auf die Festung gebracht. Der Arbeiterverein unterstützte Traxdorfs Familie während seiner Haft. Zum neuen Vorsitzenden wählten die Mitglieder den bisherigen Beisitzer Friedrich Moog, als weitere Vorstandsmitglieder die Arbeiter Leuschner, Andreas Thomas, Johann Theodor Gille und Friedrich Voigt, genannt Göbel.⁵⁶ Nachdem Traxdorf spätestens im Oktober desselben Jahres freikam, nahm er die politische Tätigkeit im Verein wieder auf. Er wurde zum ersten Schriftführer, eventuell sogar wieder zum Vorsitzender des Vereins gewählt und erhielt das Mandat zur Generalversammlung der Arbeiterverbrüderung, die vom 20. bis 26. Januar 1850 in Leipzig tagte.⁵⁷

Festlich begingen die Mitglieder am 15. Oktober 1849 den ersten Jahrestag der Gründung des Vereins mit einem feierlichen und würdevollen Stiftungsfest, über das ein Bericht in der “Verbrüderung” erschien. Darin heißt es: “Angemessene Reden verherrlichten die Bedeutung des Festes und würzten das einfache Mahl und den erheitern den Trank. ... Es war erhebend mitten unter den Feiernden auch den Freund der Armen und Gedrückten zu sehen. G. A. Wislicenus war zur Festfeier eingeladen und erhob die Gemüther durch sein einfaches und klares Wort. So beschämten einfache Arbeiter die Vornehmen und Gelehrten, welche es verschmähen, mit jenem Ehrenmanne zusammensitzen! Außerdem sprachen noch in längerer Rede Traxdorf, der Vorsit-

54 Ebd.

55 Ebd.

56 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 97. Vgl. auch H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, Dok. 132: 252. Der Vorname des Vorstandsmitglieds Leuschner ließ sich nicht ermitteln.

57 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 134. Vgl. auch H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, Anlage 3: 517; Wermuth/Stieber: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Erster Theil. Berlin 1853, Anlage XXII: 311 (im folgenden Wermuth/Stieber: Die Communisten-Verschwörungen I). Die Vermutung, Traxdorf könnte sein Amt als Vorsitzender des Vereins wieder aufgenommen haben, ergibt sich daraus, daß unter dem in Nr. 119 vom 20.11.1849 veröffentlichten Bericht über das Vereinsleben sein Name an erster Stelle steht und er auch im Bericht über das Stiftungsfest am 15.10.1849 als Vorsitzender genannt wird.

zende des Vereins, und Moog und lieferten wiederum den Beweis, daß auch solche, welche nicht studirt haben, sich über die Angelegenheiten des Tages auszusprechen wissen. Während des Festes vergaß man auch eines wegen politischer Angelegenheiten gefangen gehaltenen Mitgliedes (des Jägers Carl Fischer, der in der Haft sehr an den Folgen der Mißhandlung bei seiner Verhaftung litt – d. V.), sondern bethätigte die Anerkennung der Leistungen dieses Mannes durch Gaben der Liebe. So verlief die Feier des ersten Stiftungsfestes, ausgezeichnet durch würdevolle und anständige Haltung der Gesellschaft, und die Töne der Musik und des Gesanges wurden die Träger hochherziger Entschließungen, welche auf's Neue in der Brust der Feiernden emporkeimten." Der Bericht schloß mit der Hoffnung, "möge der Wunsch, unsers wackern Wislicenus in Erfüllung gehen, der in prophetischem Geiste sprach: Wenn die Arbeiter mit Besonnenheit und Festigkeit zu Werke gehen, dann wird ihre gerechte Sache den Sieg davon tragen!"⁵⁸

Die weiteren Vereinsberichte an das Zentralkomitee der Arbeiter in Leipzig spiegelten organisatorische Fragen, das soziale Wirken und die Bildungsbestrebungen des Vereins wider. Wiederholt klagte das berichtende Mitglied über die nach wie vor zu geringe Mitgliedschaft, und "daß sich kaum in wenig Orten eine so geringe Theilnahme für die Associationen zeigt, als in unserm, in politischer Beziehung so merkwürdigen Halle"⁵⁹. Auch viele im Verein eingeschriebene Mitglieder blieben den Versammlungen fern. In einem Brief vom 10. Juli 1849 teilte Gottlieb Henze mit, daß man durch die "jetzt in Halle herrschende große Sterblichkeit" (die seit Dezember 1848 grassierende Cholera, die erst im Oktober 1849 endgültig erlosch – d. V.) sich veranlaßt sah, "eine Kranken- und eine Sterbekasse zu errichten... Diese Art der Unterstützung bei vorerwähnten Unglücksfällen hat hier einigen Anklang gefunden, so daß sich auch schon mehrere Frauen in die Kasse eingekauft und für 8 Monat[e] (die Zeit des Bestehens unsers Vereins) ihre Beiträge als wirkliche Mitglieder gezahlt haben, und wir haben die Hoffnung, daß wir bald ausgedehnter in dieser Beziehung wirken können. Wenn erst wieder die in allen Kreisen herrschende Arbeitslosigkeit vorüber ist, werden wir bestimmt eine größere Betheiligung finden."⁶⁰

In die Krankenkasse traten 187 Mitglieder, darunter 11 Ehefrauen und Frauen ein. Die Sterbekasse zählte 186 Mitglieder, darunter 43 Ehefrauen und einzelne Frauen. Interessant ist, daß in die Sterbekasse 31 Witwen eintraten.⁶¹ Die beiden Unterstützungskassen waren für die Frauen deshalb so attraktiv, weil sie gleichberechtigte Mitglieder waren. Sie bekamen nicht über ihre Männer, sondern für ihren eigenen eingezahlten Beitrag die gleichen Leistungen. Es dürfte dem Arbeiterverein aber sehr schwer gefallen sein, bei der durch die Cholera verursachten hohen Sterblichkeit seinen

58 Die Verbrüderung. Nr. 111 von 1849: 445; vgl. auch W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 24.

59 Vgl. H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung. Dok. 133: 253; vgl. auch Dok. 123: 252.

60 Ebd. Dok. 133: 253.

61 Vgl. STAHL, Historische Handschriftenabteilung, B. 24, Mitgliederbuch des Arbeitervereins von 1848.

Verpflichtungen nachzukommen. In dieser Epidemie, die vom 7. Dezember 1848 bis 16. Oktober 1849 währte, starben 1.217 Personen, vor allem Arbeiter und deren Angehörige.⁶² Im Brief vom 10. Juli 1849 teilte Gottlieb Henze auch mit, daß der hallesche Arbeiterverein an wandernde Mitglieder auswärtiger Vereine eine Unterstützung zahle, obwohl noch keine derartige Kasse eingerichtet worden sei.

Außer bei Krankheit oder Todesfällen versuchten die Mitglieder des Arbeitervereins bei der Lösung des dringendsten Problems, der Arbeitsbeschaffung, zunächst für die Männer, dann auch für die Frauen, behilflich zu sein. Aus diesem Grund fungierte im Auftrag des Vereins Speisewirt Voigt als Arbeitsvermittler. In einem Inserat im "Hallischen patriotischen Wochenblatt" wurde darauf hingewiesen, daß der Verein Arbeiter aus fast allen Ständen zum Mitglied hätte und daher "auch fast für jede Arbeit ein Arbeiter zu finden sein. Die Mitglieder unserer Association werden sich bestreben, die etwaigen Aufträge so auszuführen, wie es die Ehre und das Pflichtgefühl eines guten Arbeiters fordern."⁶³ Zu welchen Konditionen wurde nicht überliefert. Offensichtlich hatte diese Bekanntmachung Erfolg und eine Reihe von Arbeitgebern stellte Vereinsmitglieder ein. In Nummer 51 des Wochenblattes sprach der Verein "seinen Dank gegen diejenigen (aus), welche durch ihre Aufträge zur Hebung des Vereins mitgewirkt haben, und bittet um fernere Aufträge. Zur Vervollständigung des Früheren diene die Anzeige, daß auch die weiblichen Mitglieder ihre Kräfte für angemessenen Arbeit anbieten. Bestellungen nimmt auch fernerhin an der Gastwirt Voigt, kleine Ulrichstraße Nr. 977."⁶⁴

Darüber hinaus wurden aus der Vereinskasse auch Darlehen an Mitglieder ausgereicht, um ihnen die Wiederaufnahme einer Arbeit zu erleichtern und damit den Broterwerb zu sichern. Im Jahre 1850 betrug der Bestand der "Associations-Kasse", einschließlich der Außenstände, trotz des geringen Beitrags von 1 Sgr. monatlich auf ungefähr 60 Reichstaler. Die Assoziationskasse sollte den Grundstein einer Volkskreditbank bilden. Der größte Betrag, der jemals an ein Mitglied ausgezahlt wurde, betrug 30 Taler, gedacht zur Anschaffung eines Eselwagens. Alle anderen Darlehen dienten in der Regel der Beschaffung von Arbeitskleidung und überschritten fünf Taler nicht. Im Jahre 1850 trugen sich die Vereinsmitglieder mit dem Gedanken, einen Torfplatz zu pachten und Torffabrikation (damit war in Halle zu jener Zeit die Herstellung von Braunkohlensteinen gemeint – d. V.) auf Rechnung des Vereins, d. h. im Sinne einer Genossenschaft, zu betreiben und somit den Assoziationsgedanken im Sinne des utopisch-sozialistischen Gehalts der Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses umzusetzen.⁶⁵ Dies war gleichzeitig ein Versuch, in Selbsthilfe Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen.

62 Vgl. G. F. Hertzberg: Geschichte der Stadt Halle an der Saale während des 18. und 19. Jahrhunderts (1717 bis 1892). Halle 1893: 538.; vgl. auch HPW. Nr. 36 vom 8. September 1849: 1339.

63 HPW. Nr. 45 vom 10. November 1849: 1668.

64 HPW. Nr. 51, 1. Beilage vom 25. Dezember 1849: 1887.

65 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 90 und 91.

Breiten Raum nahmen im Vereinsleben “gegenseitige Bildung und Aufklärung” ein. Dem war förderlich, daß dem Verein die Lehrer Otto Bernhard Müller und Wilhelm Theodor Lohse angehörten. Lehrer wurden in der Regel in den Arbeitervereinen generell mit der Bildung der Mitglieder betraut. Man kann jedoch davon ausgehen, daß auch Mitglieder wie Johann Traxdorf, Friedrich Moog, Gottlieb Henze, der Gärtner Johann Gottlieb Dönitz, dessen Gedichte mehrfach im “Wächter an der Saale” abgedruckt wurden, und noch andere proletarische Vereinsmitglieder keineswegs ungebildet, sondern wort- und schriftgewandt und durchaus in der Lage waren, politische Fragen zusammenhängend und verständlich darzustellen. In Bezug auf den Bildungsstand und die Beteiligung weiblicher Vereinsmitglieder an den Bildungsabenden kann keine Aussage getroffen werden. Auch der Feldmesser (Landvermesser – d. V.) August Günther, vom 13. März 1849 bis zu seiner Verhaftung wegen “Preßvergehens” Redakteur der “Halleschen Demokratischen Zeitung” und Mitglied des Demokratischen Clubs, war im Arbeiterverein organisiert, ja er dürfte sogar einer seiner Initiatoren gewesen sein.⁶⁶ Auf der Grundlage seiner journalistischen Tätigkeit trug auch er viel zur politischen Bildung im Verein bei. Mehrfach wurde in den wöchentlichen Zusammenkünften über soziale Fragen, über den Assoziationsgedanken resp. den Nutzen des Zusammenschlusses der Arbeiter, die Selbsthilfe der Arbeiter, das Recht auf Arbeit und dessen Sicherung, über die Ausgestaltung der Volksschule, über die Menschenrechte oder über das Für und Wider des Branntweingenusses diskutiert. Auch über diese Bildungsbestrebungen gingen Berichte an das Zentralkomitee der deutschen Arbeiter in Leipzig.⁶⁷ Der Verein hielt auf eigene Kosten “Die Verbrüderung” und die von Wislicenus herausgegebene “Neue Reform”. Einzelne Mitglieder lasen die “Bürger- und Bauernzeitung” und die von E. Meyen redigierte “Abendpost”⁶⁸, die anderen Vereinsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden. Als die sächsischen Behörden die “Verbrüderung” verboten, nahm deren Stelle der von Carl Gangloff, Franz Schwenniger und Andreas Reuß von Juli bis Oktober 1850 herausgegebene “Prometheus” ein. Es existierte darüber hinaus im Vereinslokal eine kleine Bibliothek. Diese bestand im November 1849 neben den Periodica zunächst aus 25 Büchern, gedacht “zur Aufklärung in Bezug auf soziale Fragen”⁶⁹. Die Bibliothek wuchs schließlich auf 40 Bände an, “in welcher sich unter socialistischen Broschüren die Schriften Friedrichs II befinden”⁷⁰.

Um musische Begabungen zu pflegen, gründeten Vereinsmitglieder eine “Arbeiter-Liedertafel”, der 91 Mitglieder beitraten. Wann dieser Gesangsverein entstand, kann nicht genau datiert werden. Auf jeden Fall geschah dies vor dem Verbot des Arbeitervereins, etwa im Jahre 1849, auf jeden Fall vor dem August 1850. Das Mitglieds-

66 Vgl. ebenda, Bl. 86 und 89; vgl. auch HDZ. Nr. 59 vom 13. März 1849.

67 Vgl. Die Verbrüderung. Nr. 119 vom 20. November 1849: 475f.; vgl. auch H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung. Dok. 134: 255f.; W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 25.

68 Vgl. H. Schlechte: Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung. Dok. 134: 256.

69 Die Verbrüderung. Nr. 119 vom 20. November 1849: 476.

70 LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 91.

verzeichnis der Arbeiter-Liedertafel befindet sich ebenfalls in dem schon erwähnten Mitgliedsbuch des Arbeitervereins, das auch die Listen der in die beiden Unterstützungskassen eingetretenen Mitglieder enthält. Andere Autoren vermuten, daß die Liedertafel erst nach dem Verbot des Vereins als Ersatzorganisation entstand, um als Gesangsverein getarnt auch weiterhin in gewissem Maße politisch wirksam sein zu können.⁷¹

In den ersten Monaten des Jahres 1850 unternahm die Reaktion mit der preußischen Verordnung zum Vereinswesen vom 11. März 1850 und der sächsischen Verordnung vom 3. Juni 1850 entscheidende Maßnahmen gegen die elementare Arbeiterbewegung. Die Dresdener Regierung ließ bereits Anfang April Hausdurchsuchungen bei einer Anzahl sächsischer Arbeiterfunktionäre durchführen. Bei Carl Gangloff fielen ihr dabei die Papiere und Korrespondenzen der Arbeiterverbrüderung, unter anderem die des halleschen Arbeitervereins, in die Hände.⁷²

Anfang Juli 1850 wurden die Arbeiterverbrüderung und die ihr angeschlossenen Vereine von den meisten deutschen Staaten für ungesetzlich erklärt. Auch Preußens Innenminister von Manteuffel wies die Oberpräsidenten der Provinzen in einem Schreiben an, laut Artikel 30 der Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat vom 31. Januar 1850, die der Arbeiterverbrüderung angeschlossenen Vereine überwachen zu lassen. In dem betreffenden Schreiben wurden die Arbeitervereine als staatsgefährdend eingestuft.⁷³

Spätestens seit der preußischen “Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts” vom 11. März 1850 wurde auch der hallesche Arbeiterverein zunehmend von außen – und es ist anzunehmen, ebenso von innen – observiert. Dies war für die hallesche Polizei kein Problem, denn der Verein führte seine Sitzungen, außer wenn Personalfragen zur Debatte standen, laut § 5 seines Statuts stets öffentlich durch.⁷⁴ Doch besuchten die Versammlungen, wenn man dem Bericht des Magistrats vom 31. August 1850 Glauben schenken kann, “nur Vereinsmitglieder, wenn nicht die Bewohner des Hôtel de Prusse (Gastwirth Grundmann, Lehrer Koerner, Fabrikant Fuhse) hie und da, wenn auch sehr selten, den Verein mit ihrer Gegenwart erfreuen um ihn an den politischen Impuls zu fühlen”⁷⁵. Offensichtlich wußte die städtischen Behörden nicht oder wollten nicht wissen, daß Gastwirt Grundmann nicht nur ein Vereinslokal zur Verfügung stellte, sondern in den Verein eingetreten war.

71 Vgl. STAHL, Historische Handschriftenabteilung, B. 24, Mitgliederbuch des Arbeitervereins von 1848, Arbeiter-Liedertafel; vgl. auch W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 25; Autorenkollektiv: Halle. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin 1979: 60 (im folgenden Autorenkollektiv: Halle).

72 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 40–44; vgl. auch R. Weber (Hg.): Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Redigiert von Stefan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff. Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber. Leipzig 1975: XVI.

73 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 4 und Bl. 5.

74 Vgl. ebenda, Bl. 95; vgl. auch HDZ. Nr. 120 vom 2. Dezember 1848.

75 LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 91.

Im August 1850 mußte der Magistrat wiederholt über den Arbeiterverein an die Regierung in Merseburg berichten, so am 11., am 12. und am 31. des Monats. Dem Schreiben vom 12. August an das Ministerium des Innern fügte Oberbürgermeister Bertram den Bericht des Polizei-Inspektors Albrecht über den Verein bei.⁷⁶ Albrecht stellte darin den Verein gefährlicher dar, als dieser jemals war. In der ersten Zeit seines Bestehens sei der Verein "revolutionair und extrem communistisch" gewesen, so daß es schwierig schien, "den Wahnwitz oder die Bosheit der ihn leitenden Köpfe unschädlich zu machen"⁷⁷. Doch der Verein sei *für jetzt* ungefährlich. "In diese Haltung ist er aber – was hier zur klareren Einsicht nicht verschwiegen werden kann – nur durch die sorgfältigste, spezielleste und dennoch unfehlbare Ueberwachung, durch das stete Zurhandhalten von Gegenmaßregeln durch Einbringen besserer Elemente und anderweitiger besserer Einwirkung, durch Ableitung von politischen Fragen zu unverfänglichen Dingen, durch Abhaltung einer Vereinigung mit gleichnamigen oder gleichgesinnten Vereinen und deren geschickteren Führern hier oder auswärts allmählich geführt worden."⁷⁸ Aufgrund der "Allgemeingefährlichkeit" der im Arbeiterverein vertretenen Tendenzen müsse man "auch für die Auflösung des hiesigen Vereins sein."⁷⁹ Albrecht schloß nicht aus, daß Arbeiter nach einem Verbot des Vereins sehr bald wieder versuchen würden, sich zusammenzuschließen. Dann würde die Polizei "überhaupt durch das später nöthige Auseinanderhalten und Bewachen der Arbeiter mehr Arbeit haben, als sie jetzt bei zweckmäßigen Verfahren durch Unschädlichmachung ihrer Vereine hatte"⁸⁰.

Nachsuchungen beim letzten Vorsitzenden des Vereins, dem Buchbinder Edmund Friedrich Benjamin Krause, bei Feldmesser August Günther und im Versammlungslokal brachten kein belastendes Material zutage, vor allem nicht die durch die sächsische Polizei in Leipzig bei Gangloff konfiszierten Berichte.⁸¹ Daher verzichtete man vorerst auf eine Beschlagnahme. Der Vorstand hatte, wie es scheint, auch vorgebaut. So fiel auch das Mitgliedsbuch des Vereins nicht in die Hände der Polizei. Das Vereinsmitglied August Losse verwahrte es und übergab das Verzeichnis viele Jahre nach diesen Ereignissen dem Stadtarchiv Halle. Stadtrat Heise schloß sich in einem weiteren Bericht der Meinung Albrechts an, daß nach den Unterlagen des Vereins zu urteilen, der hiesige Arbeiterverein zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gefährlich sei, es jedoch "nicht zweckmäßig sein würde, bei einer etwa anzuordnenden allgemeinen Auflösung sämtlicher Arbeiter-Vereine, zugunsten des hiesigen ... eine Ausnahme zu machen und sein Fortbestehen nachzulassen"⁸². Am 2. Oktober 1850 verfügte der

76 Vgl. ebd., Bl. 67, 68 und 69.

77 Ebd., Bl. 69.

78 Ebd. Unterstreichung im Original.

79 Ebd.

80 Ebd.

81 Vgl. ebd., Bl. 92.

82 Ebd.

Magistrat die Schließung des Vereins und übergab “die Sache zur weiteren Verfolgung” an die Königliche Staatsanwaltschaft zu Halle.⁸³

Dies hatte ein trauriges Nachspiel für die Männer, die zuletzt an der Spitze des Vereins standen. Halle bekam seinen “Kommunistenprozeß”. Am 15. Juni 1851 wurde “Anklage wider

1. den Predigtamts-Kandidaten Wilhelm Theodor Lohse zur Zeit in Nordhausen.
2. den Buchbindermeister Edmund Friedrich Benjamin Krause.
3. den Arbeitsmann Friedrich Voigt, genannt Goebel.
4. den Handarbeiter Johann Daniel Eckart.
5. den Handarbeiter Johann Theodor Scheibner, genannt Gille.
6. den Maurer Ernst Matthias Toeppe.
7. den Victualienhändler Johann Franz Kritzinger.
8. den Seilermeister Ernst Ferdinand Laue.
9. den Musiker Johann Christoph Andreas Kuhnt.
10. den Speisewirth Louis Reinhold Voigt

wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz vom 11. März 1850”⁸⁴ erhoben.

Den zehn Männern wurde hauptsächlich zur Last gelegt, daß der Arbeiterverein auch nach erlangter Rechtskraft der Verordnung vom 11. März 1850 “die Erörterung politischer Gegenstände zum Zwecke hatte und diesen Zweck bethätigte” sowie “daß derselbe gegen die beschränkenden Vorschriften des § 8 des. Gesetztes verstieß”⁸⁵ Als Beweis für die “politische Natur” des Arbeitervereins wurden in der Anklageschrift angeführt: die Beschaffenheit seiner Bibliothek, welche fast keine Titel enthielte, die vorwiegend gewerbliche und soziale Fragen behandeln, dagegen aber in der Mehrzahl politische Schriften. Im Zusammenhang damit warf man den Angeklagten vor, daß der Verein die “Neue Reform” von Wislicenus, die “Bürger- und Bauernzeitung”, die “Verbrüderung” und den “Prometheus” gehalten habe. Exemplare davon waren nach der Schließung des Vereins beschlagnahmt worden. Als Beweis für diesen Anklagepunkt diente der Staatsanwaltschaft das Zeugnis von Polizei-Inspektor Albrecht. Ferner habe der Lehrer Lohse in den Vereinssitzungen Auszüge aus den Zeitschriften vorgelesen und durch eigene weiterführende Erläuterungen ergänzt. Dies hätte Lohse auch eingestanden. Und schließlich legte man den Angeklagten die politische Natur des Vereins zur Last, die aus seinen Statuten und dem Bekenntnis zu den Beschlüssen des Berliner Arbeiterkongresses ersichtlich sei. Als Beweismittel für diesen Anklagepunkt diente ein Exemplar der Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses vom 23. August bis 3. September 1848.⁸⁶

83 Vgl. ebd., Bl. 159.

84 Ebd., Bl. 316. Der Lehrer Wilhelm Theodor Lohse hatte mittlerweile ein Theologiestudium begonnen. Buchbindermeister Edmund Friedrich Benjamin Krause gehörte der Freien vereinigten christlichen Gemeinde an. Dies ist aus den Personalien der zehn Angeklagten ersichtlich (Bl. 322–325).

85 Ebd., Bl. 317.

86 Vgl. ebd., Bl. 317f.

Darüber hinaus unterlag der Verein nach § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 weiteren Beschränkungen, die ebenfalls Anklagepunkte waren. So durfte der Verein "keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge aufnehmen". Dies war jedoch geschehen, "denn es gehörten nicht eine geringe Anzahl Frauenspersonen zu seinen Mitgliedern." Zweitens verstieß der Arbeiterverein laut Anklageschrift dagegen, daß er als politischer Verein nicht mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung treten durfte. Als Beweis hierfür wurden wiederum die Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses und seine Verbindung zum Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung in Leipzig angeführt. Und nicht zuletzt legte man den Angeklagten zur Last, daß der Verein eine Wanderkasse zur Unterstützung durchreisender Arbeiter unterhielt, ohne zu prüfen, ob diese tatsächlich einem anderen Arbeiterverein angehörten.⁸⁷

Das Stadt- und Landgericht Halle fällt am 17. Juni 1851 wegen Verstoßes gegen § 8 und auf der Grundlage des § 16 des preußischen Vereinsgesetzes gegen den Verein und die zehn Angeklagten folgendes Urteil: I. den Arbeiterverein zu schließen; II. die Vorstandsmitglieder des Vereins wurden des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts für schuldig befunden und der ehemalige Lehrer Lohse mit 15 Rthlr. Geldbuße oder drei Wochen Gefängnis bestraft. Buchbindermeister Krause, Arbeitsmann Voigt (Goebel) und die Handarbeiter Eckart und Scheibner (Gille) erhielten eine Geldstrafe von je 10 Rthlr. oder vierzehn Tage Gefängnis. Viktualienhändler Kritzinger, Seilermeister Laue und Gastwirt Voigt verurteilte das Gericht zu je fünf Rthlr. Strafe; III. Musiker Kuhnt wurde des Mißbrauchs des Versammlungsrechts nicht für schuldig befunden; IV. Die Kosten des Verfahrens mußten die Angeklagten, mit Ausnahme Kuhnts, tragen.⁸⁸ Gastwirt Voigt legte gegen das Urteil Berufung ein. Das Appellationsgericht in Naumburg erklärte am 18. Oktober 1851 in einer öffentlichen Sitzung die Angeklagten in allen Punkten für schuldig. Die Kosten des Berufungsverfahrens mußte Louis Reinhold Voigt tragen.⁸⁹

Doch damit war der Fall nicht abgeschlossen. Die ehemaligen Vorstandsmitglieder wurden noch über Jahre weiter beobachtet. Am 9. Dezember 1853 berichtete der halleische Polizeidirektor von Bosse auf Anfrage des preußischen Innenministeriums in Berlin und des Ministeriums des Innern in Merseburg "über den ehemals hier bestehenden Verein der deutschen Arbeiter-Verbrüderung ..., daß die angestellten Recherchen ergeben haben, daß von dem Krause (dem ehem. Vors.) Reise-Unterstützungen an Gesellen des ehemaligen deutschen Arbeiter Verbrüderungsvereins nicht mehr gezahlt werden, überhaupt hält sich Krause von allen Vereinen fern, auch ist kein anderer, derartiger Verein, unter irgendwelchen Namen, wieder hier aufgetaucht"⁹⁰.

87 Vgl. ebenda, Bl. 319–321. Vgl. auch Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850, § 8a und b; Wermuth/Stieber: Die Communisten-Verschwörungen I: 160f.

88 Vgl. LA Merseburg, Rep. C 48, Ie Nr. 158 I, Bl. 330.

89 Vgl. ebd., Bl. 331f.

90 Ebenda, Bl. 394; vgl. auch Bl. 387 und 397.

Was aber war mit Traxdorf, warum tauchte sein Name nicht auf? Johann Rockstroh (Traxdorf) erlebte das Verbot des Arbeitervereins nicht. Er verstarb am 10. August 1850 im Alter von 29 Jahren an der im Frühjahr erneut ausgebrochenen Cholera. Am Tag darauf gaben ihm seine Frau Dorothee und zahlreiche Mitglieder des Arbeitervereins sowie die Arbeiter-Liedertafel das letzte Geleit.⁹¹

Die Arbeiter-Liedertafel bestand auf eine unbestimmte Zeit weiter. Lebendig blieb auch unter der halleschen Arbeiterschaft die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben und der Wille, dafür zu kämpfen. Die Maurer Heinrich Kutscher und August Seifert, ehemalige Lanciers und Mitglieder des Arbeitervereins, die zu den am 19. November 1848 aus Halle Geflohenen gehörten, nahmen 1849 am Dresdener Maiaufstand teil. Beide wurden deshalb zu Festungshaft verurteilt. Nach deren Verbüßen kehrten sie in ihre Heimatstadt zurück. Heinrich Kutscher und August Seifert gründeten am 19. April 1865 im Gasthof "Kühler Brunnen" die Ortsgruppe Halle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) mit.⁹² Der erste proletarische Frauenverein Halles wurde erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes, am 16. Juni 1890, gegründet.⁹³

91 Vgl. STAHL, Begräbnisregister pro 1850 u. II. Semester 1849, Eintragung unter Nr. 722. Vgl. auch HPW. 2. Beilage zu Nr. 32 vom 15. August 1850.

92 Vgl. W. Piechocki: Der hallesche Arbeiterverein: 25; vgl. auch E. Grüner: Die hallesche Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Jahre 1914. Halle. o. J.: 1; Autorenkollektiv: Halle: 60.

93 Vgl. Durch Kampf zum Sieg! Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis. Halle. o. J.: 161.

Bitte informieren Sie uns langfristig über Ihre Veranstaltungen,
Konferenzen und Tagungen.

Wir sind gern bereit, diese an unsere Leser weiterzugeben.

Fax: 030/5670 1949

e-mail: trafoberlin@t-online.de

Ihre Redaktion

Berichte

Elgersburger Konferenz über Marxismus vor der Jahrtausendwende (19.–21. März 1999)

MANFRED BEHREND

Etwa 50 WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen aus neun Ländern konferierten vom 19. bis 21.3.1999 im thüringischen Elgersburg über "Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert". Die Konferenz stand in der Tradition der Veranstaltungen seit 1988 über Bucharin, Trotzki, Lenin, Engels und die russische Revolution.

Erster Themenbereich war die **Globalisierung**. *Reinhart Kößler (Bochum)* konstatierte im Referat über Marxsche Vorstellungen zu Internationalisierungstendenzen und Epochenbruch im 19. Jahrhundert Parallelen zur heutigen Situation. *Michael Krätke (Amsterdam)* setzte die Marx-Exegese mit Anmerkungen über den Weltmarkt fort, auf dem durch ungleichen Tausch Ausbeutung der Nationen untereinander stattfindet. Er wandte sich dagegen, mit den Neoliberalen erst jetzt von "Globalisierung" zu sprechen. *Bernd Keller (Wien)* erörterte Reaktionen der Gewerkschaften auf das weltweite Vorgehen der Großkonzerne. Er stellte Unzulänglichkeiten und Verhaftetsein an die "Sozialpartnerschaft" fest. Gleichzeitig seien einige Gewerkschaften in höherem Maße kampfbereit.

Ein Übergang zum zweiten Themenbereich, der **China-Problematik**, ergab sich durch Äußerungen *Liu Jianfeis* über Auswirkungen der "Globalisierung" auf sein Land. *Li Chengyi (ebenfalls Peking)* legte Grundzüge der Theorie Deng Hsiaopings dar. Die hierauf gründende "sozialistische Modernisierung" bei Einbeziehung starker kapitalistischer Elemente habe die Lage der Massen verbessert. *Helmut Peters*, ein bekannter Chinaexperte schon zu DDR-Zeiten, bezeichnete das fernöstliche Land euphorisch als "Kontinent linker Hoffnung" und verglich dessen derzeitigen Kurs mit Lenins Neuer Ökonomischer Politik. *Theodor Bergmann (Stuttgart)* sah in China kein Sozialismusmodell für hochentwickelte Industriestaaten. Jedoch sei wichtig, ob und wie ein Fünftel der Menschheit vorankomme und daß dieses Land ein Gegengewicht zu den USA mit ihrem Anspruch auf die Rolle des Weltpolizisten sei. Chinas Erfolg würde die These vom kapitalistischen Endsieg widerlegen. Bei unterschiedlichen Eigentumsformen müßten die Kommandohöhen der Wirtschaft vom Staat gehalten werden.

Diskussionsteilnehmer meldeten Zweifel an, ob die Ausbeutung in China nicht wächst statt, wie Deng behauptete, nachzulassen. *Gert Schäfer (Hannover)* riet, China nicht weiter sozialistisch zu nennen, da die dort zu lösenden Aufgaben wie Industria-

lisierung und Urbanisierung vorsozialistisch und der Überbau autokratisch seien. *Harald Neubert* kennzeichnete das Regime als Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur. *Ulrich Weiß (gleichfalls Berlin)* nannte ein Fortschreiten zum Sozialismus nur möglich, wenn der östliche Entwicklungsweg als nichtsozialistisch begriffen wird.

Bilanzen und Perspektiven aus russischer Sicht bildeten den dritten Themenbereich. *Alexander Galkin (wie die anderen Referenten Moskau)* äußerte, der Sozialismus habe in Rußland eine schwere Niederlage erlitten, aber nicht den ganzen Feldzug verloren. Der radikal-liberale "Reformkurs" ab August 1991 erzielte anfangs Erfolge, jedoch auf Kosten der Substanz. Inzwischen kennzeichneten Kapitalflucht, Schattenwirtschaft, Steuerschulden und Zahlungsunfähigkeit das russische Wirtschaftssystem. *Boris Kagarlitzki* äußerte, eine revolutionäre Situation sei ausgeblieben. Daß Arbeiter ohne Lohn weiterarbeiten, führte er auf Obschtschina-Mentalität und eher feudale Abhängigkeitsverhältnisse, aber auch auf Produktion zu privaten Zwecken und zum Tausch mit anderen Fabriken zurück. Die kapitalistische Transformation wirke stabil, weil sie Stückwerk geblieben sei. Notwendig wäre ein historischer Kompromiß zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppen. *Michail Wojekow* stellte die KP der Russischen Föderation als stärkste linke Kraft dar, die aber das Regime unterstütze und deren Chef um eine Synthese zwischen "roter" und "weißer" Ideologie bemüht sei. Entgegen anderen Referenten bezeichnete *Igor Maljarow*, Erster Sekretär des ZK des Russischen Komsomol, die durch liberale "Reformen" geschaffenen Bedingungen als günstig für linke Kräfte. Er verwies andererseits auf den überwiegend dörflichen und kleinstädtischen Charakter der KP-Wählerschaft.

Jan Dziewulski (Warschau) war um Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in **Polen** bemüht. *Ronald Löttsch (Berlin)* referierte über Marxismus und Nationalitätentheorie. Er nannte das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung unverzichtbar und wies die Stellungnahme eines russischen Teilnehmers zurück, der zwar zur Eigenstaatlichkeit Moldawiens Ja sagte, den Anspruch auf ein unabhängiges Kosova aber verneinte, weil das serbischen Ambitionen widerspricht.

Zum vierten Themenbereich **Marxismus und Feminismus** trugen fünf Wissenschaftlerinnen Referate vor. *Hanna Behrend (Berlin)* erklärte, daß die Entwicklung einer modernen Gesellschaftstheorie und emanzipatorischer Strategien ohne Einbeziehung feministischer Denkansätze nicht möglich sei. Sie würdigte die Debatte über Hausarbeit, die in den 60er und 70er Jahren eine feministische Marxkritik auslöste und zu neuen Erkenntnissen beitrug. Da Erwerbsarbeit unter heutigen Bedingungen zunehmend auf Wachstumsgrenzen stößt, gewinnt die Überwindung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der Marginalisierung meist von Frauen geleisteter Reproduktionsarbeit zur Erhaltung des Lebens an Bedeutung. Die DDR-Erfahrung mit männlicher *und* weiblicher Erwerbstätigkeit könnte für die anstehende Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft wichtig sein. Marxismus und Feminismus hielt die Rednerin für grundsätzlich kompatibel. Allerdings habe das Frauenemanzipationsmodell von Engels und Bebel die geschlechtliche Arbeitsteilung und daher auch die

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht aufheben können. *Gisela Notz (Königswinter)* kritisierte den auf Produktionstätigkeit verengten Arbeitsbegriff und schlug vor, ihn durch Hinzufügung der Reproduktion zu erweitern. Angesichts fortschreitender Massenerwerbslosigkeit müsse über Konzepte zur Umverteilung der einen wie der anderen Sorte Arbeit nachgedacht werden. *Anneliese Braun (Neuenhagen)* trat für Wiederherstellung des Begriffs Produktion des Lebens in seiner Ganzheit ein. Die "blinden Flecken" des Marxismus erwiesen sich dabei als hinderlich. Einseitig klassenmäßige Orientierung wie im "Realsozialismus" habe zu dessen Zusammenbruch beigetragen. Braun verwies auf schon vorhandene nichtpatriarchale und nichtkapitalistische Alternativen an der Basis. *Frigga Haug (Hamburg und Berlin)* sagte, mit ihrer Orientierung auf Praxis einbeziehende Wissenschaft, das Zusammenfallen der Änderung der Umstände mit menschlicher Selbstveränderung und das menschliche Wesen als "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" seien Marx' Feuerbachthesen grundlegend für ein feministisches Manifest und allgemeines linkes Projekt. Allerdings hätten er und Engels sich nicht mit dieser, sondern nur mit der Produktionsarbeit auseinandergesetzt, sei für Marxisten "die ganze Welt eine einzige Fabrik" geblieben. *Danga Vileisis (Berlin)* reflektierte über einen feministischen Begriff der Arbeit aus marxistischer Sicht. Entgegen den vom Liberalismus propagierten Naturrechts- und Sozialvertragstheorien enthalte die Geschlechtsneutralität des Marxschen Arbeitsbegriffs eine wichtige Aussage zur Begründung dafür, daß Arbeit im Familienbereich gesellschaftlich notwendig ist. Vileisis unterstellte Engels eine Zuordnung "produktiver" Tätigkeit zum Manne und "unproduktiver" zur Frau, die zurückzuweisen sei. Sie läßt sich an der angegebenen Belegstelle nicht auffinden.

Fünfter Themenbereich war die **Ökologie**. *Helmut Arnold (Wiesbaden)* hob hervor, daß es prinzipiell bis 2050 oder 2100 möglich ist, die Ernährung für 11,5, eventuell sogar für 35 Milliarden Menschen sicherzustellen. Doch führten gesellschaftliche Gründe immer wieder zur Zerstörung von Bodenfruchtbarkeit und zum Technischeinsatz ohne Rücksicht auf die Umwelt. Auch die Verstaatlichung des Bodens sei ohne Überwindung der Wachstumseuphorie keine Lösung. *Peter Schyga (Hannover)* legte das Schwergewicht auf den Entropiesatz, wonach bei jeder Energieumwandlung ein Teil der Energie irreversibel zu Wärme wird und dann im hohen Maße zerstörerisch wirken kann. Daß die sozialistische Bewegung auf eine Kritik des Naturverständnisses der "Moderne" verzichtet hat, sei eines ihrer größten Versäumnisse.

Im sechsten Themenbereich ging es um **Marxismus und Klassenkampf**. *Sobhanlal Datta Gupta (Calcutta)* konstatierte, die Marxismuskrise habe ihren Ursprung in der Umwandlung einer kritischen, rationalen und revolutionären humanistischen Vision zu sterilem Fundamentalismus. Beim Bruch mit dieser Tradition müßten Schriften Thalheimers, Bucharins, Luxemburgs und Gramscis sowie die Rjutin-Plattform ins eigene Erbe einbezogen werden. Diskussionspartner bestanden darauf, auch Sozialdemokraten und "die besten Geister der Dritten Welt" hinzuzuziehen. *William A. Pelz (Chicago)* verwies im Referat über ideologische Hegemonie auf die Entfremdung, die

durch Konsumideologie und Individualitätskult verstärkt wird. *Monty Johnstone (London)* begrüßte ein kritisches Herangehen auch an den Marxismus selbst. Daß die schreienden Widersprüche im heutigen Kapitalismus die Mehrheit des Proletariats von der Notwendigkeit eines Sprungs in den Sozialismus überzeugen, sei nicht sicher, zumal die osteuropäische Erfahrung dessen Antimodell gewesen sei. Erforderlich wären konkrete Vorstellungen über demokratischen und ökologischen Sozialismus sowie ein revolutionärer Reformismus, der sich gegen den Kurs von Blair, Jospin und Schröder richtet.

Im siebenten Themenbereich standen **Gewerkschaftspolitik und Sozialistische Internationale** zur Debatte. *Jens Becker* trug ein mit *Harald Jentsch* erarbeitetes Referat vor, in dem die heutigen DGB-Gewerkschaften als systemkonformes Dienstleistungsunternehmen mit inhaltsloser Ideologie gekennzeichnet wurden. Mit Blick auf die Historie bemängelte er die frühzeitig aufgekommene Bürokratisierungstendenz und das Arbeitsgemeinschaftsabkommen von 1918. Die im Gegenmachtkonzept Otto Brenners und den Mitbestimmungsforderungen nach 1945 erkennbare emanzipatorische Tendenz gewerkschaftlichen Kampfes drohe an der Schwelle zum 21. Jahrhundert liquidiert zu werden. *Bernd Riexinger (Stuttgart)* stellte fest, die Gewerkschaftskrise habe in Deutschland trotz vereinigungsbedingten Mitgliederzustroms binnen acht Jahren zum Verlust von mehr als 2,5 Mill. DGB-Angehörigen geführt. Um aus ihr herauszukommen, müßten die Gewerkschaften mit dem Neoliberalismus brechen und ein Politikverständnis jenseits nationalstaatlicher "Standortlogik" entwickeln. Am wichtigsten sei der Kampf gegen Erwerbslosigkeit durch radikale Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und Umverteilung der Arbeit. Insonderheit müsse die Verdrängung der Frau aus dem Arbeitsleben gestoppt werden. Die Frage, Reichtum gerechter zu verteilen, sei nicht länger zu tabuisieren. Die Gewerkschafter müßten neue Kampfformen unter Einschluß des politischen Streiks und sozialer Netzwerke für Kampagnen verschiedenster Art entwickeln, autoritäre Tendenzen in Betrieb und Gesellschaft bekämpfen und die eigene Organisation demokratisieren. *Eric Lee (London)* wies auf die Chance hin, über Internet viele Millionen Menschen auf dem ganzen Erdball anzusprechen und zu mobilisieren. Der Computer sei ein Instrument, um die Arbeiterbewegung weltweit wiederzubeleben.

Die Diskussion ergab Kontroversen über das Arbeitsgemeinschaftsabkommen, das auch sozialpolitische Errungenschaften der Arbeiter festschrieb, und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Während *Bergmann* es als illusionär bewertete, verwiesen *Herbert Mayer*, *Ulla Plener (beide Berlin)* und andere auf den antikapitalistischen Charakter des Konzepts und des ganzen damaligen Reformismus. Die Medien-Gewerkschafterin *Sibylle Stamm* bedauerte, daß sich Marxisten von den Arbeiterorganisationen weitgehend abgewandt und linke Intellektuelle dort allein gelassen hätten. Sie verwandte sich für ein Bündnis zugunsten gemeinsamer antikapitalistischer Strategie.

Über die Programmatik der sozialdemokratischen Internationalen seit 1919 sprach *Herbert Mayer*. Er erinnerte an den Streit zwischen KPD und SPD, die einander wechselseitig Faschismus vorwarfen und den Kampf gegen den wirklichen Faschismus vernachlässigten. Der nach Wiedergründung der Sozialistischen Internationale gefaßte Beschluß von 1956, Sozialdemokraten und Kommunisten hätten nichts gemeinsam, sei erst 1972 im Zeichen der Ost-West-Entspannung aufgegeben worden. In der Prinzipienklärung von 1989 habe die SI bei strikter Ablehnung eines "Kommunismus" Stalinscher Herkunft als Zukunftsmodell zugleich festgestellt, politische Demokratie reiche für sozialistische Veränderungen nicht aus.

Der achte Themenbereich hatte **kritischen Marxismus, aktuelle Politik und sozialistische Zukunftsaussichten** zum Inhalt. Der Autor dieses Berichts erklärte, der Marxismus dürfe nicht über Bord geworfen, müsse aber kritisch überprüft, von vorwiegend stalinistischen Fesseln befreit und durch Ergebnisse anderer Wissenschaften bereichert werden. Ausgehend von Engels' Prämisse, die Welt so aufzufassen, "wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt", wies der Redner blinden Glauben an Schimären wie die zurück, politbürokratische Herrschaft sei mit Sozialismus identisch, oder im Spätkapitalismus wären Demokratie und Freiheit sichergestellt. Für sozialistische Politik müsse gelten, daß sie der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber oppositionell bleibt und stetig auf mehr Demokratie dringt. *Harald Neubert* plädierte dafür, das pragmatische Herangehen auch der PDS durch Politik auf Basis sozialistischer Theorie und eines erneuerten Marxismus zu ersetzen. Die Kompetenz für Theorie liege bei Wissenschaftlern, nicht bei Parteiführern. In der Politik komme es auf richtiges Handeln, in der Wissenschaft auf Wahrhaftigkeit an. *Wolfgang Haible (Stuttgart)* stellte der spätkapitalistischen Massenkultur die Kultur- und Selbsthilfeorganisationen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter von einst entgegen und bejahte Schritte in Richtung ihrer Erneuerung. Die sozialistischen und kommunistischen Parteien wertete Haible als größte Kulturleistung der Arbeiterklasse. In der Diskussion wurden diese These und die Möglichkeit einer Wiederbelebung früherer Arbeiterkultur bezweifelt.

Friedrich Tomberg (Vehlefanz) stellte Spekulationen über eine **kapitalistische Weltrepublik in sozialistischer Perspektive** an. Erst die Vollendung des Kapitalismus schaffe, wie Marx vorhersagte, Voraussetzungen für den Sozialismus. Daher werde sozialistische Politik nicht mehr auf die Weltrevolution orientieren, sondern den Prozeß kapitalistischer Vollendung befördern, zerstöre dieser doch Formen des Gemeinwesens, die dem Selbständigwerden der Individuen entgegenstehen. Tomberg befürwortete die Bildung großfamiliärer, aber nicht mehr auf Verwandtschaft beruhender Strukturen. Sie sollten direkte Demokratie ermöglichen und die Basis für repräsentative Institutionen sein, die dem Gemeinwillen entsprechen.

Ulrich Weiß (Berlin) stellte fest, auf Basis einer Fertigungsweise mit knechtender Arbeitsteilung könne keine politische Kraft den Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft dauerhaft überwinden. Marx zufolge müsse der unmittelbare Produzent

Subjekt der Produktion werden. Das sei im Osten verhindert, im Westen durch Integration der emanzipatorischen Bewegung abgeblockt worden. Neue Technologien und lean production machten Produzenten zu Wächtern und Dirigenten der Fertigung. Unter kapitalistischen Bedingungen sei das vor allem der gleichzeitig verursachten Massenarbeitslosigkeit wegen katastrophal. Sozialistisch betrachtet könnten die neuen Elemente zur Entwicklung der Individuen auf Basis gemeinschaftlich beherrschter moderner Produktivkräfte genutzt werden. *Wolfgang Ruge (Potsdam)* trug folgende drei Punkte vor: 1. Vom Anspruch her sei Marxismus die umfassendste Gesellschaftstheorie, doch seien seine Vorhersagen nicht eingetroffen. Er müsse unter Verzicht auf Wunschvorstellungen ausgebaut und erneuert werden. 2. Der Marxismus habe sich auf die Ökonomie konzentriert und die Psychologie sowie den Einfluß großer Persönlichkeiten unterschätzt. 3. Menschen könnten nur linear vorausdenken und neue qualitative Widersprüche nicht erkennen. Es gelte, diese zu analysieren und, über Marx hinausgehend, Möglichkeiten zu ihrer Lösung zu suchen.

Die Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie

HERBERT MAYER

Zu diesem Thema luden für den 16. bis 18. April 1999 Vertreter der Universität Kassel, die Bürgerinitiative für Sozialismus (Hannover) sowie die Zeitschriften "Sozialismus" (Hamburg) und "SPW" (Dortmund) ein. Gekommen waren nach Kassel etwa 150 Wissenschaftler, Politiker und Publizisten. Die Tagung eröffnend, zitierte Eckhard Spoo aus der Grußbotschaft Eric Hobsbawns an den Kongreß, der hoffte, daß die Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie nicht zu negativ ausfalle, da sie bei allen Fehlern und Schwächen Bedeutendes geleistet hat.

Die Debatten des Kongresses wurden im Plenum sowie in Arbeitskreisen geführt. Im einleitenden Referat gab Arno Klönne einen historischen Überblick über die Entwicklung der SPD von der Klassen- zur Volkspartei zur Partei der Mitte, zu ihrer Sozialstruktur und ihrer gesellschaftlichen Funktion. Er definierte sie als die Partei im deutschen Parteiensystem, die über ein Maximum an historischer Kontinuität verfügt. In Entscheidungssituationen – zum Beispiel mit dem Ersten Weltkrieg – habe die SPD sich auf national-militärische Loyalität festgelegt, was innerparteilichen Konflikte verstärkte. Die Mitwirkung der SPD am historischen Prozeß der Friedenssicherung

und bei der Demokratisierung der Gesellschaft sei nur unter dem Druck außerparlamentarischer Bewegungen erreicht worden – auf diesen Aspekt des Drucks auf die Führung wurde von Rednern immer wieder unter verschiedenen historischen und aktuellen Aspekten aufmerksam gemacht. Das historische Profil der SPD, so Klönne, befinde sich in Auflösung, ihre traditionelle Prägung sei seit einigen Jahrzehnten in der Erosion, betroffen seien vor allem zwei konstitutive Elemente: 1) die Bindung an soziale Interessen der Arbeitnehmerbevölkerung 2) die sozialstaatliche Orientierung. Mit der Proklamierung einer neuen Mitte und der Öffnung für neoliberale Konzepte verläßt die SPD ihren geschichtlichen Weg. Er und weitere Diskutanten sahen dabei als Gefahr, daß die SPD zu einem reinen (Kanzler-)Wahlverein werden könnte. Mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik und ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik werde die traditionelle Partei erheblich intensiver, tiefgreifender verändert als bisher. Rolf Schwendter (Kassel) referierte über Abspaltungen und Fraktionierungen in der SPD. Er hob hervor, daß es der Partei nie gelungen sei, die Interessen des Gesamtproletariats zu vertreten, zu den vernachlässigten Schichten rechnete er insbesondere die Erwerbslosen, Unqualifizierten, Hausfrauen und Kopfarbeiter. Seine Schlußfolgerung lautete u. a.: Die Geschichte der SPD zeige die Schwierigkeiten der SPD mit den Intellektuellen und die Schwierigkeiten der Intellektuellen mit der SPD.

Vier Referate behandelten die Geschichte der SPD in verschiedenen historischen Entwicklungsphasen. Till Scholz-Brandenburg (Bremen), der kurzfristig für die verhinderte Annelies Laschitzka einsprang, hob in seinen Ausführungen zur Vorkriegssozialdemokratie hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie in vielfältiger Weise mit gesellschaftlichen Strömungen des Kaiserreichs verbunden war. Die These von der negativen Integration und sich gegenüberstehenden zwei Lagern greife daher zu kurz. Die Hilflosigkeit gegenüber dem Krieg 1914 sei nicht auf einen Verrat der Führer zurückzuführen, sondern entsprach dem tatsächlichen Zustand der Partei. Michael Buckmiller konstatierte für die SPD der Weimarer Republik als verhängnisvollen Subjektwechsel, daß nicht das liberale Bürgertum Träger der Demokratie wurde, sondern die SPD. Ihr Ziel war aber eigentlich die Überwindung dieser Gesellschaft durch den Sozialismus. Zur Lösung der aus dieser Situation entstandenen Widersprüche und Krisen war die Partei unfähig. Wolfgang Wippermann (Berlin) widmete sich ausführlich den folgenden Jahrzehnten der SPD-Geschichte. Er verwies auf die im Prager Manifest genannten Forderungen nach Eroberung der Staatsmacht und ihrer Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, das Manifest wie auch der Aufruf des SPD-Zentralausschusses vom Juni 1945 sei aber funktionslos geblieben. Das antifaschistische Bekenntnis in der SPD der Bundesrepublik wäre durch ein antitotalitäres Bekenntnis konterkariert und schließlich der sozialdemokratische Antifaschismus durch einen sozialdemokratischen Antitotalitarismus verdrängt worden. Seine These lautete letztlich: Die Erfahrungen der Weimarer Demokratie, daß die Demokratie nicht durch rechts und links außen zerstört worden war, sondern von innen und oben, wurde mißachtet, weshalb eine Rückbesinnung auf das antifaschistische Konzept vom Prager

Manifest notwendig sei. Horst Peter, der früher für die Kasseler SPD im Bundestag saß, übernahm es, an Stelle der ebenfalls verhinderten SPD-Geschäftsführerin Sachsen-Anhalts Susi Möbbeck, einige Schnittpunkte der SPD-Entwicklung seit den 70er Jahren bis zur Gegenwart zu skizzieren.

Gegenstand der Debatten in sieben thematischen Arbeitsgruppen bildeten Gesellschafts- und Weltbilder der SPD, die Positionen und das Verhältnis der Partei zu Gewerkschaften und Kapital; zu Nationalismus, Militarismus und Imperialismus; zu Kommunismus; zu Jugend und Bildung sowie die Geschichtsschreibung.

Abschließend sollte im Plenum der Themenkomplex Wirtschaftsdemokratie behandelt werden. Da die Problematik des Balkankrieges immer wieder die Diskussion zu verschiedenen Themen überlagert hatte, wurde ein Teil der Zeit dieser Problematik gewidmet. So trugen die Teilnehmer der für die Wirtschaftsdemokratie vorgesehenen Podiumsrunde – Horst Schmitthenner, Andreas Wehr, Joachim Bischoff und der Marcel Schaller – zunächst ihre Auffassung zum Kosovo-Krieg vor. Die vorgesehene Debatte zur Wirtschaftsdemokratie selbst befaßte sich dann weniger mit deren historischen Genese und aktuellen Wirkung. Sie geriet vielmehr zur Betrachtung aktueller sozialdemokratischer Regierungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Schaller von den JUSOs unterzog diese einer linkssozialistischen Kritik. Die linke Sozialdemokratie befinde sich zwar in der Minderheit, müsse aber für einen wirklichen Kurswechsel wirken. Schmitthenner von der IG Metall forderte ein neues Modell der Wirtschaftssteuerung, aber auch ein neues Verhältnis von Staat und Markt sowie Konsequenzen aus der Globalisierung für eine mögliche nationalstaatliche Regulierung. Er zog aus der historischen Entwicklung der Sozialdemokratie die Schlußfolgerung, daß sich neue Aufgaben für die Gewerkschaften ergeben, die klassisch der SPD zugeordnet waren (in Sozialpolitik, aber auch allgemeinpolitisch). Bischoff (Zeitschrift "Sozialismus") plädierte für die Verbindung von Wirtschaftsdemokratie und -steuerung. Andreas Wehr (Berlin) sprach zu europolitischen Implikationen der Wirtschaftsdemokratie, erfolgreiche Wirtschaftspolitik sei nur auf europäischer Ebene möglich. Er untersuchte in diesem Zusammenhang Kernelemente des "Europäischer Beschäftigungspaktes" des Kongresses der Sozialdemokratischen Parteien Europas, die er als europäische Version eines Dritten Wegs von New Labour oder der Neuen Mitte bewertete. Unterschiedlich eingeschätzt wurden in der folgenden, sich ausschließlich aktuellen Fragen widmenden Diskussion Ergebnis und reale Chancen eines Bündnisses für Arbeit, ob die Entwicklung der SPD – Peter von Oertzen folgend – als Degeneration zu bewerten sei, und wie die außerparlamentarische und Friedensbewegung eine Breite wie in den 80er Jahren erreichen könne.

Zum Konferenzschluß stimmten die Teilnehmer einer Erklärung "Beendet den Krieg" zu. In ihr wurden die Vertreibungen und andere Menschenrechtsverletzungen im Kosovo durch serbische Einheiten und durch die UCK ebenso wie der NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien verurteilt.

Rezensionen

Wolfgang Harich: Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie. Hrsg. von Thomas Grimm. Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, Berlin 1999, 364 S.

Das Buch ist die dritte wichtige Publikation über Wolfgang Harich. Die erste, 1993 unter dem Titel "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" beim Dietz Verlag erschienen, stammte von ihm selbst. Sie war die Antwort auf Angriffe des einstigen Mitstreiters Walter Janka, der ihn einer kapitulantenhaften und denunziatorischen Haltung in Stasi-Haft und vor Gericht 1957 bezichtigt hatte. Die zweite Publikation kam 1997 bei demselben Verlag heraus und hieß "Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs". Siegfried Prokop, sein Nachfolger im Vorsitz der Alternativen Enquete-Kommission "Deutsche Zeitgeschichte", legte damit die erste Biographie vor. Er unterbreitete hierin zugleich Dokumente, die ihm der inzwischen Verstorbene zur Veröffentlichung übergeben hatte, so eine Denkschrift 1952 an SED-Politbüromitglied Fred Oelßner und ein Memorandum von 1956 an die Sowjetbotschaft in Berlin. Alleinerbin Marianne Harich klagte wegen der Dokumentenpublikation und erzwang, daß fast ein Sechstel des Buches geschwärzt werden mußte. Sie fügte dadurch dem Verlag schweren Schaden zu und minderte den Wert der Veröffentlichung.

Im April 1999 gab nunmehr Schwarzkopf & Schwarzkopf mit dem Segen Frau Harichs obengenannten "Versuch einer Autobiographie" heraus, der ursprünglich den Titel "Ich bin kein Lump" hatte tragen sollen. Das Buch besteht aus "Ahnenpaß" und "Kommentar zum Ahnenpaß", Aufzeichnungen Harichs von 1972 über Familienangehörige und seinen Lebensweg bis 1956, aus dem Bericht über eine Sitzung des Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität April 1952 zum sogenannten Hegelstreit und Interviews

des Filmemachers Thomas Grimm mit Harich vom Herbst 1989, den "Gesprächsprotokollen".

Die Ahnen des 1923 in Königsberg geborenen Philosophen waren seinen Erinnerungen zufolge honorige Leute, Bürgerliche und von mütterlicher Seite Adlige, darunter der Hofmarschall der abgedankten Hohenzollern und ein Ausbilder türkischer Soldaten, der Churchill auf Gallipoli schlug. Vater Walter Harich, Schriftsteller und Dr. phil., verfaßte Biographien, Reportagen und ernstzunehmende Romane sowie am laufenden Band seichte Unterhaltungsliteratur, die ihn wohlhabend machte. Gleich Mutter Anne-Lise hegte er liberale Auffassungen. Der Umkreis der Familie, insonderheit auch Harichs Halbschwester Susanne (später Kerckhoff), und diverse Schulkameraden waren nicht faschistisch gesinnt. Der Held der Autobiographie zählte zeitweise zu den Nazis und brachte es beim Deutschen Jungvolk zum Fähnleinführer. Anstöße zu dauerhafter Umkehr wurden ihm die Reichspogromnacht 1938 und der Zweite Weltkrieg. Im Kriege verstand es Harich, sich vor allem durch Vortäuschung von Ischias vor der Teilnahme an Kämpfen und der Bewachung sowjetischer Gefangener zu drücken. Frühzeitig unternahm er gewagte antifaschistische Aktionen. Nach seiner zweiten Desertion von der Truppe schloß er sich der Widerstandsgruppe ERNST (benannt nach Thälmann) an. Sie betrieb in Berlin Sabotage, "Wehrkraftzersetzung", Sicht- und Flugblattagitation und gab Informationen an die Alliierten weiter. Gruppenleiter Alex Vogel war Agent sowohl der sowjetischen Militärsplionage als auch der Nazis.

Harichs aufhaltsamer Weg durch Schulen und Gymnasien – der Hochbegabte hat es nicht zur Hochschulreife gebracht, doch wurde sie ihm nach dem Kriege zuerkannt – soll ebenso wenig nachgezeichnet werden wie sein Liebesleben. Wichtig waren seine Arbeit unter Kunstschaaffenden und beim Kulturbund, als Theater- und Literaturkritiker erst

des französisch lizenzierten "Kurier", dann der sowjetischen "Täglichen Rundschau", die Dozententätigkeit über dialektischen und historischen Materialismus ab 1948 und die über Philosophie nach seiner Herder-Dissertation 1951. Aus der Darstellung geht hervor, daß Harich jahrelang ein gläubiger Stalinist war. Intime Kenntnis der klassischen deutschen Philosophie von Leibniz bis Feuerbach hinderte ihn aber daran, einem angeblichen Stalinzitat über den durchweg reaktionären Charakter dieser Philosophie und vor allem Hegels auf den Leim zu gehen. Die Hartnäckigkeit, sich zu widersetzen, brachte ihm 1953 eine strenge Parteirüge ein. Ein Dokument über den Hegelstreit, Harichs Rapport über die Sitzung am Philosophischen Institut, ist wie erwähnt im "Ahnenpaß" enthalten.

Politisch wie wissenschaftlich wandte er sich dem ungarischen Philosophen Georg Lukács zu, den er schließlich als fruchtbarsten marxistischen Denker seit Marx und Engels ansah. (356) Als Mitherausgeber und Chefredakteur der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie", Lektor und stellvertretender Cheflektor des Aufbau-Verlags bis Ende 1956 sorgte er dafür, daß dessen Artikel und Bücher in rascher Folge herauskamen.

Wesentlich für seine weitere politische Entwicklung war der 17. Juni 1953. Zwar stritt er danach nicht für die "Titoisierung" der DDR durch Arbeiterräte, weil ihm Bertolt Brecht das als zu gefährlich ausredete. Doch gewann ihn dieser gleichzeitig für einen koordinierten Angriff auf die Staatliche Kunstkommission, die von dogmatischen Positionen aus Intellektuelle drangsaliert hatte. Da SED-Generalsekretär Ulbricht an einem besseren Verhältnis zur Intelligenz gelegen war, hatte die Attacke Erfolg. Die Kommission wurde durch ein Ministerium für Kultur unter Johannes R. Becher ersetzt, das mehrjährig einen liberalen Kurs steuerte.

1956 wurde für die DDR-Intelligenz, mehr noch für Wolfgang Harich zum Schicksalsjahr. Es nahm seinen Ausgang mit Chruschtschows

Geheimrede auf dem XX. KPdSU-Parteitag, die an Universitäten und beim Aufbau-Verlag zu hitzigen Debatten über Stalin, dessen System und deren Auswirkungen auf das eigene Land führte. Unter Verlagsleiter Walter Janka und Harich bildete sich bei Aufbau ein engerer, zu Taten entschlossener Diskussionskreis. Ein größerer Kreis war mit der Parteiorganisation am Verlag identisch. Wie in anderen intellektuellen und studentischen Zirkeln herrschte in beiden Diskussionskreisen die Ansicht, nach Chruschtschows Enthüllungen müsse die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus fortgeführt werden und vielfältige, auch personelle Konsequenzen haben.

Über die Aktivitäten Harichs und der Gruppe geben der "Kommentar zum Ahnenpaß" und die "Gesprächsprotokolle" wichtige Auskünfte. Die im Harich-Buch "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" 1993 wiedergegebene Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und das in Prokops Arbeit geschwärzte Memorandum an die sowjetische Botschaft fehlen. Letzteres wirkt sich negativ aus. Immerhin birgt das Memo eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus als System, die weit über die damals KPdSU-offizielle, nur gegen den "Personenkult" gerichtete hinausging.

Der Kern der Plattform wird von Harich im Buch "Ahnenpaß" wiedergegeben. Beabsichtigt war, die SED durch radikale Entstalinisierung für die SPD bündnisfähig, die DDR durch Demokratie und Arbeiterselbstverwaltung auch für bundesdeutsche Werktätige attraktiv zu machen und so auf östlicher Seite Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands im progressiven Sinn zu schaffen (234f. und 268). 1972 knüpfte Harich hieran die Bemerkung, Janka und er hätten "völlig die Konsequenzen vergessen ..., die inzwischen, 1955, die Sowjetunion und die SED aus der Ratifizierung der Pariser Verträge durch Bonn gezogen haben", und daher irr tümlicherweise geglaubt, die Zerschlagung des Stalin-Mythos würde eine Fortsetzung der

früheren gesamtdeutschen Politik mit größerer Aussicht auf Erfolg ermöglichen. (243) Seine Selbstkritik besteht zu Recht. Ebenso trifft Harichs Einschätzung zu, er habe zu Größenwahn geneigt und beide, Janka wie er, hätten einander überschätzt. (229, 272 und 352)

In den "Gesprächsprotokollen" wird eingehend darüber berichtet, daß Sowjetbotschafter Puschkin am 25.10.1956 die von Harich vorgetragene Auffassung der Gruppe zurückwies und Walter Ulbricht sie am 7.11. mit Bezug auf die damaligen Vorgänge in Ungarn warnte: "... wenn sich bei uns sowas herausbildet wie dort im Petöfi-Club, dann werden wir das hier im Keim ersticken." (276) Harich und die Gruppe haben weitergemacht. Höhepunkte waren die Zusammenkunft am 21.11.1956 mit dem von Janka als neuer Generalsekretär des ZK der SED ausersehenen Paul Merker und die Ausarbeitung der Plattform durch Harich. Dieser hatte zudem vorher von sich aus Kontakt zur SPD in Westberlin aufgenommen, um sie für das Konzept der Gruppe und als Verbündete zur Verhinderung einer Konterrevolution nach ungarischem Muster in der DDR zu gewinnen. Er ließ sich hiervon nicht abbringen, auch als seine Vorschläge abgewiesen wurden und ihm ein Vertreter des berüchtigten Ostbüros als Partner gegenüber saß. Letzteres ist später Wasser auf die Mühlen Ulbrichts in seiner Anti-Harich-Kampagne gewesen.

33 Jahre nach Beginn der damaligen Haft äußerte der Philosoph zu Thomas Grimm: "Wenn man sich trotz Zurückweisung durch Puschkin, trotz Warnung durch Ulbricht von der Realität so weit entfernt, daß man immer weitermacht und schließlich im Zuchthaus endet ... Darüber empfinde ich heute noch Reue, weil ich die acht Jahre besser hätte verwenden können ... Ich war politisch in meiner Zeit tot." (296) Harich bekannte sich auch zu seinem Dankeswort an die Staatssicherheit im Prozeß vom 7. bis 9.3.1957, das Wolf Biermann ihm vom sicheren Port im

Westen aus als schandbar vorgeworfen hatte. Der Philosoph erklärte, die Stasi-Leute hätten ihm mitgeteilt, die ganze Zeit die Gruppe und besonders ihn überwacht zu haben. "Wir hätten Sie ruhig noch ... weitermachen lassen können, dann wären sie reif gewesen für ein Todesurteil ... Seien Sie froh und dankbar, daß wir so schnell die Sache zerschlagen haben." Das habe er in seinem Schlußwort vor Gericht anerkannt und sei "in der Tat auch heute noch dafür dankbar, daß diese, nach der Beendigung des Ungarn-Aufstandes völlig aussichtslose Sache so schnell wie möglich beendet worden ist". (288f.) Gleichmaßen verteidigte er seine Taktik, im Gegensatz zu Janka, der alles abstritt, mit offenen Karten gespielt zu haben, da das Geschehene den Vernehmern ohnehin bekannt war. Neuere Aktenfunde haben diese Version bestätigt. Die Janka-Biermann-Fassung, der Gefangene habe andere durch Denunziationen "hineingerissen", ist widerlegt. Harich hat aber auch mit dem Satz Recht, daß das "gute Zureden" der Staatssicherheit (und Generalstaatsanwalt Melsheimers) vornehmlich dem Zweck diene: "Der darf hier im öffentlichen Leben keine Heldenrolle mehr spielen, den müssen wir von dem Nimbus des Helden und Märtyrers wegstreifen und deshalb suggerieren wir ihm jetzt Dinge, die er dann so ausspricht, daß er als deutscher Held und Märtyrer verschwindet und ein ziemlich kleines Würstchen ist." (347) Diese Rechnung ging leider auch in oppositionellen Kreisen auf.

Alles in allem ist "Ahnenpaß" ein wichtiges Buch. Es trifft aber auch die Feststellung von Verleger Schwarzkopf zu, finanziell werde es sich nicht lohnen. Die Zeit ist nicht reif für solche Arbeiten. Dennoch sind sie in aktuell-historischem Interesse notwendig. Vergleiche mit Prokops unterdes zensiertem Buch zeigen, daß für Wolfgang Harich mehr herausgekommen wäre, hätten Grimm und die Alleinerbin sich zur Zusammenarbeit mit diesem Autor entschlossen.

Dem Helden des Autobiographieveruchs unterlief eine Reihe Fehleinschätzungen. So übernahm er im Falle Herrstadt-Zaisser die Ulbricht-Version, beide hätten 1953 als V-Leute Berijas gegen den Generalsekretär gewirkt. Im Hinblick auf den 17. Juni behauptete er, "ein paar nicht schnell genug umdenkende Funktionäre" – ergo keineswegs die Führung – seien in der Normenfrage hart geblieben und hätten so die Bauarbeiter der Stalinallee zum Demonstrieren, die DDR zum "Volksaufstand" provoziert. (204) Ungerechtfertigt erscheinen Ausfälle, die Manuskripte Ernst Blochs seien "idealistischer, mystischer, ekelhafter Dreck" gewesen, Havemann ein furchtbarer Angeber und seine "Oppositionsrederei" nichts als "die übliche sozialdemokratische Kritik am Kommunismus...., nur auf sehr niedrigem Niveau". (322 und 370)

Der Verlag zeichnet für Druckfehler verantwortlich, so wenn vom "Autoständer des Reichspräsidenten" und von "diplomatischen 'Notwechsell'" die Rede ist, wenn es statt Rakosi "Rakowski" heißt, Kaganowitsch in "Gaganowitsch" versächelt wird, der damalige US-Geheimdienst CID unter dem Firmenschild "CDI", Edward Kardelj als "Karely" und Fred als "Fritz Oelßner" erscheint. (69, 78, 200, 269, 338, 340 und 359) Es hätte sich gelohnt, vor dem Imprimatur genauer hinzusehen.

Manfred Behrend

Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte. Hrsg. Gerhard Fischer, Hans-Joachim Krusch, Hans Modrow, Wolfgang Richter u. Robert Steigerwald. GNN Verlag 1999, 492 S.

Dieser Bd. vereinigt 35 Beiträge von 38 Autoren, denen ein Geleitwort von Ernst Engelberg vorangestellt ist. Schon das Benennen der einzelnen Themen und ihrer Bearbeiter würde eine Rezension füllen. So bleibt nur der Weg, Anliegen und Anlage des Buches vorzustel-

len und einige übergreifende Aussagen zu treffen. Die Autoren sind Gesellschaftswissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen aus Ost und West sowie Personen, die ebenfalls meist ihre Diplome oder akademischen Grade besitzen, aber vor allem als politische Verantwortungsträger hervorgetreten sind, wie Hans Modrow, Fritz Strelitz, Klaus Höpcke oder Fritz Rösler in der DDR, Fritz Rische, Lorenz Knorr und andere in der alten Bundesrepublik. Archivalische Quellen tauchen in dieser Publikation nur ganz vereinzelt auf. Aber das ist auch kein Muß für ein Buch, dessen Verfasser vor allem ihre Sichtweisen vortragen möchten.

Wie aus dem Titel hervorgeht, wollen die Autoren wider den Zeitgeist angehen. Was mit dem Zeitgeist substantiell gemeint ist, läßt sich weder der Vorbemerkung noch dem Geleitwort entnehmen. Aber sicherlich solidarisieren sich die Mitarbeiter an diesem Band mit dem, was Erich Hahn über die "Ideologie der 'Berliner Republik'" schreibt, Erich Selbmann als "Nachdenken über Antifaschismus" oder Ulrich Sander über den "Rechtsextremismus in der großer gewordenen Bundesrepublik" zum Ausdruck bringen. Im übrigen sind alle Beiträge mehr oder weniger polemisch angelegt und reiben sich mit dominanten, medienbeherrschenden Interpretationen deutscher Nachkriegsgeschichte, nicht zuletzt mit den Urteilen und Verurteilungen, wie sie von den Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages ausgesprochen wurden. So überrascht es auch nicht, daß die Autoren die Unterwürfigkeit in der Begriffswahl und im sprachlichen Ausdruck meiden, die wir mittlerweile bei manchen ihrer früheren Kollegen antreffen.

Inhaltlich gesehen, lassen sich zwei Gruppen von Aufsätzen ausmachen: Die erste bilden Beiträge zu übergreifenden Themen, die zweite Beiträge zu Teilbereichen der gesellschaftlichen Entwicklung in Ost und West wie zum Beispiel Verfassungs- und Staatsfragen, Wirtschaftsordnung und Eigentumsverhältnis-

se, Rechtsordnung, Außen- und Deutschlandpolitik, Militärpolitik, Sozialpolitik und Gewerkschaften, Kinder und Jugend, Frauen, Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, Sport u. a. Daß dabei auch Lücken bleiben, wird jeder akzeptieren, der sich in den Bedingungen und Möglichkeiten derartiger Projekte auskennt. Auf zwei Desiderate muß dennoch hingewiesen werden, weil sie die Gesamtaussage dieses Buches beeinträchtigen: Es fehlt eine Auseinandersetzung mit der Rolle der SED und ihrer Führung sowie eine Bewertung der Planwirtschaft und der Wirtschaftspolitik der DDR. Zeitlich gesehen, gliedert sich das Buch in drei Teile: 1. Die Herausbildung von DDR und BRD sowie deren Einbindung in gegensätzliche Bündnisse, 2. die Jahre deutscher Zweistaatlichkeit, 3. die Zeit nach dem Ende der Zweistaatlichkeit mit Ausblicken in die Zukunft. Der Ost-West-Vergleich wird oft im selben Beitrag vorgenommen, mitunter ergibt er sich aus der parallelen Behandlung beider Entwicklungsstränge.

Die Verfasser möchten heute verdrängte Geschehnisse und Entscheidungen ins öffentliche Bewußtsein zurückholen. Das geschieht mit einer Fülle von Tatsachen, die allerdings auf unterschiedlichem Niveau analysiert werden. Bisweilen dominiert eine referierende Darstellung. Es fehlt nicht an trefflichen oder bedenkenswerten Argumenten. Doch neue Fragestellungen und Problematisierungen, wie sie heute für den Diskurs auch im linken Spektrum und unter den "abgewickelten" Wissenschaftlern charakteristisch sind, werden nicht in wünschenswertem Maße aufgegriffen. Erinert sei nur an die Diskussionen um Besatzungsmächte und deutsche Eigenverantwortung, um das Erbe der Komintern und den Stalinismus, um Staatseigentum und Vergesellschaftung von Eigentum, um das Militärische/Militaristische in der realsozialistischen Entwicklung. Bei der Vielzahl der Autoren ist dem einzelnen wohl auch die Seitenzahl zu knapp bemessen worden, als

daß wir von ihm das Erörtern und Abwägen verschiedener Standpunkte erwarten dürften.

Den Ansatz einer Gesamtbewertung der DDR liefert Heinz Karl unter der Fragestellung "Versuche einer sozialistischen Alternative oder Sackgasse von Anfang an?" Seine Sichtweise korrespondiert mit den in einzelnen Beiträgen getroffenen Aussagen, ist durch dort unterbreitete Tatsachen untersetzt. Seine Ausführungen dürfen wohl als Fazit der Einzeluntersuchungen betrachtet werden. Zurückgewiesen wird jene DDR-Zerfledderung, die Geschichte nur vom Ende her, die DDR mithin ausschließlich als ein gescheitertes Unternehmen betrachtet. Belegt ist die Verankerung der DDR-Realität in den Zielvorstellungen progressiver Bewegungen des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts. Es trifft zu, und Umfragen belegen es in zunehmendem Maße, daß "DDR-Werte im Kurs steigen". Und die meisten Aufsätze dieses Bandes bieten Erklärungen, warum das so ist. Karl folgert daraus schlüssig, daß die DDR nicht nur objektiv eine Alternative zur kapitalistischen BRD darstellte, sondern von vielen Menschen auch als solche erfahren wurde. Um so eindringlicher stellt sich natürlich die Frage, warum die DDR dennoch vom Schauplatz der Geschichte abtreten mußte. Nach den objektiven Benachteiligungen, die das ostdeutsche Sozialismusexperiment von Anfang an belasteten, nennt Karl an erster Stelle der Deformationen und Selbstblockaden, das Fehlen einer lebendigen, wirksamen sozialistischen Demokratie. Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit den meisten linken Kritikern. An der Frage, ob dies einem antileninistischen Staats- und Parteikonzept geschuldet ist, oder ob Fehlentwicklungen auch schon bei Lenin angelegt sind, scheidet sich hingegen die Geister. Generell weist jedoch sein Katalog von Ursachen viele Übereinstimmungen mit den Befunden anderer Analytiker aus, die allerdings ihre Kritik oft schärfer vortragen. Inzwischen ist allerdings die Zeit herangereift, um darüber hinaus auch die

Frage zu stellen, wie es mit den personellen Zuständigkeiten für Erfolge und Mißerfolge, für Aufstieg und Untergang der DDR verhält.

Ist es der Anlage des Buches geschuldet, oder war es Absicht, wenn die schlimmsten Mißstände und Auswüchse der DDR nicht oder nur ganz am Rande thematisiert worden sind? Die Ursachen des 17. Juni 1953, die permanente Republikflucht, die Repressionen, die Machtkämpfe in der politischen Führung? Das eigentliche Problem und die hauptsächliche Schwierigkeit einer Gesamtbeurteilung der DDR liegt aber gerade in den Relationen zwischen den Leistungen dieses Staates und seiner Akzeptanz in der Gesellschaft einerseits und den Deformationen mit ihren historisch-genetischen Ursachen, ihren äußeren und inneren Rahmenbedingungen sowie den individuellen Verantwortlichkeiten andererseits.

Sehr informativ sind die beträchtlichen Raum einnehmenden Beiträge zu wesentlichen Aspekten des Anschlusses Ostdeutschlands an die BRD – so zum Umgang mit dem Völkerrecht, zu aktuellen Verfassungsfragen, zum Elitenaustausch, zur Privatisierung des Volkseigentums, zur Abwicklung der DDR-Wissenschaft – wie auch die Befunde über Demokratie und Ökonomie in der vergrößerten Bundesrepublik, mithin also auch über die Folgen des Wegfallens einer alternativen Gesellschaft auf deutschen Boden. Der Band schließt mit Überlegungen von Harald Neubert und Robert Steigerwald “Für einen anderen Fortschritt, für einen neuen Sozialismus”. Beide Autoren machen kein Hehl daraus, wie schwierig sich derzeit die Neubestimmung sozialistischer Ziele und Wege gestaltet.

Günter Benser

Horst Dähn, Helga Gotschlich (Hrsg.):
“Und führe uns nicht in Versuchung ...”
 Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989.

Wiss.-techn. Bearbeitung: Galina Ijulskaia und Gabriele Kickeritz. Bd. 4 der Reihe “Die Freie Deutsche Jugend: Beiträge zur Geschichte einer Massenorganisation”. Hrsg.: Institut für Zeitgeschichtliche Jugendforschung, Metropol Verlag, Berlin 1998, 350 S., Abb.

Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der Jugendpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und der DDR tiefgründiger und mit breiterer sowie kritischer Sicht zu erarbeiten und bekannt zu machen, als das in der von SED-Institutionen und FDJ-Zentralrat abgesegneten Jugendgeschichtsschreibung erfolgte, ist das Anliegen dieser Reihe, aus der nunmehr der 4. Band vorliegt. In dem Sammelband sind Beiträge von 17 Autoren ganz unterschiedlicher Provenienz veröffentlicht, in denen eine mitunter divergierende Rückschau geboten wird. Zu ihnen gehören auch Autoren, die sich bereits vor 1989 in der DDR mit Jugendforschung oder Kirchenpolitik beschäftigten, so der namhafte ehemalige Direktor des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, Prof. Dr. Walter Friedrich, und der früher an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften tätige Dr. Joachim Heise.

Die Editoren verstehen den Sammelband als Beitrag zur Erforschung der Geschichte junger Christen in der SBZ und der DDR von 1945 bis zur Wende 1989. Vielfältige Themen aufgreifend, befassen sich die Autoren besonders mit der Haltung der Kirchen und junger Christen im Kontext der offiziellen Jugend- und Kirchenpolitik dieser Zeit. Beginnend mit “Ein hoffnungsvoller Anfang” folgen Darlegungen zu den Konflikten Konfirmation-Jugendweihe und Kirche-Schule, zur Evangelischen Studentengemeinde 1953 und in Leipzig 1950-1963, zur Jungen Gemeinde, zur atheistischen Propaganda und Lehre, zur kirchlichen Jugendarbeit unter dem Aspekt “Repression von Freizeiten und Rüstzeiten”,

zum Säkularisierungsprozeß der DDR-Jugend, zur Jugendarbeit in den Jüdischen Gemeinden der DDR, zum Verhältnis von Jugend und Religion sowie zur kirchlichen Jugendarbeit in der DDR und nach der Wende. Gegenstand abschließender Beiträge bilden Berichte von Zeitzeugen, u. a. über die katholische Jugendarbeit in der SBZ und die Aktion "Sühnezeichen" in der DDR.

Zu Recht heißt es im Vorwort: "Die staatlichen Instanzen verhielten sich wechselhaft und unterschiedlich. Je nach politischer Wetterlage wurde kirchliche Jugendarbeit bald zugelassen, toleriert, geduldet, zeitweilig wohlmeinend kommentiert, auch instrumentalisiert und gefördert, dann wieder verteufelt, verboten in Schranken verwiesen ... Ebenso ist vom Selbstverständnis und den Anstrengungen junger Christen die Rede, die unter oft angespannten Bedingungen Chancen aufspürten und Hindernissen trotzten."

Dementsprechend wird auch das widersprüchliche Verhalten solcher Partei- und Staatsfunktionäre wie Walter Ulbricht oder Erich Honecker und von Vertretern der Sowjetischen Militäradministration wiedergegeben.

Die Darstellungen zeichnen die christliche Jugend als eine Gemeinschaft, die ihre Sinn- und Lebensorientierungen im kirchlichen Raum, z. B. als Junge Gemeinde oder als Evangelische und Katholische Studentengemeinde an den Universitäten und Hochschulen, zu entwickeln und auszuleben suchte. Festgestellt wird auch, daß nicht wenige junge Christen in nichtkirchlichen Institutionen wie den Jugendausschüssen und der FDJ mitarbeiteten. Bekanntlich gehörte dazu – wie ergänzend erwähnt werden soll – auch eine ehemalige FDJ-Sekretärin, die unter Helmut Kohl zur Bundesministerin aufstieg und nunmehr als Generalsekretärin der CDU tätig ist.

Die Beiträge reflektieren die Herrschaftsperspektive und gehen den staatlichen bzw. parteiorientierten Zielen und Ansichten im Umgang mit Heranwachsenden nach. Deutlich wird zugleich, wie andererseits christliche

bzw. kirchliche Mitwirkung auch von dem Bestreben bestimmt war, diese Ziele und Absichten zu unterlaufen und eigenen Vorstellungen nutzbar zu machen. So wird z. B. bereits für die Jugendausschüsse nach Kriegsende die Erinnerung von Manfred Klein, Katholik und CDU-Vertreter im Zentral-Jugendausschuß, zitiert, daß trotz der – umstrittenen – Mitarbeit in ihnen im Verlangen nach Einflußbereichen die "'Verbündeten' eigentlich Widersacher" waren, wenngleich, wie im Beitrag festgestellt wird, "eine von allen Seiten thematisierte Sorge um die von Nachkriegschaos und sonstigen Wirrnissen und Katastrophen bedrohten jungen Menschen eine ausreichende Motivation für gemeinsames Handeln" bot, jedoch "ein tiefes Mißtrauen ... unterschwellig oder offen zutage trat". M. Klein bekannte, daß er sich von Heinz Keßler, der im Zentralaussschuß mit "Vitalität und mit dem originären Gespür des Klassenkämpfers, gepaart mit der Robustheit des Gefreiten mit Fronterfahrung" wirkte, durchschaufühlte. "Ich hatte immer das Gefühl, er roch gewissermaßen meine eigentliche innere Einstellung".

Die in den abschließenden Beiträgen zitierten Zeitzeugen, die aus eigenem Erleben die aus Aktenrecherchen gewonnenen Feststellungen erweitern, präzisieren diese mitunter oder veranlaßten, Aussagen zu korrigieren.

16 Seiten Abbildungen ergänzen und veranschaulichen die meist recht interessanten und lesenswerten Darstellungen, die zum Nachdenken provozieren. Obgleich in der DDR auf den Gebieten der Jugend- und Jugendgeschichtsforschung auch Beträchtliches an Bleibendem geleistet wurde, blieb die Thematik des vorgestellten Bandes doch stets ausgegrenzt oder zumindest unterbelichtet. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß ihr nunmehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Siegfried Scholze

Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR.

Hrsg. v. Hans-Joachim Beth/Reinhard Brühl/Dieter Dreetz (Gesellschaft-Geschichte-Genewart. Schr.-rh. d. Vereins "Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V.", Berlin, hrsg. v. Helmut Meier), trafo verlag 1998, 339 S.

Der Band, bestehend aus 14 Textbeiträgen und einer verdienstvollen "Bibliographie der Forschungsarbeiten am MGI" (*Renate Stang/Werner Stang*), basiert auf den Ergebnissen eines Kolloquiums von 1996 (anlässlich des 80. Geburtstages von Kurt Schützle, dem langjährigen Leiter des Bereichs Forschung am MGI). Einige Artikel sind zusätzlich geschrieben, andere wurden schon früher publiziert (*Brühl; Schützle*).

Die vorliegende kritische Bilanz der Arbeit des MGI (1958–1992) ruft zwiespältige Gefühle hervor. Wohl ist sie insgesamt ausgewogen und zeigt Licht und Schatten in der wissenschaftlichen Tätigkeit des Instituts, stellenweise vielleicht zu viel Schatten, aufs ganze gesehen. Indessen wurde das MGI, ehemals über 50 wiss. Mitarbeiter stark, trotz seiner Erneuerungsbemühungen nach der "Wende" (*Wilfried Hanisch*), im Laufe von zwei Jahren in Aufgabenbereich und Personalbestand radikal eingeschränkt, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (damals Freiburg) unterstellt (April 1991), und mit Wirkung vom 1.9.1992 aufgelöst, die Mitarbeiter per Kündigung "abgewickelt" (*Dieter Dreetz*).

Daß sich die militärhistorische Forschung in der DDR als selbständige geschichtswissenschaftliche Disziplin gegenüber den Bestrebungen behaupten konnte, sie einer allgemeinen sozialistischen Militärwissenschaft unterzuordnen, war längere Zeit nicht selbstverständlich. Aber nur dadurch wurde sie lebensfähig und konnte ansehnliche und dauerhafte Ergebnisse erbringen (*Schützle*). Sie wurde auf breiter Basis vom marxistischen

Standpunkt aus betrieben – ein enormer Fortschritt, der heute freilich weithin gelehnt oder verächtlich gemacht wird. Brühl hebt diesen Fortschritt hervor, relativiert ihn aber doch sehr stark, indem er die Schwachpunkte des "realen" Marxismus-Leninismus herausstreicht.

Die Forschungen zum Mittelalter und zur frühen Neuzeit werden von *Helmut Schnitter*, die zum Ersten Weltkrieg von *Werner Knoll* vorgestellt (unter mir unverständlicher Abwertung der Imperialismustheorie Lenins, 80). Drei Beiträge befassen sich mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges (*Gerhart Hass; Werner Stang; Erhard Moritz*). Hass – nicht eigentlich ein Militärgeschichtler – gibt eine Gesamtskizze der Forschungen, die Anfang der 60er Jahre wissenschaftlichen Charakter annahmen und mehr und mehr am Akademie-Institut (Zentralinstitut für Geschichte) konzentriert wurden, das mit dem MGI auf diesem Gebiet eine dauerhafte und fruchtbare Kooperation einging. Hier wie auch anderswo, etwa bei *Moritz*, kommen die durchaus zwiespältigen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den sowjetischen Historikern zur Sprache.

Einen größeren Komplex bilden die Aufsätze über die zeitgeschichtliche Forschung. *Günther Glaser* (Militärbeziehungen im Warschauer Pakt) und *Lothar Schröder* (Geschichte der NATO und der Bundeswehr) stellen auf beiden Forschungsfeldern größere Wissenschaftshemmnisse als anderswo fest; besonders das Theorem von den "Siegern der Geschichte" – de facto ein Alleinvertretungsanspruch für Frieden und Fortschritt; ein allzu primitives Feindbild; breite Tabuzonen (betreffend etwa die Probleme innerhalb des Warschauer Paktes; ferner die stalinistische Hypothek in der Entwicklung der sowjetischen Streitkräfte bzw. Militärpolitik); politisch vorgegebene Lehrsätze, die wissenschaftlich zu "beweisen" waren; die Hegemonie der sowjetischen Politik und Historiographie. Die schmale Quellenbasis (NATO und

BRD) und der weit übertriebene Geheimhaltungsdrang (Warschauer Pakt; NVA) zeigten negative Wirkung.

Lesenswert sind die Arbeitsberichte über die Zeitschrift "Militärgeschichte" (1962–1990; *Karl Nuß*), über das zweibändige "Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte" (*Norbert Müller*) und über die deutsch-sowjetische Kooperation bei der Herausgabe der 12bändigen sowjetischen Weltkriegsgeschichte (*Erhard Moritz*).

Den Leser beeindruckt ferner die persönlich gehaltenen Beiträge von *Werner Stang* und *Otto Hennicke*. Beide geben sich Rechenschaft über Erreichtes und In-Frage-zu-Stellendes und versuchen, für sich selbst eine Bilanz ihres Wissenschaftlerlebens zu ziehen. Hennicke bewegt der Zwiespalt, der häufig zwischen dem politischen Auftrag, den Sozialismus im Kalten Krieg durch Wahl und Bearbeitung der "richtigen" Themen zu stärken, und dem Bestreben bestand, der vielfältigen, differenzierten Wahrheit auf den Grund zu gehen. Er hat diesen Zwiespalt "nicht als Widerspruch begriffen, sondern als naturgegebene Notwendigkeit in einer Ära der erbitterten ideologischen Auseinandersetzung" (251). In diesem Zusammenhang geht er hart mit eigenen Unzulänglichkeiten ins Gericht, z. B. mit dem Verzicht auf die Auswertung des vorhandenen enormen Quellenfundus über Fahnenflüchtige (über 30.000 Kriegsgerichtsakten).

Als Beteiligtem wird es dem Rezensenten allerdings schmerzlich bewußt, daß derartige, durchaus notwendige kritische Aufarbeitungen vergangener eigener Forschungsarbeit, so wie wir sie im Bande finden, dem heutigen "Zeitgeist" (Hass: 97) entsprechend gänzlich einseitig nur von DDR-Wissenschaftlern unternommen werden; dazu noch unter den Augen einer weitgehend gleichgültigen, zu Teilen auch besserwisserischen Kollegen-schaft und unter der Belastung der radikalen personellen Abwicklung und der Plakatierung der DDR-Geschichtswissenschaft insgesamt als "Legitimationswissenschaft".

Ein technisches Ärgernis: Der Band verliert spätestens beim zweiten Durchblättern seine broschiierte Fassung und löst sich in einzelne Seiten auf.

Dietrich Eichholtz

Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Rührt euch! Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR. (= Rote Reihe). edition ost. Berlin 1998, 590 S.

Frustr produktiv zu machen war das Anliegen der allesamt ostdeutschen Autoren, die Beiträge zu einer Geschichte der NVA vorlegen. Sie waren nicht mit jener pauschalen Aburteilung dieser Geschichte und damit ihres eigenen Lebens einverstanden, die die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" abgab. Trotzdem haben die 17 Autoren, DDR-Offiziere und -Militärhistoriker, sich nicht zu billiger Polemik verleiten lassen. Vielmehr machen sie in der Mehrzahl überzeugend deutlich, daß sie sehr wohl in der Lage sind, distanziertrüchtern, aber ebenso streitbar über die Geschichte der DDR-Armee zu schreiben. Es sind Einzelbeiträge, die zwar den gleichen Gegenstand behandeln, aber doch sehr differenziert und dabei das unterschiedliche Umgehen mit der Materie sowie das Ableiten von Schlußfolgerungen nachvollziehbar machen.

Hervorzuheben sind die Aufsätze zu der DDR-Militärdoktrin (*Wünsche*), zu Auftrag und Legitimation der NVA (*Klaus Schirmer*), zu Funktionsweise und Problemen der obersten Führung von NVA und Warschauer Vertrag (*Fritz Strelitz*, Chef des NVA-Hauptstabes und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates), zur operativen Ausbildung (*Hans Werner Deim*), zu Massenvernichtungswaffen sowie sowjetischem Kriegsbild (*Harald Kießlich-Köcher*), zum Neuen Denken über Krieg und Frieden (*Wolfgang Scheler*) sowie zur

Militärreform 1989/90 (*Theodor Hoffmann*, Verteidigungsminister der Modrow-Regierung und letzter Chef der NVA).

Im Unterschied zu anderen Untersuchungen gehen die Autoren konsequent von der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West aus, zeigen deren Eigenlogik mit ihren Bedrohungen und Ängsten auf beiden Seiten. Sie erinnern an die Furcht der Sowjetunion vor einer Neuauflage des Jahres 1941 und der darum entschlossenen Begegnung jeder bedrohlich empfundenen Situation. *Joachim Schunke* argumentiert gegen die von westlicher Seite vorgenommene Betonung von Berlin-Blockade und Korea-Krieg als Einstieg in den Kalten Krieg. Er erinnert an die 1948 durch die Vereinigten Stabschefs der USA gebilligten Planungen für einen Krieg gegen die UdSSR. Allerdings wird nur bedingt das Aktion-Reaktions-Szenarium in dieser Frühphase deutlich. Hier wäre auf die Gründe für die Feindwahrnehmung der Sowjetunion durch den Westen einzugehen, die sowohl ideologisch motiviert wie durch Erfahrungen mit der sowjetischen Unterdrückungspolitik (sowohl vor dem Krieg in der Sowjetunion selbst als auch in ihren Verhalten als Besatzungsmacht ab 1944/45, z. B. in Polen und der ČSR) begründet waren. Berechtigt werden westalliierte Anstrengungen zur Sicherung deutscher Militärpotentiale dargestellt, ohne zu leugnen, daß sich die Formierung regulärer militärähnlicher Formen in SBZ und früher DDR schließlich schneller vollzog. Nachvollziehbar wird die nicht abwegige Sorge der DDR und ihrer Verbündeten vor einem Wiederentstehen einer deutschen, ihnen feindlich gegenüberstehenden Streitmacht.

Herausgearbeitet wird der komplizierte Weg der DDR zu eigenen Streitkräften, die weitgehend aus dem Boden gestampft werden mußten. Bezeichnend der Mangel an geeigneten Offizieren und Unteroffizieren, die erst neu herangebildet werden mußten. Die Bundeswehr konnte sich dagegen großzügig aus dem Reservoir der untergegangenen

Wehrmacht bedienen. Unübersehbar ist die Kluft zwischen den meist in Moskau definierten Rüstungserfordernissen und den realen Möglichkeiten. Die Vorgeschichte des 17. Juni 1953 gibt darüber beredt Ausdruck.

Nachdrücklich wendet sich Wünsche gegen Auffassungen "die NVA sei ausschließlich auf Weisung der KPdSU-Führung geschaffen" worden (113). Es wird gezeigt, daß auch die DDR-Seite in ihrem Selbstverständnis eines souveränen Staates einer eigenen Armee gebührende Aufmerksamkeit widmete. Hier wären vertiefende Untersuchungen wünschenswert: Welche Rolle spielten bewaffnete Kräfte für die radikale deutsche Arbeiterbewegung, inwiefern wurden solche Fragen von deutschen Kommunisten für die Zeit nach Hitler diskutiert? Überhaupt bleibt diese Traditionslinie merkwürdig unterbelichtet. Fragwürdig ist es, wenn einer der Autoren die Umbenennung der Seestreitkräfte in Volksmarine 1960 allein auf die partikularen Interessen des damaligen Marinechefs reduziert.

Kein Zweifel bleibt an der prägenden Rolle der Sowjetunion und der Sowjetarmee auf die militärischen Belange der DDR. Bezeichnend ist Strelitz' Schilderung eines Gespräch mit dem Chef der GSSD, Oleg Koschewoi. Im Verteidigungszustand gebe es klare Regelungen: "Da werden mir die NVA, die Grenztruppen und ein Teil der anderen bewaffneten Organe unterstellt, da bin ich Oberbefehlshaber der zu bildenden Westfront, die Euer ganzes Territorium umfaßt, und da hat auf dem Gebiet der DDR nur einer das Sagen – und das bin ich. ... Dann hört die jetzige Weisungsbefugnis von Ulbricht und Hoffmann auf." (132) Mit vielfältigen Beispielen werden die sowjetischen Eingriffe – meist eine sinnvolle Beratertätigkeit des stärkeren Waffenbruders – dargestellt, ebenso auch die oft die Möglichkeiten der DDR überschreitenden Forderungen.

Fakten erfährt der Leser zu den Schwierigkeiten der NVA wie des östlichen Bünd-

nisses, sich mit den veränderten Bedingungen in den 80er Jahren und der Notwendigkeit eines Wandels der militärpolitischen und -strategischen Konzeptionen anzufreunden. Das Durchsetzen eines Neuen Denkens und die Umstellung der NVA wie des Bündnisses auf eine strikte Defensivstrategie mit einer Hinlänglichkeit der militärischen Mittel wird besonders von Scheler und Deim ausführlich geschildert. Sie verschweigen nicht die Probleme beim Erarbeiten und Umsetzen dieser Positionen, aber auch die erstaunliche Lernfähigkeit eines, wie viele heute meinen, totalitären Regimes. Bezeichnenderweise konnten dabei DDR und NVA auf eine schon unter Ulbricht eingeleitete nationale Orientierung in Gestalt eigener Militärdoktrin fußen, die dann Anfang der 80er Jahre in Differenz zu damaligen Moskauer Vorstellungen Einsichten in einen notwendigen Verzicht auf die militärische Konfliktaustragung mündeten. *Horst Egon Sylla* verweist auf wiederholte Vorhaltungen Honeckers gegenüber sowjetischen Militärs, daß der einkalkulierte Rückzug sowjetischer Truppen auch nur um 100 oder 150 km für die DDR verhängnisvoll wäre. (216) "Jede militärische Handlung selbst auf der operativen Ebene ... bedeutete [für die DDR – St.B.] eine strategische Bedrohung. Es ist davon auszugehen, daß vier bis fünf Kriegstage in der Auswirkung fünf Jahren des zweiten Weltkrieges gleichzusetzen gewesen wären. Allein aus diesen Gründen konnte die DDR nicht an der Entfesselung eines Kriegs interessiert sein." Andererseits gab es eine Sicherheitsallergie. Die Furcht vor einem Einhergehen von Krieg mit Konterrevolution (begründet in der Situation 1956) und die Sorge vor Isolierung im Ostblock (nach der Erfahrung 1968 und 1980) bremsten jedoch den Reformeifer.

Nicht zufällig stellen sowohl *Scheler* wie *Hoffmann* einen Zusammenhang dieser ersten grundlegenden Revisionen des militärischen Denkens mit der durch die Wende 1989 erzwungenen Militärreform her. In dieser wur-

de nachdrücklich über ein defensives Verteidigungskonzept unter den aktuellen Bedingungen nachgedacht und eine zielgerichtete Reduzierung der militärischen Strukturen angestrebt.

Nicht so überzeugend fallen die von *Werner Hübner* und *Dagmar Pietsch* vorgestellten Überlegungen zur Akzeptanz der NVA in der DDR-Gesellschaft bzw. der Motivation für den Wehrdienst aus. Sie präsentieren kaum neues Material und die Darstellung einer hohen Akzeptanz schön wesentliche Zusammenhänge. Vor allem werden die problematischen Seiten der NVA – von rechtsextremistischen Vorfällen bis hin zu EK-Bewegung und Desertionen – nicht einmal thematisiert. Hübners Ausführungen zur SED-Führungsrolle sind nicht dazu angetan, überzeugend die These von der "Parteiarmee" zu widerlegen. Tatsächlich ist ja die Besonderheit des Realsozialismus und seiner Diktatur des Politbüros die strikte politische Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche und zuallererst der klassischen Machtinstrumente. Daß dies eine widersprüchliche Angelegenheit angesichts der vorhandenen echten sozialistischen Ideale und der zumindest als bedrohlich empfundenen Bundeswehr und NATO war, erklärt dies zwar näher, ändert aber nichts an den Problemen. Interessant ist allerdings die Erinnerung Hübners an die "chinesische Phase" der DDR. Ausgang der 50er Jahre wurde – möglicherweise im Affront gegenüber der Sowjetunion – versucht, volksnahe Züge etwa hinsichtlich des Dienstes von Offizieren und Generalen als einfache Soldaten zu entwickeln. Abgesehen davon ist sein Verweis auf neuartige demokratische Elemente in der NVA – vor allem in Gestalt der Arbeit der Parteiorganisationen (analoges gilt für die FDJ) – bedenkenswert, auch wenn im Zweifelsfalle meist die militärische Einzelleitung diese "Demokratie" kontakrieren konnte. Möglicherweise liegt hier aber einer der Gründe für das Verhalten der NVA 1989.

Trotz des Umfangs des Buches bleiben einiges offen. Während dem Einsatz der NVA

am 13. August 1961 (*Dieter Hein/Paul Wollina*) ein eigener Beitrag gewidmet wurde, finden sich die Jahre 1953 und 1968 nur kurzrassisch behandelt. Die Involvierung der NVA in die Weltkrisen 1962, 1967 und 1973, aber auch in die polnische Krise 1980/81 werden nicht behandelt. Ebenso findet sich nichts zum Engagement beim Aufbau von nationalen Streitkräften insbesondere im südlichen Afrika. Peinlich ist der Beitrag von *Lorenz Eyck* zu den Grenztruppen. Die hatten tatsächlich von Anfang sowohl "Feindberührung" wie eine verhängnisvolle repressive Funktion. Daß der Opfer unter den Grenzern gedacht wird, ist verständlich, daß kaum etwas zu den "Mauertoten" geschrieben wird, ist mindestens ignorant. Die Wertung, daß die Grenzer "von Ausnahmen abgesehen, bis zur letzten Minute ihres militärischen Daseins Menschlichkeit beweisen" haben, zeugt davon, daß dieser Offizier wenig verstanden hat.

Leider lassen sich die Autoren nicht auf eine Diskussion über die Rolle des Militärischen und eines möglichen Militarismus realsozialistischer Gesellschaften ein. Die Gegenargumentation, daß sich "die Militärpolitik ... in die Gesamtpolitik" einzuordnen hatte und nur 783 Mark pro Kopf der Bevölkerung für die Verteidigung ausgegeben wurden und dies "weitaus gewichtiger als Verweise auf Paraden, vormilitärische Ausbildung und paramilitärische Rituale an Volksbildungseinrichtungen" seien, wie Wünsche meint (128), genügt wohl kaum.

Klaus Schirmers Resümee ist wohl zutreffend: "Die NVA war eine Armee im Kalten Krieg. Sie trug in der Bündniskoalition des Warschauer Vertrages, an einer vorderen Frontlinie stehend und in diese eingeordnet, militärisch mit. Sie war an Höhen und Tiefen, an Zuspitzungen wie auch an Deeskalationen beteiligt. Daß der Kalte Krieg nicht zu einem 'heißen' wurde, daß er in den 80er Jahren zunächst in der Atmosphäre eines 'kalten' Friedens umschlug und sich anstelle der Ost-West-Konfrontation neue Tendenzen Bahn

brechen konnten, ist aus diesem Gesamtprozeß nicht herauszulösen." (98)

Stefan Bollinger

Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. v. Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Koordination) in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch, Bd. 1: Studien und Berichte, hrsg. u. eingel. v. Alexander von Plato. Akademie Verlag, Berlin 1998, 595 S.

Mit diesem Buch liegt der erste Band einer großangelegten wissenschaftlich soliden Dokumentation über die sowjetischen Speziallager in Deutschland vor. Der hohe Aussagewert dieser Veröffentlichung ist wesentlich der Zusammenarbeit deutscher und russischer Historiker und Archivare zu danken, die Plato als beispielgebend bezeichnet. Es entwickelte sich nach seinen Worten ein Gemeinschaftsunternehmen, "das für einen neuen Geist der Wahrheit, des engagierten Geschichtsbewußtseins und auch der unkonventionellen Initiative, der Tatkraft und der freundschaftlichen Zusammenarbeit bei der Überwindung anfänglichen Mißtrauens und auch vieler praktischer Probleme der deutsch-russischen Beziehungen beispielhaft wurde" (12). Denke ich zurück, auf welche Schwierigkeiten diejenigen gestoßen waren, die 1990 erste Schritte unternommen hatten, um die Rolle dieser Speziallager und die Schicksale ihrer Insassen zu thematisieren, so wird deutlich, welcher enormer Erkenntnisgewinn inzwischen vorliegt, wobei durch Versachlichung nicht der "Impuls zu Mitleid und Trauer" (17) verloren gehen muß.

Der Zugewinn, damit der Wert dieses Buches und – wie angenommen werden darf – der gesamten geplanten Dokumentation resultiert zum einen aus der Tatsache, daß den Herausgebern und Mitarbeitern dieser Dokumentation in großem Umfang Akten des

Staatlichen Archivs der Russischen Föderation zur Verfügung standen, zum anderen aus ihrem Bemühen um die Entwicklung eines angemessenen methodologischen Instrumentariums, um ausgewogene Kriterien der historischen Bewertung, die auch aus dem Vergleich mit den Internierungslagern der westlichen Alliierten und den Vernichtungslagern der Nazis resultieren. Davon wird vieles transparent, denn die Autoren (18 deutsche und 7 russische) beschreiben nicht nur ausführlich die Resultate ihrer Recherchen, sondern auch die Quellsituation. Sie geben Einblick in ihre Werkstatt, in ihren Umgang mit dem schwierigen Gegenstand. Waren es lange Zeit vor allem die Erlebnisberichte von Zeitzeugen gewesen, auf die sich frühere Publikationen stützten, so erweiterte sich nunmehr der Quellenfundus ganz entscheidend durch den Zugang und die Auswertung des umfangreichen Bestandes 9409 im GARF (Gossudarstvenny archiv Rossiskoi Federacii): "Abteilung Speziallager des NKVD/MVD der UdSSR in Deutschland". Er umfaßt 943 Akten in zwei Verzeichnissen, von denen allerdings die Personalakten noch verschlossen sind. Doch stehen nunmehr die Dokumente des zentralen Apparates der Speziallager (311 Akten) und Dokumente zu den eigentlichen 10 Speziallagern (520 Akten) der Forschung zur Verfügung. Ein Beitrag von Galina Kuznecova und Dina Nachatovic gibt hierüber detailliert Auskunft. Analog informiert Christian Schölzel über ungedruckte Quellen in deutschen Archiven und Bibliotheken.

Die Herausgeber haben den Band in mehrere Abteilungen gegliedert. Sie behandeln als "Einführung" grundsätzliche Aspekte und die Quellsituation; als "Historischen Hintergrund" den Vergleich mit den westalliierten Internierungslagern, Strukturen des Sicherheitsapparates der SMAD, Operationen und Apparate des NKVD und des MGB in Deutschland, Verhaftungspraxis und Haftanstalten sowie die sowjetischen Militärtribunale; als "Übergreifende Aspekte" der Spezi-

allager die Situation und die Häftlinge in den Speziallagern. Daran schließen sich Beiträge zu jedem einzelnen Speziallager an (Mühlberg, Buchenwald, Hohenschönhausen, Bautzen, Ketschendorf, Jamlitz, Werneuchen/Weesow, Sachsenhausen, Torgau, Fünfeichen) sowie zu den Lagerstandorten und Gefängnissen (Frankfurt/Oder, Berlin-Lichtenberg, Strelitz). Schließlich werden in mehreren Beiträgen die quantitativen Dimensionen erörtert, und zwar der Aussagewert der sowjetischen Statistiken, die Häftlingsstrukturen in den Speziallagern Buchenwald und Bautzen. Als Ausblick wurde ein Beitrag über die Waldheimer Prozesse aufgenommen.

Nach einer sowjetischen Statistik befanden sich in den Speziallagern 122.671 inhaftierte Deutsche, von denen 42.889 verstorben sind und 756 erschossen wurden (44). Wenn gleich Grund zu der Annahme besteht, daß hier nicht alle Betroffenen erfaßt sind, dürfte sich auch bei einer Erhöhung dieser Zahlen, die in ihnen zum Ausdruck kommende Dimension nicht generell verändern. Nicht die Gesamtzahl der Internierten (sie entspricht in etwa der Dimension der amerikanischen Besatzungszone) und nicht einmal die Haftgründe sind das schwerwiegende Problem, sondern die Dauer der Haft, die Haftbedingungen und der rechtliche Status der Häftlinge. Die hohe Zahl der Toten resultiert vor allem aus Krankheiten und Unterernährung, die im Jahre 1947 kulminierten. Trotz dieser durch nichts zu rechtfertigenden hohen Verluste weisen die Herausgeber die Behauptung zurück, es habe sich um Vernichtungslager gehandelt, vergleichbar den Todeslagern der Nazis. Auch sind sie auf keine aktenkundige "Vernichtungsabsicht" der sowjetischen Organe gestoßen. Sie führen die katastrophale Situation in den Lagern vor allem im Jahre 1947 wesentlich auf "ein geradezu kafkaestes bürokratisches Kompetenz-Wirrwarr" zurück (55). Auch lassen sie keine Zweifel offen, daß "die Internierungen ganz überwiegend Partei- und Staatsfunktionären des Dritten Reiches galt"

(14), deren individuelle Schuld jedoch häufig nicht ermittelt worden ist.

Band 2 dieser Dokumentation soll die wichtigsten sowjetischen Entscheidungen betreffend die Speziallager und ihrer Verwaltung belegen, Band 3 die Haftbedingungen (Versorgung, Krankheit, Tod, Stimmungsberichte). Band 1 ist mit einem Abkürzungsverzeichnis, eine Bibliographie, einem Personenregister und einem Autorenverzeichnis versehen und enthält bereits einige eingestreute Dokumente aus den russischen Staatsarchiven.

Günter Benser

Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi. Verlag K. G. Saur, München 1998, 239 S.

Die Tätigkeit der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK) hat bisher keine fundierte Untersuchung gefunden. Zum Teil lag es daran, daß es kaum Quellen von dokumentarischem Wert gab, vor allem entsprechende Archivbestände in Moskau nicht zugänglich waren. Aber die Tätigkeit der SKK paßte auch nicht in das vorherrschende Bild der Geschichtsschreibung, weder in der DDR noch in der BRD. Sie lieferte weder den Nachweis, daß sich die DDR von Anfang an als weitgehend souveräner und aus historischer Sicht rechtmäßiger deutscher Staat etablierte, noch bestätigte sie die These, daß es sich bei der DDR nur um eine unter der uneingeschränkten Besatzung und Herrschaft der UdSSR stehenden "Zone", eine fremdbestimmte Kolonie handelte.

In der Dokumentation von Elke Scherstjanoi wird erstmalig das im Frühjahr 1950 von der Regierung der UdSSR bestätigte Statut der SKK veröffentlicht. Der Band enthält wichtige Vorarbeiten dazu, so den von der SKK in

Berlin eingereichten Entwurf sowie Entwürfe von Ländervertretungen der SKK für eigene Statuten. Letztere wurden zwar nie bestätigt, geben aber bemerkenswerte Einblicke in Vorstellungen über Aufgaben und Rechte, die zweifellos in der Praxis zumindest teilweise wahrgenommen wurden. Das von der Regierung bestätigte Statut ist beträchtlich kürzer und allgemeiner gehalten als die Entwürfe. Es sollte dazu dienen, die Tätigkeit der SKK stets möglichen neuen Anforderungen anzupassen, auch Voraussetzungen zu schaffen, um die Zügel gegenüber den deutschen Behörden mal lockerer, mal angespannter zu halten. Es ließ beträchtliche Änderungen in der Haltung zu den drei westlichen Besatzungsmächten und deren Hohen Kommissaren zu, eingeschlossen die Fortsetzung der Deutschlandpolitik der UdSSR, die auf die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung orientierte, ebenso wie Maßnahmen zur weiteren Zementierung der Spaltung Deutschlands.

Vordringlichste Aufgabe der SKK sollte es laut Statut sein, die Erfüllung der Reparationsforderungen und anderer Leistungen als Wiedergutmachung für die durch die deutsche Aggression angerichteten gewaltigen Schäden abzusichern. Es definierte als wichtigste Funktion, die strikte Einhaltung der Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz von 1945 zu überwachen und notfalls anzumahnen. Die SKK sollte eine intensive Informationstätigkeit entwickeln und konnte den deutschen Behörden, insbesondere der Regierung, Empfehlungen übermitteln. Eigenmächtige Entscheidungen konnte sie nicht treffen – dafür war die Regierung in Moskau zuständig. Der politische Handlungsraum der SKK war erheblich kleiner als jener der SMAD, obwohl auch diese in allen Grundfragen von der Moskauer Führung eindeutig abhängig war.

Trotzdem sollte man das Gewicht und den Einfluß der SKK auf die Entwicklung zu Beginn der fünfziger Jahre nicht unterbewerten. Das Statut selbst wie auch die in der Dokumentation enthaltenen Angaben geben zu

Umstrukturierungen in der SKK und ihren Ländervertretungen sowie zu personellen Veränderungen leider keine Antwort. In der ausführlichen Einleitung vermerkt die Autorin, daß es laufend Beratungen zwischen der Führung der SKK und deutschen Spitzenpolitikern gegeben habe. Sie trugen meist den Charakter von Arbeitsberatungen, auf denen Meinungen darüber ausgetauscht wurden, wie anstehende Probleme in der Entwicklung der DDR am besten gelöst werden könnten. Inwieweit Direktiven, darunter der Moskauer Regierung, übermittelt wurden, ist aus den Quellen nicht oder nur selten ersichtlich. Selbst die inhaltlichen Themen dieser Beratungen sind kaum benannt. Noch weniger ist bisher erforscht, ob sich der Einfluß der SKK und damit der sowjetischen Politik, ihrer Ziele, des sowjetischen Modells insgesamt hauptsächlich über diese Spitzenkontakte oder durch sonstige Einwirkungen von Mitarbeitern der SKK vollzog.

Unbeantwortet bleibt nach wie vor die Frage, welche Rolle die SKK beim Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur Errichtung einer als sozialistisch definierten Ordnung spielte. Nach Auffassung der Autorin haben die im Frühjahr 1953 beschlossene Auflösung der SKK und die damit eingeleiteten Maßnahmen mit dazu beigetragen, daß die Ereignisse des 17. Juni und ihre so plötzliche Zuspitzung auch für die Behörden der UdSSR überraschend kamen. Moskau hatte ja erst den "neuen Kurs" der DDR-Spitze empfohlen, wenn nicht angeordnet. Doch es gab wohl auch andere und gewichtigere Gründe dafür, daß sich die Erhebung so lawinenartig ausbreitete und ein deutlicher Wechsel in den Losungen eintrat. Es bleibt zu hoffen, daß anhand weiterer Quellenstudien auch darüber mehr Klarheit entsteht.

Elke Scherstjanois Dokumentation, gerade auch die Einleitung, regt zu weiteren Forschungen und zum notwendigen sachlichen, nicht auf sensationelle Enthüllungen ausgegerichteten Nachdenken an.

Stefan Doernberg

Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern.

(= Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 15). Ch. Links Verlag, Berlin 1999, 815 S.

“Warum gelang es den Mächtigen nicht, die Revolution zu verhindern?” (742) Diese Frage bewegt viele und Süß versucht ebenso kenntnisreich wie sachlich aus der Sicht eines Westdeutschen mit inzwischen tiefem Einblick in die DDR-Strukturen Antworten zu geben. Sie fallen bemerkenswert differenziert aus und stützen sich auf umfangreiche Aktenauswertung. Wo sonst finden sich solche kühnen, aber realitätsnahen Einsichten über die widersprüchliche Situation eines eigentlich gefürchteten, heute meist verteufelten Machtinstruments? “Statt sich auf putschistische Abenteuer einzulassen, war die Spitze der Staatssicherheit ursprünglich bemüht, die ‘Wende’ für einen effizienzsteigernden Modernisierungsschub zu nutzen, der intern bereits stark verunsichernd wirkte.” (750)

Süß entfaltet ein komplexes Bild der innenpolitischen Situation der DDR in der akuten Krise des Jahres 1989/90. Für ihn ist das MfS das Herzstück des Repressionsapparates der DDR, wobei er dessen tiefe Verflechtung – trotz Abgrenzungsbemühungen für die Kader des “Organs” – in der Gesellschaft unterstreicht. “Es existierten Kanäle, über die gesellschaftliche Unruhe in das MfS hineinwirkte. Solche Einflüsse leisteten einen Beitrag zur Auflösung von Kadavergehorsam und ideologischer Verblendung.” (114) Immer wieder klingt beim Vf. (auch wenn er sich dessen vielleicht nicht immer bewußt ist) die Zerrissenheit der Mitarbeiter und Chefs dieser Sicherheitsbehörde wie auch insgesamt der herrschenden Partei und ihrer Führungskader durch. Den meisten war spätestens unter dem

Eindruck der sowjetischen Perestroika klar, daß etwas verändert werden mußte, daß der Realsozialismus vor einem Umbruch stand, sich erneuern mußte. Allein der Weg dorthin, ja selbst das Ziel eines solchen Sozialismus blieb unklar. Sie kannten die Schwachstellen des eigenen Systems genau, sahen, daß wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ideologische Attraktivität ebenso rapide sanken wie internationaler Einfluß. Trotzdem blieben sie ihrem Denkmodell, ihren Feindbildern verhaftet, suchten eine ebenso imaginäre wie reale Machtfrage im Sinne eines überlebten Modells zu verteidigen. Für Süß verkörpert sich das in der Zerrissenheit von IM's, die gelegentlich das MfS selbst als Mittel für den Wandel und zur Absicherung eigener Kritik zu nutzen suchten, gleichzeitig aber der Machtsicherung und dem Verhindern eines Wandels zuzuarbeiten hatten.

Leistung und Grenze des Buches ist die überbordende Darstellung des Machtverfalls im Herbst 1989. Fast zu ausführlich wird gezeigt, wie Kampfgruppen, Ministerium des Innern, die SED-Führung und die SED insgesamt nicht mehr der Situation Herr wurden. Die neuen Herausforderungen wurden trotz vorhandener Informationen nicht in ihrer Dimension erfaßt, Gegenstrategien entweder zur Repression noch Reformen fehlten. Trotz der in der Studie vorgenommen Unterscheidung von Softliner und Hardliner – in der Realität waren die Grenzen zwischen ihnen fließend – oft genug in derselben Person. Vor allem die SED-Basis, die einfachen Kampfgruppenkämpfer, schließlich auch die Angehörigen der Repressionsorgane wurden selbst unzufrieden, zweifelten an der Politik der Führung, verzweifelten schließlich. Sie liebäugelten eher mit den Gorbatschowschen Ideen als mit der dogmatischen Unbeirrbarkeit der Honecker-Führung. Ohne daß es Süß so zuspitzt: Es ging im Herbst 1989 in der DDR wie in ganz Osteuropa um eine seit Jahrzehnten überfällige Revolution für einen demokratischen Sozialismus. Das erklärt jenes doch auch sehr

“leninistisch” lesbares Revolutionsmuster von den Massen da unten, die nicht mehr wollten und den Führungen da oben, die nicht mehr konnten. Und das MfS mit seinen Mitarbeitern stand mittendrin, genauso zerrissen, von Informationen wie von Entscheidungssohnmacht übersättigt. Im Sommer 1989 kam es unter dem Eindruck der gefälschten Wahlen, dem beginnenden Massenexodus, aber auch den Ereignissen auf dem Tienanmen-Platz im MfS, wie in der SED und insgesamt in der Gesellschaft, zum radikalen Stimmungsumschlag.

Das MfS war Staat im Staate DDR, aber letztlich und vor allem Teil des Systems, das system- und vor allem parteiloyal dachte und handelte. Putschistische, gar bonapartistische Ambitionen waren dem MfS wie den anderen bewaffneten Organen fremd, zumindest sind ernsthafte Bemühungen in dieser Richtung nicht nachweisbar. “Die Ausrufung des ‘Ausnahmestandes’ hätte, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben sollte, breitere Unterstützung als nur durch den Parteiapparat und die ‘bewaffneten Organe’ bedurft. Aber selbst in den Repressionsorganen war die aktuelle Gewaltbereitschaft gering – Folge vor allem der Ernüchterung angesichts der als ziellos empfundenen Politik der SED-Führung” (376). Die Umorientierung der UdSSR auf eine “Freiheit der Wahl” wirkten ebenso wie die sichtbare Abkehr vieler SED-Mitglieder (wie auch des Apparates selbst!) von der starrsinnigen Honecker-Crew und der viel zu unentschlossenen und verstrickten Krenz-Führung. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um den Republikfeiertag am 7. Oktober mit dem massiven und brutalen Einsatz der Sicherheitskräfte (trotz Diktatur ungewohnt!), die Einsicht, in Leipzig nicht zu kämpfen, und Unmut über die beginnende Arbeit der von den Bürgerbewegungen geforderten Untersuchungsausschüsse sorgten für Ernüchterung und Umdenken. Mit Gewalt gegen das eigene Volk vorzugehen schien mehr und mehr unangemessen. Der Realsozialismus verfügte

über kein Krisenmanagement, weil Krisen für die Führungen immer nur eine Bedrohung von außen sein konnten. Das politische System war zur Artikulation von Interessenwidersprüchen und gar ihrem konfliktgeladenen Austragen überhaupt nicht strukturiert.

Es ging in der Gesellschaft um einen neuen Anlauf zum Sozialismus. Die Reisefrage war zweifellos ein Schlüssel, aber auf sie – und noch weniger auf die zeitversetzt nach der Maueröffnung einsetzende Einheits-Diskussion – diese Dinge zu reduzieren, zeichnet ein schiefes Bild vom Oktober und beginnenden November. Leider bleibt auch bei Süß im Hintergrund, daß damals weit mehr diskutiert wurde – um Volksbildung, betriebliche Mitbestimmung, Subventionen, Medien, M/L-Grundlagenstudium, Umwelt oder Zerfall der Innenstädte. Das waren damals brennende Fragen, die noch keineswegs mit der Systemfrage und dem Aufgeben der DDR verknüpft wurden.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind allerdings Süß' Analysen zu den Diskussionen im MfS selbst. Gerade weil es Teil der Gesellschaft war, konnten und wollten sich die Mitarbeiter nicht wegstellen – trotz der Enttäuschung, trotz der Zukunftssorgen und gelegentlich weltfremden Vorstellungen, welchen Platz sie in einer demokratisierten Gesellschaft haben könnten. Es vollzog sich augenscheinlich als Teil der gesellschaftlichen Emanzipation auch ein später Emanzipationsversuch der MfS-Mitarbeiter. Sie rebellierten in der SED-Organisation, junge Zeitsoldaten im Wachregiment meuterten gar, den Vorgesetzten wurde das Mißtrauen ausgesprochen. Insofern unterschied sich das MfS wenig vom Rest der Gesellschaft – es war selbst von einer Revolution erfaßt, die die Gesellschaft erneuern sollte und die sie eigentlich sowohl verhindern wie mittragen mußte, wenn sie ein sozialistisches Machtorgan sein wollte. Berechtigt verweist Süß auf die Diskussion einer neuen Sicherheitsdoktrin im MfS, die naturgemäß ambivalent war.

“Eine ‘Reform’ der Staatssicherheit, die diesen Namen verdient, hätte Grundelemente seiner bisherigen Stellung im politischen System aufheben müssen.” (515) Genau darüber wurde intern diskutiert. Gleichzeitig wurde das MfS/AfNS spätestens im Dezember 1989 für die Bürgerbewegungen zum Hauptfeind, zur Bedrohung, an der sie die Reformwilligkeit der in dieser Frage unsensiblen Modrow-Regierung zu messen suchte und in der sie sich schließlich durchsetzen. “Beide Seiten hatten voreinander Angst.” (633) So handelten sie auch und die Bürgerbewegungen setzten sich durch.

Einiges vermißt der Leser in der materialreichen Analyse. So berechtigt die Revolution und ihr Schicksal als innere Angelegenheit der DDR dargestellt wird, so sehr wäre eine Analyse der äußeren Einwirkungen sinnvoll. Da ist wenig von der Rolle des KGB zu finden. Da gibt es keine Aufklärungserkenntnisse der HVA, da arbeiten keine westlichen Geheimdienste. Genau hier sind sicherlich die Akten gesäubert – aber diese Faktoren dürften gewirkt haben und vielleicht manche Reaktionen erklärlicher machen. Welche Rolle hat überhaupt die Feindwahrnehmung für die MfS-Führung und die einzelnen Mitarbeiter gespielt? Ein Episode mag dies verdeutlichen. Süß schildert minutiös Vorbereitung und Ablauf der Kundgebung am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz als einem, wohl dem Höhepunkt der friedlichen Revolution für eine bessere DDR. Vehement und überzeugend argumentiert er gegen die unterstellte MfS-Steuerung dieser Kundgebung. Ausgeblendet bleiben die Ängste vor einem – auch von der Westseite mit lancierten – Grenzdurchbruch. Wer mischte damals warum mit? Süß bemüht in seinem einleitenden Diskurs Totalitarismus- und Modernisierungstheorien. Er zeigt, daß deren Erklärungsmöglichkeiten begrenzt sind. Berechtigt erinnert er an das kraß unterschiedliche Niederlagenverhalten der beiden Diktaturen 1945 und 1989. Es ist wohl doch mehr was trennt als was eint. Er

verweist auf Entwicklung und Diversifizierung der Institutionen, "die die Partei trotz ihres totalitären Machtanspruchs nicht ausschalten und zu ersetzen vermochte ... Die Parteidiktatur hatte die Menschen, auch wenn sie sich fügsam verhielten, nicht in gefühl- und gewissenlose Rädchen verwandelt." (752) Das galt offenkundig nicht nur für die an dieser Stelle gemeinten Dissidenten, sondern auch für jene, die die Macht hatten und sie bewahren wollten. Süß ist zustimmen, wenn er an die "Dialektik von politischer Macht und Gesellschaft" erinnert, ja, sie ist wirksamer, als manche Vereinfacher glauben.

Stefan Bollinger

Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Schriftenreihe *Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart* des Vereins "Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V.", Berlin, hrsg. von Helmut Meier, Band 17. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1999, 345 S.

Die Literatur über "Wende" und Anschluß ist mittlerweile umfangreich. Bollingers Arbeit gehört indes zu den wenig zahlreichen Büchern, deren Gegenstand die Ansätze zur demokratischen DDR-Revolution 1989 und ihre Liquidierung durch die großkapitalistische Dampfwalze sind. Zudem liegt ihr die Methode des historischen Materialismus zugrunde, bei der die reale, widerspruchsvolle Entwicklung ohne ideologische Scheuklappen betrachtet, erforscht und wiedergegeben wird.¹ Wegen mangelnder political correctness werden derartige Publikationen von

staatsergebenen Kritikern und auf dem westdeutschen Büchermarkt standhaft ignoriert.

Entschieden tritt der Autor jener Geburtslegende der erweiterten BRD entgegen, die besagt, Ostdeutsche hätten nur deshalb gegen Honecker und Krenz rebelliert, um sich der Bundesrepublik anschließen zu können. Zugleich lotet er die enorme Anziehungskraft der wirtschaftlich starken BRD auf die damaligen DDR-Bewohner aus und verweist auf die Bedeutung, die die plötzliche Grenzöffnung durch Politbüro und ZK der SED am 9. November 1989 für das Ende des zweiten, nichtkapitalistischen deutschen Staates hatte. Bollinger polemisiert gleichermaßen gegen die bürgerlich-prostalinistische Verschwörungslegende, wonach die DDR dem bösen Dämon Gorbatschow und einer Moskauer Fernsteuerung zum Opfer fiel. Die Legende wird vom heutigen Gorbatschow durch Behauptungen von der Art gestützt, er sei von Anfang an für Kapitulation statt für einen neuen Sozialismus gewesen. (210) Der Verfasser konfrontiert sie mit der Tatsache, daß im Kampf gegen das alte DDR-Regime jene den Ausschlag gaben, die trotz drohender Gefahr auf die Straße gingen. Zugleich verweist er auf die vorangegangene Unterminierung des Gemeinwesens durch die politbürokratische Herrschaft selbst. Hans-Joachim Tschiche hat das Faktum, wie hier zitiert, mit den Worten beschrieben: "Der Einsturz der öffentlichen Gesellschaft ist nicht durch die 60 oder 1000 Leute in der DDR passiert, sondern ist so etwas wie eine Selbstauflösung. Das System war verfault. Es zogen ein paar Trompeter durch die Stadt, und alles fiel ein. Selbst diejenigen, die geblasen haben, waren völlig baff." (101) Gemeint sind die Aktivistinnen der Bürgerbewegung. Sie waren, so Bol-

1 Veröffentlichungen dieser Art waren in der Zeit davor Michael Schneider: *Die abgetriebene Revolution. Von der Staatssfirma zur DM-Kolonie*, Berlin 1990, Siegfried Prokop (Hrsg.): *Die kurze Zeit der Utopie. Die "zweite DDR" im vergessenen Jahr 1989/90*, Berlin 1994, Wolfgang Dümke/Fritz Vilmar (Hrsg.): *Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*, Münster 1996, und Hanna Behrend (Hrsg.): *Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen*, Köln 1996.

linger, ebensowenig wie die Reformer in der SED auf die rasch veränderte Lage vorbereitet. Dennoch bewirkten sie in Ansatz und Zielsetzung "Eine Revolution zur Fortsetzung und Vertiefung jener geschichtlichen Umwälzung, die in der DDR nach 1945 begonnen hatte" (116) – nicht aber, wie Prosalinisten behaupten, die Konterrevolution.

Der Verfasser leugnet keineswegs den Anteil, den die UdSSR am Ende ihres einst treuesten Verbündeten hatte. Er beschreibt vielmehr detailliert die zur Preisgabe der DDR führenden Moskauer Kursänderungen. Andererseits weist er zu Recht darauf hin, daß sich das Honecker-Regime mit seinem Abwehrkampf gegen jede innerstaatliche Erneuerung bei gleichzeitigem Buhlen um westdeutsche Kredite selbst der Sowjetunion entbehrlich machte.

Ausführlich würdigt Bollinger das Instrumentarium, mit dem die offizielle Bundesrepublik – verstärkt durch Neonazis – im November 1989 die Gunst der Stunde nutzte. Kohls Regierung schraubte die Bedingungen für wirtschaftliche Hilfe an die DDR immer mehr in die Höhe, erzwang immer neue Zugeständnisse und half ihr bald das ganze bundesdeutsche System über. BRD-Experten aller Art, vom Bankier bis zum Politiker und Gewerkschaftsboß, ordneten inzwischen die ostdeutsche Landschaft neu. Die Majorität der DDR-Bürger wurde durch volle Westschau-fenster und massive DM-Propaganda ebenso beeindruckt wie durch das abschreckende Bild, daß ihre als korrupt und unfähig enttarnen früheren Staatsführer boten. Bei der ersten freien, aber hochgradig durch BRD-Einwirkung beeinflussten Volkskammerwahl am 18.3.1990 verhalf sie den An-schlußparteien zum Sieg.

Als historische Leistung der geschlagenen Modrow-Regierung wertet es der Verfasser, daß sie in denkbar ungünstiger Lage, nach dem Zusammenbruch der führenden Staatspartei und des zentralistischen Macht-systems und bei weit geöffneter Grenze eine gewis-

se Autorität aufrechterhalten konnte. (245) Der reformsozialistische Wandel mißlang. Doch bemühte sich die Regierung z. T. erfolgreich darum, einer vollständigen Enteignung der DDR-Bürger durch die bundesdeutschen Sieger Riegel vorzuschieben. An Modrows (und der SED-PDS) hausgemachten Handicaps rügt Bollinger den unvollständigen Bruch mit dem politbürokratischen Establishment und dessen Traditionen, die zu späte Einbeziehung der Bürgerbewegten in die Regierung, das zeitweilige Taktieren gegen den Runden Tisch und das lange Festhalten am Staatssicherheitsministerium. Den Schwenk des DDR-Ministerpräsidenten zum Konzept "Deutschland einig Vaterland" erachtet Bollinger gleichfalls für reichlich spät, verteidigt ihn jedoch als Hinwendung zu größerem Realismus in der deutschen Frage. (246 und 265) Der Rezensent kann dem nicht zustimmen. An den damaligen Demonstrationen gegen den Anschluß (nicht für die unsinnige Forderung "Nie wieder Deutschland") beteiligt, sieht er im genannten Konzept eine überflüssige und für die Linke schädliche Kapitulation. Wenn schon Untergang, dann bitte mit wehenden Fahnen!

In einer Reihe von Detailpunkten melde ich ebenfalls Bedenken an. So wenn auch dieser Autor mit der "Verschwendungsspirale" argumentiert, einer Politik sozialer Zugeständnisse ans Volk, die die DDR ruiniert (317) und schließlich dem Westen ausgeliefert habe. Die Ansicht ist nur insoweit richtig, als sie den Kurs von Honecker und Mittag umschreibt. Bei einschneidenden Sparmaßnahmen an richtiger Stelle, vor allem den am Ende gelähmten bewaffneten Organen, hätte die DDR genügend Mittel für eine der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht werdende Innovationspolitik aufgetrieben. Fragwürdig erscheint mir auch die von Bollinger kolportierte These, die DDR habe ihre Bürger mangels Devisen nicht nach Westen reisen lassen können. Hier hätte sie die Bonner unter Druck setzen und zu Zahlungen

veranlassen können, statt sich am Ende selber in deren Schwitzkasten zu geben.

Der Verfasser schildert die verheerenden, aber absehbar gewordenen Folgen der Grenzöffnung. Er hat recht. Deshalb jedoch den 9. November 1989 zum Thermidor zu ernennen, führt in die Irre. "Thermidor" bedeutet eine Kurskorrektur innerhalb der Revolution dadurch, daß ein versprengter Haufen Revolutionäre ausgegrenzt, in praxi gar guillotiniert wird, um die eben erkämpfte – im konkreten Fall bürgerliche – Herrschaft zu retten. Parallelen zur DDR-Grenzöffnung dürften unhaltbar sein.

Bollinger geht auf die gleichfalls absehbar gewordenen Auswirkungen des Währungsumtauschs vom 1.7.1990 auf die DDR-Wirtschaft ein. (331) Er vergißt hinzuzufügen, daß die größten Schäden mit Bonner Staatshilfe und der westlich gewendeten Treuhand ange richtet wurden.

Die Kritikliste sei durch den Hinweis auf das chronologische Prinzip komplettiert, an das der Autor sich besser hätte halten sollen. Da er's nicht tat, fügt sich seine Argumentation nicht überall, wo das nötig wäre, zusammen. Bisweilen reißt der Faden. Andererseits bringt er manches doppelt und dreifach vor.

Einige Sätze am Schluß des empfehlenswerten Buches sind auf längere Sicht überdenkenswert. Mit der revolutionären Überwindung einer diktatorischen Sackgasse in der DDR, so Bollinger, hätten Volksmassen den "Beweis für die Möglichkeit emanzipatorischen Handelns auch in der Gegenwart erbracht. Durch die Befreiung von der Alplast des stalinistischen Sozialismus wurde um einen zweifellos hohen Preis die Geschichte auch für das Ringen linker, sozialistischer Kräfte eröffnet." (314) Die weitere Entwicklung habe "eine rückwärtsgewandte Neugründung der Bundesrepublik unter konservativen Vorzeichen", mit Reaktivierung alter Werte und Aussicht auf eine erneuerte deutsche Führungsrolle in Europa, gebracht. Die DDR konnte die emanzipatorischen Chancen in

ihrem 41. Jahr nicht nutzen. "Warum aber sollen die Ideen dieser Revolution nicht Ideen für einen Neubeginn in Deutschland sein?" (325f.)

Manfred Behrend

Eingegangene Literatur*

Amos, Heike: "Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. "Arbeit nach Westdeutschland durch die nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Akademie Verlag, 1999, 400 S.

Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland. Reihe B: Überlieferungen der Flächenstaaten. Band 4: **Brandenburgisches Landeshauptarchiv. Überlieferungen aus der preußischen Provinz Brandenburg.** Hrsg. von der Historischen Kommission zu Berlin. K. G. Saur Verlag, München 1999, 372 S. /*/

Revolution – Reform – Parlamentarismus. Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Linke zwischen Revolutionarismus und Reformismus achtzig Jahre nach der Deutschen Revolution 1928/1919, der Konstituierung des deutschen Parteikommunismus und der Entstehung der ersten deutschen Republik. Hrsg. von der R.-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, 204 S. /*/

* Für die mit /*/ gekennzeichneten Titel sucht die Redaktion noch Rezensenten. Interessenten melden sich bitte bei der Redaktion. Gleichzeitig sind wir für Hinweise unserer Leser auf wichtige Neuerscheinungen, die wir in unsere Rubrik Rezensionen/Annotationen aufnehmen können, dankbar.

Gerhards, Jürgen / Rössel, Jörg: Interessen und Ideen im Konflikt um das Wahlrecht. Eine kultursoziologische Analyse der parlamentarischen Debatten über das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Leipziger Universitätsverlag 1999, 171 S. /*/

Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. (=Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin), Akademie Verlag 1999, 502 S.

“August Bebel. Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode”. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang G. Schwanitz. (=cognoscere, Bd. 6), edition ost, Berlin 1999, 236 S.

Judick, Günter / Krusch, Hans-Joachim (Hrsg.): Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR. (=edition marxistische Blätter), Neue Impulse Verlag, Essen 1999, 174 S. /*/

Gerstenberg, Günther: Freiheit. Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreißiger Jahre. Edition Ulenspiegel, Andechs 1997
Band I: Texte, 627 S., zahlr. Abb.
Band II: Bilder und Dokumente, incl. CD-ROM, 312 S.

Hartmann, Anne / Eggeling, Wolfram: Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953. (= edition bildung und wissenschaft, Bd. 7), Akademie Verlag 1999, 426 S.

Braun, Anneliese: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? (= Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 8), trafo verlag 1999, 185 S. /*/

Klammer, Ute / Plonz, Sabine (Hrsg.): Menschenrechte auch für Frauen?! (= Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 11), trafo verlag 1999, 205 S. /*/

Kittner, Dietrich: Aus meinem Kriegstagebuch. Beobachtungen zum Balkankrieg. Neue Impulse Verlag, Essen 1999, 127 S.

Hofbauer, Hannes (Hrsg.): Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens. (=Brennpunkt Osteuropa), Promedia Verlag, Wien 1999, 263 S.

Kühnrich, Heinz / Hitze, Franz-Karl: Deutsche bei Titos Partisanen 1941–1945. Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten. GNN Verlag, Schkeudiz 1997, 276 S.

Roth, Karl-Heinz: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie. KVV konkret, Hamburg 1999, 152 S. /*/

Kalbe, Ernstgert / Geier, Wolfgang / Politt, Holger (Hrsg.): Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen – Grenzen – Irrwege. (= Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 5), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1999, 148 S.

Kalbe, Ernstgert / Geier, Wolfgang / Politt, Holger (Hrsg.): Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 1 (= Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 6), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1999, 297 S.

Küttler, Wolfgang (Hrsg.): Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag. Abhandlungen der Leibniz-Sozialität, Band 1, 1. u. 2. Halbband, trafo verlag 1999, zus. 675 S.

Humm, Maria Antonia: Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969.

Vandenhouk & Ruprecht, Göttingen 1999, 352 S. /*/

Jacobeit, Wolfgang / Kopke, Christoph: Die Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise im KZ. Die Güter der "Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung" der SS von 1939 bis 1945. trafo verlag, Berlin 1999, 134 S., zahlr. Abb.

Der Blick des Besatzers. Propagandaphotographie der Wehrmacht aus Marseille 1942–1944. Hrsg. u. eingel. von Ahlrich Meyer. Vorwort von Serge Klarsfeld. Edition Temmen, Bremen 1999, 196 S.

Leitner, Maria: Reportagen aus Amerika. Eine Frauenreise durch die Welt der Arbeit in den 1920er Jahren. Hrsg., bearb. u. Nachwort von Gabriele Habinger. Promedia Verlag, Wien 1999, 250 S., Abb.

Hantsch, Simone: Das Alphetier. Aus dem Leben der Gertrud DUBY-Blom. (=Biographien europäischer Antifaschisten, Bd. 7), trafo verlag, Berlin 1999, 194 S., zahlr. Fotos

Benning, Kristen: Die Geschichte des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" von 1946 bis 1949. Die Waffenlieferanten "im Kampf gegen die Reaktion und ihre Verwirrungsmanöver" (=Kommunikationen über Kommunikationen, Bd. 3) LIT Verlag Münster, 1997, 240 S. /*/

Pegel, Michael: Fremdarbeiter – Displaced Persons – Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945 Bd. 1, LIT Verlag Münster, 1997, 144 S. /*/

Franzke, Michael / Rempe, Uwe (Hrsg.): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus. (= Politisch-philosophische Studentexte der Leipziger Gesellschaft für

Politik und Zeitgeschichte) Leipzig 1998, 460 S.

Ganrich, Rolf: Deutscher Gewerkschaftsbund und polnischer Gewerkschaftsbund. Der DGB als transnationaler Akteur und seine Beziehungen zu "offiziellen" und "oppositionellen" Gewerkschaften in der Volksrepublik Polen (1970 bis 1989). (=Hochschulschriften 288) Pahl Rugenstein, Bonn 1996 /*/

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, 196 S.

Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg 1999, VSA Verlag, 248 S. /*/

Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der 60er Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Akademie Verlag, Berlin 1999, 588 S. /*/

Bitte um Unterstützung

Für eine Forschungsarbeit mit dem Titel "**Der Zentralkommission der SPD in der SBZ**" werden dringend Zeitzeugen der Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ gesucht, die bereit sind, sich für ein Interview zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Informationen bitte an die Redaktion oder direkt an:

Matthias Loeding
Bückerbergstraße 11
D-31789 Hameln

Liebe Leserin und lieber Leser,

Das Jahrhundert und das Jahrtausend nähern sich – ungeachtet des Streits, ob dies mit diesem oder dem folgenden Jahr geschieht – unwiderruflich dem Ende. Die weltweite Arbeiterbewegung hat dieses Jahrhundert mitgeprägt, wenn auch über das Maß ihres Anteils – sicher zurecht – weiter wissenschaftlicher Streit zu führen ist. Unübersehbar ist, daß traditionelle Institutionen und Einrichtungen, die der Arbeiterbewegung über lange Zeiten nahe standen, begrifflich und inhaltlich zu ihr auf Distanz gehen und sich bei der Analyse der geschichtsprägenden Akteure neu (breiter) orientieren.

Unabhängig von dieser Diskussion um die gesellschaftlichen Rollenverteilungen im anbrechenden 21. Jahrhundert wird die Geschichte der Arbeiterbewegung weiterhin ein wichtiger Platz in der historischen Forschung, Darstellung und Analyse zu kommen und ihren Anteil zur Bereitstellung des "Rüstzeugs historisches Wissen" für die nachkommenden geschichtlichen Akteure des 21. Jahrhunderts zu leisten haben. Als Forschungs- und Publikationsfeld ist das Thema Arbeiterbewegung deshalb unverzichtbar.

Anliegen von Redaktion und Verlag muß es aber sein, die Zeitschrift auf die sich verändernden Ansprüche und Erwartungen einzustellen und das Profil der Zeitschrift weiter auszuprägen. Dazu muß Bewährtes fortgeführt, aber auch Neues erprobt werden. Die Zeitschrift wird sich in ihrer Themenbreite weiter zu öffnen und zu entwickeln haben. Die Vorstellung unterschiedlicher Ansätze, Bewertungen und Sichten zu geschichtlichen Ereignissen

und Prozessen und die damit verbundenen Möglichkeiten zu breiteren Diskursen soll besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Dem dient auch das Vorhaben, einen international zusammengesetzten Wissenschaftlichen Beirat bei der BzG zu bilden. Er soll es ermöglichen, die internationale Wissenschaftskooperation zu verbessern und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken.

Als ein zentrales Anliegen betrachten wir die Aufgabe, junge Wissenschaftler und Autoren zu ermutigen, ihre Forschungsergebnisse in der BzG vorzustellen. Dazu gehören in erster Linie Dissertationen und andere, vor allem Prädikats-Forschungsarbeiten. Machen sie uns auf solche Autoren/Forschungsarbeiten aufmerksam. Auch "Laienforschern" sollen stärker als bisher die Möglichkeit erhalten, fundierte Resultate ihrer Recherchen – in der Regel der Lokal- und Regionalforschung – zur Diskussion zu stellen.

Zukünftig werden wir uns stärker darum bemühen, den Heften thematische Schwerpunkte zu geben, ohne dies zum Dogma zu erheben. Das vorliegende Heft widmet sich in diesem Sinne den Problemen der deutschen Zweistaatlichkeit. Das Heft 4/99 wird Beiträge zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung versammeln. Aus Anlaß des 90. Jahrestages des Internationalen Frauentages am 8. März 2000 werden wir uns im Heft 1/2000 mit dem Thema Frauen in der Arbeiterbewegung beschäftigen. Das Heft 2/99 wiederum wird dem Schwerpunkt Arbeitersportbewegung gewidmet. Soweit die Vorausschau.

Eine weitere Überlegung wollen wir Ihnen zur Diskussion stellen. Auf Grund

zahlreicher fremdsprachiger Artikelangebote, die wir in den letzten Monaten erhalten haben und über die wir uns entsprechend dem internationalen Charakter unseres Gegenstandes außerordentlich freuen, wird von uns erwogen, zukünftig auch fremdsprachige Artikel und Aufsätze in die Hefte aufzunehmen, die unserer immer mehr wachsenden internationalen Leserschaft entgegenkommt. Wir würden dies jedoch jeweils mit deutschen Zusammenfassungen verbinden.

Da die Zeitschrift natürlich nur in enger Wechselwirkung mit ihrer Leser- und Autorenschaft existieren kann, hier unsere Bitte: Unterbreiten Sie uns weiterhin Vorschläge, welche Themen und Fachgebiete behandelt, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Teilen Sie uns Ihre Meinungen zu den dargestellten Ideen und Vorschlägen mit. Erwünscht sind ebenso konkrete Themen- und Artikelangebote sowie Hinweise auf interessante Veröffentlichungen aus dem Bereich der sog. "Grauen Literatur". Ihre Vorschläge, Hinweise und Kritiken sind uns jederzeit willkommen.

Dr. Wolfgang Weist
Herausgeber

Dr. Herbert Mayer
Chefredakteur

Bildnachweis

1. Umschlagseite (l.): Porträtaufnahme von Heinrich Deist. (Quelle: Landesarchiv Oranienbaum des Landes Sachsen-Anhalt. Nachlaß Deist, Nr. 14, Vol. 2)

1. Umschlagseite (r.): Porträt Gertrud DUBY-Blom, 1941, Mexiko-City. Archiv Simone Hantsch

Die Autoren dieses Heftes

Prof. Rolf Badstübner / Dr. Manfred Behrend / Dr. Gerhard Beier / Prof. Günter Benser / Dr. Stefan Bollinger / Prof. Dr. Stefan Doernberg / Dr. Dietrich Eichholtz / Dr. Herbert Mayer / Dr. Ulla Plener / Prof. Siegfried Scholze / Dr. Günter Wernicke / Dr. Christine Zarend

Vorschau auf Heft 4/99

Dieter Schulte, Vors. des DGB: Fünfzig Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund. Rede beim Festakt am 13. Oktober 1999 in München / *Dieter Scholz:* Gewerkschaften zwischen Modernisierung und Tradition. Rede am 14. Oktober 1999 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestages des DGB / *Siegfried Mielke:* FDGB – UGO – DGB. Kampf um eine demokratische Gewerkschaftsbewegung / *Tania Régin:* Die zwischengewerkschaftliche Beziehungen während des Übergangs vom Kalten Krieg zum Tauwetter. Ein Vergleich des Annäherung zwischen den Gewerkschaftszentralen auf internationaler Ebene und in Frankreich / *Uwe Rosenthal; Matthias Loeding:* Zwischen Selbstfindung und Auflösung – Die Abwicklung des FDGB im politischen Zerfallsprozeß der DDR (Oktober 1989 bis September 1990) u. a.

Redaktion

Dr. Herbert Mayer / Helga Brangsch
 Tel.: 030/44 257 95
 Postal. Anschrift: trafo verlag, Redaktion
 BzG, Finkenstraße 8, D-12621 Berlin

Verlag/Abo-Verwaltung

trafo verlag dr. wolfgang weist, Finken-
 straße 8, D-12621 Berlin
 Tel.: 030/56 70 19 39
 Fax: 030/56 70 19 49
 e-mail: trafoberlin@t-online.de

Bezugsbedingungen 1999

Die BzG erscheint viermal im Jahr.
 Einzelverkauf: 10,- DM (zzgl. Versand)
 Jahresabonnement: 40,- DM (incl. Ver-
 sand)
 Auslandsabonnement: 55,- DM (incl. Ver-
 sand)

Ankündigung 2000 – Preisveränderung!

Wir möchten Sie bereits heute darauf hin-
 weisen, das sich der Preis und die Bezugs-
 bedingungen der BzG mit dem 42. Jahr-
 gang verändern werden.

Inland

Preis Einzelheft: 11,- DM (zzgl. 2,50 DM
 Versandkosten)
Preis des Jahres-Abonnement: 44,- DM
 (incl. Versandkosten)

Ausland

Preis Einzelheft: 15,- DM (zzgl. 5,- DM
 Versandkosten)
Preis des Jahres-Abonnement: 55,- DM
 (zzgl. 10,- DM Versandkosten)

Kündigung vierteljährlich zum Jahresen-
 de.

Bestellungen über den Verlag oder im
 Buch- und Zeitschriftenhandel

Manuskripte: Manuskriptangebote bitte
 jeweils mit einem Ausdruck sowie auf
 Diskette (3½'') als Dos/Windows-Text-
 dateien im RTF-Format. Die Annahme
 setzt voraus, daß der Verfasser denselben
 Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer
 Stelle behandelt. Die in namentlich ge-
 zeichneten Beiträgen geäußerten Meinun-
 gen bestehen unabhängig von den Mei-
 nungen des Herausgebers und der Redak-
 tion. Die Verfasser sind verantwortlich für
 die Richtigkeit der in ihren Beiträgen
 mitgeteilten Tasachen.

Urheberrecht: Die Zeitschrift sowie alle
 in ihr enthaltenen Beiträge sind urheber-
 rechtlich geschützt. Mit der Annahme des
 Manuskriptes erwirbt der Verlag das aus-
 schließliche Verlagsrecht, auch für etwai-
 ge spätere Vervielfältigungen durch Nach-
 druck oder andere, auch elektronische,
 Vervielfältigungsverfahren sowie den Ver-
 gütungsanspruch gegen gewerbliche Un-
 ternehmen, die einzelne Vervielfältigun-
 gen zum innerbetrieblichen Gebrauch her-
 stellen.

© trafo verlag dr. wolfgang weist, 1999

ISSN 0942-3060